

G ü n t h e r F r a n z

Bismarck's
Nationalgefühl



Springer Fachmedien
Wiesbaden GmbH

B i s m a r c k s
N a t i o n a l g e f ü h l

v o n

G ü n t h e r F r a n z



1 9 2 6

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

ISBN 978-3-663-15632-1
DOI 10.1007/978-3-663-16207-0

ISBN 978-3-663-16207-0 (eBook)

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten

Nun sind wir endlich
in eine neue Aera der Weltgeschichte
eingetreten, wo überhaupt wieder, wie in den
Anfängen des 18. Jahrhunderts, die mystische
Gewalt der Persönlichkeiten, der lebendig die
Welt beherrschenden Mächte über die dürren
Regeln und die theoretisch zu Recht
gemachten Prinzipien den Sieg
davon tragen.

h. Leo an Ludwig von Gerlach, 2. X. 1866.

Dorwort.

Die Untersuchung stützt sich auf die möglichst vollständige Benutzung der gedruckten Bismardliteratur. Besonders habe ich mich bemüht, neben den Reden, Briefen und den „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks auch die weitverstreuten Gespräche zu erfassen und zu diesem Zweck die in- und ausländische Memoirenliteratur der entsprechenden Zeit in weitestgehendem Maße herangezogen. W. Andreas' Ausgabe der Gespräche Bismarcks erschien leider erst nach Abschluß meiner Arbeit. Sie konnte mir nur noch die Sicherheit geben, nichts von Belang übersehen zu haben. Das Manuskript ist bereits vor Jahresfrist abgeschlossen. Seitdem erschienene Literatur ist nur gelegentlich in Anmerkungen berücksichtigt worden. Die Zitate in den Anmerkungen mußte ich möglichst knapp fassen. Ich hoffe trotzdem, daß mit Hilfe des Literaturverzeichnisses am Schlusse ihre Auflösung nirgends Schwierigkeiten begegnen wird. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet das Datum, an dem Bismarck das betreffende Wort gesprochen oder geschrieben hat. Daß ich das Buch jetzt endlich der Öffentlichkeit übergeben kann, verdanke ich dem Entgegenkommen des Verlages B. G. Teubner und einem Druckzuschuß, den mein Onkel, Herr Felix Günther-Greiz, dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat. Zum Schluß ist es mir Freude und Pflicht zugleich, öffentlich Zeugnis abzulegen von der reichen Förderung, die diese Arbeit alle Zeit von Herrn Prof. A. O. Meyer in Göttingen, meinem Lehrer, erfahren hat. Ihm verdanke ich die erste Anregung. Er hat die Arbeit bis zur Drucklegung mit nimmermüdem Rat und steter Hilfsbereitschaft begleitet. Ihm gebührt vor allem mein Dank.

Göttingen, am 21. März 1926,
dem Geburtstag meiner Mutter.

G. Franz.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

1. Die Problemstellung 1
2. Deutsches Nationalgefühl bis 1848 5

I. Vorbereitung.

1. Im alten Preußen 9
2. Die Revolution 22
3. Der Bundestag 46
4. Petersburg und Paris 62

II. Erfüllung.

5. Der Ministerpräsident 69
6. Der Bundeskanzler 84
7. Der Reichskanzler 93
8. Der nationale Hero 115

- Verzeichnis abgefürzt zitierter Werke 125

Einleitung.

1. Die Problemstellung.

Für das Verständnis und die Würdigung Bismarcks scheinen mir drei Probleme von entscheidender Bedeutung zu sein: Bismarcks Glaube, Bismarcks Staatsgedanke, Bismarcks Nationalgefühl. Erfreulicherweise hat sich gerade im letzten Jahrzehnt die Forschung diesen Fragen erneut zugewandt.

Die beste der zahlreichen Vorträge und Abhandlungen über „Bismarcks Glaube“ ist wohl Otto Baumgartens feinsinnige Untersuchung.¹⁾ Für den Historiker läßt er freilich oft das politische Moment zu sehr hinter dem theologischen zurücktreten. Diesem Mangel hat jüngst Schweizers Buch „Bismarcks Stellung zum christlichen Staate“²⁾ abgeholfen. Es weist uns zugleich zu der zweiten Frage und zeigt uns, daß in einer Persönlichkeit die Einzelprobleme nie ganz scharf zu trennen sind, daß das eine stets das andere bedingt und so alles zum Ganzen ineinander greift. Rothfels hat „Bismarcks Staatsanschauung“ vorerst in einer kurzen Rede behandelt³⁾, eine ausführliche Bearbeitung aber in nahe Aussicht gestellt.⁴⁾ Bismarcks Nationalgefühl ist, soviel ich sehe, noch nie zu-

¹⁾ Tübingen 1915; von älteren Untersuchungen hebe ich Max Lenz, Bismarcks Religion (Kl. hist. Schriften I.), hervor.

²⁾ Schriftenreihe der Preuß. Jahrb. VII, Berl. 1923.

³⁾ Archiv f. Politik und Geschichte, II, 1924, 119 ff. Reichsgerichtsrat Georg Müller, B.s Gedanken über den Staat (Deutscher Michel, nach auf, V, Hannover 1923), ist im wesentlichen nur eine Materialsammlung, die nicht über Rosin (Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre nach den politischen Reden . . . des Fürsten B., Akademie Freiburg 1897) hinausführt. Auch die Arbeit von Maschmann, B.s Staatsidee und der deutsche Staat (Hamburger jur. Diss. 1922, Maschinenschrift), ist kein Fortschritt. Dazu ist sie zu wenig historisch-kritisch. Äußerungen aus der Zeit von 1848 und der Zeit nach der Entlassung werden ohne weiteres nebeneinandergestellt und jedes Wort B.s scheint als absolut beweiskräftig zu gelten. Es ist überhaupt der Fehler der drei ebengenannten Arbeiten, daß ihre Verfasser als Juristen durchweg juristisch-systematisch an das Problem herangehen, obgleich diese Frage nur historisch gelöst werden kann.

⁴⁾ Ist inzwischen erschienen: O. v. Bismarck, Deutscher Staat, ausgewählte Dokumente eingeleitet von H. Rothfels, 1925 in der Sammlung „Deutscher Staatsgedanke“.

ammenfassend behandelt worden, mögen auch in einzelnen Studien⁵⁾ und den großen Bismarckbiographien mannigfache Ansätze vorhanden sein. Hier will diese Arbeit einsehen und versuchen, die Lücke auszufüllen.

Um unsere Aufgabe genau fassen zu können, ist es zunächst nötig, in kurzen Zügen den augenblicklichen Stand der Forschung zu skizzieren. Wir kennen alle das vielstufige populäre Schema von Bismarcks politischer Entwicklung mit seinem kleinen Kern Wahrheit und seiner ungeheuren Vergrößerung, das die innere Einheit der Persönlichkeit so ganz außer acht läßt: Parteimann, Preuße, Norddeutscher, Deutscher. Um den Widersinn dieser Aufstellung zu zeigen, möchte man am liebsten bei den einzelnen Stufen die Tagesdaten der Wandlung angeben und z. B. sagen: Bismarck ist vom 3. Juli 1866 bis zum 18. Januar 1871 Norddeutscher gewesen. Man wird mir entgegenhalten, daß der Kanzler selbst mit Stolz von seinen Wandlungen gesprochen und betont hat, daß der Staatsmann mit der Zeit fortschreiten müsse und nicht in öder „Konsequenzmacherei“ „wie eine Kanonenkugel gerade aus laufen“ könne.⁶⁾ Ich bin der Letzte, der bestreiten möchte, daß sich des Kanzlers politische Ansichten im Laufe der Jahre gewandelt haben. Seine veränderte Stellung zu Verfassung und Wahlrecht oder seine wirtschaftspolitische Umkehr — um nur einige der markantesten Beispiele herauszugreifen — liegen ja offen vor aller Augen. Doch sind dies stets nur Änderungen in den Mitteln und Wegen seiner Politik, nie in der Grundrichtung, im Ziel. Sein Ziel, so werden wir sehen, bleibt trotz allem stets das gleiche. Kurz nach seiner Entlassung meint der Fürst einmal rückblickend: „Viele Wege führten zu meinem Ziel, ich mußte der Reihe nach einen nach dem anderen einschlagen, den gefährlichsten zuletzt. Einförmigkeit im Handeln war nicht meine Sache.“⁷⁾ Er hat daher Recht, wenn er in einer Zeit, in der sich seine Ansichten über die Wege der preußischen Politik stark wandeln, dennoch seinem Freunde Roon schreibt: „Sie kennen ja meine Ansichten ohnehin, und anders wird man so spät kaum.“⁸⁾ „Anders“ ist Bismarck in der Tat so wenig wie irgend ein anderer großer Staatsmann auf der Höhe seiner Erfolge, in der zweiten Hälfte seines Lebens geworden. Der Kern seines Wesens, sein politischer Grundcharakter war und blieb derselbe bei dem Schönhauser Junker wie bei dem greisen Friedrichsruher Fürsten.

Stark abgeschliffen und innerlich verbunden ist auch in die wissenschaftlichen

⁵⁾ Ich nenne besonders: A. v. Ruville, B. und der großdeutsche Gedanke, S. B. p. G. XVI, 1903; Harry Breßlau, Akademische Rede, Straßburg 1915; E. Brandenburg, B. und die deutsche Frage bis zur Schlacht bei Königgrätz, U. u. A. 481 ff.

⁶⁾ H. Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, 1889, 497 (30. 1. 71); p. R. IX 161 (29. 2. 81); p. R. VIII 328 (24. 2. 81); Busch, III 148 (15. 5. 83).

⁷⁾ Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 4. Aufl. 1900, II 546 (1890 zu Friedjung).

⁸⁾ Bbr. 307 (3. 7. 61).

Werke viel von dem obigen Schema übergegangen.⁹⁾ Nur vereinzelt findet man freilich jetzt noch die Ansicht, daß sich Bismarck in den Frankfurter Jahren „aus einem konservativen Gefühlspolitiker zu dem großen Realpolitiker“ gewandelt habe.¹⁰⁾ Ist doch schon in den Revolutionsjahren, wie wir sehen werden, der Unterschied zwischen Bismarck und, sagen wir, Gerlachs politischen Ansichten so stark, daß R. Augst mit Recht sagen kann: „Somit weise ich die Frage, wie und wann sich Otto von Bismarck von der Parteidoktrin Gerlachs emanzipiert habe, als überhaupt nicht existierend zurück.“¹¹⁾ Hinter dem Problem dieser Wandlung, steht aber mehr, als wir heute vielleicht denken möchten, die Frage, die wir nach Meinekes Buch mit „Weltbürgertum und Nationalstaat“ zu bezeichnen pflegen. Auf Bismarck bezogen heißt das, ob und wie lange Bismarcks nationalpolitisches Denken von überstaatlichen Motiven bestimmt wurde. Hierauf werden wir demnach bei der Betrachtung von Bismarcks Jugend in Sonderheit unser Augenmerk zu richten haben.

An der zweiten Wandlung vom Preußen zum Deutschen hält die Forschung, soviel ich sehe, bisher allgemein fest. Nur der Zeitpunkt ist strittig, ist so strittig, daß man fast sagen möchte: soviel Gelehrte, soviel verschiedene Meinungen. Eine Ausnahme macht im Grunde Brandenburg¹²⁾, der das Deutsche schon bei dem Abgeordneten stark unterstreicht. Busch¹³⁾ läßt Bismarck 1853, Breßlau¹⁴⁾ 1858 über den reinpreußischen Standpunkt hinauswachsen. Wygodzinski¹⁵⁾ bezeichnet die Pariser Gesandtenzeit als die entscheidende Epoche. Zester¹⁶⁾ wagt die Wandlung auf den Tag genau zu datieren: „Wie das Deutsche Reich in Feindesland, in Versailles, geboren wurde, so ist der Reichsgründer an dem französischen Strande von Biarritz aus den Wellen gleichsam emporgestiegen.“ Im Oktober 1865 soll sich die Verwandlung „Friedrichs des Großen in den Nationalhelden vollzogen haben“. Andere wieder meinen, man müsse an Stelle von Biarritz wenigstens den Abschluß des Gasteiner Vertrages (14. 8. 1865) sehen.¹⁷⁾ Lenz und Marcks

⁹⁾ Gerade in der neuesten Bismarckbiographie von W. Schüller (1925, S. 60) findet man es am schroffsten formuliert: „Aus einem Parteimann war er zuerst preußischer Staatsmann, aus einem Preußen zum schlechthin Deutschen geworden.“

¹⁰⁾ S. Schnabel, 1789—1919, 2. Aufl. 1924, S. 84.

¹¹⁾ Augst, B. und Leop. v. Gerlach, 1913, S. 89; ähnlich schon vorher Zester, h. D. J. Schr. V 233 und Meineke, Preußen und Deutschland im 19. u. 20. Jh., 296.

¹²⁾ U. u. A. 481 ff.

¹³⁾ h. J. 103, 1909, S. 55, für ihn ist der Brief vom 19. 12. 53 an Gerlach entscheidend (B. a. G. 115): „Unsere Politik hat keinen anderen Exerzierplatz als Deutschland“. s. dazu Brandenburg, U. u. A., S. 489 Anm.

¹⁴⁾ Rede, 17; entscheidend: Denkschrift, März 1858.

¹⁵⁾ Dt. landwirtsch. Presse 47, 1915, 227: „Der preußische Edelmann wurde in Paris, in seiner Gesandtenzeit, zum Deutschen; nun wußte er nur noch eines: Deutschland schmieden.“

¹⁶⁾ Dt. Rundsch. 113, 1902, 280.

¹⁷⁾ Busch, h. J. 103, S. 58.

halten endlich 1866 für den entscheidenden Einschnitt. Beide, besonders Lenz, betonen den starken preußischen Einschlag in Bismarcks Gedankenwelt auch noch in den späteren Jahren.¹⁸⁾

Sürst Bismarck hat sich im Alter selbst häufig zu dieser Frage geäußert, ohne uns zu einer Lösung zu verhelfen; denn er selbst stimmt in seinen Worten hier nicht ganz überein, je nach den Umständen läßt er den Zeitpunkt der Wandlung schwanken. Breßlau hat 1915 in seiner Zentenarrede diese zahlreichen Äußerungen zusammengestellt.¹⁹⁾ Aus ihnen geht hervor, daß der Kanzler schon früh deutsche Tendenzen für seine Frankfurter Zeit, ja für sein ganzes Leben mit Ausnahme der 1848er Revolutionsjahre in Anspruch nimmt. Ganz bestimmt betont er, daß sie ihn 1862 bei der Übernahme des Ministeriums geleitet haben.

Was sind die Ursachen dieser Vielerlei an Ansichten, das jeder Möglichkeit sicherer Forschungsergebnisse Hohn zu sprechen scheint? Für Bismarcks Stellungnahme liegen uns die Motive klar vor Augen: Der deutsche Reichskanzler muß in seinem Kampf gegen einen reichsfeindlichen Partikularismus ebenso wie in seinem Streite mit den nationalen Parteien sich selbst und sein Werk in möglichst reichspatriotischem Sinne zu zeichnen suchen. Dazu kommt das natürliche Streben jedes Menschen, sein augenblickliches Denken und Fühlen auch auf frühere Lebensepochen zu übertragen. Es ist dies ein Fehler, mit dem jede Memoirenkritik zu rechnen hat, und den wir nicht erst aus den „Gedanken und Erinnerungen“ kennen lernten.²⁰⁾ Solche subjektive Beweggründe möchte ich auch nicht bei allen angeführten Historikern von vornherein ausschließen. Zu nahe liegt die Versuchung, Bismarcks Gestalt in einer Rede, einem Vortrag patriotisch zu verklären. Eine andere Fehlerquelle ist die Vieldeutigkeit der Bismarckschen Diplomatensprache, die, wenn man nicht stets den Empfänger und den Zweck des einzelnen Wortes in Betracht zieht, leicht zu falschen Schlüssen Anlaß geben kann.²¹⁾

Oder ist gar die Fragestellung falsch? Waren preußische und deutsche Tendenzen bei Bismarck so bewußt und unzertrennlich verbunden, daß sie auch für die feinste Forschung unauflöslich sind? Müssen wir hier vor dem letzten Ge-

¹⁸⁾ S. neben den B.-Biographien dieser Forscher besonders ihre Aufsätze in: Schmolzer, Zu Bs Gedächtnis, 1899, und E. Marks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, 1899.

¹⁹⁾ S. 13 ff. und Anm. 18; als die markantesten Stellen zitiere ich: P. R. V 77; VII 377; VIII 189; IX 413; XI 418.

²⁰⁾ Breßlaus Hinweis (S. 13), daß die Worte der Reden, in denen Bismarck von seinen deutschen Gefinnungen in früheren Jahrzehnten spricht, meist unvorbereitete Kinder des Augenblicks und nicht sorgsam abgemogene Reflexionen seien, kann bei einer so durchaus politischen Natur wie B. ihre Beweisraft nicht erhöhen.

²¹⁾ Ich habe von diesen stets angestellten quellenkritischen Erwägungen, um die Arbeit nicht zu sehr zu belasten, nur in einzelnen Fällen im Text oder in Anmerkungen Rechenschaft abgelegt.

heimnis der Persönlichkeit bescheiden zurücktreten und uns mit einem „non liquet“ zufrieden geben? So ist Breßlaus Meinung²²⁾, der doch mit seiner tief eindringenden Quellenkritik so manches Rätsel der mittelalterlichen Geschichte gelöst hat, das vor ihm allen historischen Scharffinns spottete. Doch glaube ich, daß er hier zu früh die Waffen gestreckt hat. Wir können noch weiter vordringen, wenn wir nach den Quellen von Bismarcks Nationalgefühl, für das Preußentum und Deutschtum ja nur der äußere Ausdruck sind, fragen. Dann erkennen wir, daß die Frage in einem anderen Sinne falsch gestellt ist, daß sie in erster Linie nicht lauten muß: Preußen oder Deutschland, sondern: Staat oder Nation?

Bismarcks Nationalgefühl ist, wie wir sehen werden, stets am Staate orientiert. Nur wenn Bismarck von einem gewissen Zeitpunkt ab nicht mehr vom Staate, sondern von der Nation ausginge, wenn also der letzte Ausgangspunkt seines nationalen Denkens sich veränderte, würde man von einer „epochemachenden Verwandlung“, einem „großen Sprung“²³⁾ reden können. Die Frage: Preuze oder Deutscher? hat jetzt nur noch in einer niederen Ebene Berechtigung. Es ist jetzt nur noch die Frage, ob der Staat, dem er dient, für ihn Preußen oder Deutschland ist, doch der Held bleibt dabei derselbe, „nur die Szene wechselt.“²⁴⁾ Auf diesen Szenenwechsel führen besonders Lenz und Marcks den angeblichen Gefinnungsumschwung zurück. Sie lassen ihn infolgedessen zwangsläufig mit der Ausweitung Preußens zum Norddeutschen Bund einsetzen. Ob für Bismarck wirklich nach 1866 Preußen in Deutschland aufgegangen, ob für ihn nicht vielmehr auch nach 1866 der neue Staat ein nur an Gebiet vergrößertes Preußen ist, bleibt weiterhin zu untersuchen.

Bieten sich von Haus aus zur Behandlung eines Themas wie das unsrige zwei Wege dar, der systematische und der biographische, so zeigt sich jetzt, daß jener für uns von vornherein ausscheidet. Bismarcks Nationalgefühl ist ein biographisches Problem und will als solches behandelt sein. Daß ich darüber hinaus die äußeren Lebensstationen Bismarcks als Gliederungsprinzip einer Untersuchung über seine innere Entwicklung gewählt habe, wird im Laufe der Arbeit zu rechtfertigen sein.

2. Deutsches Nationalgefühl bis 1848.¹⁾

Ungeachtet, wie nebenher, war aus der geistigen Arbeit der Dichter und Denker am Ende des 18. Jahrhunderts ein neues deutsches Nationalgefühl herausgewachsen. Doch vorerst war es nur ein rein kulturell eingestelltes Gemeingefühl der Gebildeten der Nation, das nicht tiefer ins Volk drang, und dem be-

²²⁾ Rede, 28.

²³⁾ Fester, h. D. J. Schr. V 233 und h. J. 93, S. 123.

²⁴⁾ Auch Fester, h. J. 93, S. 123.

¹⁾ Für diesen Abriß vergleiche man neben Meineckes und Brandenburgs Schriften vor allem Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat, 2. Aufl. 1920.

sonders jede Verbindung mit dem Staate fehlte. In den Tagen des Untergangs des alten Reichs verkündete Schiller, daß deutscher Staat und deutsche Nation zweierlei seien, daß der Deutsche sich unabhängig von dem politischen einen eigenen kulturell-sittlichen Wert geschaffen habe, der auch dann erhalten bleiben würde, wenn der Staat zerfiel.

Stürzte auch in Kriegesflammen
Deutschlands Kaiserreich zusammen,
Deutsche Größe bleibt bestehen.²⁾

An welchen Staat hätte auch dies neue Nationalbewußtsein anknüpfen sollen? Das alte Deutsche Reich war ein Schemen, dessen Zusammenbruch niemand betrauerte, der Absolutismus der Einzelstaaten aber schloß das Volk von Regierung und Mitverantwortung aus und hinderte so die Entwicklung eines lebendigen Staatsgefühls. Allein in Preußen hatten sich aus der Verehrung für Friedrich den Großen die Anfänge einer modernen Staatsgesinnung entwickelt. Doch gerade dieser harte, mechanistische preußische Militärstaat schien sich dem neuen deutschen Geistesleben noch fester zu verschließen, ihm noch fremder gegenüber zu stehen als irgendein anderer deutscher Einzelstaat.

Mit einem Schlage ändert sich dies Verhältnis in den Jahren der Erniedrigung nach Jena und Tilsit. Die Gebildeten erkennen jetzt, daß ihr Ideal des staatsfernen und staatlosen kulturellen Daseins ein Traum war, der vor der Wirklichkeit zerstoß, erkennen, daß das Universalreich des Eroberers auch die deutsche Kultur zu vernichten und aufzusaugen drohte, und wenden sich daher dem Staate zu. Das Volk, das bisher dem Staate und der neuen nationalen Bewegung gleichgültig gegenübergestanden hatte, seufzt vor allem unter dem Druck der Fremdlinge, füllt sich mit Haß gegen sie und besinnt sich dabei auf sein eigenes Volkstum. Der Staat endlich fühlt, daß er das Befreiungswerk nicht aus eigener Kraft vollbringen kann, daß er dazu der Hilfe des Volkes und der Hilfe des deutschen Geistes bedarf. So kommen die verschiedenen Kräfte und Richtungen einander entgegen, durchsetzen und durchdringen sich im Staate der preußischen Reformer, im Staate des Freiherrn vom Stein, denn in seiner Gestalt vor allem verkörpert sich uns dieser neue Nationalgeist, diese neue Einheit von Volk, Geist und Staat.

Bis zum Gedanken des autonomen Nationalstaates, des sich selbst nach seinen eigenen Gesetzen bewegenden Staates, der nur seinen eigenen Interessen folgt und folgen kann, war auch jetzt noch ein weiter Weg. Zunächst wurde das deutsche Nationalgefühl lebendig in einem Einzelstaate und so ist es begreiflich, daß es dessen staatlich-egoistischen Interessen an sich keine Berechtigung zuerkannte, sondern sie den allgemeinen Bedürfnissen der Nation unterordnete, daß es auch jetzt den Staat von einem außerstaatlichen Standpunkte aus

²⁾ Gedichtfragment „Deutsche Größe“ (1801), ed. Suphan, Weimar 1902.

ansah. Aber noch mehr, auch das deutsche Volk konnte sich nicht aus eigener Kraft befreien, es brauchte dazu die Hilfe Europas. Aus einem Machtkampf einzelner Staaten weitete sich so der Befreiungskrieg aus zu einem Kreuzzug Europas für Freiheit und Recht gegen Tyrannei und Unterdrückung. „Auf das Gebiet der Länder scheint es hierbei weniger anzukommen als auf das der Grundsätze“, schrieb Gneisenau 1812.³⁾ Das deutsche Nationalgefühl war getreues Abbild dieser außenpolitischen Lage. Auch in ihm waren noch mannigfache universale, kosmopolitische Elemente lebendig, die den Gedanken an nationale Machtpolitik nicht aufkommen ließen. So nimmt es uns nicht mehr Wunder, daß das Ergebnis der gewaltigen nationalen Begeisterung noch nicht der eine nationale Staat war, sondern der „Deutsche Bund“, dies Bündnis souveräner Einzelstaaten unter der Garantie Europas.

In den kommenden Friedensjahren traten bald die für kurze Zeit vereinten politischen Tendenzen wieder auseinander, spalteten sich in Liberalismus und Romantik. Der Liberalismus war durchtränkt von dem Geiste der Aufklärung, den Ideen von 1789, für ihn floß Nationalgefühl und Freiheitsgedanke in eins zusammen, und die Freiheit stand ihm über der Einheit. Noch in den Tagen der Julirevolution wollte Rottsch im Bunde mit Frankreich für die Freiheit gegen Österreich und Preußen kämpfen. Die Romantik versenkte sich liebendoll in die Vergangenheit und sah ihr Ideal in der christlich universalen Kultur des Mittelalters. Da ihr schließlich das Alte und Bestehende an und für sich als erhaltenswert galt, wurde sie konservativ. Führte den Liberalismus die Freiheitsidee über die Schranken staatlichen und nationalen Daseins hinaus, so den Konservatismus die Rechtsidee, der Legitimus; fanden jene ihr Ideal in Frankreich, so diese in der heiligen Allianz. Für den Konservatismus war das Recht in aller und jeder Beziehung das allein Ausschlaggebende, er verabscheute das „Laster des Patriotismus“⁴⁾, der das Lebensrecht der Nation höher stellte als die universalen Prinzipien. Da beide Richtungen in den Jahren der Restauration von der unmittelbaren Mitwirkung an den Staatsgeschäften ausgeschlossen blieben, so ist es kein Wunder, daß sie beide immer doktrinärer wurden und das deutsche politische Denken bald wieder einen völlig idealistischen und theoretischen Charakter bekam. Ein scharfer Beobachter, Clemens Theodor Perthes, meinte 1845, Deutschland spalte sich in zwei Gruppen, „von denen die eine ihr Staatsideal in der Zukunft, die andere in der Vergangenheit sucht. Dem deutschen Staate der Gegenwart stehen sie beide in derselben Kälte gegenüber.“⁵⁾

Sragen wir aber nach dem, der als Erster in diesem Zeitalter der reinen Gesinnungspolitiker die Politik des nationalen Interesses der Politik der sittlichen

³⁾ Perz, Gneisenau, II 369.

⁴⁾ v. Gerlach, Aufz., II 297 (1867).

⁵⁾ Joachimsen, a. a. O., S. 67.

Grundsätze entgegenstellte, so müssen wir Hegel nennen. Er zuerst hat 1801 in seiner — freilich unveröffentlicht gebliebenen — „Verfassung Deutschlands“⁶⁾ diesen neuen Gesichtspunkt politischen Denkens formuliert. Seine Lehre — er vertrat die gleichen Gedanken bald auch in seinen systematischen Schriften — trug vorerst schlechte Frucht auf dem deutschen Acker. Nur ganz allmählich wandelte sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Abkehr der Geister von der idealistisch-spekulativen Richtung zu einem neuen Empirismus und Realismus auch in den Lagern der Parteien das politische Denken. Aus den Kreisen der Konservativen kam Leopold Ranke. Ihm hatte die große Lehrmeisterin der Menschen — die Geschichte — beim Studium der Politik der „großen Mächte“ gezeigt, daß jeder Staat nur seinen eigenen Interessen folgen und nur ihnen dienen könne, und wenig später legte ein Liberaler, August Ludwig von Rochau mit ungeheurer Schroffheit und Energie die „Grundsätze der Realpolitik“ dar und verbannte darin alle Doktrin aus der Politik.⁷⁾ Doch auch jetzt waren dies nur vereinzelte Stimmen, die noch nicht sehr weit drangen und die noch nicht die Kraft hatten, eine allgemeine geistige Wandlung herbeizuführen. Der Kern der Parteien blieb auch weiterhin in unstaatlichen Doktrinen befangen. Noch im Jahre der Schlacht von Königgrätz konnte Ludwig von Gerlach immer wieder betonen, daß der Staatsmann nicht Recht und Moral der Politik aufopfern dürfe, daß auch im politischen Leben die Vorschriften der zehn Gebote Gültigkeit hätten⁸⁾, und Heinrich von Treitschke konnte klagen, daß die große Mehrheit der Deutschen in erster Linie liberal und nur nebenher deutsch gefinnt sei.⁹⁾ Erst von diesem Hintergrunde hebt sich in seiner ganzen eigenartigen Größe die Gestalt des großen „Staatsbefreiers“¹⁰⁾ ab, dem wir uns jetzt zuwenden — Otto von Bismarck.

⁶⁾ Herg. von Heller bei Reclam; f. a. h. Heller, Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland, 1921; f. Rosenzweig, Hegel und der Staat, 1920.

⁷⁾ Anonym, Stuttg. 1853; über ihn f. Treitschke, hist. Polit. Aufz., IV 189 ff.

⁸⁾ Gerlach, Aufz., II Kap. 33 ff., passim.

⁹⁾ Zehn Jahre deutscher Kämpfe, 106 f.

¹⁰⁾ Meinecke, 278.

I. Vorbereitung.

1. Im alten Preußen.

Im Alter erzählt Bismarck gern von den deutschnationalen¹⁾ Eindrücken, die er während der Schulzeit in der Plamannschen Anstalt, in der Jahnsche Traditionen lebendig waren, empfangen habe, und versucht von da aus wohl eine große Linie nationalen Willens und Fühlens zu ziehen, die ihn stets beherrscht und endlich auch zu seinem Werk, der Reichsgründung, emporgetragen habe.²⁾

Mit dem Turnvater Jahn, der bei allem ursprünglichen, derben Deutschtum doch ein guter Preuße und Christ war, für den „König und Vaterland“ keine Trennung, sondern die „vollkommenste Einheit“ bildeten³⁾, konnten auch die preußischen Adligen in der Zeit der Erhebung zusammengehen. Gerade die christlich-germanischen Kreise, in die Bismarck später eintreten sollte, zogen damals mit ihm in die Hasenheide zum Turnen.⁴⁾ Neben aller natürlichen Frische lebte aber auch viel Gefünsteltes, Barockes in den Jahnschen Kreisen — Stein hatte daher schon 1813 nichts von dem „frazenhaften Kerl“ wissen wollen⁵⁾ — und zumal, nachdem der Meister unter dem nimmermüden Argwohn der Reaktion in Gefängnis- und Festungshaft festgehalten wurde, brachen diese Strömungen unter seinen Jüngern und Epigonen doppelt stark hervor. Jetzt konnten sie für den Sproß eines altpreußischen Adelsgeschlechtes nichts Gewinnendes mehr haben. Nur äußerlich und theoretisch konnten sie des Knaben Herz erfassen, ohne es irgendwie aus seinen Grundrichtungen herauszudrängen. Sie waren jetzt nicht mehr stark genug, angeborene preußisch-monarchische Gefühle in ihm auszutilgen.⁶⁾

¹⁾ Obgleich dies Wort jetzt zur Parteibezeichnung geworden ist, muß ich es doch öfters in Ermangelung eines besseren im Laufe dieser Arbeit anwenden. Ich gebrauchte es natürlich stets in dem weiten Sinne, den es das ganze 19. Jahrhundert über gehabt hat.

²⁾ G. u. E. I, S. 1f.; R. Pahnke, Die Parallelerzählungen B.s zu seinen G. u. E. (Hist. Studien III, Halle 1914), S. 17ff.; dazu noch P. R. XIII 368.

³⁾ Trinkpruch Jahns, f. Deutsches Volkstum, Reclam, S. 16.

⁴⁾ Meinecke, 254.

⁵⁾ Perß, Stein, III 456.

⁶⁾ G. u. E. I, S. 1; vgl. jetzt auch S. W. VIII 172.

Neben den nationalen Geföhlen herrschte jetzt auch in diesen deutschtümelnden Kreisen eine starke republikanische Gefinnung. In ihrer Einwirkung auf die Jugend wurde sie durch die klassisch-humanistischen Strömungen unterstützt. Doch auch vereint konnten sie den Knaben und Jüngling nicht zum innerlich überzeugten Republikaner bilden. Mag auch der Verstand des Primaners die Republik für die vernünftigste Staatsform halten, der junge Adlige ist dennoch weit davon entfernt, solche rationalen Überlegungen in die Tat umzusetzen und zum Revolutionär zu werden. Seine Sympathien bleiben auf Seiten der geltenden Autorität. Hält er doch sogar Tell für einen Rebellen und Mörder.⁷⁾

Nur äußerlich, ohne in die Tiefe zu gehen, hatte der nationale und der Freiheitsgedanke ihn ergriffen, und so genügten auch äußere Gründe, sie völlig wieder abzuschütteln, sobald er, dem Schulzwang entwachsen, auf eigenen Füßen steht und sich auf der Universität selbst sein Urteil zu bilden hat. Nicht die geringste Spur eines inneren Ringens läßt sich dabei erkennen. Die Schuleindrücke sind gerade noch stark genug, daß der junge Suchs in Göttingen sich zuerst zur Burschenschaft hält. Doch auch sie war, ähnlich wie die Jahnschen Kreise — sind sie doch beide Kinder des gleichen Stammes — in den letzten Jahren radikaler und selbstbewußter geworden. Es fehlte ihr bereits „der Hauch religiöser Weihe und romantischer Poesie, welcher die ersten Jahre der Verbindung verflärt hatte“.⁸⁾ So gewinnt Bismarck bald den „Eindruck einer Verbindung von Utopie und Mangel an Erziehung“⁹⁾ und wendet sich von ihr ab. Die Nachwirkungen des Streites zwischen Arminien und Germanen, der gerade jetzt zugunsten der radikaleren Germanen entschieden war¹⁰⁾, und des Göttinger Studentenkampfes mögen den persönlichen Eindruck noch verschärft haben. Kurz entschlossen springt Bismarck in ein Korps ein. Die Korps aber waren damals im offenen Gegensatz zum nationalen und liberalen Streben der Burschenschaft die Träger der Tradition, konservativer und besonders landsmannschaftlicher Gefinnung. Das deutsche Empfinden kam bei ihnen nur gebrochen durch das stärkere Heimatsgefühl zur Geltung. Sie waren, so kann man vielleicht sagen, wenn man die Gegensätze der Parteien auf das studentische Verbindungswesen

⁷⁾ Ebd.; wenn B. im Vormärz das „von“ vor seinem Namen nicht zu schreiben pflegte, so war solch eine Schreibung in den damaligen Adelsreisen viel zu gebräuchlich, als daß man sie mit R. Linder, B.s Stellung zur Revolution, Wolfenbüttel 1910, S. 2, als ein Bekenntnis zu „republikanischer Gleichheit“ deuten könnte.

⁸⁾ Len3, 22.

⁹⁾ G. u. E. 12; Pahnke, a. a. O., 19f.; f. a. den gleichzeitigen Brief Mothleys, Briefw., 2. Ausg. 1889 I 13f. (1. 7. 32): „Außer den Landsmannschaften besteht ein Verein der „Burschenschafter“, der in Wirklichkeit aus dem Abschraum der Universität besteht“.

¹⁰⁾ Schulze und Symant, Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, 1910, 203 ff.

übertragen will, Träger der konservativen, die Burschenschaften der liberalen Nationalstaatsidee.¹¹⁾

Mit diesem Schritt hat der Jüngling den Bruch mit den politischen Idealen seiner Schulzeit vollzogen. Die positive Bedeutung der Schuleindrücke möchte ich darüber hinaus im rein Persönlichen suchen. Sie bedeuten eine Verstärkung des Selbstbewußtseins, des Willens zur starken und freien Eigenpersönlichkeit. Als solche lebt er im Korps, ohne völlig darin aufzugehen. In Wort und Tat, auf dem Sechsboden und bei gefelliger Unterhaltung, vertritt er mutig und mannhaft die eigene Ehre und die der Lebenskreise, in denen er aufgewachsen ist, und denen er sich jetzt zurechnet. Er fordert sechs Studenten auf einmal, die seinen König beschimpft und gemeint haben, „die Preußen wären nie honorige Studenten“¹²⁾. Als ein Korpsbruder als Hannoveraner den Haupttruhm von Waterloo für die englische Armee in Anspruch nimmt, tritt der junge pommerische Edelmann schroff für Preußen und sein Heer ein. „Wir gingen zurück auf Preußens frühere Geschichte, — so erzählt jener in einem späteren Brief davon — ich hörte von Dir ‚Ich bin ein Preuße, kennst Du meine Farben?‘, was ich mit unserem Blau-rot-gold (den Farben des Korps Hannovera) nicht recht zu vereinigen vermochte, und nahm den Eindruck mit mir nach Hause: das ist ja ein Suchs mit den Anschauungen aus der Zeit Friedrichs des Großen“¹³⁾. Das Preußenlied war damals eben erst aufgefunden. 1831 war es gedichtet, 1832 komponiert worden, und im Sommer 1832 spielt auch schon diese Szene.

Ebenso wie er hier dem deutschen Landsmann gegenüber für seinen preußischen Heimatstaat eintritt, hält er dem Ausländer gegenüber sein gesamtdeutsches Vaterland hoch.¹⁴⁾ Ein schönes Zeugnis hierfür ist die Coffinische Wette. Der Amerikaner mag im stolzen Gefühl seiner staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit über die deutsche Schwäche und Zerrissenheit gespottet haben, als Bismarck die Wette mit ihm abschließt, daß in zwanzig Jahren Deutschland geeint sei.¹⁵⁾ Wohl klingen uns daraus noch die nationalen Jugendeindrücke, die allgemeine Stimmung der Zeit entgegen, doch zugleich gilt uns die Tatsache, daß er die Wette mit einem Ausländer und nicht mit einem Landsmann abschließt, als ein Beweis dafür, daß der Nationalstolz eine der Haupttriebfedern bei ihrem Abschlusse gewesen ist.

So kehrt er im Verkehr bald den Preußen, bald den Deutschen heraus und tritt stets für den Kreis ein, der sich im Augenblick in ihm angegriffen fühlt. Daß ihm deswegen die preußische Staatsidee oder die deutschnationalen Empfin-

¹¹⁾ Ebd., 198 ff.

¹²⁾ Marks, I 90.

¹³⁾ Ebd., 92 f.

¹⁴⁾ J. O. v. Corvin, Erinnerungen aus meinem Leben, 3. Aufl. 1880, IV 455.

¹⁵⁾ Ebd., 86; Spahn, Bismarck, 1915, 21; Busch, II 126; P. R. XIII 367, f. a. Joachimsen, Vom deutschen Volk zum Deutschen Staat, 2. Aufl. 1920, S. 85.

dungen der Liberalen zu tieferem seelischen Bewußtsein gekommen seien, darf man kaum annehmen.

Den gleichen Geist atmen in den nächsten Jahren seine Berliner Briefe an seinen Freund Scharlach. Da spricht er bald vom „längsten Titel und breitesten Orden in Deutschland“, bald vom „ersten Manne Preußens“ als Zukunftsaussicht oder Ziel.¹⁶⁾ Preußen und Deutschland gehen auch hier in eins über.

Als junger Referendar liest Bismarck Hegel, ohne tiefer in ihn einzudringen. Um so mehr Gefallen findet er an Spinoza, dessen Ethik — ob auch seine politischen Schriften, wissen wir nicht — er eifrig studiert.¹⁷⁾ Weniger das politische Denken dieser beiden großen Staatsphilosophen hat ihn angezogen als das religiöse; hier sucht er Befriedigung. Seine beiden Referendararbeiten¹⁸⁾, die ersten größeren Schriftstücke, die uns von seiner Hand erhalten sind, verraten nichts von einem Einfluß ihrer Staatsraison, sie zeigen ein abstrakt dogmatisches Denken, das den Staat völlig unter privatwirtschaftliche Ansichten beugt. „Von dieser Grundlage“ — so faßt Marcks seine feinsinnige Analyse zusammen — „geht die Abhandlung aus und an ihr bleibt sie haften, vom eigenen Rechte des Staates, von der Besonderheit seiner Aufgabe und seines Wesens, vom staatlichen Machtgedanken, von staatlichem Schwunge weiß sie nichts“.¹⁹⁾ Auch zu seinem eigenen Staate, zu Preußen, zeigt er darin kein eigentlich persönliches Verhältnis. Höchstens daß die eine Abhandlung mit einem warmen Bekenntnis zu dem größten Hohenzollern, Friedrich II., schließt²⁰⁾, deutet auf Künftiges hin.

Tiefer in Bismarcks Inneres läßt uns wenige Jahre später der bekannte Brief an seine Kusine blicken, in dem er den Entschluß, dem Staatsdienst den Rücken zu kehren, in so wundervoll starker — Bismarckischer Sprache begründet. Die individualistische Seite seines Wesens scheint jetzt ins Monumentale gesteigert. „Mein Ehrgeiz strebt mehr danach, nicht zu gehorchen, als zu befehlen“. „Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine“.²¹⁾ Von Verpflichtung zum Dienst am Vaterlande ja nur von Anhänglichkeit an daselbe, zeigt dieser Brief ebensowenig wie seine Examensarbeiten, obgleich ihm das Wort „Vaterland“ öfters in die Feder fließt. Den persönlichen Ehrgeiz hält er in der Regel für einen stärkeren Antrieb als die Vaterlandsliebe²²⁾, und die eigene Unabhängigkeit stellt er höher als ein Leben, das sich in treuer Pflichterfüllung im Staatsdienste aufzehrt.²³⁾

¹⁶⁾ Dom jungen Bismarck, 6 u. 33 (18. 6. 35).

¹⁷⁾ Brbr. 2 (Werbebrief); Dom jungen B. 59 (4. 5. 36); s. a. Rosin, B. und Spinoza, Parallele ihrer Staatsanschauung, Gierkesfestschr. 1911.

¹⁸⁾ Bjb. II 3ff.

¹⁹⁾ Marcks, I 122.

²⁰⁾ Bjb. II 47.

²¹⁾ Brbr. 26f. (Sept. 1838).

²²⁾ Brbr. 28.

²³⁾ Brbr. 31.

Von Nationalgefühl in dem tieferen Sinne, der ein inniges Verwachsensein mit dem Lande seiner Väter, dem eigenen Staate voraussetzt, können wir auch im folgenden Jahrzehnt noch nicht bei ihm sprechen. Auch in seiner ländlichen Heimat auf dem Boden, aus dem er entsprossen, findet er nicht Ruhe und Befriedigung. Rastlos unternimmt er große Reisen ins Ausland und denkt in der Verzweiflung sogar daran, in englische Kriegsdienste zu treten, um in fremdem Solde gegen Inder, Afghananen oder sonst wen zu kämpfen.²⁴⁾

Dieser übersteigerte Individualismus des „tollen Junkers“ läßt ihn ohne weiteres über die Schranken hinwegspringen, mit denen sonst in diesen Jahrzehnten die politischen Denker aller Parteirichtungen der Politik ihres Staates Fesseln anlegen. Dasselbe Recht, das er für sich in Anspruch nimmt, will er auch dem Staate zubilligen, das Recht, eigene Musik zu machen, ohne sich um altüberkommene Rechtsformen sehr zu kümmern. 1842 meint er einmal von den Bestrebungen der Landesfürsten: „es sei das Hauptziel dieser Gewaltigen auf Erden, ihr Herrschaftsgebiet auszudehnen, ihre Grenzen zu erweitern. Ich bin der Meinung, daß wir auch noch einmal eine Zeit bekommen werden, wo das Königreich Preußen einen bedeutenden Zuwachs erhalten wird.“²⁵⁾

In den „Gedanken und Erinnerungen“ meint Bismarck, das Wenige, was er damals über auswärtige Politik gedacht habe, sei im Sinne der Freiheitskriege gewesen, vom preußischen Offiziersstandpunkt aus gesehen.²⁶⁾ Es ist ein vieldeutig schillerndes Wort, denn unter dem Geist der Freiheitskriege verstand damals jeder etwas anderes. Die einen sahen unter dem Drucke der Reaktion in der Zeit der Erhebung nicht nur die Befreiung von fremder Unterdrückung, sondern zugleich einen Kampf für die innere Freiheit, andere wieder sahen im Geiste von 1813 zugleich den Geist der heiligen Allianz, die Gemeinschaft der konservativen Interessen gegen die Revolution. Dieser Gesinnung hat sich Bismarck selbst später in den Stürmen von 1848 angenähert und auf ihr sein außenpolitisches System aufgebaut. Für jetzt denkt er aber sicher an keine der beiden Parteianschauungen, sondern an eine dritte, viel ursprünglichere und im letzten Kerne auch viel wahrere Deutung, deren Wurzel er ja auch schon in den „Gedanken und Erinnerungen“ angibt, den Standpunkt des preußischen Offiziers. Ihm ist 1813 ein Kampf um staatliche Unabhängigkeit und Freiheit von fremder Unterdrückung und fremdem Joch. Dieser Kampf war ein gesamtdeutscher und war gegen Frankreich gerichtet; daher lebte auch in den Kreisen der preußischen Armee stets neben dem holländischen ein ganz unreflektiertes deutsches Empfinden und ein Haß gegen Frankreich, nicht als die Inkarnation der Revolution, sondern als den deutschen Erbfeind, der seit Jahrhunderten zu

²⁴⁾ Marcks, I 193; Vom jungen B. 91 (9. 1. 45).

²⁵⁾ Marcks, I 239f.

²⁶⁾ G. u. E. I 2.

Zeiten, wo man an den Gegensatz von Restauration und Revolution noch gar nicht dachte, dem Reich auf feindliche und hinterlistige Weise altes, gutes deutsches Land geraubt und verwüstet hatte.

Solche Gefinnungen hegt damals auch Bismarck. Daher ärgert ihn beim Blick auf die Landkarte der französische Besitz von Straßburg und stimmt ihn der Besuch von Heidelberg, Speyer und der Pfalz rachsüchtig²⁷⁾, daher schreibt er dem Freunde von einem „gerechten Abscheu“ gegen die Franzosen.²⁸⁾ Über die Feigheit der Generale in der Zeit von Jena kann er sich noch ein Menschenalter darnach in Zorn reden. Er findet es unbegreiflich, daß sich damals nicht irgendein Leutnant gefunden hat, der den Mut hatte, diesen Feuern eine Kugel durch den Kopf zu jagen.²⁹⁾ Mit scharfem Blick für die außenpolitischen Notwendigkeiten seines Staates ergreift er schon in dieser Zeit gegen die aufständischen Polen Partei, sie hätten als eidbrüchige Hochverräter bestraft werden sollen.³⁰⁾

Man kann diese Gedankenwelt am besten mit den Worten charakterisieren, mit denen Bismarck selbst im Alter den Grafen Brandenburg zeichnet. Für diesen Hohenzollernproß und preußischen Offizier von altem Schrot und Korn, der ohne jede Überlegung im Herbst 1848 in die Bresche sprang, als es sein König befahl, und dem schließlich, wie die Legende, der auch Bismarck anhing, meinte, in den Tagen von Olmütz sein Herz über die Schmach seines Landes brach³¹⁾, hatte er immer eine besondere Sympathie. So mögen wohl bei dieser Schilderung in dem greisen Fürsten verwandte Saiten angeklungen sein. Auch sein Patriotismus, schreibt Bismarck, habe vorwiegend von den Erinnerungen an 1812 und 1813 gezehrt und sei schon deshalb von deutschem Nationalgefühl durchsetzt gewesen. „Entscheidend blieb indes das dynastische und borusische Gefühl und der Gedanke einer Machtvergrößerung Preußens.“³²⁾

Den Abschluß von Bismarcks Jugend bildet seine religiöse Wandlung, der einzige große Einschnitt seines Lebens. Langsam hat sie sich in dem einsamen Gutsherrn von Kniephof angebahnt, um dann durch den Tod Mariens von Blandenburg zu plötzlichem Durchbruch zu kommen. Durch sie findet er jetzt in den christlich-germanischen Kreisen nicht nur den neuen Glauben, nicht nur die

²⁷⁾ G. u. E. I 2; f. a. p. R. XIII 26; Breslau, Anm. 35; Poschinger, Dt. Rdsch. 181, 1919, 432.

²⁸⁾ Marcks, I 108 (7. 4. 34 an Scharlach); in der Separatausg. dieses Briefwechsels ist die Stelle: „einen gerechten Abscheu vor Juden und Franzosen“ willkürlich in „einen großen Abscheu vor Franzosen“ geändert worden, trotz des früheren Abdrucks von Marcks. (Vom jungen B. 20).

²⁹⁾ Marcks, I 239.

³⁰⁾ Keudell, 13 (1846)

³¹⁾ G. u. E. I 66.

³²⁾ Ebd.

Braut, sondern auch die feste Verknüpfung mit seinem Staat — das Vaterland. Durch sie wird der individualistische Skeptiker hineingestellt in die lebendige Gemeinschaft, lernt, sich ihr hingeben und für sie arbeiten. Hier gewinnt er den festen Halt für sein ganzes Leben und die Kraft zum unbedingten Handeln. Jetzt schreibt er seiner Braut: „Ein Glaube, der dem Gläubigen von seinen irdischen Brüdern sich abzusondern gestattet, so daß er sich mit einer vermeinten isolierten Beziehung zu dem Herrn allein, in reiner Beschaulichkeit genügen läßt, ist ein toter Glaube, was ich, wenn ich nicht irre, in einem früheren Briefe als Quietismus bezeichnete, ein meines Erachtens irriger Weg.“³³⁾ Jetzt gewinnt sein nationales Denken die feste Beziehung zum heimatischen Boden, mit dem er nun nur noch immer fester verwächst. An Auswandern, überhaupt an ein Loslösen von der heimatischen Erde läßt sich jetzt nicht mehr denken. „Soweit ein Bismarck überhaupt konnte, hatte er jetzt Haus und Herd, Vaterland und Gott aufgenommen in seinen Willen.“³⁴⁾

Die innere Entwicklung ist abgeschlossen, als sich ihm endlich auch das Feld politischer Tätigkeit öffnet, auf dem er mit seiner ganzen Kraft für sein Vaterland wirken kann. Im Frühjahr 1847 beruft Friedrich Wilhelm IV. den ersten Vereinigten Landtag, am 8. Mai tritt Bismarck in ihn als Stellvertreter seines erkrankten Vorderrmanns ein. Der Held und sein Staat haben sich gefunden.

Wir hatten früher schon Gelegenheit, auf den Gegensatz in der Auffassung des Geistes von 1813 hinzuweisen und auf die ganz ursprüngliche Stellung, die Bismarck darin gefunden hat. Mit einem Bekenntnis zu dem Geist von 1813, wie er ihn versteht, führt er sich auf dem Vereinigten Landtag ein. Einer der Führer der Liberalen, der Ostpreuße von Saucken-Tarputtschen, der selbst einst ruhmvoll als Offizier gegen Napoleon seinen Mann gestanden hatte³⁵⁾, meinte mehr beiläufig in seiner Rede, daß ein edles, gebildetes Volk wie das preußische keinen Nationalstolz kenne, und daß auch die größte Liebe zum König und Herrscherhaus allein es nicht vermocht hätte, daß ein ganzes Volk sich erhebe und zu solcher Tat wie im Jahre 1812 begeistere, ohne daß vorher die Steinschen Reformen diesem Volke die Freiheit gegeben hätten.³⁶⁾ Bismarck benützt die Gelegenheit zu einer „Berichtigung“, die er sich aber wohl schon vor Sauckens Rede zurechtgelegt hat. Er widerspricht der Ansicht, daß „die Bewegung des Volkes 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte und es eines anderen Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten. Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewaltthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien,

³³⁾ Brbr. 56 (28. 2. 47).

³⁴⁾ Meinecke, Preußen und Deutschland im 19. u. 20. Jh., 357.

³⁵⁾ Über ihn s. v. Below, Allg. Deutsche Biogr. LIII 713f.

³⁶⁾ Bleich, Der 1. vereinigte Landtag, B. 1847, II 715.

ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen.“³⁷⁾

Gesprochen hat Bismarck die Sätze etwas anders, schärfer und kränkender für den Vorredner, doch auch in der Milderung, die er ihnen im Stenogramm gab, behalten sie ihren ehernen Klang. Heinrich von Treitschke meint einmal in einer Preßfehde über den alten General von der Marwitz, daß bei zerplitterten Völkern der Nationalstolz nur in vereinzeltten Fällen mit der Sicherheit des Instinkts wirken könne, und daß daher jeder deutschen Partei zu Zeiten die Versuchung nahe getreten sei, die Partei höher zu stellen als das Vaterland. „Allein in Preußen blieb bei allem Hader der Parteien eine Energie der Staatsgesinnung lebendig, die noch in allen schweren Zeiten den Weg zurückfand zu dem Gedankens des Vaterlands.“³⁸⁾ Eben hierin findet der Sachse Preußens Größe, eben hierin die sittliche Kraft, welche diesen Staat über alle anderen erhebt.³⁹⁾ Wenn je, so wirken in jenen Worten, mit denen der Mann, der Preußens Größe vollenden sollte, zuerst vor sein Volk tritt, das Nationalbewußtsein, der Nationalstolz mit der unbedingten Sicherheit des Instinkts. Es ist „ein Stück Urgestein nationaler Empfindung“⁴⁰⁾ und liegt als solches weit zurück hinter allen Parteiempfindungen und Doktrinen⁴¹⁾, ja selbst hinter den Gefühlen spezifisch preußischer oder deutscher Nationalität.

Durch manche andere Redewendung auf diesem Landtag wird das Bild noch verstärkt. Der junge Abgeordnete sticht mit seinem Worte in ein Wespennest und erregt bei Freund und Feind einen ungeheuren Sturm der Entrüstung. Gerade deshalb benützt der Heißsporn jede sich bietende Gelegenheit, um immer wieder in die gleiche Kerbe zu hauen. Bei den Debatten über die Judenemigration sprach der Rheinländer Beckerath in seiner sentimentalen Weise von einem Judenjüngling, der bei Großgörschen gefallen sei, und betonte, daß es tragisch sei, wenn solch Menschenleben geopfert würde, ohne den Zweck, den es damit erstrebte, erreicht zu haben.⁴²⁾ Für den Liberalen ist das Opfer seines Lebens das Höchste, was man einem Menschen zumuten kann, er spricht daher stets in weihewoller, verflärender Weise davon.⁴³⁾ Nicht so Bismarck. Seine

³⁷⁾ P. R. I 9f. (17. 5. 47).

³⁸⁾ P. R. XIV 3 (Konzept); Brbr. 90 (18. 5. 47).

³⁹⁾ Zehn Jahre deutscher Kämpfe, 266 (1870).

⁴⁰⁾ Meinecke, 315.

⁴¹⁾ Nur wenn B. seiner Braut am 21. 5. 47 von dem „Wespennest der Freiwilligen“ schreibt, in das er gestochen habe (Brbr. 92), glaubt man etwas von der altpreußisch-konservativen Opposition zu hören, die gegen die Scharnhorst-Boyensche Heeresreform ankämpfte, und der diese Freiwilligen genau so wie die Landwehr für ein revolutionäres Serum galten.

⁴²⁾ Bleich, a. a. O., IV 1752, 1787 (14./15. 6. 47).

⁴³⁾ [s. B.: Dilthey, Preuß. Jbb. X (1862) 242 und Treitschke, Hist.-polit. Auff. I, 313 5. Aufl. 1886, 313 (Lord Byron, 1863).

heroische Einseitigkeit in der Verkündigung des Staates achtet das Opfer des Lebens nicht besonders hoch. Ihm ist es etwas Selbstverständliches, daß jeder Mann, und namentlich jeder Deutsche, es dem Vaterland in seiner Not ohne Nebenzwecke darbringen muß.⁴⁴⁾

In der gleichen Rede empfiehlt er den Herren, die so gern ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen⁴⁵⁾, eins zur Richtschnur, „was den Engländer und Franzosen auszeichnet: das ist das stolze Gefühl der Nationallehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmenswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht“.⁴⁶⁾ Auch die Führer seiner Partei, die Gerlach und Stahl, lehnen aus ihrer christlich-germanischen Anschauung heraus den französischen Konstitutionalismus als undeutsch ab und pochen dem gegenüber auf die alte deutsche Freiheit, das alte deutsche Recht. Sie spotten wohl auch gelegentlich über die deutschen Patrioten, die ihre Heimat nur mit fremden Sitten beglücken können. Aber sie lehnen mit den gleichen Sätzen auch das französische Laster der Nationaleitelkeit und des Nationalhasses ab und behaupten, daß es gerade im Gegensatz zu den anderen Völkern Aufgabe der Deutschen sei, nicht nur ein Glied einer Nation, sondern darüber hinaus Weltbürger zu sein.⁴⁷⁾ Bei ihnen wendet sich eben alles, auch das ursprünglichste Gefühl, sofort ins Doktrinäre, bei Bismarck aber ist nichts von Reflexion, nichts von einem bestimmten Parteiziel zu merken. Bei ihm kommt gerade dieses urwüchsige und, wenn man will, egoistische nationale Ehrgefühl, wie es den westlichen Völkern im Blute liegt, zum Durchbruch. Ja, er scheut sich nicht, selbst zur Unterstützung an das englische Beispiel zu erinnern. Sein Redeentwurf für den Vorstoß gegen von Saucken geht von Nelsons berühmter Trafalgarparole

⁴⁴⁾ P. R. I 30f. (15. 6. 47). Werden und Wachsen dieses Geschichtsbildes der Befreiungskriege und sein Einfluß in der deutschen Parteigeschichte verdiente wohl einmal eine ausführliche Untersuchung. Schon bei Klüber-Welfer, Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation, 2. Aufl. 1845, S. 83f., ist ein Brief aus dem Jahre 1819 abgedruckt, der im Zusammenhang mit den Demagogenverfolgungen die liberale Legende zurückweist. Besonders schön ist, wie sich 1866 der liberale H. Baumgarten in seiner „Selbstkritik des Liberalismus“ ganz auf den Bismarckschen Standpunkt stellt: „Es ist ein großer Irrtum, zu meinen, der Befreiungskrieg wäre zugleich ein Freiheitskrieg gewesen, die in Preußen unter die Waffen eilenden Männer hätten zugleich die innere Freiheit neben der äußeren Unabhängigkeit im Auge gehabt. . .“ (Hist.-polit. Aufsätze, 1894, S. 87).

⁴⁵⁾ Ich glaube nicht, daß man den Ausdruck „Vogesen“ wie M. Spahn, Bismarck, S. 55, als bewußte Zurechnung des Elsasses zum Reich deuten darf. B. liebt anschauliche geographische Bilder. Da er die Rheingrenze der Rheinprovinz wegen nicht wählen kann, bietet sich ihm schon damals die Vogesengrenze als natürlicher Ersatz dar. Besonders waren aber die französischen politischen Ideale tatsächlich nur im wirklichen Frankreich, eben jenseits der Vogesen, zu finden.

⁴⁶⁾ P. R. I 30f.

⁴⁷⁾ E. u. v. Gerlach, Zwölf politische Monatsrundschaun, 1850, 41 f. (Sept. 1849.)

aus: „England erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut.“⁴⁸⁾ Dies ist eine Gesinnung, wie sie der märkische Junker versteht und für die er sich begeistern kann.

Der Sproß der alten Adelsfamilie, die Generationen hindurch ihren Königen in treuer und zugleich freier, selbstbewußter Hingabe gedient hat, tritt uns besonders entgegen, wenn wir Bismarck den frohen Kampf für ein starkes und freies Königtum, für einen unabhängigen König von Preußen kämpfen sehen. Die liberale Majorität des Landtags drängt auf Periodizität, auch Bismarck billigt im Grunde dies Verlangen, aber drängen kann er seinen König nicht. Er vertraut auf das Königswort und bekennt sich zu der alten preußischen Volksmeinung, „der ein Königswort mehr gilt, als alles Deuten und Drehen an dem Buchstaben der Gesetze.“⁴⁹⁾ Er bekennt sich zu dem freien König von Gottes Gnaden, der aus der Machtfülle seiner faktisch unbeschränkten Krone, wohl freiwillig einen Teil seiner Rechte dem Volke verleihen, aber nie und nimmermehr dazu gezwungen werden kann und darf.⁵⁰⁾ Und wieder finden wir hier den ungetrübten Blick aufs Ganze und vor allem auf die politische Wirkung, wenn Bismarck hervorhebt, daß eine unfreiwillige Konzession nur ein Zeichen von monarchischer Schwäche wäre, das nur die Feinde Preußens stärken würde.⁵¹⁾ Ebenso sieht er bei der Ostbahnfrage, in der die Mehrheit aus parteitaktischen Gründen die geforderte Anleihe ablehnt, nicht in erster Linie auf die materielle und provinzielle Seite, und erst recht nicht auf die parteipolitische, sondern nur auf die Konsolidierung der politischen und militärischen Verhältnisse des Landes und fordert von diesem Standpunkt aus ihre Annahme.⁵²⁾

In alledem zeigt sich nichts, aber auch gar nichts, von Parteidoctrin und Parteischema, nichts von der ständisch-liberalen Gesinnung, die sich der alte Fürst für diese Zeit zuschreiben möchte⁵³⁾, aber auch nichts von den christlich-germanischen Anschauungen seiner politischen Freunde. Und doch spricht er ein andermal scheinbar ganz die Sprache dieser Kreise, die idealistisch unpolitische Sprache der Zeit. In der Jugenddebatte richtet er zur Rechtfertigung seiner Haltung das Ideal des christlichen Staates auf. Die Aufgabe des Staates sei, das Christentum zu verwirklichen. Seine Gesetzgebung müsse sich aus dem Urquell der ewigen Wahrheiten regenerieren, nur dann könne er die Berechtigung seiner Existenz nachweisen, nur dann könne er seine Dauer gesichert sehen.⁵⁴⁾

⁴⁸⁾ P. R. XIV 3.

⁴⁹⁾ P. R. I 12 (1. 6. 47).

⁵⁰⁾ P. R. I 13 (1. 6. 47).

⁵¹⁾ P. R. I 14.

⁵²⁾ P. R. I 19 (7. 6. 47).

⁵³⁾ G. u. C. I 15.

⁵⁴⁾ P. R. I 24f. (15. 6. 47).

Ich will nicht gerade sagen, daß diese Sätze in Widerspruch zu den anderen Reden des jungen Abgeordneten stehen, aber es spricht doch ein etwas anderer Geist aus ihnen und sie wirken selbst in dieser Rede gleich einem Fremdkörper. Bei den Gerlachs, bei Stahl ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Hier finden sich in der Fülle ihrer christlich-dogmatischen und doktrinären „Bekanntnisse“, die sie im Parlament wie in der Presse ablegen, gelegentlich Äußerungen, die auch von der Macht und Unabhängigkeit des Staates sprechen, aber sie werden sofort widerrufen und unterdrückt durch die dogmatische Umgebung, in der sie stehen, durch die doktrinäre Folgerung, die daraus gezogen wird. Bei Bismarck tritt der gelegentliche Bekennerton selbst in der gleichen Rede ganz zurück hinter das starke, freie und ursprüngliche Empfinden, das, durch keine Überlegung gebrochen, uns stets bei ihm entgegenhällt. Nicht nur Stahl, bei dem es als getauften Juden ja begreiflich ist, nein auch die anderen seiner Partei treten gegen die Judenemanzipation auf, weil die Juden Heiden seien. Sie wenden sich daher mit der gleichen Schärfe gegen die Dissidenten, während sie zwischen Christen und getauften Juden keinen Unterschied kennen. Dies ist die logische Folge der Theorie vom christlichen Staate. Es ist bezeichnend, daß Bismarck diese Konsequenz nicht zieht. Schon als Student schreibt er einmal einem Freunde von dem „gerechten Abscheu“ gegen Juden,⁵⁵⁾ und als er späterhin im Gespräch betont, daß die Stellung des Staatsbürgers nicht von seinem Glauben abhängig sein dürfe, und ihm entgegengehalten wird, dann müsse er auch für die Emanzipation der Juden eintreten, springt er schnell ab und meint schlagfertig: „Keineswegs, die frage ich nicht, denen sehe ich's an.“⁵⁶⁾ In allen diesen Worten richtet sich seine Abneigung gegen den Juden an sich, als Stammesfremden, nicht als Glaubensfremden. Auch nach seiner Befehrung sind für ihn, trotz der Vorhaltungen seiner Schwiegermutter, nur die „Volkstümlichkeiten“ entscheidend. Er macht daher keinen Unterschied zwischen echten und getauften Abkommen des Patriarchen.⁵⁷⁾ In den Revolutionsjahren ist — um hier etwas vorzugreifen — der Königsberger Simson trotz der Taufe ein Jude⁵⁸⁾, und selbst von Stahl meint er gelegentlich im Zorn: „Er ist doch nur ein Jude.“⁵⁹⁾

Auch in unserer Rede verläßt er bald den Boden der Theorie und wendet sich zu den Juden, „wie sie jetzt sind“.⁶⁰⁾ Sofort wird der Ton ein anderer. Klang er im Anfang merkwürdig trocken und gezwungen, so wird er jetzt ganz spru-

⁵⁵⁾ Marcks, I 108; s. Anm. 28.

⁵⁶⁾ Ebd., 283 (1845).

⁵⁷⁾ Brbr. 63 (4. 3. 47).

⁵⁸⁾ Bjb. III 419 (27. 9. 49, N. Pr. 3tg.); Brbr. 180 (25. 4. 1850).

⁵⁹⁾ Poschinger, Portef. III 67f. (1849 zu Andrae-Roman); s. a. Brbr. 184, 196, 198, 8f.

⁶⁰⁾ P. R. I 26 (15. 6. 47).

delndes Leben. Man merkt: hier ist sein eigentliches Gebiet. Er bekennt sich frank und frei zu den Vorurteilen der Masse der niederen Schichten des Volkes, bekennt, daß wenn er sich als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs einem Juden als Vorgesetzten gegenüber sehen würde, er sich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß ihn die Freude und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchem er jetzt seine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht sei.⁶¹⁾ Auch hier wendet er zum Schluß über die innerpolitischen und weltanschaulichen Gegensätze hinweg den Blick auf die großen Fragen der Außenpolitik und betont die Gefahr einer Masseneinwanderung von russischen Juden, die durch eine wesentliche Verbesserung in der Lage der preußischen Judenschaft hervorgerufen werden könnte.⁶²⁾

Trotzdem ist sein Bekenntnis zum christlichen Staat in dieser Rede sicherlich nicht unwahr oder unaufrichtig, nein, Bismarck hat sich damals eben zum orthodoxen christlichen Glauben bekehrt und hat mit dem frischen Eifer des Neubekehrten, gedrängt durch die Freunde, geärgert durch die Reden der Opposition, dies Bekenntnis mit voller Überzeugung abgegeben. Ich will nur zeigen, daß dies Parteidogma von Anfang an keine volle Herrschaft über den Junker gewinnen kann, daß stärker, ja viel stärker als alle Doktrin sich auch schon damals in ihm sein gesundes Empfinden, sein staatsrealistisches Denken zeigt, das ihn innerlich eigentlich schon damals ebenso sehr von dem unstaatlichen Denken seiner Freunde, wie von den „sentimentalen Salbadereien“ der liberalen „Humanitätsfaseler“⁶³⁾ trennt. Was er seiner Braut in diesen Monaten mehr scherzend und in bezug auf private Verhältnisse schreibt: „An Grundsätzen hält man nur erst fest, solange sie nicht auf die Probe gestellt werden; geschieht das, so wirft man sie fort wie der Bauer die Pantoffeln und läuft, wie einem die Beine von Natur gewachsen sind“⁶⁴⁾, das ist doch auch schon damals der Grundton seiner politischen Überzeugungen. Die Judenrede mit ihren beiden zwiespältigen Teilen ist ein erstes deutliches Beispiel dafür.

Aus Bismarcks gesamtem Auftreten auf dem Landtag spricht eine lebendige preußische Staatsgesinnung. Die freie und unabhängige Macht seines Staates ist der unveränderliche Richtpunkt seiner Politik. Dennoch können wir Lenz nicht Recht geben, der schon damals in Bismarck nur „schroffen preußischen Partikularismus“ sieht, für den Ausland alles gewesen sei, „was jenseits der schwarzweißen Grenzpfähle lag“.⁶⁵⁾ So manches früher zitierte Wort läßt sich damit nicht gut vereinbaren. Ein typisches Beispiel mag es überdies noch

⁶¹⁾ P. R. I 25 f. Die Anschauung vom Gottesgnadentum kommt hier m. E. für B. nicht oder wenigstens nicht in erster Linie in Betracht.

⁶²⁾ P. R. I 29.

⁶³⁾ Brbr. 103 (15. 6. 47).

⁶⁴⁾ Brbr. 75 (14. 3. 47).

⁶⁵⁾ Lenz, 39 f.

schnell verdeutlichen. In späteren Jahren setzt Bismarck wohl gelegentlich „Deutschland“ in Anführungsstriche, jetzt schreibt er im Entwurf zu seiner 1813er Rede ganz unwillkürlich hinter „jedes preußische Blut“, das in Wallung geraten müsse, in Klammern „deutsche“.⁶⁶⁾ Ebenso ist das Programm zu einer ständischen Zeitung, das er nach Abschluß des Landtags zusammen mit zwei anderen Adligen in die Welt sendet, durchaus nicht spezifisch preußisch. Es ist konservativ und geht von Preußen aus, richtet aber sofort den Blick über die schwarzweißen Grenzpfähle hinaus und will die Ausbildung der ständischen Verhältnisse im ganzen deutschen Vaterlande fördern; es will ausdrücklich eine Ergänzung sein zu Gerwinus' „Deutscher Zeitung“, die in Heidelberg erschien.⁶⁷⁾

Auch jetzt sind demnach preußische und deutsche Gefühle in ihm nicht geschieden. Er geht in seinem Denken vom preußischen Staate aus und ist im Laufe der Zeit immer mehr mit ihm verwachsen. Doch neben dem preußischen Staatsgefühl lebt in ihm auch ein starkes deutsches Empfinden, das freilich weder politisch, noch kulturell orientiert ist, sondern einfach ein kräftiger, urwüchsiger deutscher Nationalstolz ist. Er spricht daher unwillkürlich von der Volksgemeinschaft als Ganzem, ohne wie die Liberalen der Forderung nach dem nationalen Einheitsstaate offen Ausdruck zu geben, aber auch ohne, wie die Konservativen, deutsche Eigenart besonders in den altüberlieferten Partikularstaaten verkörpert zu sehen. Zum Wesen des konservativen Nationalstaatsgedankens gehört es nach Meinekes Definition, „daß er grundsätzlich verzichtet auf die politische Zusammenfassung der Kulturnation, daß er aber diese als den fruchtbaren Mutterboden ansieht, aus dem vielerlei große und kleine politische Gebilde erwachsen, alle das echte Gepräge deutschen Geistes tragend“.⁶⁸⁾ Von alledem finden wir bei dem Bismarck des Vormärz fast nichts. Seine natürliche Urwüchsigkeit sprengt für jetzt noch alle Fesseln des Systems.

In den ruhigen Jahren der Restauration konnten, trotz aller sich ankündigenden Strömungen, streng preußische Staatsgesinnung und lebendiges deutsches Empfinden friedlich nebeneinander in einer Seele wohnen, ohne daß man Reflexionen über ihr Verhältnis in der rauhen politischen Wirklichkeit anzustellen brauchte. Preußen und Deutschland waren damals Begriffe, die sich ergänzten, aber nicht Gefühle, die sich gegenseitig ausschlossen. Eine Entscheidung zwischen beiden galt es erst zu treffen, als in den Revolutionsstürmen des Jahres 1848 die deutsche Bewegung mächtig an den Grundfesten des preußischen Staates rüttelte und ihn zu überspülen und zu verschlingen drohte.

⁶⁶⁾ P. R. XIV 3.

⁶⁷⁾ v. Petersdorff, Ein Programm B.s zur Gründung einer konservativen Ztg. (5. 7. 47), S. B. P. G. XVII, 1904, 580 ff.

⁶⁸⁾ Meineke, 255.

2. Die Revolution.

In einer seiner großen Reden gegen Eugen Richter tritt Fürst Bismarck 1882 der Ansicht entgegen, daß dem Liberalismus die Priorität im Wirken für Kaiser und Reich zukomme. Seit 1813 und 1815 hätten alle Volksschichten unterschiedslos das deutsche Reich gewünscht. Auch ihm habe, ehe er durch die Erbitterung über die Barrikaden 1848 beeinflusst worden sei, eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt.¹⁾ In ähnlicher Weise spricht er in den Jahren nach der Entlassung auf dem Marktplatz von Jena von dem erbitternden Rückschlag, den die Ereignisse von 1848, der Kampf gegen seine eigenen Landsleute in den Straßen von Berlin, gegen die Farben, die er als Offizier mit Stolz trug, auf seine deutschnationalen Empfindungen gehabt habe.²⁾ In gleichem Sinne hatte er sich schon 1870 gegen einen alten Achtundvierziger geäußert.³⁾

Alle diese Worte sind an Kreise gerichtet, bei denen es Bismarck darauf ankommt, seine deutschnationalen Empfindungen zu betonen und seinen reinpreußischen Standpunkt von 1848 nur als ein kurzes Zwischenpiel darzustellen. So meint er in seiner Jenerser Rede, daß dieser Rückschlag zur Zeit des Unionsparlamentes „noch nicht vollständig überwunden“ gewesen sei.⁴⁾

Wir sahen schon früher, daß Bismarck gern in späteren Jahren über das erweisbare Maß hinaus zwischen seinem Leben und der deutschen Bewegung Säden sah und Säden spann, so daß wir diese Altersansichten nicht ohne weiteres als Quelle benutzen dürfen. Wir dürfen daher auch in diesem Falle nicht die Länge der Zeitspanne beachten, die er dieser Periode seines Denkens später zubilligen will. Wir entnehmen daraus nur, daß Bismarck im Alter 1848 als tiefen Einschnitt in der Entwicklung seines nationalpolitischen Denkens empfindet, den er nie wegzuleugnen versucht, den er vielmehr immer wieder stark betont. Dies mag uns ein Singerzeig sein, auf dem Wege, den wir jetzt gehen wollen.

Kurz nach dem Ausbruch der Februarrevolution, als es eben auch in Deutschland zu Kriseln beginnt, schreibt Bismarck am 8. März seinem Bruder: „Eine recht blutdürstige Malice habe ich auf die Hunde in Mannheim etc., die mit Appellation an die französischen Bayonette das verdrehteste Zeug fordern. Für ein deutsches Parlament am Bundestage ist man übrigens hier allgemein, sogar in der Ritterschaft portiert. Ich weiß nur nicht, wie Österreich sich dazu stellen sollte.“⁵⁾ Es ist die erste Äußerung Bismarcks zur deutschen Verfassungsfrage, die wir kennen. Sie ist in allem die Bestätigung der Ansichten, die wir im vorigen

¹⁾ P. R. IX 413 (14. 6. 82).

²⁾ P. R. XIII 139 (31. 7. 92).

³⁾ O. v. Corvin, Erinnerungen aus meinem Leben, 3. Aufl. 1880, IV 455.

⁴⁾ P. R. XIII 139.

⁵⁾ Bbr. 58.

Abchnitt herausgestellt haben. Wir finden auch hier einen deutschen Nationalstolz, der sich mehr als über die liberalen Forderungen der Gegner über die Gefinnungslumperei aufregt, die es wagt, innerpolitische Fragen mit Hilfe des Erbfeindes lösen zu wollen. In der eigentlichen Verfassungsfrage ist er ohne feste eigene Ansichten. Man merkt, er hat sich noch nicht besonders damit beschäftigt und sucht jetzt, als die Frage brennend wird, erst einen bestimmten Standpunkt zu gewinnen. Er steht aber der deutschen Frage nicht ablehnend gegenüber, denkt entschieden nicht nur preußisch, sondern offenbar großdeutsch. Über allem unsicher Tastendem hinaus zeigt er auch hier wieder den klaren, offenen Blick für die außenpolitischen Fragen, der ihn jetzt schon in wahrhaft genialer Intuition, die Unlösbarkeit des österreichischen Problems im Rahmen eines deutschen Nationalstaates ahnen läßt.

Bismarck rechnet in diesen Wochen mit einem Krieg des alten Europas gegen das revolutionäre Frankreich.⁶⁾ Man sieht daraus, wie stark sein Denken konservativ gerichtet ist, wie stark auch er damals von den legitimistischen Traditionen der Restaurationszeit beherrscht wird. Aus all diesem Planen und Wägen reizt ihn plötzlich die Märzrevolution.

Bismarcks Staatsanschauung haftet an einem starken und freien Königtum von Gottes Gnaden. Dies hält er für die Grundlage der preußischen Macht und Größe in Vergangenheit und Gegenwart. Eben dies Königtum aber, an dessen Unererschütterlichkeit der märkische Edelmann so felsenfest glaubt, bricht unter dem Ansturm des Berliner Pöbels kampflös und schmachvoll zusammen. Es zeugt für die Festigkeit seines Glaubens, daß er das Geschehene zunächst einfach für unmöglich hält. Er meint, nur der Wille seines Königs sei nicht frei, und sinnt daher auf Mittel und Wege, ihn zu befreien.⁷⁾ Nur allzubald muß er seine Täuschung erkennen, muß sehen, daß „die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat“.⁸⁾ Mit dieser Erkenntnis bricht seine ganze politische Welt zusammen. Alle Stützen, auf denen sein politisches Denken beruhte, sind weggerissen. Mit dem Fall des Königs ist für ihn zunächst auch sein Staat, der preußische Staat, unrettbar verloren. „Wer kann das Gebäude halten, dessen Eckstein morsches Holz ist.“⁹⁾ „Ich sehe nur, daß das Gebäude zertrümmert ist, welches Jahrhunderte des Ruhms und der Vaterlandsliebe errichtet haben, welches von Grund auf mit dem Blute unsrer Väter gefittet war“¹⁰⁾, klagt er gegen Freunde, klagt er im Parlament.

Je stärker sein Glaube an das Königtum als den tragenden Pfeiler eines starken Staates, je größer seine Liebe zu diesem monarchischen Preußen seiner

⁶⁾ Bbr. 57 ff. (an Bernhard v. B.).

⁷⁾ G. u. E. I 20 ff.

⁸⁾ P. R. I 46 (2. 4. 48).

⁹⁾ An Lu. v. Gerlach, 26. 3. 48, Aufz., I 518.

¹⁰⁾ P. R. XIV 11 (Entwurf 2. 4. 48).

Väter gewesen ist, desto schwärzer muß er jetzt in die Zukunft schauen, desto tiefer muß seine Verzweiflung sein. Ihm scheint die Überschwemmung schon sämtliche Deiche und Schleusen durchbrochen zu haben. Der Deichhauptmann von Schönhausen weiß, daß es in solcher letzten, höchsten Not für die Überlebenden gilt, alle inneren Streitigkeiten zurückzustellen und nur noch zu retten und zu dämmen, was noch zu retten ist. Zu solchem Tun gehört freilich auch — ja gerade — für den fast Verzweifelnden eine Kraft der Staatsgefinnung, die ihn über alles passive Leiden und über alle persönlichen und parteilichen Gegensätze hinweg nur auf das Ganze sehen läßt. Was vor weniger als einem Jahre der junge Abgeordnete als selbstverständlich hingestellt hat, daß in der Not des Vaterlandes aller innerer Zwiespalt ruhen müsse und es nur noch eine Parole gäbe, das Vaterland, das soll er selbst jetzt in harter Selbstbezwingung erproben.

Ludwig von Gerlach denkt auch jetzt nur an das Verlorene und sucht noch in den letzten Märztagen die Reaktion zu organisieren.¹¹⁾ Bismarck lehnt dies unbedingt ab, ihn kümmert es auch nicht, daß ihn der Freund deswegen matt und nicht sehr mutig schilt.¹²⁾ In einem Zeitungsartikel schreibt er Ende März: „Ich glaube die Gefinnungen der großen Mehrzahl der Ritterschaft dahin aussprechen zu können, daß in einer Zeit, wo es sich um das soziale und politische Fortbestehen Preußens handelt, wo Deutschland von Spaltungen in mehr als einer Richtung bedroht ist, wir weder Zeit noch Neigung haben, unsre Kräfte an reaktionäre Versuche oder an Verteidigung der unbedeutenden, uns bisher verbliebenen gutsherrlichen Rechte zu vergeuden, sondern gern bereit sind, diese auf Würdigere zu übertragen, indem wir dieses als untergeordnete Frage, die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unsres Vaterlandes aber als die für jetzt alleinige Aufgabe eines jeden betrachten, dessen Blick auf unsre politische Lage nicht durch Parteiansichten getrübt ist.“¹³⁾

Dieser Artikel ist uns nicht nur deswegen wertvoll, weil sich der Junker hier zum erstenmal öffentlich zu dem Satz bekennt, den er später als Kanzler so oft als Motto über sein Handeln setzte: „Salus publica suprema lex“, weil er hier zum ersten Male handelnd beweist, daß für ihn Nationalgefühl gleich politischem Pflichtgefühl ist, nein, wir schätzen ihn auch als wichtiges Zeugnis für sein nationales Denken. Deutsche und preußische Interessen sind hier eng ineinander verwoben, und doch wird es deutlich: das „Vaterland“ des Schreibers ist Preußen. Zu ihm bekennt er sich, seiner Ehre und Unverletzlichkeit gilt vor allem seine Sorge. Die deutschen Verhältnisse, so sehr sie ihn auch bekümmern, schaut er vom preußischen Standpunkt aus an, und von da aus erkennt er ihre enge gegenseitige Verknüpfung; klingt es doch fast so, als ob er die Wieder-

¹¹⁾ v. Gerlach, Aufz., I 518 f.

¹²⁾ Ebd., 522 f.

¹³⁾ Bbr. 60 (Erwiderung an die Magdeburgische Ztg. 30. 3. 48).

herstellung der Ordnung in Deutschland nur als Vorbedingung für die Unversehrtheit seines Vaterlandes fordere und erstrebe.

Wenige Tage später widerspricht er fast als Einziger im 2. Vereinigten Landtag einer Adresse, die dem König den Dank für das Geschehene votieren soll. Nach dem freiwilligen Verzicht der Krone akzeptiere auch er gezwungen das Geschehene. Doch schmerzlicher als viele bedauere er, daß die Vergangenheit begraben und keine menschliche Macht mehr imstande sei, sie wiederzuerwecken. In resignierter Selbstentfugung schließt er: „Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich!“¹⁴⁾ Hier übermannt ihn die innere Bewegung. Ein Weinkrampf zwingt ihn, die Tribüne zu verlassen.¹⁵⁾

Nie vorher und selten nachher hat sich Bismarck so offen zu den deutschnationalen Bewegungen seiner Zeit bekannt, und doch zeigt uns gerade diese „Totenklage am Grabe der preußischen Monarchie“, zeigt uns dieser Weinkrampf — der Heißsporn des ersten Landtags bricht auf der Tribüne des zweiten völlig zusammen —, daß hier einer der getreuesten Söhne Preußens, des alten selbständigen Preußens spricht, daß sein Herz gerade in seinem Schmerz doppelt laut für Preußen schlägt. In den „Gedanken und Erinnerungen“ zitiert der Fürst ein Gedicht aus jenen Tagen, das die Stimmung der Truppen bei dem Rückzuge aus Berlin wiedergeben soll. Wir brauchten gar nicht zu wissen, daß er selbst dieses Gedicht dem Prinzen von Preußen bei ihrem ersten Gespräch im Sommer 1848 vorgelesen und sich so zu seinem Inhalt bekannt hat, um zu ahnen, daß er selbst damals so dachte, denn Bismarck hat stets als preußischer Offizier gefühlt und gerade in diesen Tagen die Schmach der Armee doppelt empfunden. In diesem Gedicht heißt es:

Da schnitt ein Ruf in's treue Herz hinein,
„Ihr sollt nicht Preußen mehr, sollt Deutsche sein!“

Dann wendet es sich offen gegen den Monarchen. Man glaubt das Säbelrasseln der trollenden Offiziere im Potsdamer Schloß zu hören.¹⁶⁾

Uns, seine Preußen, hört ihr König nicht.
Da lösten sich die Bande,
Weh meinem Vaterlande!
Seit er verstoßen seine Dielgetreu'n,
Brach unser Herz und seine Stütze ein.¹⁷⁾

¹⁴⁾ P. R. I 46 (2. 4. 48).

¹⁵⁾ G. u. C. I 32.

¹⁶⁾ G. u. C. I 26.

¹⁷⁾ G. u. C. I 39.

Nichts kann plastischer seine damalige Gemütsstimmung ausdrücken, als diese ungekünstelte, formlose, ganz naturhaft empfundene Volkspoesie. Sein König hat sein Wort für das Aufgehen Preußens in Deutschland verpfändet. Er selbst aber hat früher bekannt, daß das Wort eines Königs von Preußen über allem Deuteln und Klügeln erhaben sei.¹⁸⁾ Als der Diener der Krone erkennt er die neue Ordnung an und folgt seinem König auch in seiner deutschen Politik. Daß es zögernd und widerstrebend geschieht, davon zeugt jedes Wort. In diesem Glauben und in dieser Selbstentsagung, begegnet er sich mit dem Prinzen von Preußen. Auch dieser nimmt das „neue in Deutschland aufgehende Preußen“ als gegebene Tatsache hin.¹⁹⁾ Als ein Bekenntnis zu den nationalen oder gar liberalen Idealen der Zeit wird man Bismarcks Worte ebensowenig deuten dürfen wie die des Prinzen Wilhelm.

In diesen Wochen stellt Bismarck einmal den Satz auf: „Wir leben in der Zeit der materiellen Interessen.“²⁰⁾ Das Wort scheint zu den Schlagworten der Zeit zu gehören. Um so bemerkenswerter ist es, daß sich Bismarck zu ihm bekennt. Er scheidet sich durch dies Wort von allem Parteiwesen der Zeit, besonders auch von seinen konservativen Freunden. Immer wieder betont Ludwig von Gerlach, daß gerade „in unserer Zeit“ die Politik fast ausschließlich von Ideen und Doktrinen und so gut wie gar nicht von materiellen Interessen beherrscht werde, daß die Gegensätze, die dem Parteiwesen zugrunde liegen, viel zu mächtig seien, als daß jene irgendwelchen Einfluß ausüben könnten. Selbst für die Entstehung des Zollvereins läßt er sie als Motiv und Ursache nicht gelten.²¹⁾ Für Bismarcks Entwicklung bedeutet das Wort keine neue Stufe. Schon 1847 hat er auf dem Landtag über alle Doktrinen hinweg stets die realen Verhältnisse im Auge gehabt, und in Hinsicht auf sie, nicht auf Ideen sein Urteil gefaßt. Es stellt aber am Eingang der Jahre, in denen er äußerlich der eingefleischteste Parteimann zu sein scheint, noch einmal in klarer Form den Zwiespalt fest, der ihn von seinen Freunden im Innersten scheidet. Mag für den Augenblick, ja auf Jahre hinaus, Idee und Interesse zusammengehen, die kommende Trennung ahnen wir deutlich voraus.

¹⁸⁾ S. o. S. 18.

¹⁹⁾ Prinz Wilhelm an Gerlach, 16. 5. 48, Denkw. I 158; f. a. Roon, Denkwürdigkeiten, 4. Aufl., I 142 (20. 3. 48 an seine Frau).

²⁰⁾ G. u. E. I 34, Ztg.-Artikel „Aus der Altmark“. Gitermann (Die geschichtsphilosophischen Anschauungen B.s, Arch. f. Sozialwiss. 51, 1924, 405 f.) sieht in diesem Wort den Kern- und Wendepunkt von B.s Denken. Bis 1848 habe er ausgeprägt idealistisch gedacht. Jetzt habe er zum ersten Male den Triumph der brutalen Gewalt der Umstände über die Idee erlebt und nun sofort diesen neuen Gesichtspunkt seines historischen Denkens, den Grundstein seiner gesamten Realpolitik gewonnen. Meine Stellung dazu habe ich oben angedeutet.

²¹⁾ Monatsrundschau, 155 (April 1850); Die Annexionen und der Norddeutsche Bund, 1866, 24f.; f. a. Januarrundschau 1851, Junirundschau 1853 in der Neuen Preussischen Zeitung.

Andererseits darf man nicht zu weit gehen in der Betonung des Realpolitischen. Bethusy-Huc, der Führer der Freikonservativen, meint 1867 einmal über Bismarck: „Er ist Realpolitiker und verachtet das Ideale, doch ist er selbst nicht ohne Ideal.“²²⁾ Dies seine Wort gilt erst recht für diese Frühzeit. Nichts zeugt lauter dafür als der Weinframpf vom 2. April. Die Macht des eigenen Staates, die Stärke der Krone, sind auch Ideale, wenn auch anderer Art als die der Parteien.

Ein nüchternes realpolitisches Denken, das, ohne sich durch irgendwelche Doktrinen bestimmen zu lassen, nur nach den tatsächlichen Verhältnissen urteilt, verbunden mit der Kraft eines gewaltigen Gefühls und eines felsenfesten Glaubens, der in Liebe und Treue an seinem Lande hängt, das ist es, was zu allen Zeiten Bismarcks Stärke ausmacht, was ihn hinweghebt über die engen Schranken des Parteilebens und zurückhält von den Nebelgebilden eitler Schwärmerei. Diese beiden Kräfte seines Innern haben vermocht, daß er für einen Augenblick der revolutionären Bewegung nicht offen widerstrebte, sondern ihr fast die Hand zum Bunde der Not reichte. Sie müssen ihn auch zuerst wieder von ihr scheiden.

In äußerster Selbstdisziplin hält sich Bismarck auf dem zweiten Vereinigten Landtag zurück und vermeidet, dem Ministerium Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Wenn er später als Minister der Opposition zornig zuruft, daß, falls er einmal den Ministerposten mit dem Sitz eines oppositionellen Abgeordneten vertauschen müsse, ihn doch sein Patriotismus schweigen lassen würde, wenn er fühle, das Sprechen zu Unzeit sei²³⁾, so hat er hier das Wort schon durch die Tat bewährt. Aber trotz allem kündigt sich die kommende Gegnerschaft schon an. Über die Außenpolitik, nicht die inneren Verhältnisse, nicht die deutsche Frage, interpelliert er zuerst das Ministerium. Die schleswig-holsteinische und die polnische Frage machen ihm Sorge. Hier erkennt er zuerst den „phaetonischen Flug der preußischen Politik“ und stellt sich ihm entgegen.²⁴⁾ Für beide Fragen war die deutsche Bewegung besonders begeistert, beide Fragen gefährdeten aber vor allem den preußischen Staat. Preußische Gründe sind es denn auch, die ihn, wie er offen gesteht, bewegen. Der schleswigsche Krieg gefährdet den preußischen Ostseehandel. Eine polnische Restauration gefährdet den ganzen Bestand des preußischen Staates.

Nach der Rückkehr vom Landtag bricht in der Einsamkeit von Schönhausen diese Sorge und damit zugleich der Groll gegen die Revolution vollkommen in ihm durch. In einem Zeitungsartikel vom 20. April, den Marcks die stärkste Staatschrift nennt, die das Jahr 1848 in Deutschland überhaupt hervorgebracht hat²⁵⁾, legt er seine Ansichten nieder. Hier spottet er über den deutschen Ent-

²²⁾ Denkschr. f. den Kronprinzen, 25. 2. 67 (M. v. Poschinger, Kaiser Friedrich III., Bd. II 270).

²³⁾ P. R. IV 323 (24. 2. 70).

²⁴⁾ P. R. I 47 und 49 ff. (4./5. 4. 48); Brbr. 112 (3. 4. 48).

²⁵⁾ Marcks, B. und die 1848er Revolution in: Das Vorlesungsgebäude in Hamburg, Hamburg 1911, S. 86.

hufiasmus, der stets fremde Kastanien aus dem Feuer hole. Er „hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen.“²⁶⁾ Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das Letzte von dem entzogen werde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenten, der Durchführung einer schwärmerischen Theorie zu Liebe, einer Theorie, die uns ebensogut dahin führen muß, aus unsern südöstlichen Grenzbezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slavenreich zu bilden, das italienische Tirol den Venetianern zurückzugeben und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein von letzterem unabhängiges Tschechenreich zu gründen.“ Mit prophetischem Weitblick sagt er voraus, daß ein restituiertes Polen unter Ausnützung jeder westlichen Verwickelung Deutschlands über die Sprachgrenzen hinaus suchen würde, deutsches Gebiet wie Ostpreußen und Teile von Schlesien für sich zu gewinnen. „Dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willkür überantwortet sein . . . Wie kann ein Deutscher, weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zu Liebe, dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen?“ Er hält daher Willkürs Polenpolitik „für die bedauerlichste Donquixoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat“. Gegen den Einwand, Polen als Schutz gegen Rußland zu stützen, wendet er sich kurz und stolz: „Schutz gegen Rußland brauchen wir aber von Polen nicht; wir sind uns selbst Schutz genug.“²⁷⁾

Man glaubt in diesen stahlharten Sätzen die rauhe Luft der Mark zu atmen und schaut im Geiste Bismarck, wie er sie schreibt, fern von Berlin und seinem Parteigetriebe auf seinem alten, einsamen Herrensitz, allein mit seinen Gedanken, allein nur er selbst. Hier ist nichts mehr von deutscher Einigung zu hören, kein Wort mehr zu spüren, daß er ihr je freudig und dankbar zujubeln werde, nur der altpreußische Junker, der Offizier und Edelmann, der 1847 auf dem Landtag sprach, hat hier das Wort. Man denkt an den Satz: „Wir leben in der Zeit der materiellen Interessen.“ Aus diesem Geiste heraus ist auch dieser Artikel geschrieben. Er ist staats- und realpolitisch von Anfang bis zu Ende gesehen. Konstantin Röhler bezeichnet ein Jahrzehnt später genau die gleichen Gedankengänge als eine internationale Ethik, „deren Sätze auf ein Haar den

²⁶⁾ Die Rückgewinnung des Elsaßes war die alte Forderung der Romantik seit den Tagen von 1813, der Liberalismus hatte auf sie Verzicht geleistet (vgl. Neumann und Dunder, Preuß. Jbb. VI 525, VII 374, 1860/61). Seine nationale Energie konzentrierte sich auf die Befreiung Schleswig-Holsteins.

²⁷⁾ Bbr. 61 ff.; j. a. Bbr. 61 (19. 4. 49 an Bernhard v. B.).

Spinozistischen Sätzen über das Verhältnis der einzelnen Menschen gleichen. Jede Nationalität hat soviel Recht als sie Macht hat.“²⁸⁾ Wir denken dabei an Bismarcks eigene Lektüre Spinozas und stellen fest, daß er hier den nationalen Machtstaatsgedanken in seiner ganzen Nacktheit, aber auch in seiner imposanten Größe formuliert hat, und daß er diese Sätze Jahre lang vor seiner angeblichen Wandlung vom Parteidoktrinär zum Staatsmann geschrieben hat.

Bismarck steht mit seinen Ansichten allein. Wohl finden sich auch in Leopold von Gerlachs Tagebuch gerade in diesen Tagen ähnliche Gedankengänge. Doch er ist wahrscheinlich hier von seinem Schüler beeinflusst, und nur der Widerwille gegen die Revolution mag ihn zur völligen Anerkennung solcher Ansichten gebracht haben, die mit so mancher anderen Stelle seines Tagebuches nicht gut zusammenfliegen. Gerade die Art, wie er Bismarcks Ansichten übernimmt, charakterisiert den Unterschied beider Männer aufs deutlichste. Er umhüllt den gefunden Kern jener Sätze sofort mit doktrinären, unausführbaren Gedanken. Er schwärmt von einer Wiederangliederung der Schweiz und der Niederlande und einer germanischen Kolonisation ganz Scandinaviens.²⁹⁾ Die liberale Zeitung aber, der Bismarck den Artikel zusendet, veröffentlicht ihn — 1886, fast vier Jahrzehnte später.³⁰⁾ Leicht begreiflich, denn der Inhalt ist allem Nationalitätsstreben der Zeit entgegen. Nur der Staat hat hier das Wort und dieser Staat ist Preußen, nicht Deutschland.

Bismarcks Verhältnis zur deutschen Frage beginnt sich jetzt zu klären. An Stelle der unentschiedenen Haltung Anfang März, der Resignation, des Verzichts Anfang April, ist jetzt bereits Ironie, Hohn und Spott getreten. Damit hat er endgültig den Strich zwischen sich und der Revolution gezogen, hat sich wieder in der Gewalt. Wir fühlen, daß es jetzt nicht mehr weit bis zur aktiven Tat sein kann. Er ist auch hier großdeutsch gesinnt und macht auch hier einen Ausfall gegen Frankreich. Beides entspringt aus seinem Stolz auf die deutsche Volkskraft und Ehre. Es ist das, was ihn seit je neben seinem Preußentum bewegt hat, nur daß sich jetzt diese beiden Mächte bereits in seinem Innern ge-

²⁸⁾ Der Grundsatz der Nationalität und das europäische Staatensystem, anonym, Berl. 1860, S. 4.

²⁹⁾ Denkw. I 155. Bismarcks Artikel stammt vom 20., Gerlachs Eintrag. vom 24. April. Über den Unterschied zwischen Gerlachs und Bismarcks Ansichten vgl. z. B. Denkw. II 232f. (2. 11. 54): „Sonderbare Zeit. Stets ist von Interessen die Rede. Deutsche Interessen an der Donau, materielle Interessen, nationale Interessen, und eigentlich kümmert sich kein Mensch um alle diese Dinge. Die Frage ist nur, worum kümmert man sich denn. Ich antworte: Die einzigen, wahren, die Menschen in Bewegung setzenden Interessen sind Kirche und Anarchie, letztere in weitestem Sinne, antikirchlich und anti-obrigkeitlich. Nationale Interessen! Warum sprach die Frankfurter Versammlung, wo alle Personen, inclusive Radowiz, ‚das geliebte Vaterland‘ Deutschland im Munde führten, nicht für die Wiedereroberung von Elsaß und Lothringen?“ Welcher Gegensatz zu Bismarcks Aufsatz! Vgl. a. Meinicke 249, Anm. 3.

³⁰⁾ Magdeburger Ztg. 5. 1. 86; s. Bbr. 61, Anm.

klärt und gegeneinander abgewogen haben und sich dabei die Schale deutlich zugunsten des preußischen Staates gesenkt hat.

Für die nächsten Monate fehlen uns die Quellen. Einsam großend scheint er die Zeit auf seinen Gütern verbracht zu haben, bis ihn Ende Juni der Prinz von Preußen zu sich ruft. In langen Gesprächen mit dem Prinzen und besonders mit Friedrich Wilhelm IV. jöhnt er sich jetzt wieder mit dem Königtum aus.³¹⁾ Damit gewinnt er selbst den festen Rückhalt zurück, dessen Fehlen sein Handeln im Frühjahr lähmte. Sofort ist er wieder ganz Tat. Offen bereut er seine Schwäche auf dem 2. Vereinigten Landtag.³²⁾ In Junkerparlament und Kreuzzeitung geht er zum Angriff vor, da er weder zur deutschen noch zur preußischen Nationalversammlung gewählt war.³³⁾

Die schnellfolgenden Ereignisse zwangen uns bisher zur striften Einhaltung der chronologischen Folge. Jetzt können wir einen Augenblick innehalten und uns erst in Ruhe den staatspolitischen Unterbau aufrichten, bevor wir uns dem Verhältnis Bismarcks zu den einzelnen Etappen des preußisch-deutschen Problems zuwenden.

Bismarck ist Christ, ist gläubiger Protestant. Daher tritt er auch jetzt für den christlichen Staat ein. Seine Bekenntnisse sind in diesen Jahren vielleicht noch schärfer, sicher ungezwungener als 1847. Dennoch hat Meinecke Recht, wenn er sagt: „Man kann bei jedem einzelnen Satz der christlich-germanischen Lehre, den er gebraucht, beobachten, wie er sich ihm im Munde umbildet und seinen theoretischen und doktrinären Klang ganz oder fast ganz verliert.“³⁴⁾ Er weist dem Christentum sofort seinen festen Platz im System seiner Politik an. Er gönnt ihm keinen Einfluß auf seine Außenpolitik. In seinem Werbebrief schreibt er über seine eigene Vergangenheit, er habe auch in den bewußtesten Augenblicken alle Sünden für erlaubt gehalten, sobald sie ihm die Rechte anderer nach ihrer laxesten Auslegung nicht zu beeinträchtigen schienen.³⁵⁾ Erst durch seine Befehrung gewann er, wie wir sahen, seine Stellung in der Gemeinschaft zurück. So glaubt er von sich aus verallgemeinernd, daß ein gewisser Grad posi-

³¹⁾ G. u. E. I 38 f., 43 f.

³²⁾ An Ludw. v. Gerlach, 7. 7. 48, Aufz., I 537.

³³⁾ Die Veröffentlichung von B.s Kreuzztgs.-Artikeln liegt noch sehr im Argen. Hoffentlich bringt J. Kühns Band in den S. W. endgültige Klärung. Die von H. Kohl veröffentlichten Artikel sind von B. selbst als authentisch anerkannt (Bjb. I 469 ff., III 398 ff.). Dagegen bin ich gegen die 125 Artikel, die Studt als echt ermittelt haben will, sehr skeptisch (B. als Mitarbeiter an der Kreuzztg. 184/849, phil. Diss. Bonn 1903). Er gibt bei keinem Artikel an, auf Grund welcher Merkmale er sie für echt hält, gibt fast nie einen vollständigen Abdruck der Artikel. Stilistisch scheinen mir einige Artikel unmöglich von Bismarck herrühren zu können. Da mir eine genaue Nachprüfung aus bibliotechnischen Gründen unmöglich war, benutze ich nur die Kohlschen Artikel.

³⁴⁾ Meinecke, 313.

³⁵⁾ Ungefürzte Fassung, abgedruckt von H. Kohl in Tögl. Rundschau, Unterhaltungsbeil. 22. 6. 1915.

tiven Christentums für den Menschen nötig sei, wenn er nicht der menschlichen Gesellschaft gefährlich werden solle.³⁶⁾ Es ist Empirie und nicht Doktrin, was er hier predigt.

Für ihn selbst ist sein Glaube nicht nur ein negatives Sicherheitsventil, sondern eine positive Kraft, die sich in ihm mit dem tatenfrohen Lebensgefühl des Edelmannes verbindet zu der lebendigen Anerkennung des Schiller'schen Verses:

Und sehet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird Euch das Leben gewonnen sein.

Nie ist ein schönerer Kommentar dazu geschrieben worden als Bismarck's Erläuterung für seine Braut: „In ergebenem Gottvertrauen setz die Sporen ein und laß das wilde Roß des Lebens mit Dir fliegen über Stod und Bloß, gefaßt darauf, den Hals zu brechen, aber furchtlos, da Du doch einmal scheiden mußt von allem, was Dir auf Erden teuer ist, und doch nicht auf ewig.“³⁷⁾

Sein Christentum führt ihm aber auch zu einer anderen Macht, dem Königtum. An dessen Gottesgnadentum glaubt er unbedingt.³⁸⁾ Mag die englische Krone nur „ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes“ sein, in Preußen ist sie „der tragende Mittelpfeiler“ des Staates.³⁹⁾ Wir wissen noch, wie im Frühjahr 1848 Bismarck über des Königs Schwäche geklagt hat; am Ende desselben Jahres aber schreibt er: „Der König allein hat nie den Mut und das Ziel aus den Augen verloren.“⁴⁰⁾ Er will und muß an einen Monarchen und an einen starken, selbstregierenden Monarchen glauben, da sein Staatsgedanke eben der preußische ist und daher auch in ihm das Königtum den tragenden Mittelpfeiler bildet. Ihm fließen Vaterlandsliebe und Royalismus in eins zusammen: „Wir haben in Preußen, Gott sei Dank, bisher nicht gelernt, den Dienst des Fürsten von dem Dienst des Vaterlandes zu scheiden, und so Gott will, werden wir es nie lernen.“⁴¹⁾

Die dritte Kraft, die in ihm lebendig ist und seine Politik bestimmend beeinflusst, ist der preußische Edelmann. Für seine Interessen tritt er ein. Aber wenn er sich in den „Gedanken und Erinnerungen“ gegen den Vorwurf wehrt, daß er je für ein Adelsregiment aus persönlichen Gründen eingetreten sei⁴²⁾, so hat er damit auch schon für diese Zeit vollkommen Recht. Er hat die Interessen des Standes stets denen des Landes untergeordnet, wenn es nötig war. Das zeigt ja schon sein Brief an die Magdeburger Zeitung aus dem März 1848.⁴³⁾

³⁶⁾ P. R. I 158 (15. 11. 49).

³⁷⁾ Brbr. 67 (7. 3. 47).

³⁸⁾ P. R. I 79 (22. 3. 49).

³⁹⁾ P. R. I 125 (24. 9. 49).

⁴⁰⁾ Bbr. 73 (9. 12. 48 an Bernhard v. B.).

⁴¹⁾ P. R. I 149 (24. 10. 49).

⁴²⁾ G. u. E. I 15.

⁴³⁾ J. o. S. 24.

Nicht aus Adelsinteresse treibt er Politik, sondern sein Stand ist für ihn eine Verpflichtung, die ihn zum hingebenden Dienste für Krone und Vaterland zu allen Zeiten anspornt.⁴⁴⁾

Glaube, Royalismus und wahrer Adel wirken in ihm zusammen, um eine Staatsgefinnung von unbedingter und ausschließender Kraft zu erzeugen. Durch sie wird er vor allem zur Forderung der Unterwerfung des Einzelwillens unter den Staatswillen gebracht. Daher lehnt er die Revolution ab, denn die Revolution stellt ja gerade „die vermeintliche Nützlichkeit, wie sie jeder gerade aufsaßt“, über das Staatsgesetz.⁴⁵⁾ Er sieht in den Märzrevolutionären nur Rebellen, für die er keine Entschuldigung, keine ethischen Beweggründe gelten lassen will. Noch im Herbst 1849 fließt sein Herz beim Besuch der Gräber der Märzgefallenen im Friedrichshain über voll Bitterkeit. Keine christlichen Glaubensgründe können es zum Schweigen bringen. „Mein Herz schwillt von Gift, wenn ich sehe, was sie aus meinem Vaterlande gemacht haben, diese Mörder, mit deren Gräbern der Berliner noch heute Götzendienst treibt.“⁴⁶⁾ Hier kennt er keinen Kompromiß, keinen Ausgleich. Hier handelt es sich für ihn um einen Prinzipienstreit, in dem der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung werfen muß.⁴⁷⁾ Es ist charakteristisch, daß selbst in diesem scheinbar so doktrinären Wort über den „Prinzipienstreit“ sofort der Realist mit dem Anflug an die Blut- und Eisenrede durchbricht.

Dieses Staatsbewußtsein treibt ihn dazu, die staatliche Unabhängigkeit als die wahre Freiheit zu bezeichnen,⁴⁸⁾ denn erst durch sie wird die innere Freiheit, die die Liberalen wie seine ständischen Freunde fordern, möglich. Dadurch wird er auch schon damals dazu getrieben, eine starke selbständige Politik zu befürworten, in der Arme „Preußens Lebensnerv“⁴⁹⁾ und die „alleinige Grundlage einer kühnen und ruhmreichen Politik“ zu sehen.⁵⁰⁾

Dieser Staat aber, dem alle seine Liebe gilt, in dem sich sein ganzes Denken konzentriert, ist Preußen. Alle die Kräfte, die wir in ihm leben sahen, drängen ihn auf den Staat, nicht die Nation als Wirkungsfeld hin. Vielleicht am schönsten kommt dies zum Ausdruck in Bismarcks Erwiderung auf einen Angriff Beckers. Dieser nannte ihn „einen verlorenen Sohn Deutschlands“. Schlagfertig antwortet er, daß sein Vaterhaus Preußen sei und er dies noch nicht verlassen habe und nicht verlassen werde. Er wisse nicht, ob Beckers Wiege auch in Preußen gestanden habe. Wenn dies nicht der Fall wäre, so könne er ihm

⁴⁴⁾ J. bej. P. R. I 145 ff. (24. 10. 49).

⁴⁵⁾ P. R. I 167 (24. 11. 49); J. a. P. R. I 70 u. 140.

⁴⁶⁾ Brbr. 159 (16. 9. 49); J. a. I 77 f.; Brbr. 172.

⁴⁷⁾ P. R. I 78 (22. 3. 49); J. a. Dom jungen B. 118 (4. 7. 50).

⁴⁸⁾ P. R. I 151 (24. 10. 49).

⁴⁹⁾ P. R. I 198 (5. 2. 50).

⁵⁰⁾ P. R. I 219 (20. 2. 50); J. a. P. R. I 333 u. 412.

nur sagen, daß er noch gar kein Vaterhaus habe, es also auch nicht verlassen könne. Zu dem Seinigen sei man erst beim Legen der ersten Fundamente, vielleicht beim Steinsprengen begriffen. Wenn er aber Preuße von Geburt sei, dann sei er der verlorene Sohn, und, so fügt Bismarck spöttisch hinzu, er hoffe, daß er bald von seiner außerhäuslichen idyllischen Beschäftigung in sein Vaterhaus zurückkehren werde.⁵¹⁾ Beßerath hat in seiner Rede ein hohes Lied auf die Kulturnation und den Nationalstaat, der ein Bedürfnis für ein solches Volk mit gemeinsamer Kultur sei, gesungen.⁵²⁾ Bismarck hat hierfür kein Verständnis. Er kennt, so möchte ich mit Meinekes Terminologie sagen, nur die Staatsnation. Vaterland und Vaterhaus ist ihm nur der festgefügte Staat, nicht die Nation.

Wohl hegt er auch jetzt noch denselben deutschen Stolz, daselbe deutsche Ehrgefühl, das ihn 1847 sofort über die Schranken des Parlaments hinausgehoben hat.⁵³⁾ Doch es ist jetzt für ihn nur eine Kraft, die in seinem Heimatsstaat zum Ausdruck kommt, ihn enger mit ihm verbindet und ihm stärker den Sinn öffnet für eine große auswärtige Politik. Von deutscher Einheit im Sinne des Tages will er nichts mehr wissen, seitdem die deutsche Bewegung den Bestand seines Staates zu gefährden scheint. Seinem Staatsbewußtsein fehlt für „die außerhäusliche idyllische Beschäftigung“ der Frankfurter Versammlung jedes Verständnis. Sie ist ihm Romantik, die eines ernsthaften Mannes unwürdig ist. Nur so lassen sich die verächtlichen Ausdrücke in den Briefen an seine Frau über sie erklären. Da spricht er bald von den unverbesserlichen Frankfurter Köhlköpfen, die, wie alte Lügner ihre eigenen Geschichten, so auch ihre Phrasen zuletzt wirklich ehrlich glauben⁵⁴⁾, bald nennt er ihr Werk „Treibhausblumen“. ⁵⁵⁾ Ja, er geht soweit, unter der Sammelrubrik: „alles mögliche Gefindel“, „Polen, Frankfurter, Bummler, Freischärler“ zusammenzufassen.⁵⁶⁾ Noch nach 1866 lehnt er es kategorisch ab, einen Bruder Heinrich von Gagerns anzustellen, da der Bruder sicher dieselben schlechten Eigenschaften wie jener habe.⁵⁷⁾

In vier großen Reden hat Bismarck Gelegenheit, seine Gedanken über die deutsche Frage in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Am 21. April 1849 spricht er gegen die Annahme der Frankfurter Verfassung und der Kaiserkrone.⁵⁸⁾ Auch er geht wie seine Parteifreunde von verfassungs- politischen Fragen aus. Für ihn sind von vornherein die Beschlüsse der Paulskirche

⁵¹⁾ P. R. I 117f. (7. 9. 49).

⁵²⁾ Sten. Berichte d. II. Kammer I 235 ff. (7. 9. 49).

⁵³⁾ J. z. B. P. R. I 155f. (15. 11. 49).

⁵⁴⁾ Brbr. 153f. (11. 9. 49).

⁵⁵⁾ Ebd.; J. a. P. R. I 88 u. 106.

⁵⁶⁾ Brbr. 115 (23. 9. 48).

⁵⁷⁾ Dieß, 423. Es mag freilich auch G.s spätere österreichische Haltung beigetragen haben.

⁵⁸⁾ P. R. I 85 ff.

rechtlos und demnach nicht vorhanden. „Konstituierte Anarchie“ nennt er wohl ihr Werk. In der Kritik der einzelnen Paragraphen scheint er nur durch die Parteibrille zu sehen und sehen zu wollen. Ist er doch gegen das allgemeine Stimmrecht, weil es, wie er offen gesteht, nur der ausgebildeten Organisation der Liberalen zugute kommen würde. Das konservative Prinzip fällt aber für ihn mit dem der Krone und des Landes zusammen, und die demokratischen Bestrebungen gelten ihm nicht mit Unrecht als schlechthin preußenfeindlich.⁵⁹⁾ So steht für ihn stets hinter dem Gegensatz der Parteien die andere Frage: Nützt oder schadet eine Bestimmung meinem Preußen? Er wendet sich gegen das Suspensivveto, weil dadurch sein König durch Parlamentsbeschluß entthront werden könne, weil er seine bisher freie Krone als Lehen der Nationalversammlung empfangen solle. Er ist gegen die Organisation des Staatenhauses, weil sie Preußen ungebührlich benachteilige. Er sieht voraus, daß sich diese Verfassung nur durch einen Krieg gegen Österreich und die Mittelstaaten durchsetzen lasse. Dann würde aber Preußen in die Rolle Sardiniens gedrängt, würde dahin gebracht, daß ihm der Sieg den Untergang der Monarchie, die Niederlage schimpflichen Frieden bringen müsse. „Die deutsche Einheit will ein jeder, den man darnach fragt, sobald er nur deutsch spricht; mit dieser Verfassung aber will ich sie nicht. . . Im schlimmsten Falle will ich aber, ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simon und Schaffrath (Führer der Linken) herabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht, sie von anderen zu empfangen.“ Doppelt, so erklärt er zum Schlusse, fühle er sich als Kurmärker⁶⁰⁾ verpflichtet, einem Antrag zu widersprechen, „welcher

⁵⁹⁾ P. R. I 108f.

⁶⁰⁾ Als Kurmärker, im engeren Sinne als Altmärker, hat sich Bismarck stets in diesen Jahren bekannt. Ich glaube auch, daß man den Eintrag in einem Notizkalender von 1847, den Marcks, der ihn zuerst veröffentlicht, als ungehaltene Rede zum 1. Vereinigten Landtag deutet, in diese Revolutionsjahre setzen muß. Der Eintrag lautet: „Grundsteuerfreiheit kein Äquivalent für Ritterdienst; denn als dieser geleistet wurde, gab es noch keine Steuern. Die Gesetze werden bei der Ausführung durch die Beamten übertrieben. Schlesien nie Deutschland. Königsberg huldigt der Kaiserin 22. 1. 1758 bereitwillig vorangehend. Rheinländer (durchstrichen dafür: Landesteile) bisher keine Gelegenheit, sich der Ehre des Pr(eußischen) Namens würdig zu zeigen; ihr Anrecht auf die Ehre durch Thaten zu beweisen. Kön(nen) sie d(ie) Treue nicht, so kön(nen) wir ihren Gehorsam verbürgen.“ (Marcks I 476). Auf dem ersten vereinigten Landtag war nur von Mahl- und Schlachtsteueraufhebung und Einkommensteuer die Rede und daher kein Anlaß zu den Ausfällen. Aber im Sommer 1848 war der Königsberger Simson ein Führer der Liberalen (s. o. S. 19), der Schlesier Patow hatte ein Promemoria (10. 6. 48) über Aufhebung der gutsherrlichen Rechte ausgearbeitet und der Rheinländer Hansemann vertrat als Finanzminister den Grundsteuerentwurf. Außerdem kann man an die Deputation Eichmann-Raveaux aus den Märztagen denken. Ich möchte daher die Notiz für einen Redeentwurf für das Junkerparlament oder für einen Kreuzzugs-Artikelentwurf halten (s. a. Bjb. III 400 = N. Pr. Ztg. 30. 8. 48,

darauf hinausgeht, das Staatsgebäude, welches Jahrhunderte des Ruhms und der Vaterlandsliebe aufgebaut haben, welches von Grund auf mit dem Blute unserer Väter gefittet ist, zu untergraben und einstürzen zu lassen. Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe kein Vertrauen, daß der Umgang mit der Form dieser Verfassung gelingen werde.“

Obgleich aus manchem Satz dieser Rede der Parteimann hervorblickt, findet sich dennoch kein Wort in ihr, daß die Interessen des preußischen Staates der Parteidoctrin unterordnet. Nein, die politische Haltung wird hier vielmehr durch das preußische Staatsinteresse bestimmt. Bismarck ist hier ganz Preuße, von Preußen geht er aus und zu Preußen kehren seine Gedanken immer wieder zurück. Daran ändert auch sein leises Bekenntnis zur deutschen Einheit nichts, denn gerade der Weg, den er zu ihrer Gewinnung angibt, zeigt doch wieder den Preußen in ihm. In dem souveränen preußischen Staat sollen sich die anderen zu Nutz und Frommen Preußens eingliedern. Preußen soll Deutschland Gesetze geben, ohne daß es durch Deutschland beschränkt werde.

Die gescheiterten Frankfurter Pläne nimmt Friedrich Wilhelm IV. im Herbst 1849 mit seinem Unionsprojekt wieder auf, nachdem er die Verfassung im preußischen und konservativen Sinne revidiert hat. Doch preußischer als sein König lehnt Bismarck auch sie unbedingt ab. In der Rede vom 6. September 1849, in der er seine Haltung begründet⁶¹⁾, stellt er gleich am Anfang eindeutig und klar die Gesichtspunkte fest, die ihn bestimmen. Er wolle sich weder an die gemüthliche Seite der Frage, noch an die deutschen Herzen der Versammlung wenden, sondern lediglich an den schlichten Preußenverstand appellieren. An das Gemüt wendet sich der Parteimann, an den Verstand aber der Staatsmann, der über den Parteien steht; als solcher will er sprechen. Daneben rückt er von vornherein den Preußen in den Vordergrund. Preußen und immer wieder Preußen ist daher das Leitmotiv, das sich durch die ganze Rede hindurchzieht. Er hofft, daß es das letzte Mal sein möge, daß die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggegeben werden, um die nimmer-sattten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen. Einzelnen geht er die Hauptbestimmungen des Entwurfs durch und findet in allen eine Benachtheiligung Preußens. Er bestreitet überhaupt, „daß in dem preußischen Volke das

Ausfall gegen die Rheinlande). Unter Umständen kann man auch an die Rede vom 24. 10. 49 (P. R. I 152) denken: „Preußens Adel hat unter diesen Verhältnissen im ganzen keine Seide gesponnen, noch neuerdings wird ihm in Aussicht gestellt, daß seine Väter ihm in der Rheinprovinz die westfälische Grundsteuer, seine Großväter in Schlesiens das Patowsche Promemoria mit ihrem Blute erobert haben.“ Doch neige ich der Schärfe der Worte halber mehr zu 1848. (Ausfälle im Sinne der mittleren Provinzen f. a. P. R. I 12 [1. 6. 47]; P. R. I 236 [15. 4. 50]; Bjb. III 411 [M. Pr. 3tg. 23. 1. 50].)

⁶¹⁾ P. R. I 104 ff.

Bedürfnis nach nationaler Wiedergeburt nach dem Muster der Frankfurter Theorien irgend vorhanden gewesen sei". Scharf wendet er sich gegen die Versuche der Liberalen, Friedrich den Großen für ihre Politik zu beschlagnahmen. Er weiß besser, was sein großes Vorbild getan haben würde. „Ich glaube vielmehr, daß er sich an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt haben würde, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich nun um eine Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich, anzuschließen . . . (und) den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesiens eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein sollte, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Fall in Gemeinschaft mit Österreich, im anderen Fall durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt. Der vorliegende Verfassungsentwurf aber vernichtet das spezifische Preußentum . . . damit aber vernichtet er den besten Pfeiler deutscher Macht.“ Nicht die Paulskirche, nein gerade das spezifische Preußentum, das verkehrte Stodpreußentum, vor allem die preußische Armee habe uns in der Revolution gerettet. Diese Armee sei zufrieden mit dem Namen Preußen und stolz auf den Namen Preußen. In ihr „sind die Töne des Preußenliedes, des Dessauer und des Höhenfriedberger Marsches wohl gekannt und geliebt, aber ich habe noch keinen preußischen Soldaten singen hören: ‚Was ist des Deutschen Vaterland?‘ Das Volk . . . hat kein Bedürfnis, sein preußisches Königtum verschwimmen zu sehen in der fauligen Gärung süddeutscher Zuchtlosigkeit. Seine Treue haftet nicht an einem papiernen Reichsvorstand . . ., sie haftet an dem lebendigen und freien Könige von Preußen, dem Erben seiner Väter . . . Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestützt an den Flügeln von jener gleichmachenden Hebenschere aus Frankfurt . . . Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche und hoffe ich zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird, wie ein dürres Herbstblatt.“

„Strammpreußisch“ nennt Bismarck selbst seine Rede, als er seiner Frau von

ihr berichtet⁶²), stramppreußisch ist auch unser Urteil. Klarer als im Frühjahr treten jetzt seine Ziele heraus. Er will die preußische Hegemonie in Norddeutschland, denn der Donnersberg liegt in der genauen Verlängerung der Mainlinie, in der Pfalz, und nicht etwa am Bodensee oder in den Vogesen. Die „faulige Gärung süddeutscher Zuchtlosigkeit“ will er sich selbst oder Österreich überlassen. Unwillkürlich werden wir an ein Bild erinnert, das Stahl in einer späteren Rede gebraucht. Er fordert hier die Einigkeit Preußens und Österreichs als die Grundlage deutscher Macht und Einheit: „Die beiden Adler müssen ihre schirmenden Fittiche über Deutschland ausbreiten, wie die beiden Cherubim über der Bundeslade.“⁶³ Doch der Hinweis in Bismarcks Rede auf Friedrich den Großen und seinen schlesischen Krieg, der allen Legitimisten ein Greuel und Abscheu war, läßt noch weiter sehen. Klingen die Worte nicht schon wie ein Vorklang seiner eigenen Annerionspolitik? Man braucht sie noch nicht so zu deuten, man kann noch an bloße Hegemonie denken, doch auch dann läßt sich nicht bezweifeln, daß Bismarcks Ziel eine Hegemonie ist, die auf jeden Fall Preußen völlig freie Hand lassen mußte. Selbst der Regensburger Reichstag seligen Angedenkens, der wohl nur für den Bundestag vorgeschoben ist, ist ihm eine zu starke Bindung. Er will ein Preußen, das völlig frei und unabhängig ist.

Auch in einem anderen Wort aus jenen Tagen klingt Künftiges an. Seiner Frau schreibt er damals über die gleiche Frage, daß sie überhaupt nicht in unseren Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden würde. „Alles, was wir darüber schwätzen und beschließen, hat nicht mehr Wert, als die Mondscheinbetrachtungen eines sentimentalischen Jünglings, der Luftschlösser baut und denkt, daß irgend ein unverhofftes Ereignis ihn zum großen Mann machen werde.“⁶⁴ Es ist die Zeit, in der diplomatische Verhandlungen mit Österreich über das Inkrafttreten der Union schweben.⁶⁵ Daher ist kaum daran zu zweifeln, daß Bismarck hier bereits gelegentlich die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines 1866 vorausgeahnt hat.⁶⁶

Neben diesen reinpreußischen Sätzen, in denen Bismarck sogar Arnolds Vaterlandslied ablehnt, stehen andere, die von der Identität preußischer und deutscher Interessen sprechen. Aber es ist nicht von deutscher Einheit, nicht einmal von deutscher Einigkeit die Rede, sondern nur von deutscher Macht. Sie ist es ja,

⁶²) Brbr. 150 (7. 9. 49).

⁶³) Stahl, Reden 63 (12. 4. 50. Datum im Druck falsch angegeben).

⁶⁴) Brbr. 145 (28. 8. 49).

⁶⁵) Brbr. 147; A. Stern, Geschichte Europas VII, 1916, 413 ff. (Zusammenkunft von Pillnitz 7./9. 9. 49).

⁶⁶) Zu seinem Studienfreund von Larisch soll B. in Erfurt, April 1850, gesagt haben, daß auch nach seiner Überzeugung eine kriegerische Auseinandersetzung Preußens und Österreichs nötig sei, nur dürfe sich Preußen auf dies Duell nie unter Sekundierung der Demokratie einlassen. (Poschinger, B. und der Bundesrat I 289).

die er von jeher förderte und nach der er sich sehnte; sie kann auch der Preuße in ihm wollen, da sie zugleich Preußen stärkt. Wie er sie erstrebt, ist das Bezeichnende. Nicht nationale deutsche Politik, sondern „nationale preußische Politik“ entwickelt hier Bismarck nach seinen eigenen Worten. Es ist preußisches Staatsgefühl, das sie trägt und von dem sie zeugt.

Ein halbes Jahr später tagt in Erfurt das Unionsparlament. Der Abgeordnete Bismarck ist ein Führer der Opposition. Wie er über diese Versammlung, ihr Recht und ihre Bedeutung denkt, erhellt aus einem Vorstoß, der dem gewiegten Parlamentarier sogar einen Ordnungsruf einträgt. Es lag kein besonderer Anlaß dazu vor. Er will einzig und allein der triumphierenden Mehrheit seinen Hohn ins Gesicht schleudern. Sie hat eben die Verfassung en bloc angenommen und glaubt, damit ihr Werk vor allen Stürmen gesichert und geborgen zu haben. Da versichert Bismarck, er glaube, daß der Beschluß, den die in ihrer Mehrheit nichtpreußische Majorität dieses Hauses seinem Vaterlande zu obtrudieren versucht habe, nicht den geringsten Einfluß auf die praktische Gestaltung Deutschlands haben werde.⁶⁷⁾

Sein preußischer Blickpunkt hat sich seit dem Herbst nicht verschoben. Auch jetzt noch möchte er am liebsten die Vereitelung des ganzen Unionswerkes; daran ändert auch nichts, daß er gelegentlich selbst Anträge zur Revision der Verfassung stellt. Deutlich zeigt dies seine Rede vom 15. April 1850, in der er einen solchen Antrag begründen will.⁶⁸⁾

Er spricht für seine Partei, und dies gibt seiner Rede zunächst das Gepräge. Er redet von dem fadenscheinigen Rock einer französischen Konstitution, der auf den Leib der deutschen Einheit gezogen werden solle und gebraucht damit deutschtümelnde Motive, wie sie in Gerlachs Rundschauern gang und gäbe sind, die ihm aber sonst fremd sind. Er bekennt sich, wenn auch ausdrücklich in der Wir-Form, zu Gedankengängen des Parteihauptes Stahl⁶⁹⁾: „Wir wollen den Bundesstaat, aber lieber als um den Preis dieser Verfassung wollen wir ihn gar nicht.“ Er vergleicht Preußen, mit einem hitzigen Suchsjäger, der in einen Sumpf (die Union!) setzt, ohne zu wissen, wie er und sein Pferd wieder herauskommen werden. Wenn nicht noch in letzter Stunde eine durchgreifende Revision der Verfassung gelänge, würden die preußischen Abgeordneten ihren Wählern sagen müssen: „Wir haben eingewilligt, daß unser König in seinem eigenen Lande Preußen mediatisiert werde . . ., daß unter den 21 Millionen der Bevölkerung dieses Bundesstaates 5 Millionen der Bevölkerung politisch Privilegierte und 16 Millionen politisch minder Berechtigte sein werden, und daß diese 16 Millionen die Preußen sind.“ „Es ist mir ein schmerzliches Gefühl, hier Preußen zu sehen, und nicht nur nominelle Preußen, die dieser Verfassung

⁶⁷⁾ P. R. I 230 (15. 4. 50).

⁶⁸⁾ P. R. I 235 ff.

⁶⁹⁾ s. Stahl, Reden, 14f. (17. 8. 49) und 55 (12. 4. 50).

anhängen . . . es ist mir . . . ein demütigendes Gefühl gewesen, mir gegenüber die Vertreter von Fürsten, die ich in ihrem Rechtsstreife ehre, die aber nicht meine Landesherren sind, mit obrigkeitlicher Gewalt bekleidet zu sehen.“ Wenn man versuchen werde, diese Verfassung dem preußischen Geiste aufzu-zwängen, so werde man in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsamt seiner schwarz-rot-goldenen Zäumung auf den Sand setzt. Er tröstet sich mit dem festen Glauben, daß diese Verfassung nur ein totgeborenes Kind ist und bleiben wird.

In dieser Rede liegt bereits der Ansaß zu einer viel späteren Äußerung Bismarcks, die seit je als eine seiner schärfsten Abgaben an das Legitimitätsprinzip, eine seiner schroffsten Bekenntnisse zu reinpreußischer Staatsmannschaft gilt. Ich meine seine Briefe an Schleiniß und Roon aus den Jahren 1860 und 1861. „Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Dendée, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben.“⁷⁰⁾ Dies unterscheidet ihn aber auch schon damals von seinen Freunden. Auch Bismarck fühlt hier auf dem Höhepunkt gemeinsamer politischer Tätigkeit schon die Kluft, die ihn von ihrer Welt trennt.⁷¹⁾

Mag Bismarck in dieser Rede an ein Wort Stahls anknüpfen, oder ein anderes Stahls Satz: „Darum ist unsere Losung nicht: Bundesstaat um jeden Preis, sondern: Unversehrtheit der preußischen Krone um jeden Preis“ in dessen eigenes Stammbuch eintragen⁷²⁾ und sich so zu ihm bekennen, so liegt doch gerade jetzt die Verschiedenheit des Ausgangspunktes klar auf der Hand. Stahl ist die Verfassung zu revolutionär, für ihn ist der Gegensatz: königlich oder parlamentarisch⁷³⁾, er legt die Betonung auf die Krone und dann erst auf die preußische Krone. Für Bismarck aber ist gerade die preußische Krone das Wesentliche. Er variiert sofort die Worte des Meisters in einem anderen Sinne. Sein Gegensatz heißt nicht: Restauration oder Revolution, sondern: preußisch oder deutsch. Er spricht nicht wie Stahl von dem erhabenen Ziel der Einheit deutscher Nation⁷⁴⁾ und erst recht nicht davon, daß Preußen für sie Opfer bringen müsse.⁷⁵⁾

Ebenso wie von Stahl unterscheidet er sich von den Gerlachs. Man braucht nur Ludwig von Gerlachs gleichzeitige Charakterisierung der „Partei des Rechts“

⁷⁰⁾ Bbr. 306 (2. 7. 61 an Roon); Bismarcks Briefwechsel mit Schleiniß, 1905, 126 ff. (10. 12. 60).

⁷¹⁾ Bbr. 181 f. (27. 4. 50) über „unsern geliebten Stahl“: „Noch hat er Perlen für mich, indes die Zeit, wo unsere Wege auseinandergehen, wird doch wohl mit den Jahren kommen.“

⁷²⁾ Kohl, Bismarck-Regesten, I 36 (24. 4. 50); f. Stahl, Reden, 61 (12. 4. 50).

⁷³⁾ Stahl, Reden, 60 (12. 4. 50).

⁷⁴⁾ Ebd. 55 (12. 4. 50).

⁷⁵⁾ Ebd. 15 (17. 8. 49).

in Erfurt zu lesen, um zu sehen, wie wenig sie auf Bismarck paßt. Hier heißt es: „Sie ist zunächst allerdings schwarz=weiß. Denn nicht durch Aufopferung, sondern durch Kräftigung der Selbständigkeit und des Charakters Preußens will sie dem Vaterlande dienen. Aber sie ist nicht bloß schwarz=weiß. Denn sie ist durchdrungen von der Unzertrennlichkeit, von der wesentlichen Einheit aller Preußen und Deutschen, ja aller christlichen, aller menschheitlichen Interessen. Darum gingen in Erfurt in den wichtigsten Abstimmungen altpreußische Protestanten mit rheinischen Ultramontanen . . . und mit süddeutschen Nichtpreußen zusammen. . . Alle diese wollten Gottes ewige Ordnungen als Grundlage der Staaten.“⁷⁶⁾

Brandenburg hebt hervor, daß sich Bismarck auch hier nicht gegen eine deutsche Verfassung überhaupt, sondern nur gegen eine solche, die Preußens Selbständigkeit und Eigenart bedrohe, ausspreche.⁷⁷⁾ Er hat damit sicher Recht, aber man kann daraus keine Schlüsse auf Bismarcks deutsche Gesinnung ziehen; denn auch ein eingefeischter Preuße kann eine deutsche Verfassung befürworten, die Preußens Macht stärken würde, ohne sie zu beschränken.

Bismarck hat mit der Prophezeiung seiner Erfurter Rede Recht behalten. Noch im gleichen Jahre verwehten die Novemberstürme die letzten Reste der Union „wie ein dürres Herbstblatt“. Preußen war der Fesseln der Union ledig, mußte sich aber zugleich in Olmütz tief vor Österreich demütigen. Unter den Wenigen, die damals diesen Schritt Manteuffels verteidigten, stand Bismarck in vorderster Reihe. Nichts anderes hat ihn so in den Ruf eines Parteimannes gebracht wie diese Tat. Im Anschluß an die „Gedanken und Erinnerungen“ hat sich eine gelehrte Diskussion über Bismarcks Motive entsponnen, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Die einen meinen, er habe, tief in Legitimitistischen Banden verstrickt, aus überwiegend parteipolitischen Gesichtspunkten gehandelt.⁷⁸⁾ Andere wieder glauben auch schon damals, wenn auch noch gedämpft und verhüllt, den Schritt des staatsmännischen Genius zu hören.⁷⁹⁾ Bismarcks eigene Motivierung in den „Gedanken und Erinnerungen“⁸⁰⁾ ist quellenkritisch angefochten worden. Wir wenden uns daher zunächst an die gleichzeitigen Äußerungen um Auskunft.

Wochenlang zieht sich der Todesstampf der Union hin. Bismarck ist die größte Zeit über in Berlin. Die Stimmungsbilder, die er seiner Frau nach Hinterpommern sendet, lassen uns deutlich, und sicher im wesentlichen unverfälscht, in das Parteigetriebe blicken. Die erste Nachricht gibt uns, noch aus Reinfeld,

⁷⁶⁾ Monatsrundschau, 150 (April 1850).

⁷⁷⁾ Untersuchungen und Aktenstücke, 487.

⁷⁸⁾ Ullmann, h. v. J. Schr. V 55 ff.

⁷⁹⁾ Fester, ebd. 232 f. und h. J. 85, S. 49 ff.

⁸⁰⁾ G. u. G. I 68 ff. f. a. p. R. IX 234 (24. 1. 82).

ein Brief an den Kreuzzeitungsredakteur Wagener.⁸¹⁾ Hier frohlockt Bismarck über den Sturz des Vaters der Union, Radowiz. Jetzt ist Preußen wieder frei und, so schreibt er triumphierend, aber sehr wenig legitimistisch: „Lassen Sie jetzt Krieg werden, wo und mit wem man will, und alle preußischen Klingen werden hoch und freudig in der Sonne blitzen.“ Weiterhin beklagt er sich, daß der deutsche Schwindel und die Wut auf Österreich selbst in den konservativsten Schichten um sich griffen. Doch das Wort sagt jetzt am Ende der Revolution nur dasselbe wie sein Brief an den Bruder vom 8. März 1848 am Eingang.⁸²⁾

Aus Berlin schreibt er dann seiner Frau: „Die Österreicher haben in der Hauptsache, in der Frage, wie es künftig in Deutschland gehalten werden soll, nachgegeben. . . Die hessische und holsteinsche Sache haben übrigens für Preußen, und namentlich für unsere Partei, nicht das Interesse, daß es deshalb lohnte, Menschen, und gar Soldaten zu opfern. . . Jetzt spricht man davon, die einmal aufgebotnen Massen gegen Frankreich zu werfen; das sind Luftschlösser, aber viel bessere als früher.“⁸³⁾ Zwei Tage später ist er gegen Mantuffels Sturz, da er Rückkehr des Radowizschen Prinzips bedeuten würde: „Bleibt Mantuffel, so ist alle Aussicht zu einem baldigen ehrenvollen Frieden, der im wesentlichen dahin gehen würde, daß Preußen und Österreich sich unter voller Gleichberechtigung miteinander auf Kosten der kleinen Staaten verjöhnen.“⁸⁴⁾ Ein Kreuzzeitungsartikel läßt uns am folgenden Tage seine Ansichten genauer erkennen: „Solange Preußen, dem schwarzweißen Preußen nicht die mit Österreich überall gleiche und vor allen übrigen bevorzugte Berechtigung in Deutschland durch klare und vollgültige Verträge gesichert ist, solange wollen auch wir Krieg. . . Erreichen wir das nicht, dann muß auch unsre Partei mit dem Spruch unsrer Vorfahren rufen: — dat walde Gott und kold Iesen!“ Die Gotthaer aber verlangen Krieg für ihre Parteiinteressen, für dem preußischen Geiste feindselige Tendenzen, „Preußen kann nicht länger sein eignes Interesse der Romantik eines irrenden Ritters für ‚unterdrückte‘ Völker und Völkchen opfern.“⁸⁵⁾

Wohl ist in diesen Sätzen einmal offen von der Partei und ihren Interessen die Rede, aber anderseits zeigen die Stellen deutlich, daß Bismarck nicht für unbedingte Unterwerfung ist, daß er sehr wohl die preußischen Rechte, die preußische Ehre gewahrt wissen will, daß er gegebenenfalls auch jetzt zum Kriege gegen das konservative Österreich bereit ist, wenn es das preußische

⁸¹⁾ Bbr. 102f. (7. 11. 50).

⁸²⁾ Bbr. 58; s. o. S. 22.

⁸³⁾ Brbr. 212 (16. 11. 50).

⁸⁴⁾ Brbr. 214 (18. 11. 50).

⁸⁵⁾ Bjb. III 414f. (19. 11. 50), Ulmann überfiehet den Abdruck im Bjb. und nimmt daher B.s Verfasserschaft nicht als sicher an.

Staatsinteresse erfordert. Daß er damit keineswegs den Parteistandpunkt vertritt, beweist uns eine heftige Auseinandersetzung, in die er mit dem General von Gerlach über die Notwendigkeit des Krieges unter gewissen Umständen gerät. „Gerlach — klagt er seiner Frau — nimmt die Sache rein juristisch und findet da das Recht bei Osterreich. Wir können aber nicht leiden, daß 100 000 Bayern und Osterreich zwischen unsern östlichen und westlichen Provinzen sich aufstellen. Rußland scheint bis jetzt alle unsre aus militärischem Ehrgefühl hervorgehenden Forderungen und unsre Ansprüche auf Machtvergrößerung zu stützen.“⁸⁶⁾ Ludwig von Gerlachs Tagebücher verraten uns aber, daß Bismarcks Beweisführung in dem Satze gipfelte: „Er erkenne in der äußeren Politik kein Recht an, sondern nur Konvenienz; Friedrich II. 1740 sei sein Muster.“⁸⁷⁾

In dieser Unterredung findet sich auf Bismarckscher Seite kein Wort von Parteiinteresse und Doktrin. Hier spricht nur der preußische Realpolitiker. 1740 hat der große König durch einen Krieg, den er widerrechtlich vom Zaune gebrochen, die preußische Großmacht gegründet. Ahnt der junge Abgeordnete, daß jetzt nach einem Jahrhundert sich von neuem die Tore für Preußens Größe öffnen können? Diese Unterredung aber ist entscheidend für Bismarcks Stellungnahme. In dieser Stunde, in der er sich ganz als Realpolitiker gibt, faßt er den Entschluß, für Olmütz einzutreten. Wird in ihm der Staatsmann noch einmal durch die Autorität Gerlachs zurückgedrängt, oder überzeugt sich vielmehr der Staatsmann in ihm, daß es noch nicht Zeit zu Preußens zweitem 1740 ist, und daß man daher den Krieg vermeiden muß, selbst wenn man damit den Schein parteipolitischen Handelns auf sich lädt? Hierzu stimmt Bismarcks Altersdarstellung, in der er die mangelnde militärische Bereitschaft als ausschlaggebenden Grund anführt.⁸⁸⁾ Seine Rede muß uns auf diese Frage Antwort geben.

Als Ende November die Entscheidung auf des Messers Schneide steht, schreibt Bismarck seiner doch so unpolitischen Frau einen viel Seiten langen politischen Erguß, der sich fast wie ein Konzept zu seiner späteren Rede liest. Doch plötzlich bricht er mit allen diplomatischen und parteipolitischen Einzelgründen ab. „Ich kann meine Tränen nicht halten, wenn ich denke, was aus meinem Stolz, meiner Freude, meinem Vaterlande geworden ist, das treue, tapfere, ehrliche Preußenvolk trunken gemacht mit dem Taumelkeld, den sie preußische Ehre nennen.“⁸⁹⁾

⁸⁶⁾ Brbr. 216 (22. 11. 50); s. a. Gerlach, Denkw., I 559.

⁸⁷⁾ Gerlach, Aufz., II 116. Er fügt später hinzu, daß „diese und ähnliche Reden“ schon damals in ihm Mißtrauen hätten erregen sollen.

⁸⁸⁾ s. o. Anm. 80. Die Darstellung der G. u. E. wird durch Keudells gleichzeitiges Zeugnis bestätigt (S. 38). Ich glaube, Ulmann sichts sie mit Unrecht an. Zu ihrer Wahrheit s. a. R. Pahnke, Die Parallelerzählungen B.s zu seinen G. u. E., Halle 1914, 30f., dem ich zustimme; s. a. Meusel, Dt. Rundschau 1914/15, III, S. 101.

⁸⁹⁾ Brbr. 218 (24. 11. 50).

Endlich ist die Entscheidung gefallen und am 3. Dezember verteidigt Bismarck Manteuffels Politik in der Kammer.⁹⁰⁾ Er rückt sofort die außenpolitischen Gründe in den Vordergrund. Er betont die Schwere des Krieges, der sich nicht lokalisieren lassen werde. Rußland würde eingreifen, während Frankreich beute- lustig an der Grenze warte. Trotzdem, auch er würde für einen Krieg sein, wenn er ein würdiges Kriegsziel vor Augen sehen würde. Er fragt sich: „Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört.“ Doch „Eroberungen wollen wir nicht machen“. Mit einer leichten Wendung fügt er hinzu: „Ich will hier nicht erörtern, inwiefern dies zu bedauern ist, und inwiefern jemand einen Krieg vielleicht gern führen könnte, der keinen anderen Grund hat, als daß sein König und Kriegsherr sagt: ‚Dies Land gefällt mir, ich will es besitzen‘.“ Ein Kampf für die preußische Ehre wäre ihm wohl auch genügender Kriegsgrund. Er hält sie aber jetzt nicht für gefährdet. „Die preußische Ehre besteht nach meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Donquixote spiele für gekränkte Kammerzelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachtvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen . . . nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe, ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Oesterreich nach gemeinschaftlicher, unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde.“ Gegen einen demokratischen Prinzipienkrieg wendet er sich ebenso, wie gegen einen Krieg zugunsten der Union. Für ihn fallen die deutsche Einheit und das Recht auf eine Volksvertretung weit auseinander. Die Union ist für ihn ein Sonderbund, aber nicht die deutsche Einheit, ein Sonderbund, der Krieg gegen die eigenen Landsleute nötig macht und der die Entscheidung über die deutsche Frage notwendig dem Auslande überantwortet. Scharf pariert er die Angriffe der Gegner, die Oesterreich als Ausland bezeichnen. „Mit welchem Rechte behaupten Sie, daß Hessen und Holstein uns nicht für Ausland gelte, wenn Sie Oesterreich als Ausland behandeln, daß mit demselben Rechte zu Deutschland gehört?“ „Es ist eine seltsame Bescheidenheit, daß man sich nicht entschließen kann, Oesterreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich kann in nichts anderem den Grund hiervon suchen, als daß Oesterreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. . . . Ich erkenne in Oesterreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat.“

⁹⁰⁾ P. R. I 261 ff.

Niemand wird bestreiten, daß aus manchen Sätzen dieser Rede, vor allem aus den Angriffen auf die Demokratie, noch der Parteimann spricht. Seine Ausfälle gegen Frankreich, sein Bekenntnis zu Österreich mag man für Ausfluß legitimistischer Doktrin halten, obgleich es ebensogut nur Taktik der Debatte sein kann. Dennoch ist Bismarck zugleich den Grenzen der Partei entwichen. Für ihn ist Olmütz kein Triumph, den er freudig begrüßt und feiert, wie es Ludwig von Gerlach in seiner Dezemberrundschau tat⁹¹⁾, nein, für ihn ist es eine bittere Notwendigkeit, das kleinere Übel von zweien. Deutlicher als je kommt es in dieser Rede zum Ausdruck, daß er nur konservativ ist, weil für ihn konservatives und preußisches Interesse zusammenfallen, daß ihm die Demokratie für schlechthin preußenfeindlich gilt. Über aller konservativen Parteidoktrin steht ihm Preußen. Für dessen Machtstellung ist er auch schon damals zum Aufopfern der Doktrin bereit. Romantisch ist ihm schon damals ebenso das legitimistische Denken der Gerlachs, wie die nationale Schwärmerei der Liberalen. 1848 sprach er, daß materielle Interessen⁹²⁾, 1849, daß nur Empirist und Nützlichkeit, nicht Theorien zu entscheiden hätten⁹³⁾, jetzt stellt er offen den staatlichen Egoismus als Leitmotiv der Politik heraus. Es ist stets dasselbe Grundmotiv, zeugt stets davon, daß das realpolitische Denken bereits mächtig an die Pforten der Parteidoktrin schlägt, ohne sie freilich jetzt schon völlig sprengen zu können.

Besonders die holsteinische Frage läßt Bismarcks eigene Stellung in seiner Partei scharf erkennen. Wenn wir bewußt das vielfach Verflorenene schematisieren, können wir sagen, daß für die Gerlachs die Holsteiner in erster Linie Revolutionäre sind, die sich gegen ihre von Gott gesetzte legitime Obrigkeit empören. Für Stahl, der als alter Burschenschaftler und gebürtiger Bayer das deutsche Element unter den preußischen Konservativen vertritt, ist ihre Sache „eine Sache Deutscher Nationalpflicht und Deutscher Nationalehre.“⁹⁴⁾ Dagegen sieht Bismarck die Frage weder vom legitimistischen noch vom deutschen Standpunkt aus an. Er fragt schon im Frühjahr 1848 nur: was nützt oder schadet die Bewegung Preußen? Er kommt dabei zu dem einfachen Resultat, daß sie unter der augenblicklichen Weltlage Preußen keinen Vorteil bringen kann, daß sie vielmehr nur seine Interessen schädigt.⁹⁵⁾ Für sie will er daher nicht das Blut eines Preußen opfern.

Bismarck würde unter Umständen schon in dieser Zeit für einen Krieg aus Prestigegegründen gegen Österreich stimmen, selbst wenn dies — legitimistisch

⁹¹⁾ N. Pr. Ztg. 28. und 31. 12. 50; f. a. Johannisrundschau 1854, N. Pr. Ztg. 1. 7. 54, „Der von uns ersehnte und errungene Tag von Olmütz“.

⁹²⁾ G. u. E. I 34; f. o. S. 26.

⁹³⁾ P. R. I 146 (24. 10. 49).

⁹⁴⁾ Stahl, Siebzehn parlamentarische Reden, Berl. 1862, 195 (29. 4. 57); f. a. Reden, 282 (8. 1. 51); H. Schmidt, Stahl und die deutsche Nationalstaatsidee, Hist. Untersuchungen, IV, Breßl. 1914, S. 56 ff.

⁹⁵⁾ f. o. S. 27, ferner: Erinnerungen, 133; P. R. I 47f., 92, 268.

gesprochen — im Recht wäre. Er geht sogar noch weiter und erkennt den Wert eines reinen Eroberungskrieges an. Wieder wie vor einem Jahr bekennt er sich jetzt des öfteren zu Friedrich dem Großen. Bei so manchem seiner Worte, die sich in nichts von denen des künftigen Staatsmannes unterscheiden, kommt man fast in Versuchung, das Parteipolitische an den Reden nur für Verbrämung und Zutat zu halten. Bismarck hat bereits damals den autonomen Staat deutlich vor Augen. Dieser Staat ist Preußen. Durch ihn wird auch sein Verhältnis zur deutschen Frage bestimmt.

Bismarck ist in all seinen Worten aus diesen Jahren, von dem Zeitungsartikel aus dem April 1848⁹⁶⁾, bis zu dieser Olmührede, großdeutsch gesinnt. So sind sicher auch die Worte dieser Rede im ganzen wahrer Ausdruck seiner Gesinnung, mögen sie auch im einzelnen aus taktischen Gründen geformt und gebildet sein. Er ist aber großdeutsch in einem anderen Sinne, als etwa die großdeutsche Partei der Paulskirche. Für diese kann er keine Sympathie gewinnen.⁹⁷⁾ Für ihn ist Österreich eine deutsche Macht, weil es dem deutschen Bunde angehört, und weil seine Staatsleitung deutsch ist. Ihm gilt daher das ganze Österreich und nicht etwa nur seine deutschen Provinzen als deutscher Staat. So kommt gerade in Bismarcks Verhältnis zu Österreich klar zum Ausdruck, daß in seinem politischen Denken der Staat das unbedingte Übergewicht über die Nation hat.

Deutsche Einheit heißt für ihn in diesen Jahren im wesentlichen politische und geistige Unabhängigkeit vom Auslande. Für sie tritt er auch jetzt aus einem ganz realen und untheoretischen Gefühl für deutsche Macht und Stärke ein. Aber die deutsche Einheit ist für ihn nicht identisch mit innerer Einheit und Freiheit und deren parlamentarischem Ausdruck. Sie beruht für ihn, den Realisten und Staatsdenker, in der Einigkeit seiner Fürsten. Darum spricht er häufig in jenen Jahren nur von deutscher Einigkeit, nicht von deutscher Einheit.⁹⁸⁾ Er kann daher auch mit voller Überzeugung den vielgeschmähten Deutschen Bund verteidigen. Er fordert einen Abgeordneten auf, ihm eine Periode der deutschen Geschichte seit der Hohenstaufenzeit nachzuweisen, in der sich Deutschland größeren Ansehens im Auslande, eines größeren Grades politischer Einheit und größerer Autorität in der Diplomatie erfreut hat, als während der Zeit, in der der Bundestag die auswärtigen Beziehungen Deutschlands gelenkt hat.⁹⁹⁾

Über aller deutschen Politik steht ihm Preußen und seine Stellung als europäische Großmacht. Von Preußen geht er aus und zu Preußen kehrt sein Sinnen und Trachten immer von Neuem zurück. In einem Konflikt zwischen deutschen und preußischen Interessen findet er, und das ist die Frucht dieser letzten Jahre, immer seine Stellung auf der preußischen Seite. Selbst seine wenigen Äußerun-

⁹⁶⁾ Bbr. 61 ff., s. o. S. 27f.

⁹⁷⁾ s. Bbr. N. S. I 7 (Jan. 1850 nach Rathenow).

⁹⁸⁾ s. 3. B.: Bjb. III 410 (Wahlauf Ruf 10. 1. 50).

⁹⁹⁾ P. R. I 327f. (6. 3. 51).

gen zur deutschen Frage sind durchaus preußisch gedacht. Das muß doch auch Erich Brandenburg schließlich zugeben, der sich bemüht, die deutschen Züge am damaligen Bismarck in den Vordergrund zu schieben, wenn er am Schlusse seiner Ausführungen schreibt: „Zu einer derartigen Politik war bereits Friedrich der Große am Abend seines Lebens, als er den Fürstenbund gründete, gedrängt worden.“¹⁰⁰⁾ Denn niemand wird heute für diese Politik, wie einst die politische Geschichtsschreibung, deutsche Motive in Anspruch nehmen wollen. Wir können diesem Vergleich nur voll zustimmen, denn auch Bismarcks Politik war preußisch und blieb es auch weiterhin.

3. Der Bundestag.

Als betrachtender Zuschauer und Kritiker, dem es nur selten vergönnt war, auf die Gestaltung von Preußens deutscher Politik einzuwirken, hatte Bismarck in den Revolutionsjahren Gelegenheit gehabt, seine nationalpolitischen Anschauungen zu formen und sich ein festes Urteil zu bilden. Jetzt wurde er auf den wichtigsten Posten der preußischen Diplomatie gestellt, um die Theorie in die Praxis umzusetzen.

Hatte sich der Junfer bisher nach freiem Ermessen, bald lobend, bald tadelnd, der Politik der Regierung gegenübergestellt, so wird er jetzt berufen, teilzunehmen an der Leitung des Staatschiffes, seine Steuerung mitzubestimmen. Die Wandlung, die 1847 mit der religiösen Befehrung und dem Eintritt in das öffentliche Leben begonnen hat, wird jetzt vollendet. Aus dem schroffen Individualisten, der nur eigene Musik machen will, wird jetzt endgültig der demütig-stolze Diener seines Staates, der nicht mehr nach persönlichem Wohl und Wehe, sondern nur noch nach der Größe, der Ehre und Unabhängigkeit seines Landes fragt. Hat Bismarck bisher noch oft geschwanzt zwischen den Annehmlichkeiten des häuslichen Familienlebens und den freiwillig übernommenen Pflichten des Abgeordneten und Staatsdieners, hat er sich oft nur durch die ernststen Ermahnungen seiner alten Freunde Stahl und Gerlach zu ihrer unverdroffenen Erfüllung bestimmen lassen¹⁾, so hört das jetzt auf.²⁾

Als der Jüngling 1838 dem Staatsdienst und seiner Bürokratie den Rücken kehrte, hat er wohl überlegen gemeint, daß nur für wenige berühmte Staatsmänner die Vaterlandsliebe die Triebfeder gewesen sei, die sie in den Dienst führte. Viel häufiger habe sie wohl Ehrgeiz, der Wunsch zu befehlen, bewundert und berühmt zu werden, bestimmt.³⁾ Mag auch ihn 1847 noch ebensoviel Ehrgeiz wie Vaterlandsliebe zu seinem Entschluß getrieben haben, in das öffent-

¹⁰⁰⁾ Untersuchungen und Aktenstücke 490.

¹⁾ Brbr. 174 (9. 4. 50), 196 (10. 10. 50), 199 (12. 10. 50), 279 (16. 5. 51).

²⁾ Brbr. 314 (28. 8. 51) sagt er schon: Wir „schulden uns und unsere Kräfte dem Dienste Gottes, des Königs und des Landes.“

³⁾ Brbr. 28 (29. 9. 38).

liche Leben zurückzuführen, so sind jetzt schon Ehrgeiz und Vaterlandsliebe untrennbar miteinander verbunden. Sein persönlicher Ehrgeiz ist zum Ehrgeiz seines Staates geworden, und der Ehrgeiz seines Staates lebt in ihm.

Ende April bittet Bismarck Gerlach um eine Konferenz der Parteigenossen „zu seiner Belehrung Frankfurts wegen“. ⁴⁾ Bei seiner Abreise nach Frankfurt aber sagt er dem Liberalen Bessler: „Er werde sehen, daß sie beide in der deutschen Frage sich nicht so fern stünden, wie es wohl den Anschein habe.“ ⁵⁾ Gleichzeitig berichtet Bremens Bürgermeister Smidt von den Dresdener Konferenzen, daß ihm Usedom, der preußische Vertreter, von Bismarck erzählt habe, „daß er die größte Not haben würde, alle die Tendenzen zu verfolgen, über die er sich an verschiedenen Orten renomierend ausgesprochen. Dem einen hätte er gesagt, man müsse sich ganz zu Österreich halten, einem andern, Österreichs Übermut müsse um jeden Preis gedämpft werden, man solle ihn nur gewähren lassen, er werde noch den Stalp von Österreich mit nach Hause bringen, — einem dritten, Preußens Unheil komme bloß daher, daß es sich mit den kleinen deutschen Staaten zu viel abgegeben, die seien ihm zu einem Bloß am Bein geworden, den man je eher, je lieber von sich abschütteln müsse, dann werde man wieder frei und mit Energie sich bewegen können.“ ⁶⁾

Es ist etwas ungemein Passendes für den Nachlebenden, in all diesen leicht hingeworfenen Äußerungen des diplomatischen Neulings, die den zünftigen Kollegen voller unerklärlicher Widersprüche und Aufschneiderei zu sein schienen, klar die beiden für Preußen noch möglichen Lösungen der deutschen Frage angedeutet zu sehen: Im Bunde mit den Konservativen und Österreich gegen die Kleinstaaten, oder: im Bunde mit den Liberalen gegen Österreich und gegen die Kleinstaaten. Das, was diese so verschiedenen Pläne in Bismarcks Hirn zu einem widerspruchslosen Ganzen verbindet, ist das Wort seiner Olmüzkrede vom staatlichen Egoismus. Preußisches Staatsinteresse ist es, wovon diese Wege ausgehen, und um das sie kreisen. Die große Bedeutung der Frankfurter Jahre für Bismarck, für Bismarcks Nationalgefühl, liegt darin, daß er am Bundestage die Erfahrungen gewinnt, um die Ausführbarkeit dieser Lösungen beurteilen zu können. Am Eingang zu seiner Bundestagszeit steht der erste Weg. Er entspricht seiner bisherigen politischen Stellung und dem augenblicklich in Berlin herrschenden System. Am Ende steht der andere, den er dann selbst in den 60er Jahren vollenden sollte.

Bismarck kommt nach Frankfurt als Vertreter des preußischen Staates. Ihn soll er vertreten, für ihn soll er handeln, seine Interessen soll er wahrnehmen.

⁴⁾ Gerlach, Aufz., II 124 (28. 4. 51).

⁵⁾ G. Bessler, Erlebtes und Erstrebtes, 1884, S. 97.

⁶⁾ Brief Smidts, 17. 5. 51 bei Schwemer, Geschichte der freien Stadt Frankfurt 1814—66, Bd. 3, II (Veröff. der hist. Kommission der Stadt Frankf. 5, II), Frankf. 1918, S. 61.

1853, also gerade in Bismarcks ersten Gesandtenjahren, veröffentlicht der liberale Publizist A. L. von Rochau „Grundsätze der Realpolitik angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands“. ⁷⁾ Treitschke schildert uns Jahrzehnte später den gewaltigen Eindruck, den dies Buch auf die damalige Jugend gemacht hat. ⁸⁾ Ob Bismarck es gekannt hat, läßt sich leider nicht feststellen. Ausdrücklich erwähnt finde ich es nirgends bei ihm. Auf jeden Fall können wir Bismarcks Stuttgarter Politik am besten vom Rochauschen Standpunkt aus würdigen und verstehen. Dieser schreibt: „Das Lebensgesetz des Einzelstaates ist die partikularistische Selbstsucht; der Einzelstaat kennt keine Bundespflichten, die nicht mit seinem unmittelbaren Interesse zusammenfallen, er weiß von keiner Nation, er liebt nur sich selbst und läßt das Gemeinwohl nur dann gelten, wann und insoweit es seinem unveräußerlichen Egoismus dient.“ ⁹⁾ Dem Wiener oder Berliner Kabinett eine deutsche Politik auf Kosten ihrer Staaten zumuten, heiße lediglich seine eigene politische Unzurechnungsfähigkeit beurfunden. „Der Staat in seiner heutigen Gestalt wird und kann niemals ein Haar breit seines Vorteils aufgeben zugunsten der Nation, welche er nur dem Namen nach und höchstens als ein Begriffswesen kennt; der Staat wird vielmehr jeden Augenblick bereit sein, er wird es sogar als seine gebieterische Pflicht ansehen, dieses Begriffswesen dem Interesse seiner eigenen Leibhaftigkeit unbedingt und unbesehen aufzuopfern.“ ¹⁰⁾

Als Bismarck nach Frankfurt kommt, ist sein Ideal der preußisch-österreichische Dualismus im Kampfe gegen die Revolution. ¹¹⁾ Aber der offene Blick des Staatsmannes sieht sofort, daß dieses praktisch unmöglich ist, solange Österreich eine Politik der „Demütigung“ Preußens betreibt. ¹²⁾ Bald erkennt er auch, daß der Gegensatz dieser beiden Staaten nicht persönlich und willkürlich ist, sondern in ihren Lebensinteressen fest verankert ist ¹³⁾ und daher nur durch den Degen entschieden werden kann. ¹⁴⁾ „Österreich bedarf zur Durchführung seiner inneren germanisierenden Zentralisationspolitik der Belebung seiner Beziehungen zu Deutschland, d. h. auf Wienerisch: einer straffen Hegemonie über den Bund; dabei sind wir ihm im Wege, wir mögen uns an die Wand drücken, wie

⁷⁾ Anonym, Stuttg. 1853, f. o. S. 8.

⁸⁾ Hist.-polit. Aufsätze, IV 189 ff., f. a. h. v. Treitschke, Briefe, 2. Aufl. 1914, I 364 (8. 6. 56 an R. Martin).

⁹⁾ a. a. O., 76 f.

¹⁰⁾ a. a. O., 198.

¹¹⁾ B. a. G. 7 (22. 6. 51); Pr. i. B. IV 57 (19. 11. 51).

¹²⁾ G. u. E. I 289; Bismarcks Briefwechsel mit Kleist-Resow, her. h. v. Petersdorff, S. 25 (4. 7. 51).

¹³⁾ Pr. i. B. I 64 (28. 12. 51); Bjb. III 63 f. (19. 1. 52 an Thun); B. a. G., S. 14 (28. 12. 51).

¹⁴⁾ S. W. I 104 f. (Nov. 51); B. a. G. 17 (5. 1. 52); 294 (28. 4. 56); Keudell, S. 43; Pr. i. B. II 365 (26. 4. 56).

wir wollen, ein deutsches Preußen von 17 Millionen bleibt immer zu dick, um Östreich so viel Spielraum zu lassen, als es erstrebt. Unsrer Politik hat keinen andern Exerzierplatz als Deutschland, schon unsrer geographischen Verwachsenheit wegen, und grade diesen glaubt Östreich dringend auch für sich zu gebrauchen; für beide ist kein Platz.“ So schreibt er 1853 an Gerlach.¹⁵⁾

Leopold von Gerlach stellt über solche „Empfindungen“, wie er verächtlich meint, seine ewigen und unwandelbaren Prinzipien.¹⁶⁾ Er verteidigt sogar Östreich gegen Bismarck, da es doch erst durch Preußens Unionspolitik gereizt worden sei.¹⁷⁾ Solche Prinzipien hinwieder kennt Bismarck nicht. Im Konflikt zwischen konservativem Parteiinteresse und preußischem Staatsinteresse gibt für ihn stets dieses den Ausschlag. Er würde, wie er offen gesteht, wenn es die preußische Politik erfordere, „unsere Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder östreichischen feuern sehn“.¹⁸⁾

Noch in seiner Olmührede bezeichnet Bismarck Östreich als deutschen Staat. Wir wissen nicht, ob er es jetzt noch dafür hält, sicher ist nur, daß, da ihm der Staat über die Nation geht, für ihn Östreich Ausland ist, wie alle anderen Staaten auch¹⁹⁾, ein Faktor in der Rechnung seiner Politik, für den keine Stimmungsmomente ausschlaggebend sind. Er kann als preußischer Staatsmann keine Rücksicht nehmen auf Östreichs Germanisierungspläne. Er sieht nur die staatlichen Notwendigkeiten und stellt über alle Prinzipien und Gefühlsmomente die Mission seines Staates, an die er glaubt.²⁰⁾ Preußisch-staatliche Gesichtspunkte, nicht großdeutsche Begeisterung bestimmen ihn, wenn er auch in diesen Jahren stets zu dualistischer Politik bereit ist, falls Östreich zur alten Metternichschen Politik des friedlichen Dualismus zurückkehrt. Nichts zeigt dies deutlicher, als sein Wort: „Wir müssen Östreich zu einem Verhalten zwingen (!) bei dem die Einigkeit mit uns ohne Verletzung unserer Würde und Unabhängigkeit möglich bleibt.“²¹⁾ Er braucht Östreich für Preußen bei der dermaligen Lage am Bunde²²⁾, da eine Sprengung des Bundes und eine aktive preußische Politik unter Friedrich Wilhelm IV. stets zu den unmöglichen Dingen gehörten. Er ist aber der Monarch, mit dem Bismarck während all dieser Jahre rechnen muß.

Gleichzeitig erkennt Bismarck, daß die Kleinstaaten durch die Macht politischer

¹⁵⁾ B. a. G. 115 (19. 12. 53), f. a. Pr. i. B. II 364 (26. 4. 56).

¹⁶⁾ Gerlach, Denkw. II 412 (1856).

¹⁷⁾ Ebd. II 25 (1853).

¹⁸⁾ B. a. G. 325 (11. 5. 57).

¹⁹⁾ S. W. I 355 (15. 7. 53); Pr. i. B. IV 283 (3. 7. 57).

²⁰⁾ „Interessen, die keiner von uns aufgeben kann, ohne auf die Mission, an die er für sich glaubt, zu verzichten.“ Pr. i. B. II 364 (26. 4. 56).

²¹⁾ Pr. i. B. III 271 (14. 3. 58).

²²⁾ B. a. G. 64 (16. 3. 53); Brbt. 336 (11. 6. 52); Pr. i. B. III 271 (14. 3. 58).

und persönlicher Interessen im Frieden fest mit Österreich verbunden sind²³⁾ und so als Stütze einer preußischen deutschen Politik ausscheiden. Im Kriegsfall aber, das sieht Bismarck, der Skeptiker gegenüber der Macht des nationalen Gedankens, deutlich voraus, würden sie infolge der Uneinigkeit der beiden deutschen Großmächte strupellos wie einst zu Napoleons I. Zeiten bei seinem Neffen halt und Stütze suchen.²⁴⁾

Mit der Erkenntnis der preußenfeindlichen Stellung Österreichs und der Kleinstaaten verliert in Bismarcks Augen der Deutsche Bund für Preußen seinen Wert. Jetzt ist er nicht mehr, wie noch im Frühjahr 1851, Symbol politischer Einheit und Autorität²⁵⁾ und seine Stellung zu ihm muß sich notwendig wandeln. Unermüdtlich betont er jetzt, daß Preußen, wenn es nicht auf seine Weltstellung verzichten wolle, den Schwerpunkt seiner Politik außerhalb des Bundes zu suchen habe²⁶⁾, und daß es daher nicht im preußischen Interesse liegen könne, den Bund zu kräftigen.²⁷⁾ Denn den einzigen Weg, den Bund mit Leben zu erfüllen, die militärische, politische und kommerzielle Unterordnung der deutschen Regierungen unter Österreich, kann er als Preuße nicht gehen.²⁸⁾ Daher ist sein Ceterum censeo immer wieder: „Wir müssen uns weder in eignen, noch durch fremde Phrasen über ‚Deutsche Politik‘ fangen lassen, die gelten doch nur gegen, niemals für uns, sondern dreist eine spezifisch preußische Politik affizieren, die ihre Geltung durch die Interessen und Befürchtungen anderer sucht, nicht durch Gefühle, die jeder vorgibt und keiner hat.“²⁹⁾ Ein andermal warnt er „unsre preußische und egoistische Politik mit dem räudigen Hermelin des deutschen Patriotismus aufzuputzen.“³⁰⁾

Gleich zu Beginn seiner Frankfurter Tätigkeit muß Bismarck demnach erkennen, daß eine preußische Politik auf Grund des konservativen Prinzips unter den bestehenden Verhältnissen eine Unmöglichkeit ist. Der Parteimann in ihm mag das bedauern, der Preuße und Staatsmann, dem der Staat über die Doktrin geht, hat die Aufgabe, neue Wege preußischer Politik zu suchen, neue Kräfte zur Unterstützung zu werben. Er findet sie im Liberalismus, Protestantismus³¹⁾

²³⁾ S. W. I 114 (22. 12. 51), II 304f., 307f. (Denkschr. März 58); Gerlach, Denkw. I 702 (4. 12. 51).

²⁴⁾ Pr. i. B. IV 266f. (18. 5. 57).

²⁵⁾ P. R. I 328 (6. 3. 51).

²⁶⁾ Pr. i. B. I 293 (9. 8. 53), IV 269 (18. 5. 57).

²⁷⁾ S. W. I 55 (20. 9. 51); Brbr. 152 (27. 4. 53 an Wagener); Pr. i. B. II 358 (12. 4. 56), III 269 (14. 3. 58).

²⁸⁾ B. a. G. 325f. (11. 5. 57); Pr. i. B. III 104f. (12. 5. 57).

²⁹⁾ B. a. G. 116f. (19. 12. 53).

³⁰⁾ B. a. G. 105 (25. 11. 53); f. a. Pr. i. B. IV 287 (7. 7. 57).

³¹⁾ f. Poschinger, Bundestag, 140ff. (22. 12. 53 Promemoria für die Preßstation): Die Gegner Preußens sind das Koalitionsprinzip und Österreich, die Ultramontanen und die Schutzöllner, seine Verbündeten, der Protestantismus, der Zollverein und die Gothaer.

und Bonapartismus. Nichts ist bezeichnender für seinen vorurteilsfreien Blick, als daß er gerade die Mächte, die er bisher immer bekämpft hat, die Revolution und den Liberalismus, zur Unterstützung seiner Politik zu gewinnen sucht.

Schon Ende 1851 rät Bismarck unbedingt, an der Verfassung festzuhalten und sich der Kammern zu bedienen, „um dem von Österreich versuchten Majoritätsregimente auf dem Bundestage entgegenzutreten.“³²⁾ Ebenso stellt er den Liberalismus der anderen Bundesstaaten in seine Rechnung ein.³³⁾ Jetzt schon klingen manchmal Worte an, die an seine späteren Pläne einer Nationalrevolution erinnern. So schreibt er 1857 an Manteuffel, daß Österreich sich hüten solle, „uns auf die Bahn eines liberalisierenden Verbens um die nationalen Sympathien Deutschlands herauszufordern. . . , denn es würde uns wenig Mühe kosten, Österreich auf diesem Gebiete in kurzer Zeit zu überflügeln, wenn wir wollen.“³⁴⁾ In der gleichen Zeit tauchen seine ersten Pläne eines Bundesparlamentes auf.³⁵⁾

Ich glaube, in diesem Zusammenhang wird deutlich, daß, wenn der „Juncker“ „das deutsche Volk“ als Verbündeten des sonst völlig isolierten Preußens zu gewinnen sucht, ihn nur die staatlichen Notwendigkeiten seines Preußens dazu bringen.³⁶⁾ Noch 1866 klingt dies in den Worten mit, mit denen er dem Liberalen Theodor von Bernhards von seiner Wandlung erzählt, um ihn und seine Partei für seine Politik zu gewinnen. Er geht hier von seiner früheren Begeisterung für Österreich aus. Er habe aber bald einsehen müssen, daß dies Österreich Preußens Freund nicht sein könne. Erst seitdem er dies eingesehen habe, sei die Bundesreform und das deutsche Parlament sein Programm.³⁷⁾ Es ist eine Änderung in den politischen Mitteln, bei dem aber Bismarcks Endziel, die Größe seines Staates, das ist Preußen, unverändert das gleiche bleibt.

Für die konservative Politik bestand nur ein Gegensatz: legitim oder revolutionär, der Gegensatz der Konfessionen trat dahinter zurück.³⁸⁾ Ihr Symbol war die heilige Allianz der drei Herrscher von Rußland, Österreich und Preußen, die zugleich die mächtigsten Monarchen dreier verschiedener Konfessionen waren. Auch Bismarck hat 1847 eine konservative Zeitung in Gemeinschaft mit dem

³²⁾ Gerlach, Denkw. I 712 (26. 12. 51); f. a. Denkw. 594, 596 (1858).

³³⁾ B. a. G. 109 (25. 11. 53); f. a. Pr. i. B. I 330f. (5. 12. 53); Poschinger, Bundestag, 140ff. (22. 12. 53).

³⁴⁾ Pr. i. B. III 133 (1. 7. 57); B. a. G. 182 (21. 12. 54).

³⁵⁾ Bbr. 236f. (3. 4. 58 an Below); S. W. II 324 (10. 4. 58).

³⁶⁾ H. v. Unruh, Erinnerungen, herg. H. v. Poschinger, 1895, 209 (1859). B. fügte hinzu: „Ich bin derselbe Juncker, wie vor zehn Jahren, . . . aber ich müßte kein Auge und keinen Verstand im Kopfe haben, wenn ich die wirkliche Lage der Verhältnisse nicht klar erkennen könnte.“

³⁷⁾ Aus dem Leben Th. v. Bernhards, VI 1897, 295 (27. 4. 66).

³⁸⁾ f. Gerlach, Denkw. II 446 (1856); H. Kunau, Die Stellung der preußischen Konservativen zur äußeren Politik während des Krimkrieges, Hist. Studien V, Halle, 1914, S. 8ff.

katholischen Fürsten Radziwiłł geplant.³⁹⁾ Er hat jedoch damals schon die Unvereinbarkeit der Interessen erkannt.⁴⁰⁾ In Frankfurt bricht er völlig mit diesem Prinzip. Preußenfeindlich und ultramontan wachsen ihm ebenso zu identischen Begriffen zusammen, wie preußisch und protestantisch.⁴¹⁾ Er sieht schon, daß dieser Kampf mit der „ecclesia militans“ bis zur vollständigen Unterwerfung gehen müsse⁴²⁾, und zeitweise scheinen die Ultramontanen ihm noch gefährlicher als die Demokraten.⁴³⁾

Bismarck zieht die Konsequenzen dieser Erkenntnis bis zum Äußersten. Er schiebt Schwarzenberg den Plan eines Dreikaiserbündnisses zu, „um Preußen und England, und damit Protestantismus und politische Freiheit, die Revolution in Kirche und Staat, zu erdrücken“. ⁴⁴⁾ Er stellt gelegentlich den Gegenplan auf von „Allianzen mit Holland, England, Dänemark, Schweden, d. h. mit den protestantischen Staaten, das südliche Deutschland sei uns fremd und das Interesse für Deutschland sei ohne Fundament.“⁴⁵⁾ Von dem Plan eines festen Bundes mit den zwei nördlichen Mächten spricht er 1857 unter dem frischen Eindruck seiner skandinavischen Reise⁴⁶⁾ und seine Sympathien für England sind ja genugsam bezeugt.⁴⁷⁾

Diese Gedankengänge scheinen uns heute fremd und unverstündlich. Sie waren es in der damaligen Zeit nicht. Jakob Grimm schwärmt mitten im Streit um die Herzogtümer gegen einen dänischen Freund von einer deutsch-skandinavischen Union⁴⁸⁾, und auch bei Gerlach finden sich Anklänge.⁴⁹⁾ Der Gegensatz von Norddeutschen und Süddeutschen wird in diesen Jahrzehnten leidenschaftlich erörtert.⁵⁰⁾ Der Dichter Ernst Raupach, der mit seinen Höhenstaufendramen gerade ein nationales Bildungsmittel schaffen wollte, erklärt 1849 die deutsche Einheit für eine Chimäre, denn „was vereinigt werden soll, muß einander

³⁹⁾ J. o. S. 21.

⁴⁰⁾ Bbr. 56 (30. 12. 47 an Bernhard v. B.).

⁴¹⁾ B. a. G. 122 (20. 1. 54), 107 (25. 11. 53); Bbr. 282 (3. 2. 60 an Wenzel); S. W. II 306 (Denkschr. März 1858).

⁴²⁾ Pr. i. B. I, 320, 353f., (29. 11. 53; 31. 1. 54), IV, 128, 131 (15. 11. 52; 8. 12. 52).

⁴³⁾ S. W. II 54 (9. 6. 55); Poschinger, Bundestag, 242 (16. 4. 56).

⁴⁴⁾ B. a. G. 231 (15. 6. 55); J. a. S. W. II 304.

⁴⁵⁾ Gerlach, Denkw. II 642 (19. 1. 59).

⁴⁶⁾ Ebd. II 528 (27. 8. 57) ausdrücklicher Hinweis auf die konfessionelle Gemeinsamkeit mit Norddeutschland; Poschinger, Also, I 34 (Aug. 57, sehr romantisch ausgestaltet).

⁴⁷⁾ B. a. G. 325 (11. 5. 57); Pr. i. B. III 190 (2. 1. 58).

⁴⁸⁾ Briefwechsel der Gebrüder Grimm mit nördlichen Gelehrten, Berl. 1885, 159 ff., 170 ff. (1849 an Rafn).

⁴⁹⁾ Denkw. I 155 (24. 4. 48); J. a. P. R. II 263 (21. 1. 64).

⁵⁰⁾ J. A. Rapp, Großdeutsch-Kleindeutsch, Der deutsche Staatsgedanke 3. I., München 1922, 271 ff.

irgendwie verwandt sein, Nord- und Süddeutschland sind es aber nicht; Volksharakter, Sitte, Sprache, materielle Interessen, zum Teil Religion trennen sie, und seit der Zeit, wo Karl der Große die Sachsen und Friesen unterwarf, hat der Norden Deutschlands dem Süden feindlich, im besseren Falle gleichgültig gegenübergestanden".⁵¹⁾

Dürfen wir aus diesen Ansichten weitgehende Schlüsse auf unser Thema ziehen? Tritt uns hier auch bei Bismarck ein übernationales und unstaatliches Moment entgegen, das sein realpolitisches Denken sich dienstbar macht? Man könnte zunächst dagegen einwenden, daß gerade der Protestantismus eine deutsche Errungenschaft ist, und daß es alles germanische Völker sind, mit denen Bismarck sein Bündnis plant, und man könnte es daher mehr für einen Ausfluß pan-germanistischer Gedankengänge halten und an den Nationalstolz des Jünglings denken. Aber schreibt nicht Bismarck selbst einmal in diesem Zusammenhang an Gerlach: „Solange mir mein Bekenntnis höher steht als meine politische Ansicht. . .“?⁵²⁾ Baumgarten zieht daraus den Schluß, daß ihm sein Protestantismus höher gestanden habe, als selbst sein Preußentum.⁵³⁾ Ich halte diese Formulierung für zu scharf. Denn es ist das Wesen des preußischen Staates, dem er dient, daß er im Kerne protestantisch ist.⁵⁴⁾ Es ist nur die Frucht dieser Frankfurter Jahre, daß er diese vollkommene Interessengemeinschaft zwischen Preußentum und Protestantismus erkennt und für seine Politik nutzbar macht. Er hat deswegen in seiner Politik nicht den Preußen dem Protestanten aufgeopfert.

Die dritte Macht, mit der Bismarck einen Bund einzugehen sucht, ist der Bonapartismus. Damit sagt er sich endgültig von Gerlach und seiner Partei los. Für Gerlach ist Napoleon als die infarnierte Revolution das schlechthin Böse und Verabscheuungswürdige. Ein Bund mit ihm ist ihm eine sittliche Unmöglichkeit. Anders für Bismarck. Er fragt schon im Dezember 1851 bei Napoleons Präsidentenwahl nur danach: was nützt oder schadet diese neue Tatsache meinem Staate?⁵⁵⁾ Von diesem Standpunkte aus hat er auch in der Folgezeit stets zum Bonapartismus Stellung genommen. Das Legimitätsprinzip in der Außenpolitik lehnt er schroff ab. Frankreich ist ihm ein Stein im Schachspiel seiner Politik, „ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen Beruf habe“.⁵⁶⁾ In der Auseinandersetzung mit Gerlach über dies

⁵¹⁾ E. Raupach, Die Aufgaben der jetzigen Kammern, 2. Aufl., Berl. 1849, S. 12.

⁵²⁾ B. a. G. 122 (20. 1. 54).

⁵³⁾ O. Baumgarten, B.s Glaube, Tüb. 1915, 254.

⁵⁴⁾ J. Gerlach, Denkw. II 596 (1858): „Ohne den Konstitutionalismus würden wir Österreich erliegen, wie ja immer schon das punctum saliens in unserer Stellung, Österreich gegenüber, im Protestantismus und, was sich daran anschließt, bestanden hat.“

⁵⁵⁾ B. a. G. 13 f. (28. 12. 51).

⁵⁶⁾ B. a. G. 315 f. (2. 5. 57).

Problem scheidet sich endgültig der neue Realismus von der unpolitischen Romantik der alten Generation. Stärker als hier Bismarck kann man den autonomen Staat, die Eigenwertigkeit der Politik seines Staates nicht betonen. Person und Staat sind hier völlig gleichgesetzt in einer großartigen Einheit. Mag Gerlach auch in einer solchen sich nach den Umständen richtenden Realistik eitel Willkür sehen, wir haben doch den Eindruck einer unbedingten Notwendigkeit, weil uns hier der Staat selbst in einer Person verkörpert entgegentritt.

Die ganze Politik, die ich in diesen Hauptlinien eben gezeichnet habe, faßt Bismarck im März 1858 in der großen Denkschrift für den Prinzen von Preußen zusammen⁵⁷⁾, in der er, wie er mit Recht im Begleitschreiben sagt, diejenige politische Auffassung entwickelt, welche er seit dem Antritt seiner Frankfurter Stellung in Berlin befürwortet hat⁵⁸⁾: Der Bund sei jetzt nur ein gefügiges Werkzeug der österreichischen Politik. Für Preußen sei in diesem System, solange es nicht auf die Eigenschaft einer europäischen Macht verzichten wolle, kein Platz. So kommt er zu dem Schluß⁵⁹⁾: „Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund gar nicht existierte, diejenigen näheren Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf⁶⁰⁾, hätten sich darum doch, und zwar unter Preußens Leitung gebildet.“ Preußen muß unter den gegebenen Umständen jede Weiterentwicklung des Bundes verhindern. „Preußen würde dadurch seinem deutschen Beruf keineswegs untreu werden, es würde sich nur von dem Druck losmachen, mit dem die Fiktion seiner Gegner auf ihm lastet, daß ‚Bundestag‘ und ‚Deutschland‘ identische Begriffe seien, und daß Preußens deutsche Gefinnungen nach dem Maße seiner Sügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurteilen seien. Seine deutschen Gefinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu betätigen, hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit wie Preußen. . . . Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer, außer Österreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen, und es gibt nichts Deutscheres, als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen.“ Die kleinstaatlichen Regierungen seien daher das hauptsächlichste Hindernis einer kräftigen Entwicklung Deutschlands. Unabweisliche Interessen, argumentiert Bismarck weiter, seien die einzige Grundlage haltbarer Beziehungen auch zwischen den deutschen Staaten. Folglich fordert er von Preußen den Entschluß, die Beziehungen der beiden deutschen Großmächte zueinander „frei von der konventionellen Beimischung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und allein sichereren Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen“. Preußen habe daher selbst bei Angriffen auf die

⁵⁷⁾ S. W. II 302 ff.

⁵⁸⁾ S. W. II 301 (30. 3. 58).

⁵⁹⁾ S. W. II 317 ff.

⁶⁰⁾ Von mir gesperrt, die weiteren Sperrungen finden sich im Original.

deutsche Bundesgrenze nur das vertragsmäßige Kontingent zu stellen, alles weitere aber von der Gemeinsamkeit der politischen Ziele abhängen zu lassen.

Der Staat und seine Interessen, das ist für Bismarck in der Politik das einzig Maßgebende. Er kennt keine Bande, die einen Staat veranlassen könnten, wider seine Interessen zu handeln. Der Staat steht für ihn sogar über der Nation. Daher sind auch zwischen deutschen Staaten nur die Interessen entscheidend. Der Staat aber, von dem der Bundestagsgesandte in dieser Denkschrift ausgeht, ist Preußen. Das einzige Feld einer aktiven preußischen Politik ist, wie er schon 1853 betonte, Deutschland. Daher fordert er eine energische deutsche Politik seines Staates. So sind seine Worte von der Identität preußischer und deutscher Interessen zu verstehen. Sie sind nicht, wie Busch meint⁶¹⁾, Ausfluß deutsch-nationaler Gesinnungen. Es sind auch nicht, wie Breßlaus Ansicht ist⁶²⁾, auf Grund der Überzeugung von der Identität der Interessen Preußens und des deutschen Volkes deutsch-nationale Gesinnungen in ihm mit seinem spezifischen Preußentum unlösbar zusammengewachsen. Breßlau übersieht, daß für Bismarck das deutsche Volk nur ein Sattor seiner Politik ist, den er gegen die preußenfeindlichen Regierungen ausspielt, daß aber das Bewußtsein „für die Interessen des deutschen Volkes einzutreten, wenn er preußische Politik trieb“,⁶³⁾ bei ihm völlig sekundär ist.⁶⁴⁾ Nein, die Denkschrift ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben, wie ihr Verfasser selbst meint, „der Ausdruck eines aufrichtigen und warmen Gefühls für den Ruhm und die Macht des königlichen Hauses und des Vaterlandes“⁶⁵⁾, das heißt aber im Sinne Bismarcks: des preußischen Vaterlandes.

Nachdem wir jetzt das Gerippe für Bismarcks nationalpolitische Gesamtanschauungen in dieser Zeit gewonnen haben, wollen wir noch an einigen Einzelfragen die Anwendung derselben studieren.

Deutlich läßt sich das Abstreifen der letzten parteipolitischen Anschauungen zugunsten einer reinen staatspolitischen Handlungsweise an Bismarcks Haltung in der hannoverschen Verfassungsfrage erkennen. Während der junge Legationsrat im Juni 1851 noch klagt, daß fast niemand im Bundestag sei, der solch eine Frage „mehr von bestimmten Rechtsauffassungen als von Gründen momentaner Zweckmäßigkeit“ betrachte⁶⁶⁾, schreibt er ein Vierteljahr später: „So entschiedene Abneigung ich dagegen habe, im eigenen Vaterlande das Recht der

⁶¹⁾ Hist. Ztschr. 103, S. 58.

⁶²⁾ Breßlau, 20.

⁶³⁾ Ebd. 17.

⁶⁴⁾ Gerade bei den „deutschen“ Stellen dieser politischen Denkschrift muß man in Betracht ziehen, daß sie für den Gatten der Prinzessin Augusta geschrieben wurde, und daß Bismarck sehr wohl weiß, daß er auch vor ihr seine scharfe preußische Politik zu rechtfertigen hat.

⁶⁵⁾ S. W. 302 (30. 3. 58, Begleit Schreiben an den Prinzen von Preußen).

⁶⁶⁾ B. a. G. 7 (22. 6. 51); J. a. Pr. i. B. IV 2 (26. 5. 51), 22 (12. 7. 51).

Politik zu opfern, so habe ich doch preußischen Egoismus genug, um in bezug auf hannöversches Recht nicht in demselben Grade gewissenhaft zu sein".⁶⁷⁾ Ebenso tritt er einer Revision der Frankfurter Verfassung entgegen, obgleich man vom konservativen Standpunkte mannigfache Abänderungen wünschen müsse, da eine Umänderung nur der österreichisch-ultramontanen Partei nützen würde.⁶⁸⁾ In anderen Staaten hingegen tritt er eifrig für eine Reaktion ein, da dem preußischen Staate an seinen Grenzen eine schwache liberale Regierung unter Umständen sehr unbequem sein könne.⁶⁹⁾ Seine je nach den Umständen verschiedene Stellungnahme beweist, daß für ihn stets nur das preußische Staatsinteresse entscheidend ist.

Ebenso wenig wie er in diesen Verfassungskonflikten nach dem Rechte fragt, sondern nur nach dem für Preußen Nützlichen oder Schädlichen, ebensowenig fragt er im badischen Kirchenstreit darnach. Von seinem alten Parteigenossen Ludwig von Gerlach, der in der Kreuzzeitung „mit Pedanterie und juristischem Zopf“ das Recht des Gegners nachweisen will⁷⁰⁾, schreibt er: „Ich verstehe es nicht, wie jemand, der unzweifelhaft von einer warmen Vaterlandsliebe beseelt ist, sich in diesem Grade von jeder preußischen Anschauungsweise frei machen kann, wenn ich auch zugebe, daß mich der Borussiaismus in derartigen Fragen einseitig und befangen macht.“⁷¹⁾

Preußens natürliches Einflußgebiet ist für ihn Norddeutschland. Hier will er keinen anderen Einfluß gelten lassen.⁷²⁾ Er hat schon als Abgeordneter die preußische Hegemonie „von der Memel bis zum Donnersberge“ gefordert.⁷³⁾ Trotzdem benutzt er jede Gelegenheit, den preußischen Einfluß in Süddeutschland zu stärken.⁷⁴⁾ Ein Mittel dazu ist ihm, Bayern als Gegengewicht gegen Österreich zu unterstützen.⁷⁵⁾ Ein Wort, das er über Bayern in diesen Jahren prägt, läßt uns aber rückschließen, daß er auch jetzt schon an mehr als eine preußische Hegemonie über Norddeutschland denkt. Er meint, Bayern habe so viel Einwohner wie Preußen im siebenjährigen Krieg „und ein ehrgeiziger

⁶⁷⁾ Pr. i. B. IV 46f. (9. 10. 51); S. W. I 66 (3. 10. 51); f. a. R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen, 1905, I 295.

⁶⁸⁾ Pr. i. B. I 338f. (19. 12. 53); 330f. (5. 12. 53); B. a. G. 108f. (25. 11. 53).

⁶⁹⁾ Poschinger, Bundestag, 152 (23. 12. 53, Lippe); Pr. i. B. III 26, 44 (2. 8. 56; 4. 11. 56, Luxemburg); B. a. G. 305 (12. 3. 57, Dänemark); f. a. Augst, Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, 1913, 29ff.

⁷⁰⁾ B. a. G. 107 (25. 11. 53);

⁷¹⁾ Pr. i. B. IV 16d (7. 1. 54).

⁷²⁾ B. a. G. 8, 121 (22. 6. 51; 22. 12. 53); Pr. i. B. I 229, III 303 (30. 4. 53; 21. 4. 58); S. W. II 313 (März 58).

⁷³⁾ f. o. S. 36f.

⁷⁴⁾ 3. B.: Poschinger, Bundestag 96f. (21. 4. 53); Pr. i. B. I 171, III 85 (27. 12. 52; 23. 1. 57); f. a. S. W. Lange, B. und die öffentliche Meinung Süddeutschlands während der Zollvereinstribe 1850/53, phil. Diss. Gießen, 1922.

⁷⁵⁾ Pr. i. B. I 209 (8. 3. 53); S. W. I 34f., 308, II 18 (3. 9. 51; 8. 3. 53; 11. 2. 55).

Monarch könnte bei einem Blick auf die Karte zu dem Glauben kommen, daß Württemberg, Baden und Elsaß zur Dervollständigung des dermaligen Bayern prädestiniert seien".⁷⁶⁾ Es ist nicht zu zweifeln, daß er als ehrgeiziger preußischer Staatsmann, vorher den Blick auf die Karte Norddeutschlands geworfen und gefunden hat, daß auch hier einige Länder „zur Dervollständigung des dermaligen Preußen prädestiniert seien“.

Ganz besonders heftig entbrennt der Kampf zwischen den beiden deutschen Großmächten am Bunde um die Verstärkung von Raftatts Befestigungsanlagen. Sogar Gerlach hält diese Frage für eine allgemein deutsche und für sehr ungeeignet zu pädagogischen Experimenten.⁷⁷⁾ Doch was kümmert das Bismarck, da Österreich Preußen durch einen Majoritätsbeschluß vergewaltigen will. Er hält es mit der Würde Preußens für unvereinbar, sich einem solchen wider seinen Willen gefaßten Beschluß zu fügen, und damit ist für ihn die Sache entschieden.⁷⁸⁾ Ja sein belgischer Kollege Beaulieu erzählt nach Jahren dem hessischen Minister Dalwigk, daß Bismarck in jener Frankfurter Zeit zu ihm gesagt habe: „Preußen würde sehr töricht sein, einen Kreuzer dazu (zur Befestigung von Raftatt) zu geben. Es liege in seinem Interesse, Süddeutschland möglichst wehrlos zu lassen. Werde daselbe bei einem Einfall der Franzosen von diesen überschwemmt und würden die süddeutschen Fürsten zum Mitgehen mit Frankreich gegen Preußen gezwungen, so sei das ein guter Grund, dieselben demnächst beim Friedensschlusse zu mediatifizieren.“⁷⁹⁾ Die Nachricht stammt aus welscher Quelle und ist uns durch Bismarcks erbittertsten Gegner überliefert. Es ist gewiß große Vorsicht ihr gegenüber geboten. Trotzdem halte ich es für nicht unmöglich, daß für Bismarck, der den Mut hat, den Basler Frieden nicht zu tadeln⁸⁰⁾, auch solche preußisch-staatlichen Gründe, die scheinbar im offenen Widerspruch zu den nationalen Interessen Deutschlands stehen, und die er daher seinen Berliner Freunden sorgfältig verschweigen muß, mitbestimmend sind.^{80a)}

Zwei außenpolitische Fragen erregen während Bismarcks Frankfurter Zeit

⁷⁶⁾ S. W. II 17 (11. 2. 55).

⁷⁷⁾ Gerlach, Dentw. II 25 (17. 3. 53).

⁷⁸⁾ Pr. i. B. III 341 (21. 6. 58), I 237 (7. 5. 53), I 347 (13. 1. 54), IV 144 (16. 3. 53).

⁷⁹⁾ Die Tagebücher des Freiherrn R. v. Dalwigk-Lichtenfels 1860—71, ed. Schübler (Dt. Geschichtsquellen d. 19. Jh., II), 1920, S. 145 (1864).

⁸⁰⁾ B. a. G. 333 (30. 5. 57).

^{80a)} Während des Korrekturlesens teilt mir Herr Prof. A. O. Meyer aus dem Manuskript seines demnächst erscheinenden Buches „Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag zu Frankfurt“ freundlicherweise mit, daß Bismarck Anfang März 1859 zu einem norddeutschen Bundestagsgesandten gesagt hat: „Es dürfe am Bunde nichts für den Schutz der süddeutschen Regierungen geschehen; sie würden hierdurch gezwungen werden sich Frankreich in die Arme zu werfen, und dies würde seiner Zeit den erwünschten Vorwand geben, sie zur Strafe für ihr Verhalten zu mediatifizieren“ (Bericht Rechbergs). Dadurch wird unsere Äußerung in erwünschter Weise gestützt.

vor allem Europa — der Krimkrieg und das schleswig-holsteinische Problem. Im Krimkrieg war für einen Parteimann nur eine Stellungnahme möglich. Der Liberale war westmächlich um jeden Preis, der Konservative aber meinte: „Preußen müsse eher seine Existenz riskieren, als in das westmächliche Lager übergehen.“⁸¹⁾ Bismarcks Ausgangspunkt liegt zwischen beiden, es ist der preußisch-staatliche. „Wir schlagen uns nur, wenn unser Interesse, erobernd oder verteidigend aufgefaßt, es fordert.“⁸²⁾ Er sieht aber, ebensowenig wie zur Zeit von Olmütz ein würdiges Kriegsziel und kämpft daher ohne Unterlaß für Neutralität, ohne zu verhehlen, daß er unter Umständen auch für eine reine Eroberungspolitik zu haben sei. „Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachstum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benützt wurden.“⁸³⁾ Er warnt das Berliner Ministerium davor, halb aus Furcht, halb aus alter Sympathie die preußische „schmutze und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff von Österreich“ zu koppeln⁸⁴⁾, da eine Stärkung der alten Kaisermacht nur Preußens Stellung in Deutschland verschlechtern würde.⁸⁵⁾

Auch hier greift Bismarck zu einem Mittel, das unser heutiges Nationalgefühl nicht mehr verstehen will, das aber durchaus mit seiner Hingabe an den Staat, nicht an die Nation, vereinbar ist. Er weist den russischen Gesandten Glinka auf das Einspruchsrecht der fremden Mächte gegen rechtswidrige Bundesbeschlüsse hin (laut Artikel 36 der Wiener Schlußakte), um den Bund zur Stellungnahme gegen Österreich zu veranlassen.⁸⁶⁾ Er hält es auch nicht für Preußens Beruf, zu widersprechen, wenn Österreich im Widerspruch mit den Bundesgesetzen den Durchmarsch französischer Truppen durch sein Gebiet gestatten würde, da Österreichs

⁸¹⁾ Gerlach, Denkw. II 256 (Ludw. v. Gerlach, 9. 12. 54).

⁸²⁾ B. a. G. 182 (21. 12. 54).

⁸³⁾ S. W. I 427 (15. 2. 54).

⁸⁴⁾ Ebd.; f. a. S. W. I 355, 486, 511; Brbr. 174 (10. 5. 54).

⁸⁵⁾ Pr. i. B. II 51; IV 215 (25. 7. 54).

⁸⁶⁾ Martens, Recueil des Traités de la Russie, VIII, 1886, 453 (Bericht Glinkas, 21. 1./2. 2. 55). Der Art. 36 stellt zunächst den gegenseitigen Schutz der Bundesmitglieder gegen Angriffe auswärtiger Mächte fest. „Dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite weder Anlaß zu dergleichen Verletzungen zu geben, noch auswärtigen Staaten solche zuzufügen. Sollte von Seiten eines fremden Staates über eine von einem Mitgliede des Bundes ihm widerfahrene Verletzung bei der Bundesversammlung Beschwerde geführt und diese gegründet befunden werden,“ so habe der Bund Abhilfe zu verlangen (Zeumer, Quellenammlung zur Gesch. der dt. Reichsverfassung, 477). Bei Martens ist irrtümlich von der „Acte du Congrès de Vienne de 1815“ die Rede; f. a. Herzog Ernst II., Aus meinem Leben, 1888, II 204 (Bericht Srischs, 10. 7. 54): „Auffallend ist es jedenfalls, daß Herr v. Bismarck . . . in intimen Kreisen sich sehr gegen Österreich und für Rußland ausspricht, ja sogar es als etwas Erfreuliches bezeichnet, wenn die Russen bis Wien gelangen sollten, welches letztere ich allerdings nur aus dritter Hand erfahren habe und nicht unbedingt verbürgen möchte.“

Ansehen in Deutschland an solch einer Tat lange fränkeln würde.⁸⁷⁾ Bismarck kann in der Tat rückblickend mit vollem Rechte sagen, er habe damals auf die Frage, ob er russisch oder westmächlich sei, stets geantwortet: „Ich bin preußisch.“⁸⁸⁾

Die nationale Frage an sich in der Zeit vor der Reichsgründung ist die schleswig-holsteinische. Fast niemand in Deutschland kann sich der Sympathie für den gefährdeten Bruderstamm im Norden entziehen. Bismarck hat schon in den Revolutionsjahren die Frage von einem nüchternen preußischen Standpunkte aus angesehen⁸⁹⁾, und das ändert sich auch in diesem Jahrzehnt nicht. Ihm scheint der Streit nur „ein zufällig montierter Ehrenpunkt“ zu sein⁹⁰⁾, der „zum Symbol deutscher Nationallehre seit Jahren hinaufgeschraubt“ worden sei.⁹¹⁾

Am offensten entwickelt er seine Ansichten dem dänischen Bundestagsgesandten von Bülow, dem Vater des späteren Reichskanzlers: „Er wäre kein Freund der gemüthlichen oder nationalen Politik und viel zu sehr Preuße, um in seinen Gefühlen einen Unterschied zwischen Spaniern, Bayern oder Dänen zu machen. Ihm komme es nur darauf an, ob Preußen ein Interesse daran habe, sich mit Dänemark zu streiten, oder an der Zergliederung der dänischen Monarchie. Das wäre indessen nicht der Fall. Die jetzt bestehende Monarchie wäre viel vorteilhafter für Preußen, als wenn an der Elbe ein neues Großherzogtum entstände, um mit Oesterreich zu kokettieren.“ Da die übrigen Großmächte die Vereinigung Holsteins mit Preußen nicht dulden würden, sei das Bestehende das Beste für Preußen.⁹²⁾ Diese Worte sind nicht etwa auf den Dänen berechnete diplomatische Redensarten, sondern Bismarcks wirkliche Ansichten.⁹³⁾ Er vertritt Manteuffel und Gerlach gegenüber die gleiche Politik⁹⁴⁾ und unternimmt zu ihrer Verwirklichung Reisen nach Paris und Skandinavien.⁹⁵⁾

Bismarck geht auch in dieser Frage, die selbst seine konservativen Partei-

⁸⁷⁾ S. W. II 18 (11. 2. 55).

⁸⁸⁾ B. a. G. 325 (11. 5. 57); f. a. G. u. E. I 150; Pr. i. B. II 338 (16. 2. 56).

⁸⁹⁾ f. o. S. 44.

⁹⁰⁾ An Blixen Sinede (10. 11. 57); A. Friis, Blixen-Sinede og Bismarck, Danske Magazin, 1916, 374.

⁹¹⁾ Pr. i. B. III 351 (30. 6. 58).

⁹²⁾ Neergard, Under Junigrundloven 2, I, 1916, 126 f. (Bericht Bülows, 5. 11. 56); vgl. dazu den Aufsatz A. O. Meyers, S. 112 f., dessen Übersetzung von Bülows Bericht ich hier folge.

⁹³⁾ Man könnte dagegen Bismarcks Bemerkung zu Manteuffel über eine etwas spätere Unterredung mit Bülow und Gortschakow anführen (Pr. i. B. IV 281; 3. 7. 57): „Was ich indessen E. E. gegenüber nicht in allen Punkten als meine wirkliche Meinung gebe, sondern teilweise mit Rücksicht auf jene Herren vorbrachte.“ Ich glaube, daß B. damit seine eigene Meinung Manteuffel nur mundgerechter machen will.

⁹⁴⁾ Ebd.; B. a. G. 305 (12. 3. 57).

⁹⁵⁾ Pr. i. B. III 94 ff.; IV 254 (1. 5. 57; 11. 3. 57); A. O. Meyer, 113 ff.

freunde vom nationalen oder staatsrechtlichen Standpunkt aus ansahen, nur von preußisch-staatlichen Gesichtspunkten aus. Was kümmern ihn die Holsteiner! Sie sind ein Stein im Spiele seiner Politik, ein Stein, den er vielleicht einmal sehr gut zu einem Baustein für seines Preußen Größe gebrauchen kann. „Sobald die Holsteiner unter ihrem Herzog sehr glücklich lebten, so würden sie kein Interesse mehr für Preußen haben. Dieses Interesse aber kann uns, wenn nicht in diesem Augenblicke, doch in möglichen Fällen nützlich werden.“⁹⁶⁾ Bismarck ist nur Angehöriger seines preußischen Staates; alle Bande, die über ihn hinausführen, lehnt er als Argumente für politisches Handeln grundsätzlich ab. Zur Bekräftigung dessen stellt er in dem Bülow'schen Gespräch ganz bewußt neben Spanier und Dänen den Bayern. Wenig später schreibt er Gerlach, er würde, wenn es die preußische Politik erfordere, „unser Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern sehn“.⁹⁷⁾ Die ähnliche und doch zugleich verschiedene Bildung dieser zwei Sätze zeigt, wie genau Bismarck sich ihre Formulierung überlegt hat. Das zweite, schon früher erwähnte Wort, wendet sich an den konservativen Freund und will die Legitimitätsdoktrin als Maßstab außenpolitischen Handelns widerlegen. Hier stellt Bismarck daher neben das bonapartistische Frankreich und das freie England die zwei Kaiserstaaten der heiligen Allianz, Rußland und auch Österreich. In dem anderen Wort will er die zweite große Doktrin der Zeit, die sich immer wieder einer reinen Interessenpolitik entgegenstellt — die nationale Schwärmerei — zur Seite schieben. Daher stellt er neben die Ausländer nicht den Österreicher, sondern den Vertreter des größten reindeutschen außerpreußischen Staates — Bayern. In diesen zwei Worten liegt Bismarck's ganzes politisches System — wenn man bei dem Manne der Systemlosigkeit überhaupt von einem System sprechen kann — in nuce beschlossen. Deutlich wird hier die Kluft, die ihn, den preußischen Staatsmann im wortwörtlichen Sinne, ebenso von seinen konservativen Freunden wie von seinen liberalen Gegnern trennt.

Bismarck's österreichischer Kollege am Bundestag Profesch-Osten meint in einem Rückblick auf die gemeinsame Frankfurter Zeit, daß Bismarck durch und durch nur Preuze gewesen sei und für ihn kein anderer Standpunkt als der des preußischen Interesses existiert habe. „Er würde, wenn ein Engel vom Himmel herabgestiegen wäre, ihn ohne preußische Kofarde nicht eingelassen haben, und würde dagegen dem Satan selbst, zwar mit Verachtung, aber doch die Hand gereicht haben, wenn dieser dem preußischen Staate ein deutsches Dorf zugeschanzt hätte.“⁹⁸⁾ Es ist bekannt, wie wenig sich der feingebildete, wissenschaftlich interessierte österreichische Aristokrat und der märkische Junfer vertragen, und wir merken auch in der Form dieses Urteils die Nachwehen des

⁹⁶⁾ Pr. i. B. III 135 (2. 7. 57); S. W. II 299 (15. 3. 58).

⁹⁷⁾ B. a. G. 325 (11. 5. 57).

⁹⁸⁾ Aus den Briefen des Grafen Profesch-Osten 1849/55, Wien 1896, 471 f.

Zwistes. Dennoch, der Haß hat scharf gesehen. Bismarck war jetzt wirklich nur Preuße. „Preußen und immer Preußen das Wort, in dem sich die Summe seiner Politik zusammenfaßte.“⁹⁹⁾

Selbst die Gefühle für deutsche Ehre und deutsche Macht, die wir früher bei ihm immer lebendig fanden, treten jetzt zurück. Nur vereinzelt finden wir Züge wie den, daß sich sein deutscher Stolz dagegen aufbäumt, daß der Frankfurter Gesellschaft eine heruntergekommene Engländerin aufgedrängt werden soll, die „nur für Deutsche noch gut genug gilt“¹⁰⁰⁾, oder daß uns eine leichthingeworfene Bemerkung verrät, daß er auch jetzt noch an eine Rückgewinnung des Elsasses denkt.¹⁰¹⁾ Genau so, wie er einst auf der Universität gegen die Hannoveraner den Preußen herausgekehrt hat, bricht jetzt wieder in der Umgebung des Bundestages bei ihm der Stolz auf seinen preußischen Staat, seine vorbildliche Verwaltung, seine Beamtenerschaft¹⁰²⁾ — obgleich er doch die Bürokratie so verachtet — sein Heer und sein herrliches Offizierscorps¹⁰³⁾ durch. Er vergleicht sie mit denen Österreichs und der anderen Bundesstaaten und freut sich, wenn der Vergleich zugunsten seines Vaterlandes ausfällt. Selbst für die Würde des Bundestages, dem er doch selbst angehört, tritt er nur deswegen ein, weil eine zu große Minderung seines Ansehens die Staaten, die ihm angehören, mittreffen und somit auch die Würde Preußens beeinträchtigen würde.¹⁰⁴⁾

Wie weit infolge des ständigen Rivalitätstampfes in der Eschenheimer Gasse das Preußentum die deutschen Gesinnungen in Bismarck zurückgedrängt, ja aufgefogen hatte, zeigt ein Brief an Gerlach nach der Rückkehr von seinem ersten Pariser Aufenthalt. In allem Glanz und Prunk des Hofes hat er sich nicht wohl fühlen können. „Es fiel mir wie eine Last von der Brust, als ich die Grenze wieder hinter mir hatte; ich hätte den ersten schwarz-weißen Pfahl umarmen können.“ Nach dieser ersten Freude über die Rückkehr auf preußisches Staatsgebiet fügt er wie etwas ganz Außerordentliches hinzu: „Sogar für zwei pfälzische Fabrikanten, die mit mir im Wagen saßen, hatte ich eine Anwendung landsmannschaftlicher Gefühle.“¹⁰⁵⁾

Ich habe vorhin bei Bismarcks Haltung im Krimkrieg gemeint, daß unser heutiges Nationalbewußtsein eine solche Politik nicht mehr verstehen könne.¹⁰⁶⁾ Im Prinzip weicht ja eine solche Politik auch nicht von der der mittelstaatlichen

⁹⁹⁾ Lenz, in Lenz-Marcks, Das Bismarckjahr, 1915, 167 (für 1851 hier geprägt).

¹⁰⁰⁾ Bbr. 170 (22. 12. 53 an Schwester).

¹⁰¹⁾ S. W. II 17 (11. 2. 55); f. o. S. 56 f. B. führt aber hier bereits, wie später 1870 die Bedrohung Süddeutschlands durch die Weißenburger Spitze als entscheidenden Grund an.

¹⁰²⁾ S. W. I 373 (Dentschr. Sept. 53); Poschinger, Bundestag, 148 (22. 12. 53).

¹⁰³⁾ B. a. G. 1 f. (22. 6. 51); S. W. II 155 (30. 5. 56).

¹⁰⁴⁾ Pr. i. B. IV 108 (25. 8. 52); I 299 (9. 8. 53).

¹⁰⁵⁾ B. a. G. 246 (15. 9. 55).

¹⁰⁶⁾ f. o. S. 58.

Minister ab, die sich 1866 an Napoleon wandten, er möge sie aus den Fängen des preußischen Adlers lösen. Es wäre dennoch ein Verkennen alles historischen Geschehens, wenn man Bismarck mit einem Dalwigk auf eine Stufe stellen wollte. Man kann mit vollem Rechte von einem volksverräterischen kleinstaatlichen Partikularismus sprechen, aber kann man wirklich auch von einem preußischen Partikularismus in diesem üblen Sinne sprechen? Kann ein Staat, der von Memel bis Aachen, von Rügen bis an die Sudeten reicht, in Wahrheit partikularistische Politik zum Schaden des Ganzen treiben, muß seine Interesse nicht notwendigerweise mit dem des Ganzen zusammenfallen?

Was aber besonders Bismarcks damalige Haltung über jedes Nörgeln erhaben macht, ist das Ethos, von dem sie getragen wird. Nicht nur in negativem, nein auch in positivem Sinne unterscheidet sich Bismarcks Nationalgefühl von dem unserer Zeit. Man braucht gar nicht an die jüngste parteizerrissene Gegenwart, sondern nur an die Jahre des Weltkrieges zu denken, um zu verstehen, welche Kluft uns von Bismarck trennt, der im Dezember 1854 Manteuffel schreiben kann, daß er mit unnachlässlicher Strenge darauf halten würde, daß die auswärtige Politik der Regierung von jeder preußischen Zeitung nicht nur nicht angegriffen, sondern unterstützt werden müsse. Jedes Blatt, das mit einem Komma dawider handelte, sei ohne Federlesen zu unterdrücken. „Ich glaube, daß diese Zwangspflicht zum Patriotismus auch in der öffentlichen Meinung wenig Mißbilligung finden würde.“¹⁰⁷⁾ Die Erklärung für beide Tatsachen liegt darin, daß Bismarck gerade das, was unserer heutigen Zeit so ganz fehlt, im höchsten Maße besitzt, ein eisernes Staatsgefühl von unbedingter und ausschließlicher Kraft, ein Staatsgefühl, das selbst im eigenen Herzen alle Widerstände persönlicher und sachlicher Art rücksichtslos zurückzudrängen vermag. Bismarcks Denken ist staatlich, nicht national. Selbst sein Preußentum ist am preußischen Staate, nicht an der preußischen Nation orientiert. Daher kann er auch dereinst sein preußisches Staatsgefühl ohne Bruch ausdehnen auf ein größeres Ganzes, sobald sein Staat sich über seine Stammes- und Nationalgrenzen hinaus ausbreitet, während die preußischen Nationalisten dann im preußischen Partikularismus stecken bleiben müssen.

4. Petersburg und Paris.

Im März 1859, gerade als wieder eine der großen Krisen ausbrach, die Preußens Wachstum fördern¹⁾, hatte Bismarck den wichtigen Frankfurter Posten Herrn von Wiedom abtreten und sich fern von Berlin nach Petersburg begeben müssen. Ohne jeden entscheidenden Einfluß auf die Politik seines Staates, war er verurteilt, aus der Ferne der schwächlich zögernden Politik Schleiñiß' zuzusehen und nur erfolglose Warnungsrufe erschallen zu lassen.

¹⁰⁷⁾ Pr. i. B. II 118 (9. 12. 54); f. a. Pr. i. B. II 157 (3. 2. 55); B. a. G. 203 (9. 3. 55).

¹⁾ B. im Krimkrieg, S. W. I 427 (15. 2. 54).

Napoleon hatte in Gemeinschaft mit Viktor Emanuel „den Erben einer langen Reihe deutscher Kaiser“²⁾ angegriffen, um ihm zu entreißen, „was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in . . . Italien gewonnen hatten.“³⁾ Zwischen diesen Worten der Revolutionszeit und dem Kriege von 1859 liegen die Frankfurter Jahre und damit die größte Wandlung in Bismarcks außenpolitischer Orientierung, seine Abkehr von dem System der heiligen Allianz. Jetzt, im Mai 1859, schreibt er seinem Bruder von der Nawa: „Ich bin nur in großer Sorge, daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813er von Östreich befoffen machen lassen.“ Eine Teilnahme am Kriege wäre ihm ein „politischer Selbstmord Preußens“ gewesen. „Wenn wir Östreich zum Siege verhelfen, so würden wir ihm eine Stellung verschaffen, wie es sie in Italien nie und in Deutschland seit dem Restitutionsedikt im 30jährigen Kriege nicht gehabt hat, dann brauchen wir einen neuen Gustav Adolph oder Friedrich II., um uns erst wieder zu emanzipieren. . . Wir sind nicht reich genug, um unsere Kräfte in Kriegen aufzureiben, die uns nichts einbringen.“⁴⁾ Er verfißt wohl Neutralität, weil er genau weiß, daß dies das Äußerste ist, was man in Berlin durchsetzen kann, aber gelegentlich bricht es durch, daß er die Gelegenheit, Seite an Seite mit Frankreich eine aktive Politik zu treiben, benutzt⁵⁾, und daß er die Grenzpfähle erst am Bodensee aus dem Tornister geholt haben würde.⁶⁾ Sicherlich würde er die Krisis Österreichs zur Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne benutzt haben.

Als trotz allem der Prinzregent mobil machen läßt, um für Österreich in den Krieg zu ziehen und somit nach Bismarcks Meinung einen preußisch-französischen Krieg an Stelle des österreichischen zu setzen, schreibt er acht Tage vor dem rettenden Frieden von Villafranca jenen verzweiflungsvollen Brief an seine Gattin vom 2. Juli 1859: „Gott, der Preußen und die Welt halten und zer schlagen kann, weiß, warum es so sein muß, und wir wollen uns nicht verbittern gegen das Land, in welchem wir geboren sind, und gegen die Obrigkeit, um deren Erleuchtung wir beten. Nach 30 Jahren, vielleicht viel früher, wird es uns eine geringe Sorge sein, wie es um Preußen und Östreich steht. . . Ob uns das Sieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Östreicher . . . doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht. . . Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit

²⁾ P. R. I 276 (3. 12. 50).

³⁾ Bbr. 61 (20. 4. 48 an Magdeburgische Ztg.).

⁴⁾ Bbr. 256 (8. 5. 59); f. a. Brbr. 435 (4. 6. 59); Gerlach, Denkw. II 652; Briefe an Schwester und Schwager, ed. Kohl, 1915, 98 (1. 5. 59).

⁵⁾ Gerlach, Denkw. II 705 (18. 11. 59): „B. will geradezu Krieg gegen Östreich, Einmäßen des ersten Garderegiments in Wien.“ f. a. Mittelstäd, Der Krieg von 1859, B. und die öffentliche Meinung in Deutschland, Stuttg. 1904, S. 17 ff.

⁶⁾ Marcks, O. v. Bismarck, ein Lebensbild, St. 1915, S. 44.

dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unsrer Seligkeit angewiesen wären.“⁷⁾

Aus jeder Zeile dieses Briefes spürt man, wie fern gerade ihm solche weltflüchtige Tendenzen liegen, wie jede Faser seines Wesens gerade diesem „spezi-
fischen Patriotismus“ unrettbar verfallen ist. Das Land aber, dem seine Sorge gilt, zu dem seine Gedanken über das Meer hinwegeilen, ist Preußen. Hier stellt er ausdrücklich den Österreicher dem Preußen gegenüber, und es ist nichts mehr von den großdeutschen Bekenntnissen des Abgeordneten zu merken.

In seinem Briefwechsel mit seinem Freunde Below=Hohendorf und seinem Chef Schleinitz, der jetzt an Stelle des Gedankenaustausches der Frankfurter Jahre mit Gerlach und Manteuffel tritt, stehen in diesen Jahren zwei Probleme im Vordergrund: Legitimität und deutsche Frage.

Im Dezember 1860 schreibt Bismarck an Schleinitz: „In betreff der inneren preußischen Politik bin ich, nicht bloß aus Gewohnheit, sondern aus Überzeugung und aus Utilitätsgründen so konservativ, als mir mein Landes- und Lehns-
herr irgend gestattet, und gehe grundsätzlich bis in die Vendée, quand même, d. h. auch für einen König, dessen Politik mir nicht gefiele, aber nur für einen König. In Betreff der Zustände aller andern Länder aber erkenne ich keine Art prinzipieller Verbindlichkeit für die Politik eines Preußen an; ich betrachte sie lediglich nach Maßgabe ihrer Nützlichkeit für preußische Zwecke. Nach meiner Ansicht beschränkt sich die Pflicht eines preußischen Monarchen, Rechtschutz zu üben, auf die ihm von Gott gezogenen Grenzen des preußischen Reiches; . . . ich halte dafür, daß wir uns bei Umwälzungen im Auslande nicht zu fragen haben, was in der Sache nach neapolitanischem, französischem, österreichischem Rechte Rechtens sei, sondern daß wir unsre Parteinahme danach einrichten, welche Gestaltung des Auslandes die günstigste sei für die Machtstellung und Sicherheit der Krone Preußen . . . Daß wir auf legitimen Grundlagen stehen, ist sehr erfreulich, hat aber an sich allein keine Tragfähigkeit.“⁸⁾

Bismarck wendet sich schon am Ende dieses Briefes gegen seine einstigen Freunde, „die Gelehrten der Kreuzzeitung“. Noch freier läßt er seinem Zorn Below gegenüber die Zügel schießen: „Wir haben unter unsern besten Freunden so viele Doktrinäer, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtschutz in Betreff fremder Fürsten und Länder, wie in Betreff der eigenen Untertanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herrn Länder obwaltet. Isoliert von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unsern König und seine Regierung

⁷⁾ Bbr. 445 ff.

⁸⁾ Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz, 1905, 126f. (10. 12. 60, die Sperrungen finden sich im Original); s. a. Bbr. 304ff. (2. 7. 61 an Roon).

nur abschwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder von innen kommend, zu handhaben“.⁹⁾

Stärker und schärfer kann man die legitimistische Doktrin nicht ablehnen, kann man den preußischen Staatsegoismus nicht betonen. Alle anderen, deutschen und außerdeutschen Staaten sind hiernach nur Objekte des preußischen Staatsinteresses.

Mit ähnlich scharfen Worten hat Bismarck gleichzeitig die Nationalitätsidee geißelt. Während der Petersburger Zeit war die polnische Frage erneut durch den russisch-polnischen Aufstand aufgeflammt. Bismarck tritt, wo er kann, der russischen Nachgiebigkeit entgegen.¹⁰⁾ Seine Stellung zu diesem Nationalitätenproblem ergibt sich vom Boden seines Staates sehr einfach: „haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen; ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun, als sie ausrotten; der Wolf kann auch nichts dafür, daß er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür tot, wenn man kann.“¹¹⁾ In der schleswigischen Frage gibt er Gortschakow bereitwilligst Recht, daß es keine rein deutsche Sache sei und daher ruhig eine Vermittlung fremder Mächte Platz greifen könne.¹²⁾

Über seine Stellung zur deutschen Frage schießt er mitten in den Wirren des italienischen Krieges Schleinig ein ausführliches Exposé. Er wendet sich gegen die Politik Österreichs und der Kleinstaaten. Preußen befinde sich am Deutschen Bunde stets derselben kompakten Majorität gegenüber und müsse jeden Anlaß zum Bundesbruch benützen. „Wenn diese Staaten, deren gesamter Bestand einem Drittel unsrer Armee militärisch nicht gewachsen ist, uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuten, ihnen zu folgen, andern Interessen dienen als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. . . Das Wort ‚Deutsch‘ für ‚Preußisch‘ möchte ich gern erst dann auf unsre Fahne geschrieben sehn, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf

⁹⁾ Bbr. 314 (18. 9. 61).

¹⁰⁾ J. H. Wendt, B. und die polnische Frage, Hist. Studien IX, Halle 1922, S. 11 ff.

¹¹⁾ Bbr. 302 (26. 3. 61 an Schwester); J. a. Bjb. VI 113 (25. 11. 61 an Bernstorff); Die politischen Berichte des Fürsten B. aus Petersburg und Paris, ed. Rajchbau 1920, II 200 (6. 6. 62).

¹²⁾ Pöschinger, Porteff. V 18 (14. 5. 59 an Gruner).

seinen bundestäglichen Negus, abnützt. . . Ich sehe in unserm Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen.“¹³⁾ Ein andermal schreibt er: Die Durchsetzung preußischer Ansprüche am Bunde rücke stetig vorwärts, so bald wir nur mutig wollen. Der Bund sei für Preußen bisher nur „ein Alp und eine Schlinge um unsern Hals mit dem Ende in ultramontanen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten“, gewesen.¹⁴⁾

Der Mann, der die innen- und außenpolitischen Fragen nur vom Standpunkte preußischer Realpolitik ansieht, kann auch die deutsche Politik nur als Preuße betrachten, solange es noch keinen deutschen Staat gibt. Wie klingen jene Sätze des Briefes an Schleinitz doch noch an die Worte des preußischen Junkers während der Revolutionsjahre an, die bisher wohl noch niemand für den Ausdruck deutschnationaler Gesinnung gedeutet hat. Es ist jetzt wie damals der gleiche Grundton: „Im schlimmsten Falle will ich aber . . . lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht sie von anderen zu empfangen.“¹⁵⁾ Er geht auch jetzt nur von Preußen und seinem Machtstreben aus. Dessen Forderungen vertritt er bis zu ihrer letzten Konsequenz. Für ihn kann daher auch jetzt die Sache Deutschlands, die die anderen im Munde führen, nicht zugleich Preußens Sache sein. Er will „preußisch“ für „deutsch“ erst dann setzen, wenn der preußische Aar seine Schwingen über Deutschland gebreitet und das übrige Deutschland „enger“ mit Preußen verbunden ist, und Preußen das „Neh“ des Bundestages zerrissen hat, kurzum, wenn Preußen und Deutschland im wesentlichen identische Begriffe geworden sind.

Er ist auch jetzt noch bereit, mit Österreich zusammenzugehen, sobald es nur Preußen genügenden Lebensraum lasse.¹⁶⁾ Solange aber Österreich sich dem widersetzt, geht er schroff den entgegengesetzten Weg und sucht das deutsche Volk zur Unterstützung seiner Politik zu gewinnen. Den Plan seiner letzten Frankfurter Jahre, durch ein deutsches Parlament den antipreußischen Partikularismus der Fürsten zu überwinden, und so Preußen den vorwiegenden Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten, der ihm gebühre, zu sichern, führt er jetzt weiter aus.¹⁷⁾ Kein deutscher Politiker, dem die Einheit Deutschlands höchstes Ziel war, das er um seiner selbst willen erstrebte, hätte diesen beiden sich ausschließenden Wegen gleichzeitig Raum in seinem Hirn geben

¹³⁾ Briefw. a. a. O. 15 ff. (12. 5. 59).

¹⁴⁾ Bbr. 282 (3. 2. 60 an Wenzel).

¹⁵⁾ P. R. I 93 (21. 4. 49).

¹⁶⁾ Poschinger, Porteff, V 17 (14. 5. 61 an Gruner).

¹⁷⁾ Bbr. 314 f. (18. 9. 61 an Below), 315 ff. (Denkschr. f. Wilhelm I., 1861); S. Oetker, Lebenserinnerungen, III 335 (15. 10. 1862); K. Samwer, Zur Erinnerung an S. v. Roggenbach, 1909, 50 f. (14. 7. 61).

können — das kann nur der preußische Staatsmann, dem die Größe seines Staates alles gilt, für den aber die deutsche Einheit nur das Mittel zu diesem, seinem höchsten Ziele ist.

Doch hat nicht Bismarck selbst in jenen Tagen von sich gesagt: „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist Es ein teutonischer und kein gallischer“?¹⁸⁾ Bismarck will ja hier gar nicht den Vorwurf des Borussianismus entkräften, er wendet sich gegen die, die ihn einen Bonapartisten schelten und diesen Vorwurf kann er allerdings mit vollem Recht zurückweisen. Das Wort „teutonisch“ erklärt sich leicht aus dem Zusammenhange. Ihm geht der Satz voraus, daß er gerade im nationalen Auffschwung Abwehr und Kraft gegen Frankreich zu finden glaube. Dies wird noch näher erläutert durch einen wenig späteren Brief an Below, in dem er beteuert, daß er in der ganzen Zeit seines letzten deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes geraten habe, als „uns auf die eigne und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen“.¹⁹⁾ Das „eigne“ ist von Bismarck besonders unterstrichen worden. In diesem Zusammenhange sagt nun das Wort gar nichts Besonderes. Es stellt nur den autonomen Staatsgedanken fest, der sich weder nach fremden Doktrinen richtet, noch auf fremde Kräfte verläßt. Daß aber jeder preußische Staatsmann im Falle der Not die deutschnationalen Kräfte für sein Land benützen muß, ist eine Selbstverständlichkeit, eine doppelte Selbstverständlichkeit für einen Mann der schon Jahre vorher erklärt hat, daß Deutschland Preußens Exerzierplatz sei.

Immerhin finden sich in diesen Jahren wieder eher als in Frankfurt Äußerungen eines gemeindeutschen Empfindens. Er freut sich über das „Bekennnis ehrenwerter Anhänglichkeit an das gemeinsame Vaterland“, als Petersburger Deutsche einen Aufruf zur Gründung einer deutschen Flotte erlassen. Doch soll die Flotte ausdrücklich unter preußischer Führung stehen.²⁰⁾ Er stellt die Rückschritte der russischen Bildung fest, seitdem ihr durch den Zaren Nikolaus I. die deutschen Wurzeln abgeschnitten und sie in das abgeschlossene Gebiet russischer Nationalität eingezwängt sei.²¹⁾ Diese Äußerungen sind aber auch jetzt sehr spärlich, lassen nirgends erkennen, daß sie Einfluß auf seine Politik gewinnen, und lassen sich leicht aus seiner veränderten Umgebung im Auslande erklären.

In den Petersburger und Pariser Jahren sind keine neuen Züge im nationalpolitischen Denken Bismarcks aufgetreten. Ihre Bedeutung, die es trotzdem

¹⁸⁾ Bbr. 288 (16. 6. 60 an Wenzel).

¹⁹⁾ Bbr. 295 (22. 8. 60).

²⁰⁾ Bjb. VI 112 (an Bernstorff 13. 11. 61).

²¹⁾ Die politischen Berichte usw. ed. Raschdau, II 131 (10. 11. 61). Das Gespräch, das P o s c h i n g e r in einer seiner letzten Veröffentlichungen erzählt (Aus B.s dunkelsten Perioden, Dt. Revue, 36, II 1911, S. 170), scheint mir in Form und Inhalt zu entstellen, um es, trotz eines vielleicht echten Kerns, benützen zu können. S. a. P o s c h i n g e r, Also, III 40, Bjb. VI 119 (16. 1. 62 an Bernstorff).

rechtfertigt, sie losgelöst von der Frankfurter Zeit in einem besonderen Abschnitte zu behandeln, liegt darin, daß Bismarck in diesen Jahren das politische System, das er sich aus den Frankfurter Erfahrungen aufgebaut hat, bis zu seinen größtmöglichen Konsequenzen weiterführt. Jetzt kann nur noch die Tat folgen. Dies fühlt auch Bismarck selbst. Alles drängt ihm nach Betätigung und Gestaltung. Die Briefe Kurd von Schlözers, seines Petersburger Legationssekretärs, geben uns ein anschauliches Bild davon. Als es Ende 1860 in Berlin wieder einmal kriselt, schreibt Schlözer: „Mein Pascha ist jetzt in entsetzlicher Aufregung. . . Wie es scheint hält er bald seine Stunde für gekommen. . . Es ist aber die große Frage: Paßt er für Preußen? Passen die Preußen für ihn? In die engen beschränkten Verhältnisse plötzlich dieser vulkanische Geist!“²²⁾

²²⁾ K. v. Schlözer, Petersburger Briefe 1857/62, Stuttg. 1921, S. 169 (26. 11. 60), f. a. S. 156, 178, 232.

II. Erfüllung.

5. Der Ministerpräsident.

Friedrich Julius Stahl, der Führer der preußischen Konservativen, meint einmal vorahnend, er halte den General von der Marwitz nicht für den vollständigen, reinen Repräsentanten der preußischen Politik, er halte aber auch den Freiherrn vom Stein nicht dafür. Wenn ein Staatsmann diese beiden in sich vereinigen und versöhnen könne, dann werde er vielleicht das wahre, vollkommene Urbild des preußischen Staatsmanns sein.¹⁾ Die Kräfte, die in Marwitz lebten, der Geist Friedrich des Großen und des Altpreußentums, der starke und vorwärtstreibende Sinn für eine freie und unabhängige auswärtige Politik, für staatliche Macht und Größe lebte auch in dem märkischen Junker von Anfang an. Von Stein schien aber den heißblütigen Reaktionär eine unüberbrückbare Kluft zu trennen. Er konnte als Preuze nicht wie der westdeutsche Reichsfreiherr von Deutschland ausgehen, um zu Preußen zu kommen, er konnte nicht Preußen nur als Baustein zu Deutschlands Größe betrachten. Er konnte auch nicht als Sohn eines realistischen Zeitalters wie der Jünger Kants seine Politik von ethischen Prinzipien bestimmen lassen. Aber dem preußischen Aristokraten schien auch jeder Sinn für die liberalen Ideen, die Bedeutung des Volkes für die preußische Politik, die preußische Größe zu fehlen. Es ist die Bedeutung des Jahrzehnts seiner Gesandtenzeit, daß er diese Kräfte kennen und als politischen Faktor würdigen lernte. Er hatte sie jetzt in sein staatliches und nationalpolitisches System aufgenommen und war so, wenn wir uns Stahls Wort aneignen, zum wahren und vollkommenen Urbild des preußischen Staatsmanns geworden.

In Bismarcks nationales Denken und Fühlen in den Jahren seiner Ministerpräsidentschaft führt uns am besten seine Rede vom 22. Januar 1864 ein.²⁾ Er ist damals schon seit Jahr und Tag Minister und augenblicklich dabei, die schleswig-holsteinische Frage zu lösen. Er verteidigt sich gegen den Vorwurf, er wolle von Deutschland nichts wissen. Es müsse ein eigentümlicher Zauber in dem Wort „Deutsch“ liegen, jeder suche es für sich zu gewinnen und nenne das „Deutsch“, was ihm nütze und Vorteil bringe. Er gibt von seinem Standpunkt aus der liberal-nationalen Parlamentsmehrheit den Vorwurf zurück: „Sie

¹⁾ Stahl, Reden, 204 (5. 3. 52).

²⁾ P. R. II 265 ff.

wollen von Preußen nichts wissen, weil es ihrem Parteistandpunkt . . . konveniert, Preußen entweder nicht oder als Domäne des Nationalvereins bestehen zu lassen.“ „Um Ihr Vertrauen zu erwerben, müßte das Ministerium „sich von der preußischen Verfassung lossagen, es müßte sich von Preußens Traditionen, von Preußens Geschichte, vom preußischen Volksgefühl vollständig lossagen, . . . Sie verlangen diese Aktion im wohlverstandenen Interesse Preußens, Deutschlands und der Herzogtümer — ich schalte in Parantthese ein, wie wir doch soweit gekommen sind, daß niemand mehr ehrlich zu sagen wagt, er handle im preußischen Interesse, er handle als Preuße; man getraut sich kaum, auf Ihrer Seite das Wort Preußisch auszusprechen, ohne sofort die Erläuterung dazu zu geben; natürlich im Sinne des deutschen Interesses, der Rechte Deutschlands, der Rechte der Herzogtümer. Letztere dürfen nicht fehlen; ein offenes Bekenntnis zu preußischem Interesse, zu preußischer Nationalität ist auf ihrer Seite nicht zu finden.“ Am Schlusse der Rede nimmt Bismarck die Vorwürfe noch einmal auf: „Sie widersprechen dem Volksgeiste Preußens. Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch. . . Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unserer Vergangenheit, in dem Sie die Stellung, die Großmachtstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes erkämpft wurde, desavouieren, und damit der glorreichen Vergangenheit des Landes. . . Sie sagen: ‚Preußen mag bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zugrunde gehen‘, . . . Sie fühlen und denken nicht wie das preußische Volk. . . Fühlte das preußische Volk wie Sie, so müßte man einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt und die Zeit sei gekommen, wo er anderen historischen Gebilden Platz zu machen habe. . . So weit sind wir aber noch nicht! Der rocher de bronze steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums! Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen.“

Am gleichen Tag erläutert der Minister in einer zweiten Rede seine Stellung zur deutschen Frage im besonderen. Er habe nicht gesagt, Preußen müsse von Deutschland geschieden werden, das sei ja schon geographisch nicht möglich. Ein Blick auf die Landkarte lehre das schon. Es frage sich in Deutschland nur, wer soll führen, oder anders ausgedrückt: „Wer soll im anderen aufgehen?“ Es handelt sich nur darum, klarzustellen, wo und wer „Deutschland“ ist. Diese Frage aber sei vielfach zu beantworten.³⁾

Man braucht diese Rede nur einmal laut zu lesen, und die stets einhämmernde Wiederholung des Wortes „Preußen“ wird allein eine klare Sprache reden. In dem Minister, der dies spricht, haben die Vergangenheit und Traditionen Preußens Gestalt angenommen; in ihm lebt der Volksgeist Preußens. Nur

³⁾ P. R. II 275.

dieses eine Mal finden wir bei Bismarck stärkere Anklänge an die historische Romantik⁴⁾, und doch, wie groß ist auch hier noch der Unterschied! Die Romantik sprach von deutscher Geschichte und deutschem Volksgeiste, hier aber ist die Rede von Preußen und preußischer Großmachtsstellung. Bei der Romantik war die Beschäftigung mit der Geschichte im wesentlichen auf die Kulturentwicklung gerichtet, hier ist die Geschichte in den Dienst des Staates gestellt. Hier wird der Primat des Staates gegen alle außerstaatlichen Einflüsse verkündet, und zu diesen gehören jetzt noch genau so wie früher die deutschnationalen Bestrebungen. Bismarck kennt als Richtpunkt für staatliches Handeln nur eine „preußische Nationalität“.

Wie stark der Staat in seinem Denken den Vorrang hat, zeigt nichts heller als seine These, daß der preußische Staat sich überlebt habe und anderen historischen Gebilden Platz machen müsse, wenn das Volk wie seine Abgeordneten nicht mehr preußische Politik, sondern die deutsche Politik des Nationalvereins machen wolle und damit den preußisch=Staat und seine Interessen negiere. Für Bismarck ist der starke preußische monarchische Staat Vorbedingung jeder deutschen Politik. Dieser Staat muß jetzt noch ebenso wie 1849 nach der deutschen Hegemonie streben, muß darnach streben, daß Deutschland in Preußen „aufgehe“.

In diesen Tagen horcht Ludwig von Gerlach, Bismarcks alter Freund und künftiger Widersacher, ihn aus über seine Stellung zu Preußentum und Deutschland. Vergeblich sucht er ihn dahin zu drängen, zu sagen: „Ich bin ein Preuze und deshalb ein Deutscher“ oder umgekehrt. So fühlte er als alter Mitkämpfer von 1813, doch der Minister bleibt dabei: „Er sei ein Preuze, nicht ein Deutscher.“⁵⁾ Zu manch anderem äußert er sich in dieser Zeit ähnlich.⁶⁾ Im Parlament erklärt er für das härteste Schimpfwort den Vorwurf unpreußischen Verhaltens und ist stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden.⁷⁾

Seitdem Bismarck in Frankfurt tiefer in die kleinlichen Rivalitätsbestrebungen der deutschen Mittel- und Zwergstaaten und die egoistische Großmachtspolitik Österreichs Einblick gewonnen und gesehen hatte, daß sie alle ihre selbstischen Ziele mit dem weiten Mantel des „deutschen“ Interesses, den sie mit dem „räudigen Hermelin des deutschen Patriotismus“ aufgepußt hatten, zu um-

⁴⁾ Das Wort „Volksgeist“ gebraucht Bismarck, soviel ich sehe, nur dieses eine Mal in seinen Reden.

⁵⁾ Gerlach, Aufz. II 262 (10. 2. 64).

⁶⁾ Jansen=Samwer, 495 (29. 6. 65 zu Prinzess Amalie): „Er sei nur Preuze und bemühe sich in seiner Politik der größten Einseitigkeit“; O. Meding, Memoiren zur Zeitgeschichte, II 281 (15. 8. 66 zu dem hannoverschen Minister v. Hodenberg): „Es hätte sich bei diesem Kampfe um die Existenz, um die heiligsten Interessen Preußens gehandelt, und wo es sich um die Existenz Preußens handle, kenne er keine Rücksicht.“ Beide Zitate mögen freilich gefärbt sein. S. a. Govone, 475 (3. 6. 66): „Io sono, aggiunse, molto meno tedesco che prussiano.“

⁷⁾ P. R. II 90 (28. 1. 63).

hüllen pflegten, hat er einen instinktiven Widerwillen gegen das durch diesen Mißbrauch entwürdigte Wort „Deutschland“ in der Politik.⁸⁾ Im Kampfe mit dem Parlament erkennt er jetzt, daß auch die dritte große Machttrivalin Preußens auf dem deutschen Schlachtfelde — die liberale Partei — das Wort „Deutsch“ als Deckschild für ihre innerpolitischen, verfassungsrechtlichen Bestrebungen benützt. Seine Abneigung gegen den politischen Gebrauch dieses Wortes muß sich damit notwendig steigern. Bismarck geht vom Staate aus und sieht nur die einzelnen Staaten mit ihren Interessen. Für ihn ist es eine innere Unwahrheit, von deutschen Interessen in der Politik zu reden, solange es noch keinen deutschen Staat gibt; denn wo war denn das „Deutschland“, für das jene Mächte zu handeln vorgaben? Es existierte nicht. Es lebte in der Phantasie, man konnte es besingen, man konnte ihm donnernde Hochs ausbringen, aber man konnte nichts dafür tun.⁹⁾ Bismarck setzt daher gern das Wort „Deutschland“ in Anführungszeichen, um es schon dadurch als ein nicht vorhandenes Schemen zu bezeichnen.¹⁰⁾ Er bekennt sich offen zu den preußischen Tendenzen seines Handelns und vermeidet möglichst, von deutschen Interessen zu reden und sich als Deutschen zu bezeichnen, ja er geht, wie wir eben sahen, gelegentlich soweit, sein Deutschtum ganz zu verleugnen. Er übertreibt damit, er ist natürlich auch jetzt Deutscher und einem Ausländer gegenüber wird er sich stets als Deutscher gefühlt haben, aber in der Politik kann er nur als Preuße handeln und denken, hier ist er wirklich nur Preuße.

Ein Wort aus späterer Zeit hilft uns vielleicht, dies Verhältnis noch klarer zu erkennen. Als sich Rußland in den siebziger Jahren bemüht, Deutschland im Interesse „Europas“ vor den Karren seiner Orientpolitik zu spannen, tritt der Reichskanzler der Fiktion eines gemeinsamen europäischen Interesses scharf entgegen: „Ich habe das Wort Europa immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“¹¹⁾ Europa ist für ihn eine „notion géographique“¹²⁾, aber keine Grundlage für politisches Handeln. Selbst wenn es das deutsche Interesse erfordere, Rußland zu unterstützen, so würde er dies doch als Deutscher und nicht als Europäer tun. Es entspricht dieser Standpunkt vollkommen seiner Haltung gegen das Wort „Deutsch“ in der Zeit vor der Reichsgründung. Und ebenso, wie er sich trotz seiner Ablehnung des politischen Begriffes Europa dem Asiaten gegenüber als Europäer gefühlt haben wird, fühlt er sich jetzt trotz seiner preußischen Staatsgesinnung als Deutscher.

⁸⁾ s. o. S. 50. B. a. G. 104f, 111, 116f. (25. 11., 18./20. 12. 53).

⁹⁾ Nach Baumgarten, Der deutsche Liberalismus, Hist.-polit. Auff., 1894, 209.

¹⁰⁾ s. Anm. 7; G. u. G. II 2f (24. 12. 63 an Goltz); Bbr. 154 (1. 5. 53 an Ludw. v. Gerlach).

¹¹⁾ Politif, II 88 (9. 11. 76, Dittat).

¹²⁾ Ebd. 87 (Marginalie).

In den Tagen von Königgrätz schreibt Treitschke einmal, daß die ungeheure Mehrheit der Deutschen in erster Linie liberal und nur nebenher deutsch gesinnt sei.¹³⁾ Für den Liberalismus flossen Freiheits- und Nationalgefühl in eins zusammen, waren sich gegenseitig bedingende Kräfte. Nur wenige seiner klarsten und politischsten Köpfe, wie eben Heinrich von Treitschke, konnten zwischen den von einander verschiedenen Bedürfnissen der inneren und äußeren Politik unterscheiden, sahen, daß das Maß jeglicher inneren Freiheit von der äußeren Stärke des Staates abhängig ist. Das preußische Abgeordnetenhaus aber dachte in seiner Gesamtheit wie Haym, der Begründer der Preußischen Jahrbücher, daß wichtiger als die äußere die innere Haltung des preußischen Staates sei.¹⁴⁾ Sie beurteilten die außenpolitischen Fragen nach denselben Parteidogmen und Doktrinen, die für sie in der inneren Politik maßgebend waren. Ihnen tritt nun in Bismarck ein Minister entgegen, dem die auswärtigen Dinge an sich Zweck sind und höher stehen als die übrigen¹⁵⁾, dem die oberste politische Pflicht die Sorge für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes, die Sorge für die äußere Freiheit des Staates ist.¹⁶⁾

Gleich in einer seiner ersten Ministerreden ruft er der Opposition zu, daß die Stellung Preußens in Deutschland nicht durch seinen Liberalismus, sondern durch seine Macht bestimmt würde. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848—1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut.“¹⁷⁾ Der Zeit fehlt das Organ für solche Ansichten. Die Liberalen halten sie für ein geistvolles aber unsachliches „Gepлаuder“¹⁸⁾, und Bismarcks konservativer Freund und Intimus Roon rät ihm, aus taktischen Gründen solche „geistreichen Exkurse“ lieber für sich zu behalten.¹⁹⁾

Für Bismarck ist der Staat Macht. „Der Staat kann!“²⁰⁾ bemerkt er einmal in einer innenpolitischen Frage, man kann es als Motto über seine ganze Politik setzen. Freilich hat er diese Macht nie maßlos gebraucht, sondern sie stets in den Dienst staatlicher Interessen gestellt. Das Wort Machtpolitik bedeutet für ihn Prestigepolitik, die er ablehnt. Für sich nimmt er nur das Wort „Interessenpolitik“ in Anspruch.²¹⁾ Eine solche Politik aber, so war schon des Bundesratsgesandten Meinung, läßt sich nicht von schwankenden Parlamentsmehr-

¹³⁾ 10 Jahre deutscher Kämpfe, 106 f. (10. 7. 66).

¹⁴⁾ Preuß. Jbb. II 238 (1858).

¹⁵⁾ P. R. III 27 (3. 2. 66); III 243 (27. 3. 67).

¹⁶⁾ P. R. II 217 (1. 12. 63).

¹⁷⁾ P. R. II 22, 29 f. (30. 9. 62).

¹⁸⁾ Kölnische Zeitung, 2. 10. 62 zitiert nach P. R. II 37.

¹⁹⁾ G. u. E. I 284.

²⁰⁾ Naß, Randbemerkungen B.s zu seiner Sozialpolitik, Nord und Süd, 173, 1920, 245 (Marginalie B.s 1864 in Sachen der schlesischen Weber).

²¹⁾ f. P. R. XII 447 (6. 2. 88); f. a. Politik, I 240 (28. 2. 74).

heiten, sondern nur von der stetigen, starken Hand eines einzelnen treiben. Ihre vorzüglichste Stütze war und ist für ihn zu allen Zeiten die Armee gewesen.²²⁾ Seine Stellung im Konflikt ist damit von vornherein gegeben. Für ihn ist die Rechtsfrage ganz nebensächlich. Das einzig Entscheidende ist die Notwendigkeit, daß der Staat existiert, daß „das Staatsleben nicht einen Augenblick stille stehen kann“.²³⁾ Er ist daher gewillt, die Macht, in deren Besitz er ist, zu gebrauchen.²⁴⁾ Der frühere Minister Graf Schwerin hat daraus das geflügelte Wort geprägt, Bismarcks Politik gipfelse in dem Satz: „Macht geht vor Recht.“ Mag der liberale Graf vom formaljuristischen Standpunkte auch Recht haben, Bismarck ist dennoch in einem höheren Sinne als sein Gegner im Recht²⁵⁾, wenn er sich Zeit seines Lebens gegen dies bitterböse Schlagwort wendet. Was jenem und seiner Partei geheiligtes Recht ist, sind ihm „juristische Zwirnsfäden“²⁶⁾ und „Spitzfindigkeiten“²⁷⁾, über die er das höhere Recht, das Lebensrecht seines Staates stellt.

Jeder Staat kann und darf nur seinen eigenen Interessen dienen; also kann und darf Bismarck nur preußische Politik treiben und sich nicht durch außerstaatliche Doktrinen und Theorien bestimmen lassen. Er kennt keine Nationalitätenrechte und Nationalitätenpolitik. Als er sich 1863 zur Niederhaltung der Polen mit dem zaristischen Rußland verbindet, betrachten selbst gemäßigte Abgeordnete eine solche Politik mit „sittlicher Empörung“, und sagen sich „durch einen feierlichen Protest von jeder Teilnahme an derselben im Angesichte Preußens und Europas los“.²⁸⁾ Bismarck begegnet scharf und schneidend solch „befremdlichem“ Standpunkte: Die Neigung sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen auch dann zu begeistern, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, sei eine politische Krankheit, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränke.²⁹⁾

Ebenso geht der Minister in der zweiten großen Nationalitätenfrage der Zeit, jetzt wie früher, nur vom preußischen Interesse aus. Er hat niemals teilgenommen an der Erregung, mit welcher die schleswig-holsteinische Frage in Deutschland behandelt wurde.³⁰⁾ Ihm gilt es; das preußische Interesse in seinem ganzen Umfange zu wahren.³¹⁾ „Die Holsteiner, nebst den Augustenburger und allen ewig ungedeelten bis zur Königsau“ gelten ihm von seinem preußischen Standpunkte aus als Ausländer. Er will daher dem „Schwindel“ ein

²²⁾ J. P. R. IV 252, 256 (22. 5. 69).

²³⁾ P. R. II 84, 87 (27. 1. 63).

²⁴⁾ Ebd.

²⁵⁾ Ganz abgesehen davon, daß er es wortwörtlich nie gesagt hat.

²⁶⁾ P. R. IV 123 (30. 1. 69); II 248 (21. 1. 64).

²⁷⁾ P. R. II 226 (18. 12. 63).

²⁸⁾ Sybel, 26. 2. 63, Stenogr. Berichte, Abgeordnetenhaus 1863, I 328 ff.

²⁹⁾ P. R. II 123 (26. 2. 63); J. a. Fleury, Souvenirs, Paris 1898, II 283 (24. 12. 63).

³⁰⁾ J. St. A. VI 213 (Bericht Buchanan's nach einer Äußerung Bismarck's 30. 5. 63).

³¹⁾ St. A. VIII 381 (Mai 1865, Denkschrift).

Ende machen, daß sich Preußen auf dem Altar der Partikularinteressen Schleswig-Holsteins opfern müsse.³²⁾ „Unberührt von der Glut nationaler Empfindung, die die besten Herzen Deutschlands für Schleswig-Holstein erwärmt, ohne Mitgefühl für die Leiden des Landes, geduldig der Stunde harrend, die seinem Preußen Gewinn verheißt, so erscheint er wie die Verkörperung eiskalter Berechnung. Schleswig-Holstein ist ihm nur Baustein zur Größe Preußens.“³³⁾

Sein Ziel ist die preußische Annexion³⁴⁾, auf sie ist seine ganze Politik gerichtet. Unter allen Umständen will er gerade das vermeiden, was ganz Deutschland erstrebt — einen selbstständigen, demokratischen Kleinstaat³⁵⁾, da dieser nur die antipreußische Mehrheit am Bunde in unerwünschter Weise verstärken würde. Noch in den Wintermonaten 1863/64, als durch des Königs Hinwendung zum Erbprinzen Friedrich die preußische Annexion in schier unerreichbare Ferne zu entschwinden droht, hätte er im preußischen Interesse lieber als einen von Preußen völlig unabhängigen neuen Kleinstaat die Personalunion mit Dänemark hingenommen³⁶⁾, obwohl sie der deutschen öffentlichen Meinung wie den betroffenen Schleswig-Holsteinern gleichermaßen verhaßt war. Was kümmert ihn, den preußischen Staatsmann, die deutsche öffentliche Meinung! Hat nur „das preußische Partikularinteresse seine Berücksichtigung gefunden, so würde der für uns wesentliche Teil der deutschen öffentlichen Meinung, welcher auf dem preußischen Volke beruht, sich mit dem Ergebnis ausöhnen, und die Feindschaft der übrigen würden wir tragen müssen.“³⁷⁾

Vom preußischen Standpunkt ist er unter Umständen auch zur Rückgabe Nordschleswigs bereit. Es ist dies kein Anerkenntnis des Selbstbestimmungsrechtes, mag er es auch für unerwünscht erklären, fremde Untertanen, die nicht Deutsche sein wollen, zu gewinnen. Nur politische Gründe, in erster Linie Rücksicht auf Napoleon haben ihm das Zugeständnis abgepreßt. „Für Preußen war die nordschleswigsche Frage nur Mittel zum Zweck.“³⁸⁾ Als 1866 der schwedische Gesandte Sandströmer bei Bismarck eine Rückgabe Schleswigs befürwortet, da die

³²⁾ An Below-Hohendorf (16. 5. 64), Bismarcks Briefwechsel mit Kleist-Resow, herg. H. v. Petersdorff, S. 61 f.; f. a. Bbr. 388.

³³⁾ A. O. Meyer 133.

³⁴⁾ Keudell, 140 (1. 1. 64); Jansen-Samwer, 117 (Nov. 63); 194 (3. 1. 64); G. u. E. II 24, 28, vgl. jetzt auch R. Sternfeld, Der preuß. Kronrat vom 2./3. Jan. 1864, Hist. Zeitschr. 131, 1925, S. 72 ff.

³⁵⁾ Lenz 231; A. O. Meyer 132 f.; Raßfahl, Daheim 51, 1915, Nr. 26 u. 27 stimmen darin überein. Bismarcks stete Betonung der Feindschaft gegen die Demokratie ist doch wohl nicht nur für den König bestimmte Phrase (so Brandenburg, U. u. A. 411), sondern seine wirkliche Überzeugung. Er glaubt, daß ein demokratischer Kleinstaat Preußen schädlich sei.

³⁶⁾ A. O. Meyer, 131 f.; Origenes, I 281 f. (9. 2. 64); Bjb. V 243 (Dez. 63).

³⁷⁾ Brandenburg, U. u. A. 505 (17. 4. 64 an Goltz); f. a. Jansen-Samwer, 193 (Äußerung B.s im Kronrat 2. 1. 64).

³⁸⁾ P. Ingwersen, Der Artikel V des Prager Friedens, Slesburg 1919, S. 12.

Bewohner dänisch sprächen, unterbricht ihn Bismarck ironisch: „Die Sprache ist kein Grund; tun Sie mir doch den Gefallen, Elsaß-Lothringen von Frankreich und Kurland von Rußland zu verlangen, wo man entschieden nur deutsch redet.“ Als sich der Gesandte verteidigt und meint, daß das Nationalitätsprinzip mehr und mehr anerkannt werde, erwidert Bismarck: „Aber ich habe dieses Prinzip nicht anerkannt, das soll nicht im Friedensvertrage zu finden sein.“³⁹⁾ Wie wenig ihn dies Prinzip im Grunde kümmert, zeigt auch seine Äußerung im Abgeordnetenhause, er halte Slensburg zwar für eine deutsche Stadt, aber auch wenn es eine dänische Stadt wäre, würde er sie nicht herausgeben.⁴⁰⁾ Da wirtschaftliche und strategische Gründe größere Gebietsabtretungen nicht zuließen⁴¹⁾, Dänemark aber auf geringfügige nicht eingehen wollte, benützt er die erste sich bietende Gelegenheit, den Artikel V des Prager Friedens, der die Rückgabe in Aussicht nahm, aus der Welt zu schaffen.

Bismarck selbst betont häufig den nationalen Charakter seiner dänischen Politik. Nicht nur in den nationalen Dithyramben der Thronreden⁴²⁾ spricht er davon, daß wir preußisches Blut nicht um Gewinne, um Eroberungen, sondern für die Sache Deutschlands in Schleswig-Holstein eingesetzt hätten⁴³⁾, oder bezeugt, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen und kein Titel deutscher Rechte geopfert werden sollte.⁴⁴⁾ In manch anderem Wort ist aber die Pflicht für die nationalen Interessen Deutschlands einzutreten, deutlich der obersten politischen Pflicht jedes Staates, der Sorge für die eigene Ehre und Sicherheit, untergeordnet. Es sei Pflicht der Regierung, „das preußische Interesse zu wahren in seinem ganzen Umfange, soweit es mit dem deutschen zusammenfällt,

³⁹⁾ Aage Friis, Den Danske Regering og Nordslesvigs Genforening med Danmark, Kopenhagen, 1921, I 163 (Bericht Sandströmers 21. 8. 66).

⁴⁰⁾ Selbst wenn sich B. öffentlich (wie P. R. III 316f., 24. 9. 67) zur Nationalitätenpolitik bekennt, begründet er dies mit politischen, nicht mit ideellen Gründen. Er halte „ein Zusammenleben Deutscher in demselben Gemeinwesen mit solchen Nationen, welche danach streben, sich von diesem Gemeinwesen zu lösen, nicht für nützlich; mitunter aber ist es notwendig“.

⁴¹⁾ Haller, 21f. vgl. Bismarck und die nord-schleswigsche Frage. Die dipl. Akten zur Gesch. d. Art. V des Prager Friedens, herg. von Plaghoff, Rheindorf, Tiedje, 1925, S. 142 (8. 3. 67 an Golz): „Daß wir die strategischen Rücksichten als definitiv maßgebend für die Abgrenzung der Territorialgrenzen ansehen.“ S. a. ebd. S. 106, 137, 176 und 290 und P. R. III 214: „Die Grenze, die wir in dieser Beziehung nicht überschreiten dürfen und wollen, wird gezogen durch das Interesse des preußischen Staates an seiner militärischen Sicherheit.“ S. a. Det nordslevigske Spørgsmaal 1864/1879, herg. A. Friis, I, 1921, S. 589 und Origines XII 343f.

⁴²⁾ Ich benütze die Thronreden weder hier noch später als Quelle. Zur Begründung s. G. u. E. II 290: „Mir selbst ist keine Arbeit unbehaglicher und schwieriger gewesen, als die Herstellung des nötigen Phrasenbedarfs für Thronreden und ähnliche Äußerungen.“

⁴³⁾ P. R. III 24 (3. 2. 66).

⁴⁴⁾ P. R. II 227 (18. 12. 63).

und sofern es durch die individuellen Verhältnisse des preußischen Staates . . . bestimmt wird“.⁴⁵⁾ Kann die Regierung einem liberalen, oppositionellen Landtage es überhaupt deutlicher sagen, daß sie das deutsche Interesse nur soweit berücksichtigen will, wie es mit dem preußischen zusammenfällt, darüber hinaus aber auch rücksichtslos das preußische Partikularinteresse wahrnehmen will!

In der schleswig-holsteinschen Frage handelt Bismarck nur nach dem preußischen Staatsinteresse; das Interesse Deutschlands wird nur mittelbar, eben durch die Stärkung Preußens gefördert; in diesem Sinne ist alles zu verstehen, was Bismarck damals von deutschnationaler Politik redet. Er unterscheidet sich darin von allen übrigen, selbst von seinem Könige, obwohl inzwischen auf den Romantiker Friedrich Wilhelm IV. sein nüchterner Bruder gefolgt war. „In einiger Erregung“, so erzählt später der Kanzler, habe er ihm in diesen Monaten zugerufen: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher!“⁴⁶⁾ König Wilhelm war in diesem Punkte der deutschen Gesinnung des Liberalismus verwandt und sah in der Lösung Schleswig-Holsteins von Dänemark anfangs schlechthin ein deutsches Interesse, auch wenn diese Lösung zu keiner Machterweiterung Preußens geführt haben würde.

Vom preußischen Staatsinteresse wird auch Bismarcks Politik in allen ferneren Etappen der deutschen Einigung geleitet. Seine Haltung in den Hauptfragen der Reichsgründung — Annektionen und Beschränkung auf Norddeutschland, Verhältnis zu Österreich und zum Deutschen Bunde — spricht hierfür eine laute Sprache.

Nicht erst die französische Intervention, wie Sybel einst meinte⁴⁷⁾, und auch nicht erst Wilhelm I., wie Thimme zu beweisen sucht⁴⁸⁾, haben Bismarck zur Forderung der Annektionen gebracht. Nein, er hat sie schon seit Jahren geplant. Sogleich nach Antritt seiner Ministerpräsidentschaft, im Herbst 1862, spricht er einem Kurhessen davon, daß er gegebenenfalls zur Annektion Hessens und Hanovers schreiten werde.⁴⁹⁾ Zu manch einem Parlamentarier und Diplomaten hat er sich in den folgenden Jahren ähnlich geäußert.⁵⁰⁾ Sogar seinem Könige schreibt er schon 1864, daß er das gläubige Vertrauen habe, daß seines Königs Stab im deutschen Lande blühen werde, wie der Stab Aarons, und sich zur

⁴⁵⁾ St. A. VIII 381 (Mai 65, Denkschr. f. d. Landtag); P. R. II 217 (1. 12. 63).

⁴⁶⁾ P. R. IX 236 (24. 1. 82).

⁴⁷⁾ Sybel, V 252 ff.

⁴⁸⁾ Wilhelm I., Bismarck und der Ursprung des Annexionsgedankens 1866, Hist. Ztschr. 89 (1902). Für die entscheidenden Julitage haben Brandenburgs (II. u. A. 620) und Hallers (S. 28) Forschungen gezeigt, daß B. die Annektionen von vornherein geplant hat.

⁴⁹⁾ G. v. Oerßen, Kapitel aus einem bewegten Leben, 1894, 199 ff.

⁵⁰⁾ Origines, IV 118 (zu Savigny? Bericht Salignacs aus Frankfurt, 3. 9. 64); Rothan, La politique française en 1866, S. 51; S. Oetker, Lebenserinnerungen, III 381 f. (7. 11. 64); Origines, IV 90 (31. 8. 64).

Not, auch in die Schlange verwandelt werde, welche die übrigen Stäbe verschlingt.⁵¹⁾ Zur Stärkung des „schmalen Leibes“⁵²⁾ des noch ungesättigten Preußens, aus preußischer Machtpolitik, hat er die Zwischenstaaten erobert, mag er auch späterhin zur Begründung der Annexionen im Norddeutschen Reichstag neben dem preußischen Interesse das deutsche Bedürfnis anführen.

Auch die Beschränkung auf Norddeutschland geht nicht erst auf Napoleons Eingreifen zurück, sondern war schon vor Kriegsausbruch beschlossene Sache. Die ersten Spuren solcher Absichten fanden wir schon bei dem jungen Abgeordneten und späterhin, deutlicher und tiefer begründet, bei dem Bundestagsgesandten.⁵³⁾ Zur Macht gekommen vertritt er jedermann gegenüber — Liberalen und Österreichern, Italienern und Franzosen — den gleichen Gedanken. Preußens Ehrgeiz beschränke sich auf die Einigung der ihm homogenen Elemente Norddeutschlands. Süddeutschland sei ihm durch Geist, Religion, Sitten und Interessen fremd. Es sei von Berlin aus schwer zu regieren und würde daher nur zum „Kalabrien Preußens“ werden.⁵⁴⁾ Manches an dieser Begründung ist tendenziös übertrieben, ist diplomatische Absicht, doch unzweifelhaft steckt auch ein Kern Wahrheit darin. Bismarck will damals nur einen straff organisierten und dem preußischen Einfluß völlig untergeordneten Nordbund, um diesen erst einmal an die preußische Führung zu gewöhnen. Er gibt den Bedenken seines Pariser Botschafters keinen Raum, daß zu große Annexionen und ein zu starkes preußisches Übergewicht den Eintritt der süddeutschen Staaten erschweren werde⁵⁵⁾, denn er will 1866 die Süddeutschen noch gar nicht haben. „Er hat die Gesamteinheit damals noch nicht erstrebt, also auch nicht auf sie verzichten können.“⁵⁶⁾ Daß Bismarck dennoch den gesamtdeutschen Bund vor dem Kriege als sein Ziel hinstellt, bedarf keiner Erklärung. „Etwas anderes konnte er gar nicht tun, wenn er darauf ausging, die Sympathien des Volkes zu gewinnen.“⁵⁷⁾

⁵¹⁾ G. u. E., Anhang, I 114 (24. 12. 64).

⁵²⁾ G. u. E. I 283.

⁵³⁾ s. o. S. 52 ff.

⁵⁴⁾ Dt. Revue 38, IV 36 ff. (Herbst 1862 zu Karolyi und Metternich); S. Oetker, Lebenserinnerungen III 384 (7. 11. 64); Sybel IV 218f. (16. 8. 65 an Goltz); Origines VII 86 (25. 9. 65); Keudell 230 (Anf. Okt. 65); Govone, 424, 444 (14. 3., 6. 4. 66); für den Juli 1866 nenne ich außer der amtlichen Korrespondenz bei Sybel und Brandenburg: Dilbort, L'œuvre de M. de Bismarck, Paris 1869, 214 (4. 7. 66); Hjt. Ztschr. 103, 74 (zu Varnbüler); v. Stosch, Denkwürdigkeiten, 3. Aufl. 1904, 95 (4. 7. 66 zum Kronprinzen); K. Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre, 1906, 596; Graf A. Seher-Choß, Erinnerungen, 1881, 127 (8. 7. 66); Briefe an Wilhelm Bismarck, 15 (1. 8. 66, „Was wir brauchen, ist Norddeutschland und da wollen wir uns breit machen.“); O. Lorenz, Kaiser Wilhelm I. und die Begründung des Deutschen Reiches, 1902, 568.

⁵⁵⁾ Brandenburg, U. u. A. 658f.

⁵⁶⁾ Haller, 30; Brandenburg, U. u. A. 658f.

⁵⁷⁾ Haller, 31.

Hand in Hand mit diesen preußisch-norddeutschen Zielen geht der Plan des offenen Dualismus. Ihn vertritt er schon 1862 Karolyi und Metternich gegenüber⁵⁸⁾, auf ihn kommt er zurück, sobald ihm das konservativ-versöhnliche Kabinett Rechberg die Hand reicht. Als Österreich sich ihm endgültig zu versagen scheint, nimmt Bismarck seinen alten Frankfurter Gedanken auf, daß Bayern unter Ausschluß Österreichs zum Kern eines zweiten deutschen Reiches werden könne.⁵⁹⁾ Der Bundesreformplan vom 10. Juni ist dessen amtlicher Ausdruck.⁶⁰⁾ Die Gablenz'sche Mission aus dem Frühsommer 1866 zeigt aber, daß er trotzdem dem Gedanken des preußisch-österreichischen Dualismus noch völlig Dalet gesagt hat.⁶¹⁾ Bismarck war jederzeit zu dualistischer Politik bereit und hat sie nicht nur als Notbehelf und nicht nur aus Rücksicht auf seinen König getrieben. Doch er treibt sie nicht aus deutschen, geschweige denn aus großdeutschen Motiven; für ihn ist der Kaiserstaat eine fremde Macht wie jede andere.⁶²⁾ Er kennt keine andere als „ungemüthliche Interessenpolitik, Zug um Zug und bar“. Gegen die „Phrasen vom Bruderkrieg“ ist er stichfest.⁶³⁾ Offen erklärt er dies den österreichischen Staatsmännern. Sein Eifer für ein Bündnis — schreibt er einmal Rechberg — würde dadurch nicht vermindert, daß er ihn nicht aus dem Bewußtsein gemeinsamer Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde, sondern lediglich aus seiner Beurteilung der Interessen Preußens und seiner Krone schöpfe. Er rät ihm, sich gleich ihm auf den praktischen Boden der Kabinettspolitik zu stellen, ohne sich die Situation durch die Nebel trüben zu lassen, welche aus den Doktrinen deutscher Gefühlspolitiker aufsteigen.⁶⁴⁾

Die preußische Großmachtstellung betont Bismarck auch dem Deutschen Bunde gegenüber. Der Staat Preußen hat in Konfliktfällen zuerst stets Großmacht und erst in zweiter Linie Bundesstaat zu sein.⁶⁵⁾ Die österreichischen Reformvorschläge, die im Frankfurter Fürstentag gipfeln, lehnt er daher schroff ab; denn „Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatenverein geschaffen haben, entsagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Inter-

⁵⁸⁾ Dt. Revue, 38, IV 36 ff.

⁵⁹⁾ Govone, 44 (6. 4. 66); Benedetti, Ma mission en Prusse, 136 ff (8. 6. 66).

⁶⁰⁾ K. Binding, Deutsche Staatsgrundgesetze, I, 2. Aufl., 1901, S. 67 ff.

⁶¹⁾ Latrille, Dt. Wochenblatt, XI, 1898, 439; Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 4. Aufl. 1900, II 546; Busch, III 142; R. v. Sriesen, Erinnerungen aus meinem Leben, II 159 f., III 77 ff.

⁶²⁾ St. A. X 349 (24. 3. 66, Zirkular); Sybel, IV 123 (29. 5. 65, Datum); Andreas Memor (= Gramont), L'Allemagne nouvelle, Paris 1879, 148 (Aug. 64); A. Loftus, Diplomatic Reminiscences, 1894, I 92.

⁶³⁾ Bjb. VI 165 (21. 11. 62 an Bernstorff).

⁶⁴⁾ Österr. Rdsh. 43, 1915, 207 f. (29. 9. 64).

⁶⁵⁾ G. u. E. II 2f. (24. 12. 63 an Goltz); Origines, I 65 f. (1. 1. 64); P. R. II 250 (21. 1. 64).

essen des Landes fremd sind, und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrolle fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben.“⁶⁶⁾ „Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn Preußen sich zugunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle tatsächlich zu ertragen nicht imstande wäre.“⁶⁷⁾ Jede deutsche Politik, die Preußen in das Reich der Doktrin. Die Eigenschwerkraft des Staates würde allen solchen Versuchen entgegentreten und selbst Bindungen unwiderstehlich zerreißen, die die Staatslenker unter Verkenning seiner wahren Interessen dem Staate auflegen würden, denn der Staat kann nicht anderen als eigenen Interessen folgen. Damit ist der autonome Machtstaatsgedanke ins Absolute gesteigert.

Doch hat nicht Bismarck selbst in jenen Tagen immer betont, daß das wahre preußische Staatsinteresse mit dem deutschen identisch sei? Ist er nicht selbst mit seinen Bundesreformplänen, seiner Forderung des allgemeinen Wahlrechts, seiner Drohung mit der Nationalrevolution in die Bahnen der nationalen Bewegung von 1848 und 49 eingemündet? Meinten nicht schon die Zeitgenossen daß „in allen großen Fragen das deutsche und preußische Interesse zusammenfällt“⁶⁸⁾, daß „die Macht Preußens von der Größe Deutschlands nicht getrennt zu denken“ ist?⁶⁹⁾ Die sechs Jahrzehnte deutscher Geschichte, die seitdem verfloßen sind, haben die unumstößliche Wahrheit dieser These erhärtet. Dennoch kann sie uns über die inneren Beweggründe der Männer, die aus dieser Überzeugung heraus für die preußisch-deutsche Lösung des deutschen Problems eintraten, keinen Aufschluß geben. Niemand wird dem Hannoveraner Miquel oder dem Badenser Jolly, die jene Worte sprachen, deswegen ein warmes preußisches Empfinden zuschreiben wollen, obgleich es andere nichtpreußische Deutsche gab, ich brauche nur an Heinrich von Treitschke zu erinnern, bei denen sich diese Überzeugung bis zu einem Wahlpreußentum steigerte. Ebenso lassen sich für einen Preußen, der diese Ansicht hegt, die verschiedensten Beweggründe denken. Ihm können in der Tat Preußentum und Deutschtum zu einer untrennbaren Einheit zusammenfließen, so daß eine Scheidung zwischen ihnen im einzelnen nicht mehr möglich ist. Er kann aber auch, um rein theoretisch das andere Extrem zu sehen, ohne jedes lebendige deutsche Empfinden die deutsche Bewegung nur zur Stärkung der preußischen Macht, zur Mehrung des preußischen Einflusses benützen wollen. Über Bismarcks Stellung wird uns nur eine genaue

⁶⁶⁾ St. A. VIII 204 (21. 8. 63 an Sydow).

⁶⁷⁾ St. A. VIII 209 (15. 9. 63, Bericht des Staatsministeriums an den König); f. a. P. R. II 199, 276 (2. 9. 63; 22. 1. 64).

⁶⁸⁾ Miquel, Nov. 1864 (Poschinger, Parlamentarier, II 28).

⁶⁹⁾ Jolly, 14. 5. 66 (Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly, 1897, 71). Die Zeugnisse ließen sich leicht vermehren.

Betrachtung seiner eigenen Worte Auskunft geben können. Wir erinnern uns vorher unserer Feststellung, daß der Minister in den Fragen der Annexionen und des Norddeutschen Bundes, des Verhältnisses zu Osterreich und zu Schleswig-Holstein nur vom preußischen Staatsinteresse ausgegangen ist, daß er in zahlreichen Worten deutschnationale Politik als unstaatliche „gemütliche“ Politik schroff abgelehnt hat.

In der bekannten Zirkulardepeſche vom 24. März 1866, in der der Ministerpräsident seine Bundesreformpläne ankündigt, heißt es: „Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — dies gilt zu unseren, wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter als die der meisten anderen europäischen Staaten.“ Preußen müsse die Garantie für seine Sicherheit in Deutschland selbst suchen.⁷⁰⁾ Auch in dieser Depeſche, in der Bismarck die deutschen Fürsten, das deutsche Volk für die aggressive preußische Politik zu gewinnen sucht, blickt deutlich die gleiche Tendenz durch wie in den Briefen und Denkschriften des Bundestagsgesandten — daß Deutschland Preußens Exerzierplatz sei. Preußen ist auf Deutschland angewiesen und muß, um zu sich erhalten, eine aktive deutsche Politik treiben. Eine solche Politik wird natürlich auch Deutschland nützen und selbstverständlich hebt der preußische Minister, der Deutschland für seine Politik zu gewinnen sucht, dies stark hervor. Trotzdem wird auch aus dieser Depeſche deutlich, daß für Bismarck das preußische Staatsinteresse der Ausgangspunkt ist, daß dieses für ihn unbedingt im Vordergrund steht.⁷¹⁾

Neben der Gleichheit der geographischen Interessen verkündet Bismarck als Minister, ebenso wie in seiner großen Denkschrift 1858, daß die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch seien mit denen des deutschen Volkes. „Wo dieses Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden. . . . Das preußische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandteil des deutschen und ist in seinen Bedürfnissen und Interessen . . . mit der Gesamtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, daß die Stimme des preußischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurteilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von seiten des deutschen Volkes gewähren wird.“⁷²⁾ So führt er in seiner Beurteilung des Fürstentagprojektes aus. Bismarck geht hier soweit, das preußische Volk, vertreten durch seinen Landtag, geradezu gleichzusetzen mit dem deutschen.⁷³⁾ Die Interessen sind daher identisch, weil

⁷⁰⁾ St. A. X 351.

⁷¹⁾ J. a. P. R. II 275 (22. 1. 64).

⁷²⁾ St. A. VIII 211f. (15. 9. 63); J. a. S y b e l, II 540 (8. 10. 63 an John Russell).

⁷³⁾ J. a. St. A. VIII 213f. (22. 9. 63 Zirkular): „Die deutschen Angelegenheiten sind in so hohem Maße zugleich innere preußische Fragen.“

das deutsche Volk wesentlich aus dem preußischen besteht. Bismarck geht auch in dieser Denkschrift nicht von der deutschen Nation, sondern vom preußischen Staate aus und Max Lenz hat Recht, wenn er sagt: „In keiner Zeile hat er darin den preußischen Gesichtspunkt verleugnet.“⁷⁴⁾

Bismarck geht von Preußen aus. Erst als er die Gleichheit der Interessen sieht und für seine Politik auswertet, führt er wohl gelegentlich nach außen hin ein starkes Preußen als Vorbedingung nationaler Bestrebungen in einer Weise an, daß man im Einzelfalle nicht mehr die besonderen Tendenzen unterscheiden kann.⁷⁵⁾ Wir werden aber niemals ein Wort finden, in dem das preußische Interesse hinter dem deutschen zurücktritt. Bismarcks Nationalgefühl ist so politisch orientiert, so vom Staate abhängig, daß, solange kein deutscher Staat vorhanden ist, es für ihn deutsche Interessen nur insoweit gibt, wie sie mit dem preußischen Staatsinteresse zusammenfallen. Er kann nur vom preußischen Interesse ausgehen. „Solange die Trennung der Territorien in Deutschland bleibe, solange könne wohl von deutschen Handelsinteressen und dergleichen, nicht aber von deutschen Interessen in der Politik, sondern nur von österreichischen, preußischen, bayerischen usw. die Rede sein.“⁷⁶⁾

Daß Bismarck das allgemeine Wahlrecht fordert, hat mannigfache Gründe, nur einen sicher nicht: deutschnationale. Voran stehen auch hier die preußischen Motive. Es ist zunächst die Konsequenz seiner Ansichten von der Identität der preußischen Interessen mit denen des deutschen Volkes. Er will es zur Befämp-

⁷⁴⁾ Schmoller, Lenz, Marks, Zu Bismarcks Gedächtnis, 1899, S. 104.

⁷⁵⁾ J. B. Brandenburg, U. u. A. 508 (1. 9. 65 an Goltz); gegenüber der Fülle reinpreußischer Äußerungen in diesen Jahren treten die wenigen Worte, die aus zweiter und dritter Hand überliefert, als Ausdruck rein deutschnationaler Gesinnungen gelten könnten, ganz zurück, so erzählt v. Oettingen nach Lehndorf, Bismarck habe 1866, als er kurz vor der Kriegserklärung vom Könige herausgenommen sei, sich auf eine Chaise geworfen und „in abgebrochenen Sätzen vom Deutschen Reiche, an dessen Errichtung der König ihn hindern wolle“, gesprochen (Südd. Monatshefte 1923, II 41). Die Überlieferung ist weder gleichzeitig noch direkt. Auch das Wort, das Dilbort a. a. O. 245 mitteilt, zeigt noch deutlich die politische Absicht, in der Bismarck es sprach.

Man kann auch Bismarcks Weigerung, deutsches Gebiet an Napoleon abzutreten, nicht als Beweis dafür anführen, daß er seine Politik von deutschnationalen Erwägungen habe bestimmen lassen. Er sagt selbst: „Jede Abtretung preußischen und überhaupt deutschen Gebietes scheint S. M. unmöglich und würde in der Tat die nationale Seite unserer Aktion, auf welche das Hauptgewicht zu legen ist, sofort lähmen.“ (Brandenburg, U. u. A. 463 (9. 3. 66 an Goltz, nur zur persönlichen Information!). (J. a. M. Duncker, Politischer Briefwechsel ed. Joh. Schulze, Dt. Geschichtsquellen d. 19. Jh. XII, 1923, 201, 204. Danach kurzfierten 1860 selbst in offiziellen Kreisen — Karl Anton v. Hohenzollern, Duncker usw. — Gerüchte, Bismarck plane die Rheinprovinz gegen innerdeutsche Kompensationen abzutreten. Der Herausgeber Schulze schließt sich m. E. mit Recht B.s Dementi an und verwirft diese Angaben [S. 204, Anm. 2]. J. a. v. Dalwigk, Tagebücher, a. a. O. 145).

⁷⁶⁾ P. R. II 248 (21. 1. 64); J. a. Bbr. 363 (10. 10. 62 an Beuff).

fung des Partikularismus und zur eindrücklichen Geltendmachung des preußischen Einflusses benutzen. Nur zugunsten eines gewählten Parlamentes könne die preußische Regierung ihre Selbständigkeit in irgendwelchem erheblicheren Umfange entsagen, ohne die politische Stellung des preußischen Staates wesentlich zu benachteiligen.⁷⁷⁾ Von den 297 Abgeordneten des Norddeutschen Bundes wurden denn auch 235 in Preußen gewählt.⁷⁸⁾ Nebenher dient ihm das Wahlrecht als Kampfmittel gegen Österreich, dessen Delegiertenprojekt er zu übertrumpfen sucht⁷⁹⁾, und gegen Frankreichs Interventionsgelüste, um so mit der stärksten der freiheitlichen Künste⁸⁰⁾ das deutsche Volk für seine Politik zu gewinnen.⁸¹⁾ Auch innerpolitische Gründe spielen mit.⁸²⁾ Schließlich hatte schon der Bundestagsgesandte betont, daß die Zusammenfügung einer Kammer Nebensache sei und es nur auf das Maß der Rechte ankomme, das man ihr einräume.⁸³⁾

Sür Bismarck ist das allgemeine Wahlrecht kein Prinzip, sondern ein Mittel seiner Politik. In der letzten Not wäre er sogar bereit gewesen, noch weiter zu gehen, ein liberales Ministerium folgen zu lassen⁸⁴⁾ und die gesamte nationale Kraft Deutschlands aufzurufen gegen Preußens Feinde, sei es Frankreich, sei es Österreich.⁸⁵⁾ Er kennt keine Skrupel und keine Rücksichten, wenn es seinen Staat gilt. Als er seinem Könige derartige Pläne entwickelte und dieser meinte, er schlage ja die Revolution vor, entgegnet Bismarck ruhig: „Was kümmert es E. M., wenn Sie bei dem allgemeinen Schiffbruch auf einem vom Wasser nicht

⁷⁷⁾ St. A. VIII 73 (14. 8. 63 an Werther), 210f. (15. 9. 63, Denkschrift); Sybel, II 540 (8. 10. 63 an J. Ruffel); St. A. XI 84 (9. 6. 66).

⁷⁸⁾ K. Binding, Deutsche Staatsgrundgesetze, I, 2. Aufl. 1915, 213 (Wahlgesetz § 5).

⁷⁹⁾ Lucius, 338 (1886); Diehl, 368f. (1867); O. v. Dölderndorff, Harmlose Plaudereien, 1892, 297 (1868).

⁸⁰⁾ G. u. E. II 58, vgl. durchgängig zu diesem Abschnitt, ebenso: R. Augst, Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, 1913, 84ff. und E. Zechlin, Bismarcks Stellung zum Parlamentarismus bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes, phil. Diss. Heidelberg 1922, Maschinenschrift, S. 35.

⁸¹⁾ R. Haym, Das Leben Max Dunders, 1891, 376 (22. 4. 66); Hofmann, II 295 (1895).

⁸²⁾ Er hat mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht so schlechte Erfahrungen gemacht, daß er sogar daran dachte, das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu oktroyieren, um mit Hilfe der angeblich konservativen Massen ein fügsames Parlament zu erhalten. Vergl. Oncken, Bismarck, Laflamme und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts, Hist.-Polit. Aufsätze, II; f. a. Dölderndorff, a. a. O.; St. A. XI 4 (9. 4. 66); H. v. Oerzen, Das Leben und Wirken des Staatsministers J. v. Oerzen, 1905, 314 (1867).

⁸³⁾ S. W. I 376 (1853, Denkschr. f. d. Prinzen v. Preußen); Kraft zu Hohenzollern-Ingelfingen, Aus meinem Leben, 1905, II 349 (1863).

⁸⁴⁾ Origines, IX 124 (13. 5. 66); Aus dem Leben Th. v. Bernhardt VI, 1891, S. 264 (8. 3. 65).

⁸⁵⁾ Sybel, IV 378 (7. 5. 66 an Werther); ebd. V 347 (31. 7. 66 an Schweinitz); K. Schurz, Lebenserinnerungen, 1907, II 494 (1867).

überfluteten Felsen stehen, auf dem alle, die nicht untergehen wollen, Rettung suchen müssen.“⁸⁶⁾

Bismarck handelt auch jetzt nicht aus dem Zwange eines naturhaften Verbundenseins mit dem Volksganzen heraus, wie einst die preußischen Reformer in der Zeit der Befreiungskriege. Er verbindet sich wohl mit der großen nationalen Bewegung der Zeit, doch er dient ihr nicht, sondern er beherrscht sie.⁸⁷⁾ Für ihn steht auch jetzt wie in den früheren Jahren der Staat über der Nation. Das preußische Staatsinteresse ist für ihn das einzig Maßgebende, durch dies wird seine Politik in allen Phasen der Reichsgründung bestimmt. Es kann keine Rede davon sein, daß er mit seinem Eintritt in das Ministerium oder seit den Tagen von Gastein und Biarritz mit dieser seiner Grundeinstellung gebrochen und deutschnationale Politik um ihrer selbst willen getrieben habe.

6. Der Bundeskanzler.

„Und alsbald veränderten sich alle Linien seiner Politik.“¹⁾ „Von dieser Stunde an war er Norddeutschland, wie er bisher Preußen gewesen war; sein Pflichten- und Herrschaftskreis dehnte sich, und unvermeidlicherweise wurde er selber ganz deutsch.“²⁾ So ist die Ansicht der beiden Bismarckbiographen Lenz und Marcks und eine Fülle von Zeugnissen scheint ihnen Recht zu geben. Die Zeitgenossen, Parlamentarier und Publizisten, und gerade die bisherigen Gegner, die mit dem Kanzler in Berührung kommen, haben den gleichen Eindruck. Der linksliberale Fördenbeck schreibt nach einer Unterredung, daß Bismarck „vor allen Dingen national, unitarisch, deutsch“ sei.³⁾ Ebenso meint der großdeutsche Julius Fröbel, der noch 1863 in der österreichischen Staatskanzlei das Fürstentagsprojekt ausgearbeitet hatte, Bismarck habe ein lebendiges und warmes deutsches Nationalgefühl bei ihrem Gespräch an den Tag gelegt.⁴⁾

Liest man die Reden, die Bismarck in diesen vier Jahren im Norddeutschen Reichstag und Zollparlament, im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus gehalten hat, so gewinnt man zunächst dasselbe Bild. Nie wieder bis zu seiner Entlassung hat Bismarck solche warmen nationalen Töne gefunden. Er spricht von der natio-

⁸⁶⁾ Gobone, 450 (10. 4. 66); s. a. Origines, IV 62f. (Bericht Gramonts 28. 8. 64).

⁸⁷⁾ s. Joachimsen, Zur Psychologie des deutschen Staatsgedankens, Die Dioskuren, I, 1922, 154f.

¹⁾ Lenz, in Lenz-Marcks, Das Bismarckjahr, 1915, S. 167.

²⁾ Marcks, ebd., 7f.

³⁾ Dt. Revue, 24, I 134 (8. 12. 69).

⁴⁾ Fröbel, Ein Lebenslauf, 1891, II 543 (14. 12. 68); s. bes. auch Keude II, S. 33: „1849 sagte B. gelegentlich: ‚Was scheren mich die Kleinstaaten, mein ganzes Streben geht nur auf Sicherung und Erhöhung der preußischen Macht.‘ 1866 und 1867 aber hörte ich von demselben Manne mehrmals die Worte: ‚Mein höchster Ehrgeiz ist, die Deutschen zu einer Nation zu machen.‘“

nenen Einigung, die sie alle im Herzen trügen⁵⁾, er kündigt von der „Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht“, von deutscher Einheit und deutscher Größe⁶⁾ und beteuert, daß mit seinem Willen kein deutsches Blut mehr im Kampfe von Deutschen mit Deutschen vergossen werden solle.⁷⁾ Er kämpft „vom nationalen Standpunkte“ aus an gegen den preußischen Partikularismus⁸⁾ und betont, daß den Waldeckern, auch wenn sie nicht mit Preußen vereinigt würden, der Ehrenname von Deutschen bliebe, und einen anderen als einen deutschen Patriotismus zu pflegen, sei nicht seine Aufgabe.⁹⁾ Er freut sich, daß die Landsleute in Übersee jetzt mit Stolz auf das Vaterland blicken und mit Selbstgefühl sagen: Wir sind Deutsche, während sie früher verschämt die Augen niederschlugen.¹⁰⁾ Er spricht Worte, die allbegeistert von Mund zu Mund gehen und bald geflügelt werden: „Setzen wir Deutschland in den Sattel! Reiten wird es schon können.“¹¹⁾ „Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation.“¹²⁾ „Die Unabhängigkeit, die staatliche Freiheit, die nationale Ehre geht einem Volke wie das unsere über alles“¹³⁾, oder „ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo.“¹⁴⁾

Seit 1848 waren in Bismarck wegen der Verbindung des deutschen Gedankens mit Liberalismus, Demokratie und Preußenhaß die deutschen Empfindungen zurückgedrängt worden, und er hütete sich in all den Jahren seither, sich offen zu den deutschnationalen Bestrebungen zu bekennen. Nur aus einzelnen, spärlichen Zügen konnten wir ahnen, daß die nationalen Gefühle, vor allem der deutsche Stolz, den einst der Jüngling hegte, in ihm auch jetzt nicht erloschen waren. Nun hatte durch die Ereignisse von 1866 die Verbindung der deutschen Bewegung mit den preußenfeindlichen Bestrebungen einen starken Stoß erhalten, ja der preußische Staat und die deutsche Bewegung hatten sich zu gemeinsamem Handeln verbunden. So konnte jetzt auch Bismarck den deutschen Empfindungen seiner Jugend wieder Raum geben. Es wächst damit nichts Neues in ihm empor, sondern etwas Altes, bisher Gehemmtes regt sich nur wieder frei.

Bei genauerem Zusehen finden wir bald, daß Bismarck auch jetzt „ein anders organisiertes Nationalgefühl“¹⁵⁾ hat als die liberale Mehrheit des Parlaments,

⁵⁾ A. v. Sudow, Rückschau, 1909, 140 (11. 5. 68).

⁶⁾ P. R. IV 371 (23. 5. 70).

⁷⁾ J. C. Bluntschli, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, 1884, III 203 (30. 4. 68).

⁸⁾ P. R. IV 360 (1. 4. 70) u. III 396 (11. 12. 67).

⁹⁾ P. R. III 391 (11. 12. 67).

¹⁰⁾ P. R. III 397.

¹¹⁾ P. R. III 184 (11. 3. 67).

¹²⁾ P. R. IV 416 (20. 7. 70 aus Brief an Loftus).

¹³⁾ P. R. III 397.

¹⁴⁾ P. R. IV 56 (18. 5. 68); f. a. St. A. XIII 87 (7. 9. 67, Rundschreiben).

¹⁵⁾ P. R. IV 145 (13. 2. 69).

mit der er ein Herz und eine Seele zu sein scheint. Auch jetzt geht er nicht von den beiden Hauptquellen des liberalen Nationalgefühls, der Volksgemeinschaft und dem Freiheitsbegriff, aus, sein Ausgangspunkt ist nach wie vor der Staat. Schon die oben angeführten Worte sprechen ja stets nur von staatlicher Freiheit und Sicherheit und Unabhängigkeit nach außen, und in manch anderer Rede betont der Kanzler offen, daß in diesen Zeiten der Primat der auswärtigen Politik allein maßgebend sei und sich ihm die Freiheit des Individuums und des Volkes unbedingte unterzuordnen habe.¹⁶⁾

Daß Bismarck auch jetzt staatlich und nicht national denkt, zeigt nichts deutlicher als seine Stellung zur Zurückgewinnung Elsaß-Lothringens. Der Kanzler bleibt den nationalen Momenten dieser Frage genau so fest verschlossen, wie einst der Bundestagsgesandte und preußische Ministerpräsident denen der schleswig-holsteinischen Frage. Das Elsaß als einst gut deutsches Land zurückzuerobern, ist für ihn eine Professorenidee¹⁷⁾, die ihm so fern liegt, daß er sie nicht einmal im Reichstag zur Begründung der Annexion verwertet. Ihm hatte schon 1854 der König von Württemberg gesagt, daß ein französisches Straßburg immer ein Hindernis für einen rückhaltlosen Anschluß Süddeutschlands an die deutsche Einheit sein würde¹⁸⁾, daher braucht er die beiden Festungen Straßburg und Metz, die Schlüssel unseres Hauses¹⁹⁾, das dazwischenliegende Land, meint er wohl gelegentlich, mag dann Frankreich ruhig behalten.²⁰⁾ Hinter diesen staatlichen Gründen tritt für ihn die Nationalitätenfrage ganz zurück. Daß er möglichst wenig Franzosen in die deutschen Reichsgrenzen einbeziehen will, ist eine politische Selbstverständlichkeit, und keineswegs eine Anerkennung des „Selbstbestimmungsrechtes“ und anderer moderner unstaatlicher Ideen. Für ihn war es „nebensächlich“, ob die Elsässer unter deutscher Verwaltung blieben oder auswanderten, ob sie gern Deutsche wären oder nicht.²¹⁾ Gerade die völlig gleiche Haltung in dieser und der schleswig-holsteinischen Frage zeigt, daß der Ursprung seines nationalen und staatlichen Denkens vor wie nach Königgrätz derselbe geblieben ist.

¹⁶⁾ P. R. III 177, 212, 243 (März 1867); s. dazu auch G. u. E. II 56 u. Die I 439 (Verteidigung der Indemnitätsvorlage), durch die der Wert jener national gesteigerten Ausdrücke der politischen Reden stark beeinträchtigt wird; s. a. Sudo w, a. a. O.

¹⁷⁾ Busch, I 172 (4. 9. 71). Typisch für diesen Gegensatz ist auch Bennigsens Luxemburg-Interpellation (1. 4. 67, Reden ed. Schulze-Thimme, 1911, I 194). Der Liberale appelliert an „die stolzen Erinnerungen“ des Luxemburger Hauses, „aus welchem der einst selbst ein Mitglied die deutsche Kaiserkrone getragen hat.“ In Bismarcks Antwort kein Wort davon.

¹⁸⁾ P. R. V 52 (2. 5. 71); XIII 96 (10. 7. 92); G. u. E. I 99.

¹⁹⁾ J. Favre, Gouvernement de la défense nationale. 1871, I 165 (1870).

²⁰⁾ Keudell, 457; s. a. Gabriac, Souvenirs diplomatiques, 1896, 140 (12. 8. 71); Fitzmaurice, The life of Lord Granville, 1906, II 46 (1870).

²¹⁾ P. R. XIII 375 (24. 4. 95); Poschinger, Dt. Rundsch. 1919, 181, 432 (1894); s. a. P. R. VI 171 (3. 3. 74); P. R. XIII 347 (17. 4. 95).

Bismarcks Nationalgefühl ist also auch in diesen Jahren in erster Linie Staatsgeinnung. Welches aber war jetzt für ihn der Staat, für den er wirkt, ist es Deutschland, der Norddeutsche Bund oder Preußen? Der Kanzler scheint uns selbst eindeutige Antwort zu geben, wenn er im Reichstag sagt: „Ich kann von diesem Standpunkte aus hier kein Oldenburg, kein Preußen kennen: ich kenne nur Norddeutsche.“²²⁾ Doch man braucht den Ton nur auf „von diesem Standpunkte“ zu legen, und das Wort sagt eine Selbstverständlichkeit, ohne uns weiterzuführen, denn als Bundeskanzler kann er freilich ex cathedra nur Norddeutsche kennen.²³⁾

Aber tritt der Kanzler nicht auch mit der Tat weitgehend für die Interessen der verbündeten Staaten ein, selbst zum Schaden Preußens, läßt er nicht die Verlegung des obersten Handelsgerichtes nach Leipzig zu und wendet sich in äußerst scharfen Worten gegen den Partikularismus und Sondergeist der preußischen Parteien? Wendet er sich nicht ebenso scharf in seinen öffentlichen Äußerungen gegen ein unitarisches Großpreußentum und tritt für weitgehenden Föderalismus zugunsten der nichtpreußischen Einzelstaaten ein? Ja, scheint er nicht durch seine Schaffung des hannoverschen Provinzialfonds und seine Pläne von prinzipieller Selbstverwaltung den alten liberalen Träumen von einer Zerkümmerung und Auflösung Preußens in seine provinziellen Bestandteile in die Hände zu arbeiten? Dies letzte Argument sei sogleich hier widerlegt. Wohl mögen manche Liberale und Freikonservative aus diesen Gründen für die Vorlage gestimmt haben, der Kanzler denkt nie daran die straffen Zügel des Staates aus der Hand zu geben. Für ihn ist sie nur ein Mittel zur Gewinnung der neuen Provinzen und er beschränkt es auf lokale Selbstverwaltung.²⁴⁾

Gerhard Anschütz hat jüngst in äußerst feinsinniger Weise Bismarcks Verhältnis zu Unitarismus und Föderalismus bestimmt, er sagt: „Was dann Bismarck betrifft, so ist bekannt, daß er oft mit einer gewissen Ostentation für den Föderalismus und mit dementsprechender Schärfe gegen die ‚Überschreitung der Bedürfnisse in unitarischer Richtung‘, wie er es nannte, zu Felde gezogen ist. Aber auf die betreffenden Reden und amtlichen Schriftstücke ist, soweit sie als Material zur Auslegung der Verfassung verwendet werden sollen, nicht zu viel zu geben. Was Bismarck bekämpfte, war gar nicht der Unitarismus als solcher und im ganzen, sondern nur eine bestimmte Richtung des Unitarismus, nämlich der mit dem hegemonischen Unitarismus Preußens konkurrierende demokratisch-parlamentarische Unitarismus, wie er getragen war von der langsam, aber

²²⁾ P. R. IV 371 (23. 5. 70).

²³⁾ A. O. Meyer hat jüngst in seiner schon öfters zitierten Studie gezeigt, wie haarscharf in amtlichen Äußerungen B.s die Linie zwischen Wahren und Falschem gezogen ist, wie dies nur von dem Akzent abhängt, den man dem Worte gibt.

²⁴⁾ E. Brandenburg, Die Reichsgründung, 2. Aufl., II 279; G. Ritter, Die preußischen Konservativen und B.s deutsche Politik, 1913, 251 ff.; Wenden, Die Epochen des Liberalismus, Hist.-Polit. Aufs. II 211.

stetig aufsteigenden Macht des Reichstags. Das war für Bismarck der Feind, den er unentwegt niederzuhalten bestrebt war, mit allen Mitteln, guten und ungunen. Den anderen Unitarismus aber, den hegemonischen, wollte Bismarck natürlich nicht bekämpfen, sondern, daß ich so sage, föderalistisch beschönigen und verschleiern, oder, soweit er sich nicht verschleiern ließ, denen, die es anging, schmachhaft machen. . . Zu diesem Zwecke wurden die länderfreundlichen Einrichtungen der Reichsverfassung geflissentlich unterstrichen, wurde eine ganze föderalistische Ideologie und Phrasologie entwickelt.“²⁵⁾

Diesen hegemonialen preußischen Unitarismus vertritt Bismarck auch in diesen Jahren unbedingt, von ihm läßt er seine deutsche Politik bestimmen. Am offensten tritt er uns in dem oft zitierten und kommentierten Brief an Roon aus dem Sommer 1869 entgegen. Nach Artikel 53 der neuen Verfassung sollte es künftig an Stelle der Partikularflotten eine Bundesflotte geben. Als demgemäß die preußischen Angehörigen der Marine zu Bundesbeamten erklärt werden und ihrer preußischen Beamteneigenschaft verlustig gehen sollen, empört dies den altpreußischen General, der zugleich Marineminister ist, so, daß er mit Rücktritt droht und sich an Bismarck um Entscheid wendet.²⁶⁾ Im Gegensatz zu seinem Freunde betont Bismarck in seiner Antwort, daß er in jener Bestimmung keine Verminderung der Stellung seines Königs sehe, zu der er gewiß nicht die Hand geboten hätte, sondern eine Mediatifizierung der übrigen Bundesstaaten zugunsten des preußischen Königs. „Die Form, in welcher der König die Herrschaft in Deutschland übt — fährt er fort — hat mir niemals eine besondere Wichtigkeit gehabt; an die Tatsache, daß er sie übt, habe ich alle Kraft des Strebens gesetzt, die mir Gott gegeben, und daß unser Herr der Gebieter über die deutschen Seekräfte in vollstem Maße ist, steht außer Zweifel. Sollen wir denen, die nicht den Namen Preußen führen, die Unterordnung, ohne welche die Einheit unmöglich ist, durch äußerliche Formen erschweren? Gewiß nicht; *in verbis simus faciles*, und in der Sache bleibt es dasselbe, mögen Sie die Marine Preußisch, Deutsch oder Norddeutsch nennen, es ist unsres Königs Marine. . . hätten wir 1866 sofort das ‚Deutsch‘ oder auch nur ‚Norddeutsch‘ dem ‚Preußisch‘ substituieren können, wir wären jetzt schon um 20 Jahre weiter. . Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit kommen wird, wo unsre Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer königlich deutschen Flotte und im königlich deutschen Heere zu dienen. . . Sie sehen aus Vorstehendem, daß ich in dem ministeriellen Streite nicht, und zwar mit nationaler Schwärmerei prinzipiell nicht, auf Ihrer Seite stehe, obschon oder weil ich mit Begeisterung Preuße und Vasall des Königs, ja des Markgrafen von Brandenburg bin, und bei entstehender praktischer Spaltung bis zum letzten Atemzuge bleiben werde. Aber solange die Gewässer in demselben Bette, und zwar in dem von uns

²⁵⁾ Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer, I 1924, 14 f.

²⁶⁾ Bjb. III 279 f. (22. 8. 69).

gegrabenen und beherrschten Bette fließen, ist es meines Erachtens nicht unsre Aufgabe, die Scheidelinie zwischen dem gelben Gewässer des Main und dem klaren unsres Rheines durch eine Betonung mit preußischer Flagge zu kennzeichnen.“²⁷⁾

Dieser Brief ist für uns doppelt wertvoll, weil die uns erhaltenen Randbemerkungen des Kanzlers zu Roons Schreiben den gleichen Geist atmen.²⁸⁾ Da diese Marginalien, für keines anderen Menschen Auge bestimmt, sicher Ausdruck seiner wahren Gesinnung sind, ist damit die innere Wahrheit des Briefes gewährleistet, zumal da Bismarck die gleichen Ansichten auch anderen gegenüber vertritt. Dem liberalen Bernstorff schreibt er im Frühjahr 1870 über den Kaiserplan: „Aus diesen Gründen hielt ich es für das Richtige, es bei der Herstellung der Sache bewenden zu lassen und das Aussprechen des Namens der Zukunft vorzubehalten. Die Bundesverfassung, deren Grundzüge schon gesichert waren, gaben dem König in Betreff Norddeutschlands recht eigentlich kaiserliche Attributionen; und was er formell, gleich den übrigen Bundesgliedern, von seinen bisherigen Rechten an den Bund abgab, mußte ihm, als dem wichtigsten Mitgliede und Haupt des Bundes, reich vermehrt wieder zugute kommen.“²⁹⁾ Selbst im preußischen Herrenhause vertritt der Kanzler die Ansicht, daß es wohl möglich sei, daß ein mißverständener preußischer Partikularismus den Bund schädige und ihn in seiner Entwicklung aufhalte; es sei ihm aber undenkbar, daß der Bund durch Pflege seiner Interessen die Interessen der 25 Millionen Preußen, die vier Fünftel seines Bestandes bilden, irgendwie schädigen könne, daß die Interessen Preußens und des Bundes nicht dieselben seien.³⁰⁾

Es ist oft betont worden, daß der Roonbrief das unitarisch gesinnteste Schriftstück sei, was je aus der Feder des Kanzlers geflossen ist³¹⁾, und es ist dann wohl, besonders unter Hinweis auf die „Egl. deutsche Flotte“ als Beweis für des eifrigsten Junkers Wandlung angeführt worden. Mit Unrecht; es ist der reinste und unverfälschteste Ausdruck preußisch-hegemonialer Gesinnung; gebraucht doch Bismarck in dem Erlasse an Bernstorff direkt Argumente, die an des eifrigsten Verfechters eines Großpreußentums, Heinrich von Treitschkes, Beweisführung in seiner „Politik“ erinnern.³²⁾ Bismarcks Ausgangspunkt ist auch jetzt noch ganz offenbar der Staat Preußen, dessen erster Beamter er ist. Nur weil der Bund ein „verlängertes Preußen“³³⁾ ist, hält er den schon 1859 vorausgesagten Zeitpunkt für gekommen, „Deutsch“ für „Preußisch“ zu setzen.³⁴⁾ Es ist eine

²⁷⁾ Ebd. 283 ff. (27. 8. 69).

²⁸⁾ Ebd. 279 f.

²⁹⁾ Hist. Ztschr. 27, S. 473 (17. 1. 70).

³⁰⁾ P. R. IV 286 (7. 2. 70).

³¹⁾ J. z. B. Triepel, Unitarismus und Föderalismus, 1907, 34.

³²⁾ H. v. Treitschke, Politik, ed. Cornicelius, I 39 f.; II 343 f.

³³⁾ Ebd. I 40 (Wort Kaiser Wilhelm I.).

³⁴⁾ J. o. S. 65 f.

Namensänderung, die die Sache unberührt läßt. „Nicht Preußen ging in Deutschland auf. . . Preußen dehnte die eigenen Institutionen aus auf das übrige Deutschland.“³⁵⁾ Daher geht selbst Fester noch zu weit, wenn er meint: „Der Held bleibt derselbe. Nur die Szene wechselt.“³⁶⁾ Nein auch die Szene bleibt dieselbe, nur der Name wechselt. Der ganze Streit, wann und ob Bismarck zum Deutschen geworden ist, bricht in sich selbst zusammen. Ein deutscher Stolz war von Jugend auf in ihm lebendig, ihn hat er auch in allen Stürmen der folgenden Jahrzehnte nie ganz verloren, er lebt auch jetzt in ihm, aber zum deutschen Politiker im Sinne der Liberalen ist er auch durch Königgrätz nicht geworden. Für ihn ist, das zeigen die drei oben angeführten Worte, der neue Bund ein vergrößertes Preußen. Er geht auch jetzt nicht von nationalen Gesinnungen, sondern nur vom preußischen Staatsinteresse aus. Er ist nach wie vor kurbrandenburger Vasall. Er hätte sich nach seinen eigenen Worten im Falle einer Spaltung zwischen deutschen und preußischen Interessen auf die preußische Seite geschlagen; gewiß solch eine Spaltung scheint damals unmöglich zu sein, aber es ist doch bezeichnend und erhebt dies Wort über den Charakter einer verbindlichen Phrase, daß, als ein Vierteljahrhundert später ein solcher Konflikt auszubrechen scheint, sich der greise Altreichskanzler unbedenklich auf die preußische Seite gegen seinen Nachfolger im Amte stellt.³⁷⁾

Wie stark Bismarck bei Schaffung der neuen Bundesverfassung von preußischen Gesichtspunkten ausgeht, zeigen die Putbusser Diktate. In diesen intimen Diktaten ist nur von Sicherung der preußischen Machtstellung die Rede, das Wort „Deutschland“ kommt darin kaum vor.³⁸⁾ Ein Bennigsen wäre sicher umgekehrt verfahren. Bismarck will den Norddeutschen Bund auch äußerlich zum rein preußischen Werkzeug machen, indem er ihn dem preußischen Auswärtigen Amte unterordnet. Sein Plan, Savigny, den letzten preußischen Bundestagsgesandten, auch zum ersten Kanzler des neuen Bundes zu machen, sagt allein genug. Als der Reichstag, dadurch, daß er dem Bundeskanzler Verantwortlichkeit beilegt, eine solch untergeordnete, abhängige Stellung dieses Amtes, wie sie Bismarck plant, unmöglich macht, wehrt Bismarck doch wenigstens mit aller Kraft die Reichsministerien ab, „nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie von föderativen Rücksichten auf die Verbündeten, sondern von dem Bestreben diktiert, die preußische Regierung von einer ihr organisatorisch fremden Reichsgewalt frei zu halten.“³⁹⁾

³⁵⁾ H. v. Treitschke, a. a. O., II 339.

³⁶⁾ Hist. Ztschr. 93, S. 123.

³⁷⁾ f. u. S. 121.

³⁸⁾ Keudell, 322 ff. (Herbst 1866).

³⁹⁾ Triepel, a. a. O., 106. Nicht zu vergessen ist freilich auch der Herrschertrieb B.s, der keine Kollegen, sondern nur Untergebene neben sich dulden will. f. P. R. III 242 f. (27. 3. 67).

Daß Bismarck gegen den preußischen Partikularismus ankämpft, ändert daran nichts, denn dieser war ihm nur mißverständener Patriotismus; nennt er doch den kräftigsten Ausdruck einer solch altpreußischen Reaktion — den Antrag des Grafen von der Lippe, daß Kompetenzerweiterungen des Bundes von der Zustimmung des preußischen Landtags abhängig sein sollen — ein strafbares und leichtfertiges Spiel mit den höchsten Interessen des Landes.⁴⁰⁾ Ebenso betreffen die Zugeständnisse an die verbündeten deutschen Staaten nur sekundäre Fragen, und auch diese werden noch stark abgeschwächt durch die öffentliche Erklärung, daß er, wo es sich um die großen nationalen Interessen handle, das Schwergewicht der preußischen Stimme in die Waagschale werfen werde, ohne sich um die dissentierenden Regierungen zu kümmern.⁴¹⁾

Von preußischen Gesichtspunkten ist auch die auswärtige Politik des Kanzlers geleitet. Wohl erstrebt er gleich nach dem Nikolsburger Frieden eine Ausöhnung mit dem Kaiserstaate, ja, er versucht schon damals ein Bündnis anzubahnen⁴²⁾, doch Rußland steht ihm noch näher und die russischen Interessen verdienen den Vorzug vor den österreichischen.⁴³⁾ Die Annexion Deutschösterreichs lehnt er unbedingt ab, da sich diese Provinzen dem „preußischen System“ nicht einfügen und so nur die preußische Führerschaft in Deutschland schwächen würden.⁴⁴⁾

In Deutschland hält Bismarck es für seine Aufgabe, an der Konsolidierung des Norddeutschen Bundes zu arbeiten, einen Eintritt Süddeutschlands — außer Hessen-Darmstadt⁴⁵⁾, — lehnt er vorläufig strikte ab und noch 1870 will er jeden Druck vermeiden.⁴⁶⁾ Eine „zu rasche Unifikation“ würde nur seinen Staat

⁴⁰⁾ Poschinger, Parlamentarier, II 70 (13. 11. 69 an Fürst Putbus); J. a. Ritter a. a. O., 313 ff.

⁴¹⁾ P. R. IV 166 (16. 2. 69). Ich glaube nicht, daß Bambergers Brief an Laster vom 22. 11. 1870 (Dt. Revue, 17, III 288): „Es käme ihm (Bismarck) gar nicht so darauf an, daß Preußen das bisherige Übergewicht im Bundesrat habe, im Gegenteil, er wünsche, daß das übrige Deutschland ins Gewicht falle“, Bismarcks wahre Ansichten ausdrückt.

⁴²⁾ K. Schurz, Lebenserinnerungen, 1907, II 493 (1867); Wertheimer, I 444, 487; K. A. v. Müller in Riezler-Jeitschdrift, 1913, 405 f. (13. 4. 67 zu Taufkirchen); Poschinger, Parlamentarier, II 110 (1866). R. v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, III, 1910, S. 65 (1867).

⁴³⁾ Plazhoff, Preuß. Jbb. 188, S. 302 f. (8. 10. 70; 6. 2. 71 an Reuß).

⁴⁴⁾ Schurz, a. a. O.; Wertheimer, I 522 f. (23. 7. 70 an Schweinitz); ders., Dt. Rdsch. 186, S. 35 f. (Bericht Wimpfens, 3. 1. 70).

⁴⁵⁾ Vergl. Schübler, Dt. Revue, 47, III 33 ff. (1867).

⁴⁶⁾ v. Müller, a. a. O. 406 und §. 3. B. P. G. 27, 579 ff. (13. 4. 67; 8. 9. 70 zu Taufkirchen); Wertheimer, I 523 (23. 7. 70 an Schweinitz); St. A. XIII, 87 f. (7. 9. 67, Rundschreiben) A. v. Sußow, Rückschau, 1909, S. 140 (11. 5. 68): „Wo man nicht weiß, ob die Partikularisten oder die Demokraten die ärgeren Feinde Preußens sind.“ Ebenso, S. 155 (1870); ferner P. R. IV 14 (2. 4. 68) und P. R. IV 305 ff. (24. 2. 70).

schwächen, ebenso wie die Eroberung Neapels, so betont er auch jetzt mehrfach, Italien geschadet habe.⁴⁷⁾

Den wahrsten Eindruck von Bismarcks Stellung zur deutschen Frage in diesen Jahren gibt die schon früher erwähnte Denkschrift des Grafen Bethusy-Huc für den preußischen Kronprinzen. Sie gehört zu dem Tiefsten und Verständnisvollstem, was damals über den Kanzler und seine Politik geschrieben wurde. An den Eingang stellt der Graf den Satz: „Es muß dekliniert werden: Macht, Einheit, Freiheit, nicht umgekehrt. . . Darum, so hoch ich die deutsche Nationalität stelle, so stelle ich die Einheit des Staates doch noch höher, und indem ich nie aufhören werde, die Vereinigung des ganzen deutschen Vaterlandes zu erstreben, begnüge ich mich zur Zeit mit einem festgeschlossenen, zentralisierten Norddeutschland lieber als mit einem losen, über ganz Deutschland sich ausbreitenden Staatenbund. . . Graf Bismarck ist primo loco spezifischer Preuße. Für einen klaren Kopf, wie der seinige, führt das Preußentum aber mit Notwendigkeit zum Deutschtum hinauf, wie das Deutschtum zum Preußentum hinab. . . Er ist im gewöhnlichen Sinne vollkommen prinzipienlos, hat mit allen seinen früheren Prinzipien gebrochen. Eines vertritt ihm alle anderen: Preußen hoch und mächtig in Deutschland. . . Was ihn zum großen Manne stemmelt, ist die warme Blut seines preußischen Herzens . . . und die mächtige Energie seines Willens. . . Gewiß hat Graf Bismarck persönlichen Ehrgeiz, aber er ist längst mit dem preußischen identifiziert.“⁴⁸⁾

Die alte Zeit der Entweder=Oder, die Zeit des dialektischen Denkens und der unbedingten Ideale ist vorbei, an ihre Stelle ist die Zeit des modern-realistischen Sowohl=Als=auch getreten.⁴⁹⁾ Bismarck geht auch jetzt vom Staate aus und stellt die Macht seines Staates über Einheit und Freiheit. Sein Staat ist Preußen, doch dies Preußen ist jetzt zugleich und untrennbar auch Deutschland. Wir sehen noch deutlich, daß sein Weg zur deutschen Politik über Preußen geht, doch zugleich fließen ihm jetzt preußische und deutsche Interessen in Eins zusammen. Daher können wir bei aller strengpreußischen Gesinnung des Kanzlers, die sich nirgends verleugnet, Bethusys Wort noch erweitern und sagen: Nicht nur sein persönlicher, auch sein preußischer Ehrgeiz hat sich längst mit dem deutschen identifiziert.⁵⁰⁾

⁴⁷⁾ J. Fröbel, Ein Lebenslauf, 1891, II 542 (14. 12. 68); Benedetti, Ma mission en Prusse, 264 (5. 1. 68).

⁴⁸⁾ M. v. Poschinger, Kaiser Friedrich III., Bd. II, 264ff. (25. 2. 67).

⁴⁹⁾ Nach Meinecke, 492.

⁵⁰⁾ J. Poschinger, Porteff. I 16 (17. 2. 70 an Graf Stollberg): „Das entscheidende Moment, welches die gouvernementale Presse in ihren Bestrebungen zur Überwindung der partikularistischen zu betonen haben wird, liegt in der deutschen und nicht in der preußischen Nationalität. Die letztere ist ein Ausdruck, unter welchem wir Preußen gewohnt sind, uns die erstere vorzustellen.“

7. Der Reichskanzler.

In den letzten sieben großen Kriegsjahren war mit einem Mal die Summe gezogen worden aus zwei Jahrhunderten preußischer Geschichte. Schlag auf Schlag hatten alle Aufgaben ihre Lösung gefunden, an denen die Staatskunst der Hohenzollern so viele Geschlechter hindurch gearbeitet hatte. Preußen=Deutschland gehörte jetzt, wie der Kanzler so manches Mal in diesen Jahren mit einem Worte des alten Fürsten Metternich sagte, zu den saturierten Staaten. Es hatte keine Bedürfnisse mehr, die es durch das Schwert erkämpfen konnte.¹⁾ Dafür harrten jetzt im Inneren des neuen Gebäudes der Hand des Meisters mannigfache Aufgaben. Die großen Kämpfe gegen die inneren Reichsfeinde, gegen die Ultramontanen und Sozialdemokraten, geben den folgenden Jahrzehnten das Gepräge. Für unser Thema ist daher die scharfe Umkehr von 1879 nur ein neuer Ton, aber kein neuer Einlaß. Wir können die ganze Kanzlerzeit in einem betrachten.

Wie in den letzten Jahren spricht auch in diesen Jahrzehnten der alte Rede häufig von „dem großen Gedanken der Nationalität“, der ihn begeisterte²⁾, von Patriotismus³⁾ und nationalem Sinn⁴⁾, von der Liebe zu seiner Nation, der Liebe zu seinem Vaterlande, die ihn beseele, die ihm den Schlaf in der Nacht und die Ruhe am Tage raube und ihn dazu treibe, sein letztes bißchen Atem in seinem Dienst aufzuzehren.⁵⁾ Getreu seinem Wahlspruch: Patriae inserviando consumor, will er, solange ein Faden an ihm ist, dem Vaterlande dienen.⁶⁾ Nationalgefühl ist für den Kanzler nicht so sehr Gefühl für eine angeborene Gemeinsamkeit als eine stete Forderung und Aufgabe; es ist für ihn die höchste Steigerung des Pflichtgefühls. In dieser Auffassung werden wir bestärkt, wenn wir sehen, daß für ihn auch jetzt die Nation in erster Linie nicht eine kulturelle, nicht eine Rassen- oder Sprachgemeinschaft, sondern die politische Gemeinschaft des Staates ist, ja daß für ihn Nation und Staat oft in Eins zusammenlaufen und vollkommen identisch werden. Man hat den Eindruck, daß er über das Wort Ranfes: „Der Staat ist seiner Natur nach bei weitem enger geschlossen als die Nation; er ist eine Modifikation wie des menschlichen so auch des nationalen Daseins“⁷⁾ noch hinausgeht und den Staat mit der Nation gleichsetzt. Das zeigt sich schon daran, daß Bismarck ebenso oft wie von National-

¹⁾ P. R. XII 177 (11. 1. 84).

²⁾ P. R. VIII 182 (8. 5. 80); IX 369 (12. 6. 82).

³⁾ P. R. IV 323 (24. 2. 70).

⁴⁾ P. R. XII 452 (6. 2. 88).

⁵⁾ P. R. XI 92f. (14. 3. 85).

⁶⁾ P. R. XIII 250 (4. 2. 81).

⁷⁾ Politisches Gespräch, S. W. 49/50, S. 326.

gefühl und Patriotismus von dem „Staatsgefühl, das uns immer leiten müsse“, ⁸⁾ und der Staatsraison, der sich selbst der König zu beugen habe⁹⁾, spricht. Er bemerkt es als etwas Selbstverständliches, über das er sich nicht im geringsten aufregt oder wundert, daß, wenn die deutsche Einheit zerfiele, die deutschen Fürsten wieder Anlehnung an das Ausland suchen würden und müßten, weil es ihnen ihr staatliches Interesse gebietet.¹⁰⁾ König Wilhelm von Württembergs Wort, daß ihm das Hemd (Württemberg) näher sei als der Rock (Deutschland), und er infolgedessen, solange Straßburg französisch sei, sich an Frankreich anlehnen müsse, wird durch Bismarck nicht etwa als undeutsche Rheinbundreminiszenz gebrandmarkt, sondern erscheint ihm von seinem staatlichen Gesichtspunkte aus als durchaus berechtigt.¹¹⁾ Zwingend wird in uns aber dieser Eindruck von der Gleichsetzung von Staat und Nation durch des Kanzlers Worte und Taten gegen die Polen, die Sozialdemokraten und die Auslandsdeutschen.

Wie einst schon im Norddeutschen Bunde stellen auch 1871 wieder die polnischen Abgeordneten im ersten Reichstag des neuen Reiches den Antrag auf Nichteintritt der Provinz Posen in den Reichsverband. Sie berufen sich dabei auf einen Passus der Thronrede, daß das Deutsche Reich die Unabhängigkeit aller anderen Völker und Staaten achten und schonen wolle. Bismarck antwortet kurz: „Die Herren gehören zu keinem anderen Staate und zu keinem anderen Volke als zu dem der Preußen, zu dem ich selbst mich zähle.“¹²⁾ Die These des Kanzlers, daß der Staat das Volk bilde, ist besonders gut an Preußen zu erkennen, wo es eben nur eine preußische Staatsnation, nicht aber einen preußischen Stamm als staatsbildendes Moment gibt. Bismarck kehrt seine These auch um und wendet sie in negativer Form an zur Begründung von Ausnahmegeetzen gegen einzelne Volksschichten. „Was nicht will deichen, das muß weichen; wer nicht mitarbeiten will an dem Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat.“¹³⁾ Da ihm Nationalgefühl Betätigung im Dienste des Staates ist und der Staat die Nation, nennt er diese reichsfeindlichen Parteien geradezu „fremdländische“¹⁴⁾ und nicht mehr „landsmannschaftlich“.¹⁵⁾ Diesen Titel beschränkt

⁸⁾ *Gabriac*, *Souvenirs diplomatiques*, 1896, S. 191; *J. a. p. R.* V 31 (1. 5. 72); *Aus dem Leben des Geheimen Rats O. Wehrmann* 1910, S. 76 (2. 10. 69) und *Politik* II 128 (24. 1. 77 an Schweinitz): „Das Staatsgefühl einer so großen Nation, wie die russische...“

⁹⁾ *Politik* I 321f. (17. 5. 77 Marginalie).

¹⁰⁾ *G. u. E.* III 15f. (6. 1. 88 an Wilhelm II.).

¹¹⁾ *P. R.* II 276 (22. 1. 64); V 51f. (2. 5. 71); *Poschinger, Tischgespräche*, I 261 (13. 9. 70).

¹²⁾ *P. R.* V 13 (1. 4. 71).

¹³⁾ *P. R.* XI 435 (28. 1. 86) vgl. *Bismarck, Deutscher Staat*, eingel. v. *H. Rothfels*, 1925, S. 421f. (20. 7. 87 an Puttkammer).

¹⁴⁾ *P. R.* X 260 (26. 11. 84).

¹⁵⁾ *P. R.* XII 626 (18. 5. 89); *G. u. E.* III 42.

Bismarck nicht etwa auf Polen und franzosenfreundliche Elsäßer, sondern dehnt ihn auf Sozialdemokraten und Welfen und in den heißesten Kampftagen gelegentlich selbst auf das Zentrum aus.

Am schärfsten kann man diese Stellung des Kanzlers an seinen Ansichten über die Auswanderer erkennen. Durch diese fällt auch noch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Austreibung der Reichsfeinde vom Boden des Reiches, die er in dem eben zitierten Wort als nur recht und billig bezeichnet. Ende der siebziger Jahre war die Auswanderung infolge der wirtschaftlichen Krise stark angeschwollen, doch Bismarck erkennt in patriotischen Fragen wirtschaftliche Motive nicht als Beweggründe an. Für ihn sind Auswanderer „Überläufer“. „Die Betätigung eines Interesses für dieselben seitens des Staates ist unpraktisch, und die dahin gerichteten Bestrebungen sind nur durch das geringe Maß von nationalem Selbstgefühl der Deutschen zu erklären.“¹⁶⁾ „Auswanderer, die Deutschland verlassen haben, sind nicht mehr wie jeder Ausländer Gegenstand der Fürsorge des Reichs, d. h. in den Grenzen christlicher Menschenliebe wie jeder Fremde“.¹⁷⁾ Am deutlichsten tritt die Gleichsetzung von Staat und Nation in einem Erlasse aus dem Jahre 1873 hervor: „Die Tätigkeit der deutschen Behörden gehört den Angehörigen des Reichs, aber nicht denen, welche aufgehört haben, es zu sein, indem sie sich freiwillig von ihrem Vaterlande los sagten“.¹⁸⁾ In diesen Worten kommt der ganze Bismarck mit seinem realen erdgebundenen Nationalgefühl zutage, er liebt das Land, in dem er wirkt, und aus dem er seine Nahrung zieht, und hat überhaupt kein Verständnis für Leute, die ihr Vaterland abstreifen wie einen alten Rock¹⁹⁾; denn die Möglichkeit auch in der Fremde unter Fremden ein guter Deutscher zu bleiben, die kennt sein Patriotismus nicht, da ihm die Nation in erster Linie die staatliche und keine

¹⁶⁾ Poschinger, Stunden bei Bismarck, Wien, S. 87.

¹⁷⁾ Poschinger, Neues Bismarckjahrbuch I 1911, S. 220 (17. 3. 73, Marginalie).

¹⁸⁾ Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, hrg. H. v. Poschinger, I, 1890, S. 189f. (15. 10. 73). Vgl. jetzt auch Bismarck an Oberpräsident v. Möller (24. 10. 72): „Auch die Ausweisung der Deutschen aus Frankreich, von der in der Anlage die Rede ist, schreckt mich nicht. Wer das Vaterland verläßt, nicht zur Betreibung vorübergehender Geschäfte, sondern um dauernd seinen Aufenthalt im Ausland zu nehmen, hat kein unbedingtes Recht auf Schutz; ob ihm derselbe zu gewähren ist, ist eine Frage der Politik und meine in Rußland gewonnene Anschauung, daß es nicht nützlich ist, in fremden Ländern ein Kolonat zu unterhalten, welches den deutschen Schutz beansprucht, ohne Pflichten gegen Deutschland zu erfüllen, ist durch das Verhalten der in Frankreich domizilierten Deutschen befestigt worden. Die militärische Sicherheit der deutschen Grenze in dem nächsten und vielleicht nahen französischen Kriege ist jedenfalls wichtiger als die Beschützung der freiwillig Expatriierten.“ (G. Wolfram, Oberpräsident v. Möller und die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage, B. 1925, S. 81). Auch dieser neue Brief zeigt schön, wie Bismarcks nationalpolitische Anschauungen allerorts durch persönliche Erfahrungen bestimmt werden, und wie stark für ihn die außenpolitischen Gesichtspunkte maßgebend sind.

¹⁹⁾ P. R. X 208 (26. 6. 84); Poschinger, Tischgespräche, I 298 (1890).

geistige Gemeinschaft ist. Das ist derselbe Bismarck, der denen, die ihm zu seiner Genesung einen ägyptischen Aufenthalt anraten, antwortet; daß er lieber in Deutschland begraben sein möchte als in Ägypten weiter leben.²⁰⁾ Dies ist ja das Große und Gewaltige an seinem Nationalgefühl, daß er nicht nur Forderungen für andere aufstellt, sondern selbst der Erste ist, der ihnen unbedingt getreu nachlebt.

Aus politischen Gründen verschließt Bismarck auch seine Ohren den Klagen der Deutschen. Einem russischen Diplomaten klagt er 1879, daß von Zeit zu Zeit von den baltischen Provinzen die Rede sei, um Deutschland und Rußland zu entzweien. „Ich werde jedesmal traurig, wenn ich höre, daß Russen sie deutsche Provinzen nennen. Nennt sie lettische Provinzen oder sonstwie, wenn Ihr ihnen nicht den Charakter russischer Provinzen gönnt. Jedenfalls sind sie nicht das, was wir unter einem deutschen Lande verstehen. Wenn ich Nationalitätenpolitik zu machen hätte, würde ich meine Aufmerksamkeit nicht dorthin richten. Nur der Adel, kann man sagen, ist deutschen Ursprungs, und der Kaiser von Rußland besitzt keine treueren Untertanen.“²¹⁾ Dies ist nicht etwa eine gelegentliche Äußerung zu einem Russen in der Krisenzeit nach dem Berliner Kongresse, nein, der Kanzler vertritt diese Politik ebenso deutschen Staatsmännern und baltischen Freunden gegenüber. Er treibt nationale und nicht Nationalitätenpolitik, diese ist ein Begriff, der in seinem politischen Wörterbuch fehlt. Das einzige und sehr bezeichnende Heilmittel, das er gelegentlich den Balten anrät, ist Rückwanderung in die alte Heimat, in das Reich.²²⁾ Kann man sich schärfen von allen alldeutschen Tendenzen losjagen? Erst recht lehnt er natürlich alle Bestrebungen ab, Holland zu annektieren; sie gelten ihm für ganz phantastisch.²³⁾

²⁰⁾ Whitmann, 190 (1895).

²¹⁾ Fester, Saburow . . . Grenzboten, 1921, II 57; s. a. Politik, VI 375 (Schweiniß an Caprioli, 28. 4. 90); J. E. Motley, Briefwechsel, 2. Ausg. 1899, II 364f. (1872); Politik, V 53f. (1886, Marginalie).

²²⁾ v. Ottingen, B.-Erinnerungen, Südd. Monatsh. 20, II 35; Mittnacht, N. S. 45 (1885). Eingewirkt mag hier haben, daß dieser Weg damals mehrfach beschritten wurde, so von des Grafen Keyserling, seines besten Freundes, Schwiegersohn. Nach v. T a u b e, Graf A. Keyserling, 1902, II 593, hat B. auch einmal zugunsten der Balten bei Gortschakow interveniert, ist aber schroff abgewiesen worden. Die Intervention geschah bezeichnenderweise in einer konfessionellen, nicht in einer nationalen Frage. s. dazu auch Hofmann, II 171.

²³⁾ Motley, a. a. O.; Crispi, Memoiren, D. A. 1912, 34 (1877); daran ändern auch die sehr seltenen Worte B.s von einem mitteleuropäischen Bündnisystem, daß er plane, nichts, denn dies war stets nur als außenpolitischer Bund souveräner Staaten gedacht. So viel ich sehe, findet sich nur bei Morley, The Life of Gladstone, 1903, II 320, eine angebliche Äußerung B.s aus dem Jahre 1865 — ohne Quellenbeleg und aus zweiter oder dritter Hand überliefert —, daß er um der holländischen Kolonien willen hollands Besitz erstrebe; ich halte dies schon der Begründung wegen für sehr unwahrscheinlich, obgleich es interessant ist, daß diese auch hier nicht völkischer, sondern staatlischer Natur ist.

Der größte deutsche Außenposten war aber damals wie heute Deutschösterreich. Jeder deutsche Kanzler mußte zu dieser Frage Stellung nehmen. Bestanden doch nicht nur im Reich starke großdeutsche Strömungen, die das kleindeutsche Reich — schon der Name sollte ein Vorwurf sein — der Zerreißung der deutschen Nation anklagten und es deswegen ablehnten, sondern auch in Österreich selbst arbeiteten unter Schönerers Führung zahlreiche Volkskreise an der Wiedervereinigung mit den Brüdern im „Reiche“. Wie stand Bismarck zu diesem Problem? Die äußeren Tatsachen sind ja bekannt. Er hat 1866 gegen seines Königs Widerstand Österreich geschont, um möglichst bald wieder ein Bündnis mit dem Kaiserstaat abschließen zu können. 1879 hat er dies Ziel, wieder im Kampfe gegen Wilhelm I., erreicht, ja, er hegt sogar den Plan, den Bund zu einem Verfassungsbündnis, das nur mit Zustimmung der Parlamente zu lösen wäre, auszugestalten.²⁴⁾ Der Kanzler hat damit das Programm der kleindeutschen Partei der Paulskirche in vollem Umfange verwirklicht, und wohl keiner seiner Taten hat das Volk so einmütig zugejubelt, wie diesem neuen Bunde. Für Windthorst wie für Bennigsen war das wiederangeknüpfte Band mit den losgerissenen Brüdern im Süden die Erfüllung einer nationalen Forderung, denn bedauert haben doch 1849 wie 1866 alle Parteien den Ausschluß Österreichs, mögen sie ihn auch als eine Notwendigkeit anerkannt haben. Dachte auch Bismarck wenigstens in diesem abgeschwächten Sinne der Liberalen großdeutsch und hat er aus diesem Grunde den Bund geschlossen?

Im Parlament und, um seinen „alten Herrn“ umzustimmen, hat er wohl zuweilen an die tausendjährige Gemeinsamkeit der gesamtdeutschen Geschichte appelliert²⁵⁾ und betont, daß sich „das deutsche Vaterland“ auch an der Donau, in Steiermark und Tirol noch wiederfindet, in Mostau und Petersburg aber nicht.²⁶⁾ Was er in Wahrheit von diesen Argumenten hält, zeigt, daß er „das deutsche Vaterland“ in Anführungszeichen schreibt, denn für ihn sind nicht sie, sondern nur die Gründe der großen Politik maßgebend und er benützt diese populären Strömungen nur als Stein in seinem Spiel.²⁷⁾ Er sagt selbst ganz offen in seinen „Gedanken und Erinnerungen“: „Diese Fragen der Popularität in Deutschland und des Völkerrechts (Hinweis auf den alten Deutschen Bund) standen jedoch für mich in zweiter Linie und waren zu erwägen als Hilfsmittel für die eventuelle Ausführung. . . Mir erschienen die Gründe, die in der politischen Situation uns auf ein österreichisches Bündnis hinwiesen, so

²⁴⁾ *Politik*, III 72 und 254 (12. 9. 79 u. 21. 2. 83 an Reuß); Pribram, *Österr. Rdsh.* 17, 1921, 15 f. (28. 2. 83 zu Kronprinz Rudolf).

²⁵⁾ *Politik* III 27 (31. 8. 79 an Wilhelm I.).

²⁶⁾ *Ebd.* 58 (7. 9. 79 an dens.).

²⁷⁾ *Ebd.* 20 (24. 8. 79 an dens.); Chaudordy, 257 ff. (Bericht St. Valliers, 14. 9. 79).

zwingender Natur, daß ich nach einem solchen auch gegen den Widerstand der öffentlichen Meinung gestrebt haben würde.“²⁸⁾ Wenn wir bedenken, daß Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ seine Politik im allgemeinen deutschnational gefärbt erscheinen läßt, muß dies Zeugnis doppelt schwer wiegen.

Österreich ist für Bismarck eine ausländische Macht wie jede andere.²⁹⁾ Nur die gemeinsamen Interessen verlangen den Bund. Bismarcks deutsche Empfindungen erstrecken sich auch hier nur auf die Interessensphäre seines Staates. Das beweist auch seine Haltung gegen die Deutschen der Donaumonarchie. Der Zweibund, den Bismarck mit dem Magyaren Andrassy abschloß, ist wohl gelegentlich ein Bund zwischen Ungarn und Bismarcks Deutschland genannt worden³⁰⁾, und nicht mit Unrecht; denn die Leidtragenden des Bündnisses waren gerade die, die es am lautesten bejubelten, die Deutschen Österreichs. Jetzt brauchte man am Ballplatz keine Angst mehr vor Anschlußgedanken zu haben und konnte die Deutschen ruhig zurücksetzen zugunsten der Slaven, denn ihnen ging jetzt ja der Halt am Reiche verloren.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ spricht Bismarck von der gewaltigen Begeisterung, mit der ihn 1879 die Österreicher in Wien begrüßten, ohne eigentliche Liebe, kühl und mit einer Art von leisem Erstaunen. Er sucht nach Gründen, geographischer, kultureller und dynastischer Art, um sich die auffallende Tatsache zu erklären; er beklagt „die unbequeme Notwendigkeit“ des dauernden Grüßens. Man merkt deutlich, sein Herz hat nicht mitgeschwungen, ihm ist die Begeisterung des österreichischen Volkes für einen fremden Staatsmann im Grunde unverständlich.³¹⁾ Als ihm zu seinem 60. Geburtstag die großdeutschen österreichischen Studenten eine Adresse überreichen wollen, läßt er dem Überbringer, es war Hermann Bahr, durch seinen Rat antworten, er „freute sich, uns so gut deutsch gesinnt zu wissen, was wir aber nicht besser beweisen könnten, als wenn wir unsere ganze Kraft einsetzten, Österreich stark zu machen. Deutschland rechne auf uns, es brauche uns aber in Österreich. Ein mächtiges Österreich sei Deutschland unentbehrlich.“³²⁾ So lehrt er die jungen Studenten, daß

²⁸⁾ G. u. E. II 237; f. a., Schwertfeger, Die dipl. Akten d. auswärt. Amts 1871 bis 1914, I, 1923, 400 (27. 6. 79 zu St. Vallier); Wertheimer, II 367 (1876); Dt. Revue 38, I 277 (1875).

²⁹⁾ Besonders deutlich in der großen Rede v. 6. 2. 88 (P. R. XII 466): „Wir haben vermöge der Gleichheit der Interessen, vermöge dieses Vertrages (dem Dreibunde) . . . zwei zuverlässige Freunde, — zuverlässig nicht aus Liebe zueinander, denn Völker führen wohl aus Haß gegeneinander Krieg; aber aus Liebe, das ist noch gar nicht dagewesen, daß sich das eine für das andere opfert.“ Ein Wort wie die „Ubelungentreue“ wäre für B. unmöglich gewesen.

³⁰⁾ So Rapp, Südd. Monatsh. 12 II, 1915, 129; f. a. G. u. E. II, 77 u. 234.

³¹⁾ G. u. E. II 244 f.; f. a. Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, 1899, 143.

³²⁾ Bahr in: Die Tat, VI, 1915, 587.

für ihn Nationalgefühl Dienst an dem Staate ist, in dem man geboren ist, daß ein Österreicher, ob Deutscher oder Slave, eben nicht Deutscher oder Slave, sondern Österreicher zu sein hat und danach handeln muß. Als 1871 das Ministerium Hohenwart-Schmerling ans Ruder kommt und auf die Slaven gestützt gegen alle großdeutschen Bestrebungen vorgehen will, versichert Bismarck mehrfach den österreichischen Staatsmännern, sie könnten mit den Deutschen machen, was sie wollten, er würde sich um nichts kümmern, wenn die österreichische Regierung nur Deutschland völlig freie Hand gegen Frankreich lasse.³³⁾

In Ungarn trieb die herrschende Magyaren-schicht eine rücksichtslose Nationalitätenpolitik gegen die Siebenbürger Sachsen. Da aber ein starkes Ungarn unbedingte Voraussetzung der Erhaltung der Donaumonarchie war, beklagt sich Bismarck nur über „die Taktlosigkeiten deutscher Professoren und Journale“, die darüber soviel jammern.³⁴⁾ Seinem Botschafter schreibt er, daß sich das Deutsche Reich zu mehr als zum Bedauern einer solchen Situation nicht befugt halte, am wenigsten dürfe es dadurch seine politischen Beziehungen zur Regierung des betreffenden Landes beirren oder sich gar zu einer Einmischung in deren inneren Angelegenheiten bestimmen lassen.³⁵⁾ Deutlich zeigt dies Wort, daß Bismarck wohl mit den Volksgenossen jenseits der Grenzen mitfühlen kann, obgleich uns das konventionelle Wort „Bedauern“ keine weitgehenden Schlüsse erlaubt, daß er aber als Staatsmann diesen Empfindungen keinen Einfluß auf seine Politik gestatten will und darf. Er darf sich nicht zum Nationalitätenprinzip bekennen, da dies notwendig bei Rußland und Österreich, zugleich seinen beiden mächtigsten Verbündeten, Mißtrauen geweckt haben würde. Und schließlich waren ja nicht nur sie, sondern auch sein eigener Staat Preußen-Deutschland, wenn auch in geringerem Maße, ein Nationalitätenstaat, der neben Franzosen und Dänen, eine große Zahl Polen in seine Grenzen einschloß. Gerade hier hatten ihm früher die erwähnten Vorstöße der Polen im Reichstag 1871 gezeigt, wie leicht sie geneigt waren, Kapital aus seinen Äußerungen für ihre Bestrebungen zu ziehen.

Das bisher Gesagte läßt erkennen, daß Bismarck nicht daran denkt, den Anschluß der österreichischen Erblande an das Reich zu erstreben. Gewiß ist der außenpolitische Grund für ihn die Hauptsache. Deutschland braucht für den Fall eines Zweifrontenkampfes ein starkes Österreich neben sich in Mitteleuropa.³⁶⁾ Wenn er aber jeden deutschen Minister, der den Gedanken des Anschlusses ausführen wolle, in nicht mißzuverstehender Weise mehrfach geradezu für geisteschwach erklärt³⁷⁾, wenn er soweit geht, zu behaupten, daß

³³⁾ Waldersee, Denkwürdigkeiten, I 165 (1871); Wertheimer, I 552 (1871).

³⁴⁾ Pribram, Österr. Rdsch. 17, 1921, 16 (28. 2. 83 zu Kronprinz Rudolf).

³⁵⁾ Wertheimer, II 112 (25. 2. 74 an Schweiniß).

³⁶⁾ J. a. Beil. 3. Allg. Ztg. 1905, I 322 (1887 zu Kaulbars).

³⁷⁾ Wertheimer, I 523; Poschinger, Also II 203f. (1874 zu Jofai).

er einen Anschluß der Deutsch-Österreicher selbst mit Gewalt hindern werde³⁸⁾, so sehen wir, daß noch andere Gründe mitgesprochen haben müssen. Es waren innere Gründe, die den Kanzler hier bestimmen. Er selbst gibt zu wiederholten Malen drei Gründe an: es sei unmöglich, Wien zur Grenzstadt zu machen und es würde durch den Anschluß das ultramontane und antipreußische Element im Reich in unerwünschter Weise verstärkt. Alle drei Gründe sind nur vom preußischen Standpunkt aus zu verstehen. Nur der Berliner, der auf ein protestantisch-preußisches Reich eingeschworen ist, kann sie verteidigen. Wir müssen uns jetzt fragen: ist Bismarck als Reichskanzler Preuße oder Deutscher gewesen, oder genauer gefaßt, um die mißverständlich scharfe Antithese des Entweder=Oder zu vermeiden — denn er bleibt natürlich auch als Preuße Deutscher — wie weit war in dem nationalen Denken und Fühlen des Kanzlers auch noch nach 1871 das Preußentum eine lebendige, seine Politik bestimmende Kraft?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zunächst über die Quellen des kanzlerischen Nationalgefühls vergewissern und sehen, ob auch diese über 1871 hinaus dieselben geblieben sind, ebenso wie der Orientierungspunkt, der Staat, unverrückt der gleiche geblieben ist. Die Quellen, aus denen Bismarck in den bisherigen Jahrzehnten seinen Patriotismus gespeist hat, waren vor allem der Christ, der Dasall und der preußische Offizier in ihm, und zu diesen dreien, so sahen wir stets, kam ein urwüchsiger nationaler Stolz und ein inniges Verwachsensein mit der heimischen Scholle. Diese sind es auch, so sagen wir gleich im voraus, aus denen der Reichskanzler die Kraft zu seinen gewaltigen nationalen Taten zieht.

In Ferrières, auf französischer Erde, spricht Bismarck im Kreise seiner Beamten einmal über die Quelle seines Pflichtgefühls.³⁹⁾ Es ist sein christlicher Glaube, nur infolge seines Glaubens diene er dem Könige, sonst sei er von Natur Republikaner. „Warum, wenn es nicht göttliches Gebot ist, — warum soll ich mich denn diesen Hohenzollern unterordnen? Es ist eine schwäbische Familie, die nicht besser ist als meine, und die mich dann gar nichts angeht.“ Nicht nur die Quelle seines Pflichtgefühls, nicht nur die Ursache seines Royalismus ist dieser Glaube, er ist darüber hinaus auch ein Born, aus dem sein Patriotismus stets neue Nahrung schöpft. „Nehmen Sie mir diesen Glauben, und Sie nehmen mir das Vaterland“, den Glauben an eine göttliche Ordnung, die diese deutsche Nation zu etwas Gutem und Großem bestimmt hat. Ja, auf den Einwurf eines Tischgenossen, daß ebenso wie bei den alten Griechen, deren Vaterlandsliebe doch groß gewesen sei, so auch jetzt viele ohne jeden Glauben nur aus Staatsgefühl und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit handelten, lehnt Bismarck diese Ansicht ab und führt es auf den Rest des alten von den Vätern ererbten

³⁸⁾ Poschinger, Also, II 203f. u. III 42f. (80er Jahre).

³⁹⁾ Busch, I 247 ff. (28. 9. 70).

Glaubens zurück. Nicht nur dieses eine Mal finden wir solche Gedankengänge bei ihm⁴⁰⁾, es ist keine gelegentliche Konversation, sondern seine feste Überzeugung, die er sich aus der Jugend bewahrt hat. Vaterland und Gottesglaube bilden sich hier völlig in Eins. In den pommerschen Kreisen hat er diesen Glauben empfangen. Seine Spuren aber führen uns in die Zeit der Freiheitskriege zurück, wo für Arndt und den Freiherrn vom Stein christliche und nationale Gefühle fest ineinander verwoben waren.

Für die Stärke dieser religiösen Grundlage von Bismarcks Nationalgefühl spricht auch seine starke Wertung der konfessionellen Grenzen. Wir fanden schon in der Frankfurter Zeit einzelne Äußerungen, in denen der Gesandte die konfessionelle Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland stärker betonte, als die Grenze zwischen Norddeutschen und Skandinaviern. Jetzt war Nord und Süd in einem Staate vereint. Vom Augenblick der Reichsgründung an lief aber auch der Ultramontanismus gegen das neue Gebäude, gegen die preußisch-protestantische Leitung Sturm. Unter seinen Fahnen sammelten sich alle partikularistischen und reichsfeindlichen Elemente, mochten es nun Welfen, Polen oder Elsäßer sein. Ihr Führer, der Welfe Windthorst, führte am erbittertsten den Kampf gegen den Reichskanzler. So ist es nicht erstaunlich, daß bei dem Kanzler die Ansichten der Frankfurter Zeit erneut Geltung gewinnen. Zu seinem vertrauten Mitarbeiter Lothar Bucher soll er einmal gesagt haben, daß er, wenn er auf eine Insel verschlagen würde, wo nur zwei Menschen, ein Katholik und ein Skandinavier, sich aufhielten, sich wahrscheinlich an den letzteren anschließen würde.⁴¹⁾ Selbst wenn er im Abgeordnetenhaus eine Rede schließt: „Es handelt sich nur darum, ob es uns nicht gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen, als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören“⁴²⁾, klingt dies, im Gegensatz zu so manchem anderen Kanzlerwort, recht unbestimmt, man merkt, wie schwer es in diesem Falle ihm selbst wird, die Forderung zu erfüllen, die er an andere stellt.

Aus diesen Gedanken heraus lehnt Bismarck jedes Streben nach Einverleibung „des katholischen, ultramontanen, fanatischen Elementes Tirols, der Steiermark, Krains, und Kärntens“ ab, denn nach seiner Ansicht, und das ist sehr

⁴⁰⁾ Keudell sagt zu Busch später, so habe sich der Chef schon öfters geäußert. S. a. Keudell, 18f.; P. R. VII 280 (9. 10. 78); V 279 (10. 2. 72): „Mein lebendiger, evangelischer christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin, und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat . . . dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren.“

⁴¹⁾ Poschinger, Stunden bei Bismarck, 159f.

⁴²⁾ P. R. XII 118 (4. 5. 86); S. a. G. u. E. III 16 (6. 1. 88 an Wilhelm II.): „Der nationale Glaube ist auch den Sozial- und anderen Demokraten gegenüber . . . stärker als der christliche. Ich bedaure es, sehe aber die Dinge, wie sie sind.“ Der Brief soll freilich vor Stöcker warnen. S. a. P. R. XIII 275 (16. 9. 94).

bezeichnend, wäre das Ergebnis einer derartigen Annexion „der Bürgerkrieg binnen kurzer Frist und die Aufteilung des Deutschen Reiches in zwei feindliche Staaten, einen protestantischen im Norden, einen katholischen im Süden, der aus den Deutschen Österreichs, aus Bayern, Württemberg und dem Großherzogtum Baden gebildet wäre.“⁴³⁾

Bismarcks lebendiger protestantischer Glaube ist so auch in diesen Jahren wie bisher eine starke Quelle seines Patriotismus, ja zuweilen droht der überreich quellende Bach über seine Ufer zu treten und die rein nationale Staatspolitik einzuengen.

Die zweite Quelle des kanzlerischen Nationalgefühls ist der Royalismus. Wie sich einst der Junker in den Revolutionsjahren zu der untrennbaren Einheit von Königsdienst und Vaterlandsdienst bekannte, so bekennt sich auch der Kanzler freudig und unbedingt zu dem Schlachtruf der Väter: „Mit Gott für König und Vaterland!“⁴⁴⁾ Ihm ist diese Devise kein leerer Schall, sondern eine lebendige Wahrheit, in der, fest ineinander verwoben, ein Glied notwendig das andere bedingt. Wir sahen schon in dem Gespräch von Ferrières diese enge Verknüpfung.

Royalist ist er von Geburt als fürbrandenburger Vasall und Altmärker⁴⁵⁾ und als treuer Diener seines Königs, mit dem ihn ein so einzigartiges persönliches Treuverhältnis verbindet. Kann man solche Gefinnung schöner ausdrücken als in dem Abschiedsbriefe an Roon bei dessen endgültigem Rücktritt: „Gefochten soll sein, das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direkt befohlen hätte, ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Pabst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagsmäßig verwendet, und der Gebrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justifiziert.“⁴⁶⁾ Das ist unverändert die gleiche herrliche Sprache, die wir all die Jahrzehnte hindurch bei ihm gewöhnt sind.

Zu diesen persönlichen Bindungen an die Krone kommt hinzu, daß Bismarck das monarchische Element für Preußen-Deutschland auch nach der Reichsgründung, und nun erst recht, für ganz unentbehrlich hält. Am 24. Januar 1882, dem 170. Geburtstage Friedrich des Großen, bekennt er im Reichstag gegenüber den Angriffen von Fortschritt und Sozialdemokratie, die seinen König „in ein Wolfenkuuducksheim verflüchtigen“ wollen: „Für Preußen ist das monar-

⁴³⁾ B. Schwertfeger, a. a. O., I 399 (Ber. St. Valliers, 27. 6. 79); Chaudordy, 256 f. (14. 9. 79); Crispi, Mémoires, D. A. 34 (1877); Poschinger, Also, II 203 ff, 428 und III 42 f. (80er Jahre).

⁴⁴⁾ P. R. VII 279 (9. 10. 78); VI 249, 252 (16. 3. 75).

⁴⁵⁾ P. R. VIII 296 (21. 2. 81).

⁴⁶⁾ Bbr. 481 f. (20. 11. 73).

chische Prinzip und das Königtum das Wertvollste“⁴⁷⁾. „Weil ich das weiß aus der preußischen Geschichte und aus den Traditionen meiner Väter und Verwandten, daß wir gar nichts haben an dessen Stelle, darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König von Preußen, der entschlossen ist, sein Recht zu vindizieren“⁴⁸⁾, und, so fährt er jetzt mit Bezug auf den Königsdienst fort, wie er an anderer Stelle genau dementisprechend von seinem Glauben gesprochen hat: „Was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist?“⁴⁹⁾

In gelegentlichen Gesprächen geht der Kanzler noch weiter und stellt nicht nur die Liebe zu König und Vaterland auf eine Stufe, sondern ordnet in klarer Folge das Vaterland dem Königsdienst unter. „Ich bin Royalist in erster Linie, dann ein Preuße und ein Deutscher.“⁵⁰⁾ Man darf solch leicht hingeworfene Worte des Kanzlers, die sich oft widersprechen, nicht allzu sehr auf die Goldwaage legen, und dieses Wort am allerwenigsten; denn unmittelbar darauf steht das andere: „Ich will ein gesundes starkes Deutschland herstellen und hinterlassen.“ Dazu kommt, daß Bismarck gerade in den Herbsttagen des Jahres 1881, in denen er jenes Wort prägt, äußerst heftige Kämpfe mit dem oppositionellen Reichstag auszufechten hat. Er selbst meint später rückblickend, es sei damals „wie ein Mehltau der Entmutigung“ auf seine Hoffnungen an Deutschlands Zukunft gefallen.⁵¹⁾

Noch weniger möchte ich freilich auf des Kanzlers nicht ganz seltene Bekenntnisse zum Republikanismus und gegen die Monarchie legen, die er besonders gern Ausländern gegenüber abgibt.⁵²⁾ Ist es verwunderlich, daß eine so starke Individualität wie die des Kanzlers gegen höfische Intriguen zuweilen überstark reagiert und an den Fesseln des Dienstgefühls, das ihn sonst ganz beherrscht, rüttelt? Herr über sich hat sein eiserner Wille solche Launen dennoch nie werden lassen. Seine wahre Überzeugung bleibt allen Anfechtungen zum Trotz stets:

⁴⁷⁾ P. R. IX 245.

⁴⁸⁾ P. R. IX 238.

⁴⁹⁾ P. R. IX 242.

⁵⁰⁾ Busch, III 57 (16. 11. 81); P. R. IX 150 (29. 11. 81); f. a. Mittnacht, N. S. 44 (1885); Lucius 39 (27. 1. 74): „Er sei reichsfreundlich, aber noch mehr Freund des Staates, der Monarchie. Er sei absoluter Monarchist und werde alles in Trümmer schlagen, wo es sich um Gegenätze gegen die Monarchie handle.“

⁵¹⁾ P. R. X 101 (9. 5. 84); Busch, III 73 (2. 12. 81).

⁵²⁾ Ich führe an: J. Savre, *Gouvernement de la défense nationale*, 1871, I 177 (1870); Buße, *The Life of Disraeli*, VI, 1920, S. 322 (1878); Lord Newton, *Lord Lyons*, II 62 (Brief O. Russels 9. 11. 74); Chaudordy, 263 (1879 zu St. Vallier); Mittnacht, N. S. 19 (1879); Graf Blumenthal, *Tagebücher*, 1902, S. 199 (1870); *Dt. Revue*, 24, II 169 (1872 zu Sordfenbeck); *Gwynn-Tudwell, The Life of Dilke*, II 306 (1889); *Aufzeichnungen u. Erinnerungen aus dem Leben des Botchafters J. M. v. Radowitj*, 1925, I 81 f. (1865).

„Solange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sicheren Diener des Kaisers geben.“⁵³⁾

Aus dieser Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit einer starken Monarchie für sein Land, sind auch seine Worte über „monarchische Solidarität“,⁵⁴⁾ „Schutz aller konservativen Elemente“⁵⁵⁾ und der „Festigkeit des monarchischen Prinzips in Europa dem revolutionären gegenüber“⁵⁶⁾ zu verstehen. Sie unterscheiden sich trotz aller Anflänge im Ton weit von allem Legitimusismus seiner einstigen Parteigenossen. Der Kanzler geht auch hier nur von den realen Interessen seines Staates aus und befolgt dieses Prinzip nur so lange, wie er es für diese für nützlich hält. Gerade in diesen Jahren zeigt es seine scharfe Opposition gegen Graf Harry Arnim, der in Frankreich die Herstellung des legitimen Königturns begünstigt, während er unbedingt für die Republik eintritt, von neuem.⁵⁷⁾ Ebenso erkennt er 1874 in offenem Widerspruch zu dem legitimistisch gesinnten Rußland die revolutionäre Diktatur in Spanien an. Man darf auch nicht vergessen, daß in Worten, wie den oben zitierten, sehr viel politische Taktik und sehr viel Rücksicht auf den alten Kaiser mitspricht.

Eng mit seinem Royalismus hängt eine weitere, in ihrem Kern ebenso urpreußische Quelle seines Nationalgefühls zusammen, die preußische Offiziersgesinnung. Nicht nur aus Bequemlichkeit, sondern aus innerstem Herzensbedürfnis trägt der Kanzler die Kürassieruniform. Ihm gilt es als höchstes Lob, wenn ihm sein Kaiser „Herz und Sinn eines preußischen Soldaten“ zuerkennt.⁵⁸⁾ Dies Offiziersgefühl, so gesteht er, trüge ihn höher auf der Woge der nationalen Bestrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgendeine parlamentarische Attribution, die er im Reichstag ausübe⁵⁹⁾, also selbst als sein Reichskanzleramt. Von sich auf den Stand verallgemeinernd, erklärt er wohl auch die Armee für den alleinigen Träger des nationalen Gedankens.⁶⁰⁾

Sein kräftiges Eintreten für die Monarchie, seine Treue als Vasall und Offizier sagt uns schon, daß auch nach der Reichsgründung sein nationales Denken nicht vom Freiheitsgedanken bestimmt wird. Gerade die oben angeführte Reichstagsrede, in der sich der alte Redner so markig wie selten in diesen Jahren zu der preußischen Monarchie und ihren ewigen Werten bekennt, ist die Ant-

⁵³⁾ P. R. IX 150 (29. 11. 81).

⁵⁴⁾ Erinnerungen, 279 f.

⁵⁵⁾ Fester, Saburow . . . Grenzboten, 1921, II 59 (1879).

⁵⁶⁾ Politif, III 175 (15. 6. 81 an Wilhelm I.); f. a. P. R. XII 476 (6. 2. 88); *Mittnacht*, N. S. 32 (1883).

⁵⁷⁾ Ich greife heraus: *Politif*, I 154 (14. 10. 72 an Wilhelm I.), 155 f, 190 (23. 11. 72; 19. 6. 73 an Arnim); f. a. P. R. XI 463 (29. 1. 86).

⁵⁸⁾ G. u. E. Anhang, I 329 (2. 9. 84 an Wilhelm I.); f. a. P. R. IX, 414 (14. 6. 82).

⁵⁹⁾ P. R. IX 414; f. a. P. R. IX 366 (12. 6. 82); f. a. *Österr. Rdsch.* 58, 1919, 99 (26. 3. 90 an Franz Joseph).

⁶⁰⁾ P. R. IX 414.

wort auf einen Angriff des liberalen Staatsrechtslehrers Hänel, dessen Rede in den Worten gipfelte, „daß die Liebe, die Treue, die Anhänglichkeit an das deutsche Kaisertum und an das preußische Königtum in Deutschland und in den neuen Provinzen Preußens identisch ist mit der Liebe, mit der Anhänglichkeit und mit der Treue an die konstitutionelle Verfassung dieser Länder.“⁶¹⁾ Für eine solche Beweisführung fehlt dem Kanzler jedes Organ. Daß die Einheit unbedingt höher stehen müsse als die Freiheit⁶²⁾, daß das Maß jeglicher Freiheitsentwicklung abhängig sei von der Sicherheit nach außen⁶³⁾, betont er 1877 mit fast den gleichen Worten, wie zehn Jahre früher. Ihm gelten alle Interessen der Parteien gering. Mit wie scharfen Worten hat er in jenen Jahren diesen „Fragmenten“ für alle Zeiten das Staatsverderbliche ihres Fraktionspartikularismus ins Stammbuch geschrieben.⁶⁴⁾ Er erkennt allen Verfassungsfragen an sich keinen Eigenwert zu⁶⁵⁾ und ordnet alle diese Einzelfragen dem Reichs- und Staatsinteresse unter.

Von des Kanzlers nationalem Stolz sprechen, heißt fast Eulen nach Athen tragen, zu offen liegen dafür die Beweise auf der Hand. Ich erinnere nur an das selbstbewußte Wort, daß es der feste Wille der deutschen Nation sei, „jeden Deutschen nach der Devise: *civis Romanus sum*, zu schützen“⁶⁶⁾, an die Ablehnung der Beschädigung der Pariser Weltausstellung, weil es unrühmlich sei, für Geldgewinne die nationale Würde zu opfern⁶⁷⁾, und endlich an den demütigstolzen Satz: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“⁶⁸⁾ Wir glauben ihm gern, daß er dies Wort als etwas ganz Selbstverständliches ausspricht und sehr erstaunt ist, daß es von seinen bescheidenen Deutschen als ein außerordentliches Stichwort aufgenommen wird.⁶⁹⁾

Am besten erkennt man Bismarcks Nationalstolz, wenn man sich die Urteile vergegenwärtigt, die er über seine deutschen Volksgenossen gefällt hat, und zusieht, welche Eigenschaften er an ihnen besonders zu loben und zu tadeln hat. Seiner ganzen Natur nach muß das Lob bedeutend spärlicher als der Tadel fließen. Trotzdem, die Tapferkeit⁷⁰⁾, der Furor Teutonicus⁷¹⁾, und ein

⁶¹⁾ Sten. Ber. 5. Per. I. Sess. I 893 (24. 1. 82).

⁶²⁾ Poschinger, Parlamentarier, I 118 (1878).

⁶³⁾ P. R. VII 43 (13. 3. 77).

⁶⁴⁾ P. R. VIII 32, 154; IX 129f., 364; X 207; XII 628f.; Poschinger, Parlamentarier, III 75 (1881/2).

⁶⁵⁾ P. R. VIII 146 (9. 7. 79).

⁶⁶⁾ P. R. X 171 (23. 6. 84); VI 218f. (4. 12. 74).

⁶⁷⁾ Politif, I 307 (1. 11. 76); Raschdau, Dt. Rdsch. 179, 1919, 328f. (6. 11. 76, Notum).

⁶⁸⁾ P. R. XII 477 (6. 2. 88).

⁶⁹⁾ Erinnerungen, 171 (zu Dryander); f. a. Keudell, 447f. (1870).

⁷⁰⁾ P. R. IV 56, 165 (18. 5. 68; 16. 3. 69).

⁷¹⁾ P. R. XII 472, XIII 65 (6. 2. 88; 28. 5. 92).

kräftiger deutscher Zorn⁷²⁾, das sind die Eigenschaften, die ihm Sympathie erwecken, und an die er so manches Mal appelliert. Auf sie setzt er in allen schweren Tagen stets seine Hoffnung. Bei Einigkeit in allen Dingen würden solche Kerle wie die Deutschen die ganze Welt aus den Angeln heben.⁷³⁾

Nicht scharf genug geißeln kann er dagegen den deutschen Eigenbrötlergeist und den geringen Nationalstolz der Deutschen. In scharf satirischen Ausdrücken zieht er im Bekanntenkreis über jene Eigenschaft her. „Wenn der Deutsche reich genug wäre, würde sich jeder seinen besonderen König halten.“⁷⁴⁾ „Im Wege freiwilliger Erwägung habe ich meines Wissens noch nicht erlebt, daß drei unsrer Landsleute sich über eine politische Frage geeinigt hätten.“⁷⁵⁾ Mancherlei unedle Motive schiebt er diesem Zuge unter, besonders die Sucht zur Kritik⁷⁶⁾ und den gemeinen Neid⁷⁷⁾, und doch betont er immer wieder, daß ihm dieser stark ausgeprägte Individualismus einen urgermanischen Eindruck mache, daß er ihn direkt anheimele.⁷⁸⁾ Begreiflicherweise, denn er selbst — Otto von Bismarck — ist ja eine so stark ausgeprägte Individualität, wie wenige in der deutschen Geschichte, und er selbst hat in seiner Jugend dem Staatsdienst den Rücken gefehrt und seiner Natur freien Lauf gelassen. Inzwischen hat er freilich längst gelernt, sich den ehernen Staatsnotwendigkeiten zu beugen und seiner Natur Zügel anzulegen, so daß er 1874 mit vollem Recht sagen kann: „Ich stelle das Vaterland über meine Person. Das gegenteilige Verhalten ist mir geradezu unbegreiflich. Ich habe mich gar nicht besonnen, sogar meine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn es das Wohl des Ganzen erheischte.“⁷⁹⁾ Daß dies die überwiegende Mehrheit seiner Landsleute auch im neuen Reiche nicht gelernt hat, macht er ihnen zum Vorwurf.

Gegen den zweiten Nationalfehler, den mangelnden Nationalstolz, kämpft Bismarck an, seitdem er im öffentlichen Leben steht. Schon der junge Abgeordnete, so sahen wir, wettet 1847 im Vereinigten Landtag gegen die verächtliche Nachbeterei französischer und englischer Zustände, die eines stolzen Volkes unwürdig sei. Mochte von der ersten Eigenschaft auch seine Natur ihr vollgemessen Teil hegen, von dieser zweiten war sie völlig frei. Gerade weil er ein so stark

⁷²⁾ Lucius, 40 (1874).

⁷³⁾ Poschinger, Parlamentarier, I 186 (1881).

⁷⁴⁾ Fürst Ph. Eulenburg, Aus 50 Jahren, 116 (1883).

⁷⁵⁾ Brbr. 443 (12. 7. 69 an v. Dieß); s. a. Poschinger, Parlamentarier, III 31 (1880); Dilbort, Oeuvre de M. de B. 1869, 212 (4. 7. 66). Bezeichnend für B.s monarchische Gesinnung ist, daß trotz allem Individualismus bei Dilbort wie bei Eulenburg der Einzelne darnach strebt, sich zum eigenen König, nicht zum Präsidenten zu machen.

⁷⁶⁾ P. R. VII 282f. (1878) u. ö.

⁷⁷⁾ Busch, III 148 (1883); Whitmann, 130f. (1892).

⁷⁸⁾ P. R. VI 198 (21. 11. 74); XIII 10 (1890).

⁷⁹⁾ P. R. VI 177f. (27. 3. 74); VI 129 (17. 12. 73).

entwickeltes Selbstbewußtsein, einen solch selbstverständlichen persönlichen Stolz hat, überträgt er unwillkürlich diese Eigenschaften von dem Individuum auf das Ganze. Was er von dem einzelnen fordert, fordert er auch von der Nation. Doppelt unverständlich muß dem Kanzler dies Nationallaster vorkommen, nachdem die Deutschen durch seine Politik einen Staat und geschichtliche Erinnerungen gewonnen haben, mit denen sie sich wirklich nicht vor anderen zu schämen brauchten. Mit Worten, die ganz denen gleichen, die er 1847 gesprochen hat, schreibt er 1872 seinem Rivalen Harry Arnim, daß die Betätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Gesichte feindlicher Nachbarländer eine wesentlich deutsche Eigentümlichkeit sei.⁸⁰⁾

Schärfer noch als über die Teilnahme für fremde Interessen, dieses „kosmopolitische Gerechtigkeitsgefühl“ der Deutschen⁸¹⁾, zieht er über den „Bedientenstolz auf die glänzende französische Livree“ her: daß der Deutsche, der in Paris gewesen sei, für vornehmer gelte als die anderen, daß der Landsmann, der drei Jahre in Übersee war, nur noch von „Bei uns drüben“ rede, und daß der Deutsche in Polen seinen alten guten deutschen Namen verstümmele, damit er möglichst polnisch klinge.⁸²⁾ Selbst vor den höchsten Personen macht er in dieser Hinsicht nicht halt mit seiner Kritik. Wie bitter böse und leider doch nicht so ganz unberechtigt ist es, wenn er in den „Gedanken und Erinnerungen“ über die Kaiserin Augusta schreibt: „Sie war darin echt deutschen Blutes, daß sich an ihr unsre nationale Art bewährte, welche in der Redensart ihren schärfsten Ausdruck findet: Das ist nicht weit her, taugt also nichts!“ Sie war „nicht frei von dem Alp, der bis zur Gegenwart auf unsrem Nationalgefühl gelastet hat: daß ein Franzose und vollends ein Engländer durch seine Nationalität und Geburt ein vornehmeres Wesen sei als der Deutsche, und daß der Beifall der öffentlichen Meinung von Paris und London ein authentischeres Zeugnis des eignen Wertes bilde, als unser eignes Bewußtsein.“⁸³⁾ Hat Bismarck für die deutsche Eigenbrötlergesinnung so manche Erklärung, mit der er sie wohl zuweilen auch entschuldigt — für diese „Blutarmut“ „an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit“⁸⁴⁾ gibt es bei ihm weder Verständnis noch Entschuldigung.

In positivem Sinne läßt sich des Kanzlers Nationalstolz an seinem Vergleich der Germanen mit den anderen Rassen, den Slaven, Romanen und Kelten, erkennen. Bismarck unterscheidet männliche und weibliche Völker; weiblich sind Slaven und Kelten, sie sind eine passive Masse und für sich allein nicht zeugungs-

⁸⁰⁾ St. A. 28, 152 (20. 12. 72); J. a. Busch, I 569 (23. 12. 70).

⁸¹⁾ Poschinger, Portef. I 31 (1. 10. 82); G. v. Wilimowski, Meine Erinnerungen an B., 1900, 188 (1867).

⁸²⁾ P. R. XI 251, 415, 436f. (28. 11. 85; 28. 1. 86); Lucius, 22 (1872).

⁸³⁾ G. u. G. I 121f.

⁸⁴⁾ P. R. XI 251.

fähig und staatsbildend. Die Germanen dagegen sind starke Einzelpersönlichkeiten, „für sich allein geradezu unregierbar“, „wenn sie aber zusammengefaßt sind, dann sind sie wie ein Strom, der alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich“. Erst durch die Mischung zweier Rassen entstanden staatliche Völker, und nur solange wie die germanische Führungsschicht — die Goten in Spanien, der Adel in Frankreich, die Deutschen in Rußland, — an der Spitze stand, blühte der Staat; mit ihrem Aussterben, ihrer Vertreibung beginnt der Verfall.⁸⁵⁾ „Ich finde, daß Völker in ihrem Leben so weit nur von Erfolg gekrönt werden, als sie teutonisches Blut in ihren Adern haben, und solange als sie die Eigentümlichkeiten dieser Rasse bewahren.“⁸⁶⁾ Umgekehrt sind unter den deutschen Stämmen die Preußen besonders bevorzugt, weil sie stark mit slavischem Blut gemischt sind, im Gegensatz zu den süddeutschen Stämmen, die vor Individualismus nicht zu gemeinsamer Tätigkeit kommen.⁸⁷⁾

Diese Ansichten werden uns zuerst 1868 aus verschiedenen Gesprächen berichtet.⁸⁸⁾ Sie waren damals ziemlich verbreitet, und so können wir nicht genau feststellen, aus welchen Quellen Bismarck den ersten Anstoß dazu empfangen hat. In Ernst Moritz Arndts „Versuch in vergleichender Völkergeschichte“ (1843), in Rochaus vielgelesenen „Grundsätzen der Realpolitik“ (1853) finden sich die gleichen Gedanken.⁸⁹⁾ In den fünfziger Jahren schrieb Graf Gobineau seinen „Essay über die Ungleichheit der Rassen“. Der Graf war während dieser Jahre französischer Diplomat in Frankfurt, und Bismarck kannte ihn gut, freilich ohne ihn sehr zu schätzen. Wir wissen nicht, ob er den „Essay“ selbst gelesen hat, daß er gesprächsweise die Ansichten des Grafen kennen lernte, ist wohl zu vermuten.⁹⁰⁾ Doch höher als diese literarischen Anregungen, möchte ich die persönlichen Erlebnisse stellen. Bismarck verkehrte seit seiner Studentenzeit viel mit Deutschen, und diese betrachteten sich, ebenso wie den unterworfenen Letten und Esten gegenüber, auch gegen die Russen als die überlegene Rasse, das Herren-

⁸⁵⁾ J. C. Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben, 1884, III 195 (30. 4. 68). Bluntschli eignet sich B.s These sofort an, s. seinen Vortrag „Die nationale Staatsbildung und der moderne Staat“, 1870, 27 f. (Sammlg. gemeinverf. wiss. Vorträge 105).

⁸⁶⁾ Poschinger, Tischgespräche, II 274 (10. 1. 96).

⁸⁷⁾ Bluntschli, a. a. O.; Poschinger, a. a. O. II 35 (12. 3. 68).

⁸⁸⁾ Ebd., es ist dies kein Beweis für ihr erstes Auftreten, da wir aus früheren Jahren nur sehr wenige Niederschriften von Gesprächen besitzen.

⁸⁹⁾ Rochau, 220 f.; s. a. Ad. Rapp, Der deutsche Gedanke, seine Entwicklung im politischen u. geistigen Leben seit dem 18. Jh., Bonn 1920, 205 ff.

⁹⁰⁾ Über die Beziehungen beider zueinander, s. L. Schemann, Gobineaus Rassenwerk, 1910, 232 ff., dazu noch S. W. I 494. Sch. legt meines Erachtens zu viel Wert auf die Lektüre, ohne die mündliche Übermittlung in Betracht zu ziehen. Gitermann, B.s geschichtsphilosophische Anschauungen (Arch. f. Soz. Wiss. 51, 1923, 438), weist auf Voltaire, Herder und Gobineau als Quellen hin, ohne eine bestimmte Entscheidung zu treffen. s. a. Lomer, Pol. Anthropol. Rev. VI 756.

voll.⁹¹⁾ Von wem die Anregungen zu diesen Gedanken herrühren, ist schließlich auch nebensächlich, denn die Zusammenfassung, die Formulierung ist auf jeden Fall ganz Bismarckisch.

Bismarck ist dieser Rassenlehre bis zu seinem Ende treu geblieben und hat sie oft in Gesprächen vertreten.⁹²⁾ Für uns ist zweierlei bemerkenswert: der urgewaltige Nationalstolz, das nationale Selbstbewußtsein, das aus diesen Gedanken spricht, und das nur im Munde eines Bismarck ursprünglich und nicht überheblich oder doktrinär klingt. Demgegenüber steht aber ein völliger Verzicht auf Rassenreinheit. Bismarck tritt offen für die Mischung der Rassen ein. Er geht soweit, entgegen dem Antisemitismus seiner Jugend, sogar in dieser Frage für „Kreuzung“ einzutreten, „die Resultate sind nicht übel“,⁹³⁾ und jeden Antisemitismus auf konfessioneller oder rassischer Grundlage schroff abzulehnen. „Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutsche.“⁹⁴⁾

Hinter allem, was der Kanzler an seinem Volk zu loben und zu tadeln hat, steht, so sehen wir, ein kräftiger nationaler Stolz. Es ist aber charakteristisch, daß er nur die politischen Eigenschaften hervorhebt und nur vom politischen Standpunkt aus sein Urteil fällt, für die kulturellen und geistigen Leistungen seines Volkes aber keine Worte findet. Nur einen Grundzug des deutschen Charakters hebt er noch hervor, das Verwachsenheit mit der Scholle.⁹⁵⁾ Es ist auch dieses eine Wurzel seines Nationalgefühls und eine Wurzel seiner Kraft. Schon in seiner früher betrachteten Stellung zur Auswanderung, seiner Antwort an seine Ärzte, daß er lieber in Deutschland begraben sein, als in Ägypten leben wolle, kam es deutlich zum Ausdruck, daß für ihn das Vaterland an der Scholle haftet, daß man es nicht ausziehen kann wie einen alten Rock.⁹⁶⁾ Besonders wissen uns aber die Erinnerungen seiner Friedrichsruher und Darziner Beamten so manchen Zug seiner Heimatliebe zu berichten, seiner Freude am Wald und

⁹¹⁾ J. A. Strümpell, Aus dem Leben eines dt. Klinikers, 1925, 60: „Übrigens konnte man das übertriebene Selbstgefühl der Deutschbalten früher in gleicher Weise auch gegenüber den Russen beobachten. Auch diesen gegenüber betrachteten sie sich stets als die überlegene Rasse.“

⁹²⁾ J. Busch, II 118 (1871); Dieß, 419f. (1871); Graf Blumenthal, Tagebücher, 1902, 140f. (1870); Poschinger, Tischgespräche, I 58 (1870); Erinnerungen, 322 (1883); Budle, The Life of Disraeli, VI, 1920, 487 (1879); Politif, III 396 (1880); Whitmann, 125f. (1892); Hofmann, I 166f. (1892); Grenzboten, 1899, I 522 (1893); ferner: P. R. VI 169 (1874); XII 629 (1889); XIII 108, 344 (1892, 1895).

⁹³⁾ Busch, II 33 (10. 1. 71).

⁹⁴⁾ Poschinger, Tischgespräche, I 113 (1881 zu einem Juden!); ebd. II 195f. (1892); dagegen J. aber Lucius, 48 (1874).

⁹⁵⁾ P. R. XIII 11 (12. 6. 90).

⁹⁶⁾ J. o. S. 95f.; J. a. Booth, Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck, 1899, 42 (ablehnendes Urteil über König Leopold v. Belgien).

an den Bäumen⁹⁷⁾; rührt doch sein Mißtrauen gegen Caprivi von dem Augenblick her, in dem er erfuhr, daß der neue Kanzler die uralten Bäume im Garten des Reichskanzlerpalais habe fällen lassen. Solche Handlungsweise gilt ihm für undeutsch und slavisch und manche politische Meinungsverschiedenheit würde er dem zweiten Kanzler eher nachgesehen haben als diese Tat „ruchloser Zerstörung“.⁹⁸⁾ Wie ist auch dieser Zug bei ihm ins Monumentale gesteigert: „Ich beneide jene indianischen Volksstämme, die ihre Toten nicht im finstern Grabe einscharren, sondern sie in freier Luft, im Walde zwischen zwei Baumwipfeln aufhängen, wo sie angesichts des Weltalls, umströmt von Luft, Leben und Licht im großen Unendlichen aufgehen, wenn ihr flüchtiger Körper in Staub vergeht.“⁹⁹⁾ Man könnte es fast für einen Ausfluß von Pantheismus halten, und es ist doch nur der echt Bismarcksche Ausdruck für seine Liebe zur Natur und seine innerste Verbundenheit mit ihr.

Was wir schon vorher vermutet haben, hat sich vollständig und umfassend bestätigt. Die Grundkräfte des kanzlerischen Nationalgefühls sind dieselben wie in früheren Jahrzehnten, ein aus Heimatliebe, Glaube, Royalismus und Offiziers- und Edelmannsgefinnung gespeistes Staatsgefühl, das sich verbindet und durchsetzt mit einem urwüchsigen nationalen Stolze. Wenn wir von dieser festen Grundlage aus von neuem an die früher aufgeworfene Frage von des Kanzlers Stellung zu Preußentum und Deutschtum herantreten, haben wir uns die größtmögliche Sicherheit dagegen verschafft, die oft schillernden Worte des Meisters falsch zu deuten.

In gar manchem Wort dieser Spätzeit nimmt der Kanzler deutschnationale Motive für sein Tun und Lassen ohne Unterbrechung von seiner Jugend an oder doch wenigstens seit seinem Eintritt in das Ministerium in Anspruch. Zu dem Liberalen Aegidi, den er für seine Preßpläne gewinnen will, spricht er ganz im Gefühlston dieser Kreise „über seine innerliche Stellung zur deutschen Frage, wie er seit Jahren an Kaiser und Reich geglaubt.“ Als Beweis dessen führt er die Coffinsche Wette an.¹⁰⁰⁾ Im Parlament behauptet er, er habe das Ministerium 1862 übernommen, außer um die Dynastie zu stützen, um „von dieser einflußreichen Stellung aus der Entwicklung der deutschen Nationalität nach Möglichkeit zu dienen.“ Er beruft sich auf Poschingers Publikation „Preußen im Bundestag“ als Beweis für die Behauptung, daß

⁹⁷⁾ Paul Hahn, Darzin, 1909; Weiphal, B. als Gutsherr, 1922; H. Lange, Erinnerungen aus dem Sachsenwald, 1908, und Vom Alten aus dem Sachsenwald, 1915; f. a. E. Ludwig, Bismarck, 1917, S. 236 ff.

⁹⁸⁾ G. u. E. III 118; W. Herß, Goethe u. Bismarck als Baumfreunde, Dt. Allg. Ztg. 27. 7. 24, stellt diese Worte B.s in sehr feine Parallele zu Goethes Eifern gegen die baumfrevlerische Pfarrfrau in „Werthers Leiden“.

⁹⁹⁾ Hahn, a. a. O. 41f.; f. a. Erinnerungen, 367 (1896).

¹⁰⁰⁾ Dt. Revue 23, IV 305 (30. 7. 71).

er die Absicht, Deutschland auf nationalem Wege zu dienen, in diese Stellung hineinbrachte und sich durch keine Anfeindung darin habe irre machen lassen.¹⁰¹⁾ Nach dem Kissingener Attentat spricht er vom Altan der Saline herab von der Sache, der er sein Leben gewidmet habe: der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands.¹⁰²⁾

Wie stark diese Worte für die Vergangenheit gefärbt sind, wissen wir, aber auch für die Gegenwart sind sie nicht ohne weiteres als Quelle hinzunehmen. Sie sind fast alle in Augenblicken gesprochen, in denen es auf einen einzelnen, eine Partei, eine Volksmenge zu wirken galt, und stehen, wenn auch nicht gerade in Widerspruch, so doch nicht in vollem Einklang mit den bisher auch für diese Zeit festgestellten staatlich-dynastischen Anschauungen des Kanzlers. Doch gehen wir weiter und sehen uns seine Stellung zum Preußentum im besonderen an.

An vielen Stellen finden sich Äußerungen des Kanzlers gegen den preußischen Partikularismus und gegen ein unitarisches Großpreußentum zitiert als Beweis für seine deutsche Gesinnung, seine Wandlung vom Stockpreußen zum Stockdeutschen, wie Fester es einmal formuliert hat.¹⁰³⁾ Als klassischer Ausdruck seiner Reichsauffassung gilt die Definition, „daß das Reich kein Anbau an das Gebäude der Einzelstaaten, sondern daß es die umfassende Wölbung ist, unter der die einzelnen Staaten in ihrer Gesamtheit wohnen, und die zu pflegen, die Aufgabe aller ist.“¹⁰⁴⁾ Hier ist deutlich das Reich als die übergeordnete Organisation bezeichnet, die das Leben der Einzelstaaten bestimmt. In der gleichen Stimmung verteidigt er 1873 im Abgeordnetenhaus seine Niederlegung des preußischen Ministerpräsidiums, seinen Rückzug auf das Reichskanzleramt gegen die partikularistischen Angriffe Virchow's: „Landsleute sind wir Deutsche doch alle, und ich bekämpfe in diesen Dingen das Betonen der Scheidung zwischen Deutsch und Preußisch; der Reichskanzler, möge er nun ein Preuße oder ein Bayer sein — uns steht er nicht als Preuße oder als Bayer, uns steht er nur als Deutscher gegenüber; und das Deutsche in dem Kanzler mehr und mehr zu akzentuieren, dazu erachte ich eine gewisse Loslösung, eine Herauslösung des Kanzlers aus der ganzen Vegetation nötig, die sich im preußischen amtlichen Leben notwendig bei ihm angeheftet haben muß.“¹⁰⁵⁾ Ein anderes Mal betont er: „Er kenne keinen preußischen und keinen anhaltischen Handel, sondern nur einen Reichshandel, für den wolle er voll eintreten.“¹⁰⁶⁾ Seine Seitenhiebe gegen den preußischen Partikularismus der Parteien und Ministerien — „Ich bin

¹⁰¹⁾ P. R. XI 418 (28. 1. 86); VIII 145 (9. 7. 79).

¹⁰²⁾ P. R. VI 224f., Anm. (13. 7. 74).

¹⁰³⁾ Hist. Ztschr. 93, 123.

¹⁰⁴⁾ P. R. VI 85 (13. 6. 73).

¹⁰⁵⁾ P. R. V 373 (25. 1. 73).

¹⁰⁶⁾ Erinnerungen, 299 (16. 9. 80); f. a. P. R. VII 48 (13. 3. 77).

der einzige Deutschgesinnte im ganzen preußischen Ministerium¹⁰⁷⁾, „Preußen bedürfe mehr der Germanisierung als Deutschland der Borussiaisierung“¹⁰⁸⁾ — und gegen ein Großpreußentum¹⁰⁹⁾, sein stetes Eintreten für die Wünsche der verbündeten Staaten, besonders Bayern¹¹⁰⁾, haben schon Roon von „Bismarcks Verdeutschung à tout prix“ sprechen lassen¹¹¹⁾, meines Erachtens mit Unrecht, die zahlreichen Worte in entgegengesetztem Sinne werden meist totgeschwiegen. Daß Bismarck in handelspolitischer Beziehung keinen Partikularismus gelten lassen kann, ist selbstverständlich; das zeigte schon die ganze Geschichte des Zollvereins, daher fügt der Kanzler auch dem obigen Wort zur Begründung bei: „Gerade der Handel ist etwas, was von der ganzen Nation in Gemeinschaft betrieben wird oder gar nicht.“¹¹²⁾ Noch eindeutiger ist aber der Zusatz, den er zu der Rede über den „deutschen“ Reichskanzler macht: „... und sollte dabei die Befürchtung eintreten, daß die Reichsregierung so mächtig wird, daß ein so starker Staat wie Preußen, fünf Achtel des ganzen Reiches, anfängt, sich vor dem überwiegenden Einfluß des Reiches zu fürchten.“¹¹³⁾ Dies ist für ihn etwas Unerwartbares, da sein ganzes politisches System auf der absoluten Identität der deutschen Interessen mit dem preußischen Staatsinteresse fußt.

Bismarck begünstigt Bayern, um es für das Reich günstig zu stimmen. Er kämpft gegen den preußischen Partikularismus an, weil er weiß, daß die Zukunft Preußens im Reiche liegt und jener Sondergeist nur Preußens wahre Interessen schädigt. Wo es sich dagegen um spezifisch preußische Belange handelt, da ist der Kanzler weit davon entfernt, im geringsten nachzugeben. Da ist er fest entschlossen, die preußische Stimme mit Entschiedenheit im Bundesrat in die Waagschale zu werfen und alle Mienen, die ihm zu Gebote stehen, springen zu lassen. Gar mancher der Bundesratsgesandten muß dem Zorn des Kanzlers weichen, und auch einen Bayern, wie den Ritter von Perglas, schont er nicht. „In Utilitätsfragen mögen die Regierungen gegeneinander stimmen, soviel sie wollen — in einer Frage über Verfassungsrechte Preußens in die Minorität zu bringen, das ist nicht unbedenklich.“¹¹⁴⁾ Er geht noch weiter und droht im Falle einer Majorisierung Preußens mit Bundesbruch, wie einst anno 1866, „er habe seit Jahren den preußischen Angelegenheiten zu nahe gestanden,

¹⁰⁷⁾ Poschinger, Tischgespräche, II; 78 (1876); 69 (1873).

¹⁰⁸⁾ H. Kohl, Bismarckregeften, II 140 (14. 3. 77, Gespräch).

¹⁰⁹⁾ P. R. VI 392, 396 (26. 4. 76); f. a. Bbr. N. S. II 147f. (21. 12. 77 an v. Bülow).

¹¹⁰⁾ Dieft, 428 (1872); Stichling, Aus 53 Dienstjahren, 1891, 105f.; Südd. Monatsb. 19, I 169 (Bericht Lerchenfelds, 24. 3. 1890); Poschinger, Tischgespräche, II 69f. (1873 zu Bamberger).

¹¹¹⁾ Roon, Denkwürdigkeiten, 4. Aufl. III 363 (8. 10. 73 an Blandenburg).

¹¹²⁾ P. R. VII 48.

¹¹³⁾ P. R. V 373; f. a. P. R. VIII 152 (9. 7. 79).

¹¹⁴⁾ P. R. VIII 189 (8. 5. 80); f. a. Mittnacht, N. S. 8 (20. 11. 77, Brief).

um hier weichen zu können.“¹¹⁵) Gegen Jordanbeck hebt er 1879 „wie schon früher öfters“ hervor, daß die Militärkonventionen für die Machtstellung Preußens in Deutschland ausreichend seien, und so könne man bei andauernd widerstrebenden Reichstagen Reichstag und Verfassung aufheben und ohne sie regieren.¹¹⁶)

Wir erinnern uns jetzt, daß Bismarck gegen den Anschluß Deutschösterreichs ist, weil er „ein maßloses Anwachsen des antipreußischen Elementes“ bedeuten würde¹¹⁷) und „die Folge davon wäre, daß wir Preußen (!) im Reichstage nicht mehr über eine unbedingte Majorität verfügen könnten, und das alte Sprichwort: ‚Travailler pour le roi de Prusse‘ hinfällig werden müßte.“¹¹⁸) Wir nehmen hinzu, daß er auch noch nach 1871 vom „preußischen Volke“¹¹⁹), von „preußischen Staatsideen“¹²⁰) und „preußischer Nationalität“¹²¹) spricht, daß er, wie zahlreiche Besucher bezeugen, meist nur vom „Könige“, nicht vom Kaiser redet.¹²²) In seinem Brief an den damaligen Prinzen Wilhelm plädiert Bismarck gar für größtmögliche Rücksicht auf die Bundesfürsten, da sonst „der Zauber der nationalen Einheit mit seiner mächtigen Wirkung auch in Preußens neuen Provinzen, und besonders im Auslande, gebrochen“ würde.¹²³) Wir bekommen so ein Bild, das eher stoßpreußisch als stoßdeutsch ausieht, ein Bild, das dem zuerst gezeichneten scheinbar widerspricht. Scheinbar, sage ich, denn die Lösung liegt in der Mitte. So wie der Kanzler in seinen diplomatischen Erlassen „Preußen und Deutschland“ gelegentlich nebeneinander stellt¹²⁴), so ist er auch Preuße und Deutscher zugleich, aber der Preuße ist der primäre in ihm. Hermann Baumgarten meint einmal über einen der edelsten Spanier, Don Gaspar Melchor de Jovellanos, der in den Stürmen der französischen Revolution seinem Gesamtwaterlande mit Einsetzung seiner ganzen Kraft diente, dennoch abschließend: „Wenn der Verstand die Gesamtheit des Reiches als Grundlage aller öffentlichen Dinge schätzte, so schlug das Herz offenbar wärmer

¹¹⁵) Poschinger, B. u. der Bundesrat, IV 227 (5. 5. 80); ders., Parlamentarier, III 17. Es handelt sich um Hamburgs Eintritt in den Zollverband.

¹¹⁶) M. Philippson, M. v. Jordanbeck, 1898, 295 (2. 3. 78 nach Ablehnung des Tabakmonopols); s. a. P. R. XI 468 (29. 1. 86) und G. u. E. I 366 (12. 8. 78 an Ludwig II.) und II 308.

¹¹⁷) Chaudordy, 254 (14. 9. 79).

¹¹⁸) Poschinger, Also, III 42f. (80er Jahre).

¹¹⁹) P. R. V 13 (1. 4. 71).

¹²⁰) P. R. XI 440 (28. 1. 86).

¹²¹) P. R. XI 417 (28. 1. 86).

¹²²) Whitmann, 81 (1891); Poschinger, Tischgespräche, II 336 (1873). K. Günther, Gerhard Rohlfs, 1912, 317 (1880); de Contaut-Biron, Mon ambassade en Allemagne, 1906, 12 (5. 1. 72).

¹²³) G. u. E. III 16.

¹²⁴) Politik, III 303 (16. 11. 83); 108 (3. 10. 79). Die Erlasse betreffen allerdings die russische Gefahr.

für Asturien als für Spanien.“¹²⁵) Ebenso schlug auch des Kanzlers Herz, so hoch er auch Deutschland schätzt, offenbar wärmer für Preußen als für Deutschland.

Ebenso wie der Kanzler in seinen national-politischen Anschauungen alle all-deutschen Bestrebungen weit von sich weist, weist er auch im praktischen Leben jeden deutschtümelnden Fanatismus, ja überhaupt alle puristischen Bestrebungen um ihrer selbst willen ab. Die wenigen vorhandenen Züge sind von praktischen oder politischen Erwägungen bestimmt.

Meist gilt als Zeichen solchen unpolitischen Deutschtums sein Eintreten für die Fraktur gegen die Antiqua. Bismarck ist in der Tat hier fast fanatisch gewesen, ist so weit gegangen, den Umdruck lateinisch gedruckter Publikationen der preussischen Staatsarchive zu fordern¹²⁶); doch forscht man den Gründen nach, so stößt man immer wieder auf die Behauptung, daß er in einem lateinisch gedruckten Buche das in 80 Minuten lesen würde, zu dem er in einem deutsch gedruckten nur 60 brauche.¹²⁷) Es steht also hinter seiner Haltung der rein praktische Grund der Zeitersparnis; nur einmal macht er im preussischen Abgeordnetenhaus eine Ausführung, die auf kulturpolitische Gründe schließen lassen könnte.¹²⁸)

In der Fremdwörterfrage lag ihm jeder Purismus fern, wohl sah er darauf, daß in amtlichen Schriftstücken ersichtbare Fremdwörter tunlichst vermieden wurden¹²⁹), er selbst aber gebrauchte aus alter Gewohnheit in seinen Reden und Schriftstücken eine Fülle uns ganz ungewohnter, leicht vermeidbarer fremder Ausdrücke.¹³⁰) Wenn der Ministerpräsident den Gebrauch der deutschen Sprache in den Gesandtschaftsberichten durchführt — eine Maßregel, die sein Vorgänger übrigens schon angebahnt hatte — so ist auch hier für ihn die rein praktische Erwägung maßgebend, daß sonst nur „französische Phrasen“ berichtet würden.¹³¹) Auch in der Begründung seiner Forderung, daß die Universitäten ihre Diplome

¹²⁵) Hist. u. polit. Aufsätze, 1894, 40.

¹²⁶) Poschinger, Bausteine zu einer Bismarckpyramide, 214. (Erzählung Sybels, 1878).

¹²⁷) Bbr. N. S. I 171 f. (4. 10. 82); H. Kohl, Neue Freie Presse, 4, IV 1915 (1891); J. a. Kohl, Bismarckregeften, II 375 (1885); Erinnerungen, 46, 343 (1880, 1889); J. Booth, Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck; 16 f. (1878); Lucius 84 1876; S. W. VIII 534.

¹²⁸) P. R. XI 436 (28. 1. 86): „Der deutsche Buchstabenruck ist dort noch (in Schweden) zum Teil geblieben, wird aber von denen, die uns nicht lieb haben, bekämpft.“

¹²⁹) Erinnerungen, 235 f.

¹³⁰) Hofmann, I 207; die Angabe, der in den Südd. Monatsh. 19, I 107 veröffentl. Bismarckerinnerungen: „Gegen Fremdwörter hatte er eine starke Abneigung“ steht mit den Tatsachen nicht in Einklang.

¹³¹) Mittnacht, N. S. 12 (1878); J. a. Busch, II 98 (1871) und III 278 (1890): „Ich bin überhaupt gegen die Heiraten mit Ausländern, besonders bei Diplomaten.“

statt lateinisch lieber in gutem Deutsch abfassen sollten, sieht man den modernen Praktiker durchbliden: „Er sehe nicht ein, wozu der lateinische Gelehrtenzopf heute noch nötig sei.“¹³²⁾ Aber das Verlangen Wilhelms II., deutschen Chamapagner zu trinken, lehnt er mit der drastischen Bemerkung ab: „Bei mir, Majestät, macht der Patriotismus kurz vor dem Magen halt.“¹³³⁾

8. Der nationale Heros.

Du gehst von Deinem Werke,
Dein Werk geht nicht von Dir,
Denn wo Du bist, ist Deutschland,
Du warst, drum wurden wir.

So sang der Hohenzollern=Dichter Ernst von Wildenbruch beim Sturze des Gewaltigen. Nur wenige Dichterworte sind so vollkommen Wahrheit wie dieses. Im Kampf mit Kaiser und Reichstag, im Kampf mit eben den Gewalten, die ihr Dasein und ihre Stärke wesentlich ihm verdankten, war er erlegen. Doch mochten sich auch die öffentlichen und amtlichen Gewalten seines Reichs von ihm abwenden und ihn mit Neid und Mißgunst verfolgen, sein Werk ließ ihn nicht los in zwiefachem Sinne. Er selbst konnte auch jetzt nicht aufhören, zu wirken und zu kämpfen, zu denken und zu sorgen für seine Schöpfung und ihre Zukunft, und dem deutschen Volke wurde er erst jetzt, wo er der Parteien Haß und Leidenschaft entrückt war, der Deutsche schlechthin, der nationale Heros.

Nicht der feingebügelte Diplomat, nicht der geharnischte Kanzler im Kürasch, nein, der einsame Gutsherr mit seinem schwarzen, breitgekräpftem Hut, seinen starken, buschigen Augenbrauen und dem machtvollen Blick seiner Augen grub sich für immer in die Herzen seines Volkes ein. Mochte er sich auch in die entlegenen hinterpommerschen Hügel oder die einsamen Wälder von Friedrichsruh zurückziehen, sein Volk fand ihn. Alle Stände des neuen Reiches, Universitätsrektoren und Volksschullehrer, Industrielle und Handwerker, Turn- und Gesangsvereine kamen zu ihm und zeigten ihm, wie tief sein Werk im Denken und Fühlen des Volkes verankert war, zeigten ihm, daß zu einer Zeit, wo er das Reich durch die regierenden Gewalten gefährdet sah, das Volk dennoch nicht von ihm ließ.

Hatte er die Nation sein ganzes Leben lang nur vom Staate aus gesehen, so sah er jetzt, wo er nicht mehr der Staat war, daß die Mehrzahl dieser Gruppen sich nicht um die Grenzen des Staates kümmerte, daß sie großdeutsch im weitesten Sinne des Wortes war. Sie wallfahrteten zu ihm aus allen Gegenden des deutschen Landes, soweit die deutsche Zunge flingt. Da kamen nicht nur die Reichsdeutschen von der Memel bis zu den Vogesen herbeigeieilt, nein, auch Deutschrussen und Deutschösterreicher und selbst Deutschamerikaner von Übersee

¹³²⁾ Erinnerungen, 47 (1889).

¹³³⁾ Whitmann, 129.

strömten herbei und zeigten so dem greisen Fürsten die Stärke der geistigen Zugehörigkeit zum Volkstum außerhalb und fern von den Staatsgrenzen. So verstehen wir die auffallende Tatsache, daß jetzt am Ende seines Lebens mit einem Mal der Greis die Bedeutung von Kunst und Wissenschaft für den Zusammenhalt und das Leben eines Volkes zu würdigen und in immer neuen Worten und Formulierungen zu verkünden beginnt.

Nur ganz vereinzelt finden sich in den früheren Jahrzehnten Worte, aus denen man schließen könnte, daß der Kanzler auch schon damals die Bedeutung der Geistesgüter für die nationale Einigung erkannt habe. Ich denke da an seinen Dankesgruß an den Dichter Oskar von Redwitz: „Ich reiche Ihnen freudig die Hand als einem Mitarbeiter an dem Aufbaue des Reiches. Sie sind das schon länger gewesen; denn jedes echte Dichterwort, in Nord und Süd gleich erklingend, fördert das Gemeingefühl des deutschen Volkes“¹⁾ und besonders an seinen Brief an Professor Erdmann, dem er 1867 für die Verleihung des Ehrendoktors der Universität Erlangen dankt: „... daß es mir vergönnt gewesen ist, an der Verwirklichung des großen Gedankens mitzuarbeiten, dessen hervorragende Trägerinnen auch in Zeiten, wo er vergessen schien, die deutschen Hochschulen waren, des Gedankens der einheitlichen Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes.“²⁾ Doch dies sind nur spärliche, vereinzelte Worte, die so genau auf den Empfänger abgestimmt sind, daß ich mich scheue, daraus weitgehende Schlüsse in positivem Sinne zu ziehen. In den neunziger Jahren wird das anders.

Zuerst spricht Bismarck im Juli 1891 zu Weimarer Seminaristen davon, daß von Weimar der gewaltige Zug unserer nationalen Größe ausging und gekräftigt wurde. Durch die Literatur sei Deutschland in allen Fährnissen seiner Geschichte geistig zusammengehalten worden, während es äußerlich in Hunderte von Parzellen zerfiel.³⁾ In ununterbrochener Folge reiht sich jetzt Zeugnis an Zeugnis. So meint er einen Monat später zu einer Abordnung der deutschen Studentenschaft, daß, als er 1832 die Universität bezogen habe, Kunst und Wissenschaft das einzige gemeinsame und einigende Element in Deutschland gewesen seien. „Es gab schon damals keine preußische oder bayerische Wissenschaft, sondern eine deutsche. Die deutschen Universitäten bewahrten zu jener Zeit das Gefühl der Zusammengehörigkeit, sie waren Träger des nationalen Gedankens.“⁴⁾

Auf solche Gedankengänge mußten besonders die Eindrücke seiner großdeutschen Rundfahrt einwirken. Trotzdem ihn sein Nachfolger offiziell geächtet

¹⁾ Keudell, 478f. (Mai 1871).

²⁾ Bbr. II. S. II 27 (17. 8. 67); f. a. ebd. III 148 (1875 an Oldetop); Poschinger, Porteff. II 15 (18. 1. 81); Grenzboten, 1914, IV 139 (1887 zu dem englischen Maler Richmond).

³⁾ P. R. XIII 39 (12. 7. 91).

⁴⁾ P. R. XIII 41f. (10. 8. 91).

hat, jubelt ihm das Volk in allen deutschen Gauen erst recht doppelt laut zu. In Dresden spricht er davon, daß die nationale Einigung nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht die deutsche Kunst und Wissenschaft die Kohle unter der Asche glimmend erhalten hätte. „Wir kennen keine partikularistische Musik in Deutschland.“⁵⁾ In Wien betont er die Bedeutung der Kaiserstadt für das deutsche Kunstleben. „Schon damals ist die Kunst das Bindeglied zwischen den deutschsprechenden Völkern gewesen. Deutsche Musik und deutsche Poesie sind es, welche hier zusammenfließen und ein geistiges Band zwischen allen Deutschen bilden, welches alle politischen Gefahren und Kämpfe der Vergangenheit überdauert hat, und auch in Zukunft wird es so bleiben.“⁶⁾

War in den ersten Reden der Ton noch mehr auf die Überwindung des innerdeutschen Partikularismus durch die Kulturgemeinschaft gelegt, so tritt jetzt immer mehr der großdeutsche, Staatsgrenzen sprengende Zug hervor. „Ich freue mich über jeden Verein im Deutschen Reich, der keine bindenden Grenzen kennt, sondern das Ganze umfaßt, und die Turner haben mit der Literatur und der Musik stets ein Band gebildet, welches sich an die Landesgrenzen nicht gekehrt hat.“⁷⁾ Ein andermal dankt er einem Gesangsverein dafür, daß er den nationalen Gedanken obengehalten und ihn über die Grenzen des Reiches hinausgetragen habe. „Unsre Beziehungen zum verbündeten Osterreich, unserm mächtigsten Bundesgenossen, liegen mehr auf kulturellem als auf andern Gebieten. . . Ja selbst unsre Beziehungen zu unserm dritten Bundesgenossen, Italien, waren musikalischer Natur früher als politischer.“⁸⁾ Zwei Jahre später meint er zu einer Abordnung der deutschen Künstlerschaft: „Die Kunst und die Wissenschaft, . . . die sind immer deutsch geblieben von Wien bis Amsterdam. . . Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unsern Verhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unsrer ganzen Geschichte, nach unsrer Dichtkunst, nach unsrer Sprache überhaupt wird sich der Deutsche immer wieder zum Deutschen finden. . . Die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte lang getrennt haben.“⁹⁾ Die weitestgehende Äußerung ist wohl die Ansprache an die sächsischen Gymnasiallehrer: „Für Deutschland kann es ja niemals zweifelhaft sein, daß das, was uns zusammenhält, nicht die äußerliche polizeiliche (!) Einrichtung ist, sondern der deutsche Geist, die deutsche Bildung, die unaufhaltsame und unabsperrbare Gemeinschaft, die sich zwischen allen deutschen Ländern ausgebildet hat in der Wissenschaft, in der Kunst, in der Dichtung.“¹⁰⁾

⁵⁾ P. R. XIII 61 (21. 5. 92).

⁶⁾ P. R. XIII 78 (20. 6. 92).

⁷⁾ Bjb. III 523 (6. 9. 96).

⁸⁾ P. R. XIII 218 (18. 8. 93).

⁹⁾ P. R. XIII 349 (17. 4. 95).

¹⁰⁾ P. R. XIII 361 (19. 4. 95).

Doch genug der Zitate, obgleich sich noch eine Fülle von Beweisstücken, alle sehr fein individuell abgestimmt und gar nicht Schablone, in den Altersreden finden läßt. Ich glaube, es ist deutlich geworden, daß hier ein anderer Geist weht, als in den Reden des Abgeordneten, den Berichten des Gesandten und den Darlegungen des Ministers und Kanzlers. Hier tritt die KulturNation mit ihrer Zeiten überdauernden Kraft lebendig der zeitlich bedingten Staatsnation gegenüber und scheint diese zuweilen selbst in die zweite Stelle zu drängen.

Dennoch hat Bismarck auch in diesen Jahren nie die Politik und die politische Wirkung aus den Augen verloren. An jede dieser einzelnen Reden, und mögen sie noch so kulturpolitisch, noch so großdeutsch klingen, fügt er als getreuer Eckardt die politische Mahnung hinzu, unablässig zu wirken für das Reich. Blichartig wird dies Verhältnis durch zwei Worte erhellt: das eine habe ich oben zitiert, es ist dies, in dem er die Musik genau so für das italienische, wie für das österreichische Bündnis ausmünzt, ohne daß es der Zusammenhang oder die Nationalität der Zuhörer irgend wie bedingte, das andere hat er direkt zu Österreichern gesprochen. Er spricht hier zuerst von der Vergangenheit, 1866 und dem Deutschen Bund, hat Worte des Bedauerns für den Bruderkrieg und fährt dann fort: „Aber freilich in einen nähern Verband konnten wir uns nicht einlassen, und Sie auch nicht. Sie haben Ihr eignes Leben im Donaubecken, wo nicht ausschließlich das Deutschtum in Frage kommt, und das kann nicht von Berlin abhängen. Wir müssen jeder selbständig neben dem andern gehen als gute Freunde und Bundesgenossen. In diesem Sinne freue ich mich,“ Sie, „ich kann nicht sagen als Landsleute, aber als Volksgenossen begrüßen zu können. Bei den süddeutschen Reichsgenossen herrscht ja dieses Gefühl, das bei mir vielleicht mehr Sache der Überlegung und der geschichtlichen Erinnerung ist, noch viel lebhafter durch die Stammesverwandtschaft.“¹¹⁾ So sind es im Grunde doch politische Erwägungen, Gründe der Überlegung und des Verstandes, die seine Haltung bestimmen, und nicht das Gefühl. Letzthin ist auch jetzt all dies für ihn „mit dem Begriff ‚romantisch‘ verbunden“, wie er 1892 in Jena selbst sagt¹²⁾, nur daß er jetzt eben diese „Romantik“ zur Stützung und Rettung seines gefährdeten Reiches zu gewinnen sucht. Für Bismarcks politische Einstellung spricht auch, daß nach ihm die deutschnationale Gesinnung im Volke durch eine politische Tatsache, nicht durch eine geistige Entwicklung erweckt worden ist: durch den Druck der Fremdherrschaft in den Jahren nach Jena; ohne ihn wäre das Erwachen des deutschen Nationalgefühls im preußischen Lande kaum möglich gewesen.¹³⁾

Wie gering der preußische Offizier und kurbrandenburger Vasall die kulturellen Bindungen schätzt, zeigt das Kapitel „Dynastien und Stämme“ der

¹¹⁾ P. R. XIII 263 (1. 7. 94).

¹²⁾ P. R. XIII 137f. (31. 7. 92).

¹³⁾ Ebd.

„Gedanken und Erinnerungen“ und die zahlreichen Parallelstellen dazu in den Reden und Zeitungsartikeln dieser Spätjahre. Die klassischen Formulierungen jenes Glanzkapitels seines politischen Testaments sind ja allbekannt: „Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um tätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit. Unabhängig von letzterer kommt er praktisch nur in seltenen Fällen zur Hebung.“ „Als Preuße, Hannoveraner, Württemberger, Bayer, Hesse ist er früher bereit, seinen Patriotismus zu dokumentieren, wie als Deutscher.“ „Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert.“¹⁴⁾ „Das Gefühl zur deutschen Nationalität zu gehören, muß sich im Lokalpatriotismus lebendig erhalten. . . An diesen Grenzlinien zwischen Heimatsgefühl und Vaterlandsgefühl zu rütteln, halte ich nicht für nützlich, sondern gefährlich.“¹⁵⁾ Daraus folgt, daß die deutsche Einheit nur mit Unterstützung der deutschen Fürsten aufgerichtet werden konnte, und auch nur mit ihrem Willen erhalten werden kann. „Seit die Dynastien einig sind, und, wie ich glaube, einig bleiben werden, halte ich unsre nationale Einigkeit auch für gesichert. . . Ist der (angestammte Fürst) gewonnen für die nationale Gemeinschaft, so ist diese Gemeinschaft gesichert, ist der mißtrauisch, feindlich oder gekränkt worden, so periklitert sie.“¹⁶⁾ Er sieht voraus, daß, wenn das Bindemittel der Fürsten verloren ginge, das deutsche Nationalgefühl nicht imstande sein würde, die deutsche Einheit zu bewahren, „auch nicht in der Form föderierter Hansestädte und Reichsdörfer. Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen.“ Ja selbst von der „geschichtlich am stärksten ausgeprägten Stammeseigentümlichkeit in Deutschland,“ der preußischen, glaubt er nicht, daß ihr staatlicher Zusammenhang ohne die Dynastie Hohenzollern sich erhalten würde.¹⁷⁾

Waren die großdeutschen Gedankengänge Erzeugnisse der Überlegung, des Verstandes, so sind diese hier ganz Bismarckisch, Ausfluß seiner innersten Überzeugung, seines Gefühls. Weil er als kurmärkischer Junker und der Getreuesten der Getreuen seines Königs zur deutschen Politik gekommen ist, und dennoch stets den Rückhalt seines deutschen Patriotismus in seinem Preußentum und seinem Royalismus behalten hat, setzt er dies Verhältnis auch für seine übrigen Landsleute voraus. Wie sehr diese Gedanken seiner ganzen Natur gemäß sind, beweist, daß er in den „Gedanken und Erinnerungen“ offen bekennet: wäre er als Althannoveraner geboren worden, würde er wohl auch in treuer Anhänglichkeit an die alte Dynastie der welfischen Partei sich zugesellt haben.¹⁸⁾

Die natürliche Folge einer solchen Anschauungsweise ist die Ablehnung eines

¹⁴⁾ G. u. E. I 290 f.

¹⁵⁾ P. R. XIII 185 (18. 6. 93).

¹⁶⁾ P. R. XIII 397 (8. 5. 95).

¹⁷⁾ G. u. E. I 291 f.; P. R. XIII 215 (11. 8. 93).

¹⁸⁾ G. u. E. I 294.

unitarisch gestalteten Deutschen Reiches und ein offenes Eintreten für den Föderalismus. Den Führern der unitarischen Bewegung von 1849 macht er zum Vorwurf, daß sie mehr „nach der Schablone als nach dem deutschen Gemütsleben“ rechneten.¹⁹⁾ Er rät allen Volksstämmen, die zu ihm kommen, sie sollten gute Mecklenburger, gute Bayern oder Sachsen sein, gerade dann würden sie gute Deutsche sein.²⁰⁾ „Ich wünsche jedem Staat so viel Freiheit als möglich, insofern nicht unsre militärischen und Zolleinrichtungen darunter leiden. Wir sollen, wo es notwendig ist, zusammengehen, sonst aber nachsichtig gegen die Eigentümlichkeiten der einzelnen Staaten sein, in denen diese groß geworden sind und sich wohl befinden.“²¹⁾ „Die Rivalität der deutschen Staaten und Stämme hat eine Erhöhung des deutschen Nationalgefühls zur Folge und führt dazu, daß wir in Deutschland ebensoviele starke Stützpunkte des Reiches haben, wie es verschiedene Bundesstaaten, Residenzen und Höfe gibt. Das ist ein Vorteil, den wir vor allen anderen Völkern und Staaten von unitarischer Beschaffenheit voraushaben, und den sie uns nicht nehmen können.“²²⁾ Von hieraus schlägt Bismarck die Brücke zwischen dem einzelstaatlichen Partikularismus und der großdeutschen Kulturgemeinschaft, indem er die Bedeutung der kleinen Residenzen und Höfe als wertvolle Kulturzentren hervorhebt²³⁾, die nun auch auf diesem zweiten Wege zum Zusammenhalt des Ganzen ihr Teil beitragen.

Was Bismarck den Angehörigen der nichtpreußischen Bundesstaaten rät, ist wiederum nur persönliche Erfahrung. Er rät dem Bayer ein guter Bayer zu sein, weil er selbst ein guter Preuße ist, weil auch für ihn in Preußen die Wurzeln seiner Kraft liegen und er genau weiß, daß er dennoch ein guter Deutscher ist. Es ist ja selbstverständlich, daß, je mehr er die Bedeutung der Einzelstaaten für das Reich herausarbeitet, desto stärker auch die Umrisse des Staates Preußen hervortreten müssen. In diesem Sinne spricht er von einem besonderen preußischen Nationalgefühl, das er stets sehr lebhaft empfunden habe²⁴⁾, ja von einem „untrennbaren preußischen Nationalstaat“. ²⁵⁾ Die Worte der „Gedanken und Erinnerungen“ über sein persönliches Verhältnis zu dem alten Kaiser sind

¹⁹⁾ P. R. XIII 223 (20. 8. 93).

²⁰⁾ P. R. XIII 185, 216, 322; Hofmann, III 13; Poschinger, Tischgespräche, II 360f. (1890).

²¹⁾ P. R. XIII 216 (2. 8. 93).

²²⁾ Hofmann, III 13.

²³⁾ Hofmann, III 12; P. R. XIII 177, 126 (25. 5. 93; 30. 7. 92); auch dieser Gedankengang findet sich in früheren Jahren nur sehr selten und nie so politisch ausgeprägt. Daß B. 1871 die kulturellen Sachen den Einzelstaaten überließ, geschah doch mehr aus politischen Gründen — nur das Nötigste gemeinsam — nicht aus der Überzeugung ihres besonderen Berufes hierfür. s. v. Taube, Graf A. Keyserling, 1902, II 18 (1873).

²⁴⁾ P. R. XIII 30 (14. 4. 91).

²⁵⁾ G. u. E. I 291f.

für alle Zeiten der schönste Ausdruck der „germanischen Anhänglichkeit an den Stammesfürsten“.²⁶⁾

Was Bismarck 1869 in dem Briefe an Roon als gänzlich unmöglich und utopisch bezeichnet²⁷⁾, was er in seinen Kanzlerjahren zuweilen als drohende Gefahr an die Wand gemalt hatte, es schien jetzt unter seinem Nachfolger Wirklichkeit werden zu sollen — ein Konflikt zwischen Preußen und Reich oder wenigstens zwischen Reichskanzler und preußischem Staatsministerium. Sofort ist der alte Kämpfer zur Stelle und legt dar, „was bei Herstellung des Reiches die preußische Absicht (!) gewesen ist“.²⁸⁾ So wie er es vor einem Vierteljahrhundert seinem Freunde versprochen, stellt er sich jetzt rückhaltslos auf den preußischen Standpunkt. „Die Sache war bekanntlich so gedacht, daß die preußischen Minister vorwiegenden Einfluß auf die Reichsgeschäfte haben sollten“.²⁹⁾ „Die Einheit der preußischen und der Reichspolitik ist . . . die notwendige Vorbedingung unseres verfassungsmäßigen Lebens im Deutschen Reiche. Wie weit man bei der Herstellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, die nachher auf das Deutsche Reich übergegangen ist, von der Möglichkeit einer Scheidung zwischen preußischer und Reichspolitik entfernt war“, zeigt nichts deutlicher als die untergeordnete Stellung, welche man zuerst dem neuen Bundeskanzler zu geben gedachte. „Der Gedanke, daß über der preußischen eine Reichsregierung stehen könnte, galt zu meiner Zeit zweifellos als verfassungswidrig und ist es noch heute. . . Nur in zweifelloser Einigkeit und in persönlicher Vereinigung sind sie (Kanzler und Ministerpräsident) imstande, das Gewicht in Deutschland dauernd auszuüben, das die Verfassung dem preußischen Präsidium im Reiche hat beilegen wollen, indem sie dasselbe mit dem Gewichte des Staates identifizierten, der zwei Dritteile aller Reichsangehörigen umfaßt.“ In Loslösung von dem preußischen Mutterboden kann Bismarck sich nur ein machtloses theoretisches Kaisertum denken.³⁰⁾

Bismarck tritt hier für die preußische Hegemonie ein, fast möchte man sagen, für ein „Preußisches Reich deutscher Nation“. Preußen soll das Reich leiten und beherrschen. Das letzte Drittel deutscher Bevölkerung erscheint nur als ein Zusatz zur preußischen Macht, der für diese nötig ist, aber in den großen Staatsangelegenheiten einflußlos zu bleiben hat. Diese Gleichsetzung von Preußen und Reich ist so fest in Bismarcks Denken verwurzelt, daß er selbst in den „Gedanken und Erinnerungen“ den Zweibund als ein Bündnis zwischen

²⁶⁾ P. R. XIII 306 (26. 3. 95 beim Besuche Wilhelms II.); s. a. P. R. XIII 178; Whitmann, 96.

²⁷⁾ s. o. S. 88 ff.

²⁸⁾ Hofmann, II 400 (12. 2. 97).

²⁹⁾ Ebd.

³⁰⁾ Hofmann, III 48 ff. und II 251 ff. (22. 3. 94); s. a. Mittnacht, 48 (1893); P. R. XIII 248 f. (20. 4. 94).

Preußen und Österreich bezeichnet, das auch den Zweck gehabt habe, auf Bayern und Sachsen einen konzentrierenden Druck auszuüben.³¹⁾ Dennoch lehnt der Fürst ein Großpreußentum unbedingt ab.³²⁾

Eine Fülle von Widersprüchen! Bismarck tritt für weitgehenden Föderalismus ein und verlangt doch die preußische Hegemonie. Er fordert preußische Hegemonie und lehnt doch ein Großpreußentum ab. Die scheinbaren Widersprüche lösen sich alle zwanglos auf in dem Mittelglied — der preußischen Hegemonie. Ein parlamentarischer Unitarismus würde die preußische Führung gefährden, da er ja auch den Staat Preußen in das eine Deutschland einschmelzen würde, dagegen kann der Föderalismus die preußische Führung nie gefährden, da Preußen „zwei Drittel“ des Reiches umfaßt und die Träger des Föderalismus, die Fürsten, treue Anhänger des Reiches sind.

Nur ein neuer Widerspruch scheint damit aufzuklaffen. Der Verkünder der preußischen Hegemonie tritt schroff dem der großdeutschen Kulturgemeinschaft gegenüber. Doch auch dieser Gegensatz löst sich auf. Gewiß ist Bismarck Preuße geblieben bis zuletzt. „Der preußische Staatsgedanke, das war das Programm, von dem er ausging, und kein Parteiführer ist jemals dem seinen treuer geblieben.“³³⁾ Der preußische Staatsgedanke ist auch jetzt noch die Grundlage seines Nationalgefühls, aber gerade, weil für ihn das Reich Preußen ist, hat sich sein preußischer Ehrgeiz längst mit dem deutschen identifiziert. Selbst wenn er als Preuße offen gegen die Reichsgewalt Stellung nimmt, glaubt er damit doch das wahre deutsche Interesse zu vertreten, denn ebensowenig wie das Reich Preußen schädigen kann, kann ein recht verstandenes preußisches Partikularinteresse dem Reich zum Nachteil gereichen. So war Bismarck trotz allem das, was seine Grabchrift noch fernen Geschlechtern verkündet: „Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.“

* * *

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das deutsche nationale Denken überwiegend von unpolitischen Ideen bestimmt und durchsetzt. Die einen gingen von der Freiheitsidee, die anderen vom Legitimitätsgedanken aus und unterjochten diesen Doktrinen und Theorien den autonomen National-Staatsgedanken. Sie sahen noch nicht, daß der Staat nur seinen eigenen Interessen folgen könne. So nimmt es nicht Wunder, daß auch der zweite Versuch der deutschen Einigung 1848 lehtin an der Unreife des politischen Denkens scheitert. Mögen auch die in der europäischen Politik und im deutschen Dualismus liegenden Gründe von maßgebender Bedeutung für das Scheitern der deutschen Bewegung

³¹⁾ G. u. C. II 77.

³²⁾ P. R. XIII 192 (8. 7. 93); Hofmann, III 55.

³³⁾ M. Lenz in Schmoller, Lenz, Marcks, Zu Bismarcks Gedächtnis, 1899, S. 121.

gewesen sein, so konnten sie diese doch erst da durch erlangen, daß die Deutschen jener Zeit aus ihrer mangelnden politischen Einsicht heraus diese weltpolitischen Schwierigkeiten nicht erkannten, daß sie nicht sahen, daß die europäischen Mächte der deutschen Einigung feindlich gegenüberstehen mußten, und daß die deutschen Einzelstaaten selbst der nationalen Frage gegenüber, solange es keinen deutschen Staat gab, nur ihren eigenen Interessen folgen konnten, daß sie sich nicht durch Aufgabe ihres Selbst der deutschen Bewegung hingeben durften.

Bismarcks einzigartige Bedeutung liegt darin, daß er von Jugend auf den Blick für staatliche Macht und Größe hat und stets die Augen über die innerpolitischen Gegensätze hinweg auf die Fragen der Außenpolitik richtet. Für ihn steht der Staat im Mittelpunkt seines Denkens. Als 1848 sich die deutsche Bewegung gegen den Bestand des preußischen Staates wendet, preußisch-staatliche und deutschnationale Interessen in, wie es scheint, unlöslichen Widerspruch geraten und Bismarck sich als Preuße zwischen Staat und Nation entscheiden muß, stellt er sich vorbehaltlos auf die Seite des Staates. Nur noch als Preuße nimmt er jetzt zur deutschen Frage Stellung und vollendet auch von der Basis des preußischen Staates aus das früher gescheiterte Einheitswerk. Er verbündet sich dabei mit der deutschen Idee, doch er dient ihr nicht, sondern er beherrscht sie. Da sein Preußentum preußisches Staatsgefühl, aber nicht preußischer Stammesnationalismus war, konnte es sich mit der Ausweitung seines Staates auf Deutschland ebenfalls ohne Bruch auf das Reich ausdehnen. Doch da sich auch in dem neuen Deutschen Reiche Nation und Staat noch nicht deckten, nimmt es nicht Wunder, daß Bismarcks Nationalgefühl auch weiterhin Staatsgefinnung bleibt.

Es ist das Verhängnis des Bismarckschen Reiches geworden, daß der Kanzler mit der verzehrenden Gewalt seiner Staatsgefinnung auch nach 1871 in seinem Volke allein stand, daß auch weiterhin die große Mehrzahl der Deutschen in der Nation vor allem die Kultur- und nicht die Staatsgemeinschaft sahen und den Staat auch ferner ihren parteidogmatischen und letztlich unpolitischen Idealen zu unterjochen suchten. Und doch liegt gerade in dieser verhängnisvollen Entwicklung etwas tief Tragisches. Bismarck mußte beim Aufbau des Staates einseitig vom Staate ausgehen. Da er die politische Unreife seiner Volksgenossen deutlich erkannte, konnte er auch weiterhin das Schwergewicht des Reiches nicht in den Reichstag legen und damit die freie Volksgemeinschaft zum Träger und Gestalter des nationalen Gedankens erheben. Er verhinderte aber dadurch zugleich, daß in dem deutschen Volke das Gefühl aufkam, mitbestimmend an der Regierung des Reiches beteiligt zu sein, und drängte weite Kreise in eine dem Reiche feindliche Haltung.

Erst in der Bismarck folgenden Generation suchten die, die sich zu des Meisters Geist und Werk bekannnten, die Synthese von Staat und Nation zu finden. Sie waren nicht mehr als Bürger der Einzelstaaten in das politische Leben

eingetreten, sondern sogleich als Kinder des neuen Reiches. Sie dachten daher von vornherein unitarisch-deutsch. Für sie war das Reich nicht mehr etwas lang Erstrebtes, langsam Gewordenes und nun glücklich Erreichtes, sondern etwas Seiendes, die Basis, von der sie ausgingen. Sie richteten jetzt wieder die Blicke über die Staatsgrenzen hinweg, sahen, daß die Nation nicht mit dem Staatsbegriff allein zu fassen ist, sondern etwas organisch Gewordenes, eine Rassen-, Sprachen- und Kulturgemeinschaft ist. Sie strebten daher, die Grenzen von Kultur und Staatsnation auszugleichen. In den alldeutschen Bestrebungen gipfelten vor dem Weltkriege diese Gedanken. Doch jetzt war es zu spät, die einmal ferngehaltenen Volksschichten zu lebendiger, staatsbejahender Tätigkeit zu gewinnen.

Verzeichnis abgefürzt zitierter Werke:

- Bismarck, Die gesammelten Werke, B. 1924 ff. = S. W.
 —, Gedanken und Erinnerungen, I, II, 1898, III, 1919 = G. u. G.
 —, Die politischen Reden, herg. H. Kohl, St. 1892/1905 = P. R.
 —, Bismarckbriefe, herg. H. Kohl, 7. Aufl., Bielefeld 1898 = Bbr.
 —, Bismarckbriefe, Neue Folge, B. 1889/91 = Bbr. N. 5.
 —, Vom jungen Bismarck, Briefwechsel mit Scharlach, Weimar 1912.
 —, Briefe an Braut und Gattin, St. 1902 = Brbr.
 —, Briefe an den General v. Gerlach, herg. H. Kohl, B. 1896 = B. a. G.
 Bismarckjahrbuch, herg. H. Kohl, L. 1894/99 = Bjb.
 Brandenburg, C., Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung
 L. 1916.
 Breßlau, H., Bismarcks Stellung zu Preußentum und Deutschtum, Akad. Rede, Straß-
 burg 1915.
 Busch, M., Tagebuchblätter, Neue Ausg. L. 1902.
 De Chaudordy, La France en 1889, Paris 1889.
 v. Dieß, G., Aus dem Leben eines Glücklichen, B. 1904.
 Erinnerungen an Bismarck, herg. Marcks und v. Müller, St. 1915.
 v. Gerlach, Ludwig, Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken, Schwerin 1903.
 —, Zwölf politische Monatsrundschau, B. 1850.
 —, Leopold, Denkwürdigkeiten, B. 1891.
 Govone, U., Il generale Giuseppe Govone, frammenti di memorie, Turin 1902.
 Haller, J., Bismarcks Friedensschlüsse, 2. Aufl., St. 1917.
 Hofmann, H., Fürst Bismarck 1890/1898, St. 1913/14.
 Janßen-Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung, Wiesbaden 1897.
 v. Keudell, R., Fürst und Fürstin Bismarck, B. 1901.
 Lenz, M., Geschichte Bismarcks, 4. Aufl., M. 1915.
 Lucius von Ballhausen, Bismarckerinnerungen, St. 1920.
 Marcks, C., Bismarck, eine Biographie, I, 13. Aufl. St. 1910.
 Meinecke, F., Weltbürgertum und Nationalstaat, 4. Aufl. M. 1919.
 Meyer, A. O., Die Zielsetzung in Bismarcks schleswig-holsteinischer Politik, Zeitschr.
 d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Geschichte 53, 1923.
 v. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, 2. Aufl. St. 1904, N. 5. St. 1905.
 Origines, Les, diplomatiques de la guerre de 1870—1871, Bd. I/XII, Paris 1910/21.
 Politif, Die große, der europäischen Kabinette 1871—1914, herg. Lepsius, Mendel-
 sohn, Thimme, I/VI, B. 1922.
 v. Poschinger, H., Also sprach Bismarck, Wien 1911.
 —, Bismarck und der Bundestag, B. 1906.
 —, Bismarck und die Parlamentarier, Breslau 1894.
 —, Bismarckportefeuille, B. 1895/99.
 —, Neue Tischgespräche und Interviews St. 1895/99.
 Preußen im Bundestag 1851/1859, herg. v. H. v. Poschinger, Publikationen der
 preuß. Staatsarchive 12, 14, 15, 23) L. 1882/84. = Pr. i. B.
 Staatsarchiv, Das, herg. Aegidi und Klaushold, Bd. 2 ff., Hamburg 1862 ff. = St. A.
 Stahl, S. J., Parlamentarische Reden, herg. Treubherz, B. 1856.
 v. Sybel, H., Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., 2. Aufl.,
 M. 1890.
 v. Wertheimer, C., Graf Julius Andrássy, St. 1910/13.
 Whitmann, Sidney, Fürst Bismarck, Persönliche Erinnerungen, St. 1902.

Von demselben Verfasser erschien:

Bismarck

(Quellenammlung für den geschichtl. Unterricht, Reihe II, Heft 79) M. —.75

Das Heft will die Persönlichkeit Bismarcks in Erscheinung treten lassen und zeigt daher die Entwicklung seiner religiösen, politischen und nationalen Anschauungen an charakteristischen Dokumenten. Über das persönliche Moment hinaus beleuchtet es außerdem in Verbindung mit den Heften 1168 und 93 die Entwicklung des deutschen nationalpolitischen Denkens im 19. Jahrhundert überhaupt.

Bismarck und seine Zeit

Von Reichs-Archivrat Prof. Dr. V. Valentin. 4. Aufl. 13.—15. Tausend.
Mit 1 Bildnistafel. (AMuG Bd. 500.) Geb. M. 2.—

„Es ist mir selten ein Buch begegnet, in welchem auf so engem Raume eine solche Fülle von Stoff zusammengebrängt ist, und zwar mit einer seltenen Meisterschaft in der Kunst knappster Fassung. Die geschichtlichen Vorgänge in der Zeit Bismarckschen Wirkens, die Schilderung der Zustände und der ganzen großen Umwelt, die Bismarck umgab und in die er mit seinen Gedanken und seiner Tatkraft lebte, entrollen sich vor uns, man kann sagen, fast reiflos. Und in diese Zeit hinein ist das Bild des Helden gezeichnet mit gedrängter Knappheit und oft mit einem festen und temperamentsvollen Wurf, daß der Geist des Lesers in beständiger regster Beteiligung an die große Person des Helden und an die Zeitereignisse gefesselt bleibt.“ (Monatsschrift f. höh. Schulen.)

Staatsanschauungen. Quellenstücke 3. Geschichte d. Staatsgedankens v. d. Antike b. 3. Gegenw. Zusammengeft. v. Prof. Dr. P. Rühlmann n. 2. Aufl. M. 1.50

Wesen u. Entwicklung des Staates. Von Geh. Hofrat Prof. Dr. R. Schmidt. (Teubners Handb. d. Staats- u. Wirtschaftskunde, Abt. I, Bd. I, 1.) Kart. M. 8.—

„Der Verfasser gibt eine ausgezeichnete Übersicht über die allen staatlichen Gebilden gemeinsamen Formen und über die Gestaltungen der in der Geschichte vorzugsweise politisch schöpferischen Staaten. Das Buch, das eine Fülle unmittelbarer Anregungen für unsere staatsrechtliche Gegenwart bietet, ist nach Form und Inhalt als eine allererste Staatschrift anzusehen, die kein denkender Staatsbürger zu studieren verabsäumen sollte.“ (Juristische Wochenschrift.)

Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland. Ein Beitrag zur polit. Geistesgeschichte. Von Dr. H. Heller. Geb. M. 5.—, geb. M. 6.40

Der Verfasser zeigt, daß die vielberufenen „imperialistischen“ Gedanken Treitschkes und seiner Zeit auf keinen Geringeren als Hegel zurückgehen, und weist dessen nachhaltigen Einfluß nicht nur auf die bedeutendsten Publizisten, Historiker und Juristen nach, sondern auch die unmittelbare Verbindung der Hegelschen Philosophie mit der Gedankenwelt des preußisch-deutschen Militärs und mit der nächsten Umgebung des großen Kanzlers.

Umriffe der Weltpolitik. Von Prof. Dr. J. Haschagen. I. 1871—1907. 2., verb. Aufl. II. 1908—1914. 2., verb. Aufl. (AMuG Bd. 553/554.) Geb. je M. 2.—

„Das Werk sei jedem empfohlen, der sich ein gründliches Wissen von der äußeren Politik der letzten fünfundsierzig Jahre erwerben will, um die treibenden Kräfte, die geheimen Machenschaften hinter den Kulissen des Welttheaters, die tiefer liegenden Gründe und die Vorgeschichte des Weltkrieges kennen zu lernen.“ (Die Grenzboten.)

Weltgeschichtliche Entwicklungslinien vom 19. zum 20. Jahrh. in Kultur u. Politik. Von Studienrat Dr. H. Preller. (AMuG 734.) Geb. M. 2.—

Die Frage: „Wo stehen wir?“ findet in weltgeschichtlicher Einstellung eine von ausgesprochener Lebensbejahung getragene Beantwortung durch einen Überblick über die das 19. Jahrhundert beherrschenden Strömungen und Bewegungen auf geistigem, wirtschaftlichem, sozialem und insbesondere politischem Gebiete.

1789—1919. Eine Einführung in die Geschichte der neuesten Zeit. Von Prof. Dr. F. Schnabel. 5. Aufl. Mit Karten u. Diagrammen. Geb. M. 5.—

Ein Bild des Werdeganges des deutschen Volkes im Rahmen der weltgeschichtlichen Entwicklung der letzten 130 Jahre in seiner erdhattnern Tragik — eindrucksvoll durch die Art der Darstellung, die, auf jede Rhetorik verzichtend, die großen Entwicklungslinien und Zusammenhänge heraushebt.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrh. Von Prof. Dr. K. Th. von Heigel. 4. Aufl. von Dr. Fr. Endres. (AlluG Bd. 129.) Geb. M. 2.—

Die bewegenden Kräfte in der deutschen Volksgeschichte. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Von Prof. Dr. C. Brinmann. Kart. M. 2.—

„In dieser höchst anregenden und geistvollen Schrift gelingt es dem Verfasser, manche Vorgänge der deutschen Geschichte in völlig neue Beleuchtung zu rücken, bisher wenig beachtete Zusammenhänge aufzudecken und künftigen Forschungen wichtige Anregungen zu bieten.“ (Göttinger Zeitung.)

Vom deutschen Volk zum deutschen Staat. Von Prof. Dr. P. Joachimssen. 2. Aufl. (AlluG Bd. 511.) Geb. M. 2.—

Die Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins verfolgend, zeigt der Verfasser den Weg, den wir von der Entstehung eines deutschen Volkes aus dem Germanentum bis zum Machtsstaat Bismarcks und der demokratischen Republik der Gegenwart zurückgelegt haben.

Deutschland in den weltgeschichtl. Wandlungen des letzten Jahrh. Von Prof. Dr. F. Schnabel. Mit 16 Bildn. in Kupfertiefdr. Geb. M. 9.—

Eine lebendig und fesselnd geschriebene Darstellung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, in den Zusammenhang des weltgeschichtlichen Verlaufs gestellt, gesehen von einem Deutschen mit warmem Herzen für sein Volk, aber auch mit unbeirrbar klarem Auge für Schwächen und Fehler, mit sicherem Gefühl für das, was für immer vergangen, und das, was aus der Vergangenheit lebendig und wirksam geblieben ist und bleiben wird.

Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichseinheit. Von Prof. Dr. R. Schwemer. 3 Bde. I. Bd.: Von 1800—1848. Restauration und Revolution. 4. Aufl. II. Bd.: Von 1848—1862. Die Reaktion und die neue Ära. 3. Aufl. III. Bd.: Von 1862—1871. 3. Aufl. (AlluG Bd. 818, 101, 820.) Jeder Band geb. M. 2.—

1848. 6 Vorträge. Von Prof. Dr. W. Weber. 3. Aufl. (AlluG Bd. 53.) Geb. M. 2.—

„Sechs Vorträge, die in äußerst feiner und lebendiger Weise nicht nur den Gang der Revolution schildern, sondern auch ein Verständnis für die Stimmungen und Regungen heben und drüben eröffnen und endlich einen sehr gut gelungenen Versuch machen, beiden Parteien gerecht zu werden, Gutes und Schlechtes zu würdigen.“ (Baier. Zeitschr. für d. Real- und Schulwesen.)

Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71. Hrsg. von Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Brandenburg. 2 Hefte. Heft I: Vorverhandlungen (bis zur Eröffnung der Konferenzen in Versailles, 23. Oktober 1870). Kart. M. 2.40. Heft II: Hauptverhandlungen in Versailles. Kart. M. 3.20

Neue Beiträge zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien. Von Geheimrat Prof. Dr. R. Fester. Geh. M. 5.—

Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien (1866—1870). Von Geheimrat Prof. Dr. R. Fester. 2 Hefte. Heft I: Bis zum 6. Juli 1870 (Gramonts Erklärung). Kart. M. 3.60. Heft II: Die Emser Verhandlungen und die Nachspiele der Kandidatur. Kart. M. 4.—

Die deutschen Parteiprogramme vom Erwachen des politischen Lebens in Deutschland bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. F. Salomon. I. Bis zur Reichsgründung. 1845—1871. 3. Aufl. Kart. M. 3.60. II. Im deutschen Kaiserreich. 1871—1918. 3. Aufl. Kart. M. 3.60. III. Die Anfänge des deutschen Reiches als Republik. 1918—1925. [Erscheint Juli 1926.]

„Die kleine Sammlung kann nicht nur dem Studenten der Geschichte als wichtige und handliche Quellenammlung empfohlen werden, sondern verdient auch weitere Verbreitung für alle diejenigen, die ihr politisches Urteil nicht auf Schlagworten, sondern auf wirklichen Kenntnissen aufbauen wollen. Gewiß enthalten ‚Programme‘ nur eine Seite des Lebens der Partei. Aber die Kenntnis ihrer Entwicklung und Umbildung ist natürlich für jeden, der sich wirklich politisch bilden will, unbedingt notwendig.“ (Deutsche Akademische Rundschau.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

In der **Quellensammlung zur Geschichte**, herausgegeben von Geh. Reg.-Rat G. Lamberd† und Prof. Dr. P. Rühlmann sind u. a. folgende Hefte erschienen:

Von 1815 bis 1861: Geh. Reg.-Rat Lamberd. 4. Aufl. von Prof. Dr. Rühlmann. (Bd. 14)

Von 1861 bis 1871: Geh. Hofrat Prof. Dr. Brandenburg und Prof. Dr. Rühlmann. 4. Aufl. von Prof. Dr. Rühlmann. (Bd. 15)

Das deutsche Kaiserreich 1871 bis 1914: Prof. Dr. Rühlmann und Studienrat Dr. Hainz. 2. Aufl. (Bd. 16/17)

Die innerpolitische Entwicklung des deutschen Kaiserreiches: Prof. Dr. Rühlmann und Studienrat Dr. Hainz. (Bd. 18/20)

Der Krieg von 1866 und der Norddeutsche Bund: Dr. Koch. (Bd. 75)

Der Krieg von 1870: Studienrat Dr. Steffens. I. Der Kampf gegen das Kaiserreich. 2. Aufl. [In Vorb. 1926.] II. Der Kampf gegen die Republik. 2. Aufl. [In Vorb. 1926.] (Bd. 76/77)

Die Gründung des Deutschen Reichs: Geh. Reg.-Rat Lamberd. 2. Aufl. (Bd. 78)

Jedes Heft M. —.75, Doppelheft M. 1.25, Dreifaches Heft M. 1.40

Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. S. Hartung. 2., verb. Aufl. (Grundriß d. Geschichtswissenschaft, Abt. II, Bd. 4.) Geb. M. 8.60

„Hartung verfügt über ein erstaunliches Wissen der Literatur und des Materials; seine Darstellung ist klar und einfach, überall läßt er die entscheidenden Tatsachen deutlich trotz großer Kürze in den Ausführungen hervortreten.“ (Forschungen zur brandenb.-preuß. Geschichte.)

Deutsche Verfassungsgeschichte vom Anfange des 19. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. M. Stimming. (AlluB Bd. 639.) Geb. M. 2.—

Zeigt die staatliche Entwicklung Deutschlands vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Revolution, vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, vom absolutistisch-patriarchalischen Obrigkeit- und Beamtenstaat zur Republik.

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919. Mit Einleit., Erläuterungen und Gesamtbeurteilung. Von Prof. Dr. O. Bühler. 2. Auflage. [In Vorb. 1926.] (AlluB Bd. 762.) Geb. M. 2.—

Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Länder. Von Prof. Dr. W. Jellinek. (Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftsfunde, Abt. I, Bd. II, Heft 2.) Kart. M. 5.—

„Das Buch zeichnet sich durch eine klare, gemeinschaftliche Darstellungsweise aus und befleißigt sich mit Erfolg jener Objektivität des Urteils, die nirgends notwendiger ist als auf dem Gebiete von Staats- und Verwaltungsrecht. Man kann Jellineks mit warmer Vaterlandsliebe geschriebenes Wert nur angelegentlich empfehlen.“ (Hamburgischer Korrespondent.)

Der Vertrag von Versailles. Von Dir. Dr. E. Rosenbaum. (Teubners Handbuch der Staats- u. Wirtschaftsfunde, Abt. I, Bd. I., Heft 3.) Kart. M. 3.60

Die Darstellung geht, soweit amtliches Quellenmaterial vorliegt, grundsätzlich von diesem aus. Sie versucht, die Ereignisse ungebrochen durch partypolitische Einstellung aus dem Blickpunkt deutscher Staatsgewinnung zu beschreiben. Die Sprache ist bei aller Bestimmtheit des Ausdrucks frei von den stilistischen Hilfsmitteln des Agitatorischen. Denn das Pathos des historischen Schicksals liegt in dem Gegenstand selbst, von dem ernsther und schmutzloser geredet werden sollte, als es gemeinlich geschieht.

Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftsfunde. Staatsfunde: Bd. I (3 Hefte), Bd. II (4 Hefte), Bd. III (1 Heft). Wirtschaftsfunde: Bd. I (5 Hefte), Bd. II (6 Hefte).

Das Handbuch will das Bedürfnis befriedigen nach einer auch dem Laien zugänglichen Einführung in Werden, Wesen und Gestaltung des Staates, wie die Daseinsbedingungen und Organisationsformen unseres Wirtschaftslebens.

Jedes Heft ist einzeln käuflich. Ausführliches Verzeichnis vom Verlag, Leipzig, Poststr. 3, erhältlich.

Deutsche Handelspolitik. Ihre Geschichte, Ziele und Mittel. Eine Einführung von Prof. Dr. Th. Plaut. Geb. M. 6.—, geb. M. 8.—

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Grundriß der Geschichtswissenschaft

Zur Einführung in das Studium der deutschen Geschichte
des Mittelalters und der Neuzeit

Herausgegeben von **Aloys Meister**

Inhaltsübersicht des Gesamtwerkes

I. Reihe: Historische Hilfswissenschaften und Propädeutik

1. *Lateinische Paläographie. Von Archivdir. Prof. Dr. B. Bretholz. Geb. M. 5.60
2. *Urkundenlehre. I. Teil: Grundbegriffe, Königs- und Kaiserurkunden. Von Prof. Dr. R. Thommen. II. Teil: Papsturkunden. Von Prof. Dr. L. Schmitz-Kallenberg. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—
- 2a. Allgemeine Urkundenlehre für Deutschland und Italien. Von Prof. Dr. R. Heuberger. Kart. M. 3.—
3. *Chronologie des deutschen Mittelalters und der Neuzeit. Von Geh. Archivrat Dr. H. Grotefend. Kart. M. 2.40
4. *Sphragistik. Von Archivdir. Geh. Archivrat Th. Ilgen. *Heraldik. Von Archivrat a. D., Reg.-Rat Dr. E. Gritzner. *Numismatik. Von Geh. Reg.-Rat Dr. F. Friedensburg. Zus. Kart. M. 5.—, geb. M. 6.—
- 4a. Genealogie. Von O. Forst-Battaglia. Kart. M. 3.—
5. *Quellen und Grundbegriffe der historischen Geographie Deutschlands u. sein. Nachbarländer. Von Prof. Dr. R. Kötzschke [I. V. 1926.]
6. *Grundzüge der historischen Methode. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Meister. *Geschichtsphilosophie. Von Professor Dr. O. Braun. Zus. kart. M. 3.—
7. *Quellen und Historiographie der deutschen Geschichte bis 1500. Von Prof. Dr. M. Jansen. Fortgef. v. Prof. Dr. V. Schmitz-Kallenberg. Kart. M. 5.20
8. Quellen und Historiographie der Neuzeit. Von Prof. Dr. F. Schnabel. [In Vorb. 1926.]

II. Reihe: Historische Sonderwissenschaften

1. *Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert. Von Prof. Dr. R. Kötzschke. Kart. M. 7.60
2. *Grundzüge der neueren Wirtschaftsgesch. (v. 17. Jahrh. b. z. Gegenwart). Von Prof. Dr. H. Sieveking. Geb. M. 4.80
3. *Deutsche Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis ins 14. Jahrh. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Meister. Geb. M. 8.—
4. *Deutsche Verfassungsgeschichte v. 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. F. Hartung. Geb. M. 8.60
5. *Deutsche Rechtsgeschichte. (Mit Ausschluß der Verfassungsgeschichte.) Von Prof. Dr. Cl. Freiherr von Schwerin. Geh. M. 7.—, geb. M. 8.—
6. *Verfassungsgeschichte d. deutschen Kirche im Mittelalter. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Werminghoff. Geh. M. 9.—, geb. M. 10.—
7. Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche in der Neuzeit. Von Prof. Dr. J. Freisen. [In Vorb. 1926.]
8. *Geschichte der protestantischen Kirchenverfassung. Von Prof. Dr. E. Sehling. Geh. M. 1.60

* 2., 3. oder 4. Auflage.

Der „Grundriß“ soll in gedrängter Zusammenfassung und knapper Darstellung Studierenden wie Lehrern zur Einführung, Wiederholung und Vertiefung des historischen Studiums dienen.

Der „Grundriß“ soll den augenblicklichen Stand der Geschichtswissenschaft in den behandelten Einzeldisziplinen wiedergeben. Nicht Ergebnisse allein, auch neu aufgeworfene und zur Diskussion stehende Fragen werden darin erörtert.

Der „Grundriß“ soll anspornen zur Mitarbeit, zum Vergleichen und Beobachten sowie zum Sammeln entlegener Merkmale und Zeugnisse. Durch reiche Literaturangaben, besonders in Kontroversfragen, wird der Leser in die Lage gesetzt, das Gebotene weiter zu verfolgen und die Begründung des ausgesprochenen Urteils zu prüfen.

Der „Grundriß“ eignet sich auch vortrefflich als Nachschlagewerk. Als solches wird er weder in Bibliotheken der höh. Schulen noch in denen der histor. Vereine fehlen dürfen.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin